

Transit

EUROPÄISCHE REVUE

Europäische Krise?

- Jacques Rupnik** Die Dilemmata der Europäischen Union
Ivan Krastev EU und der Balkan: Erweiterung oder Imperium?
Charles S. Maier Imperien als Ordnungsmacht in Europa
Marc Crépon Europa und sein Anderes
Hubert Lobnig Zivomir der Sammler. Photographien

Geschichte und Gedächtnis

- Norman Naimark** Die Killing Fields des Ostens
Philipp Ther Last der Geschichte – Falle der Erinnerung
Eva Kovacs Das Zynische und das Ironische
Muriel Blaive Auf der Suche nach dem kollektiven Gedächtnis
Alain Guéry Erinnerungspolitik und Pflicht zur Geschichte
Peter Demetz Der Prager Film 1939-1945
Jan-Werner Müller Die »Offene Gesellschaft« neu gelesen
Charles Taylor Nachruf auf Paul Ricoeur

Transit wird herausgegeben am Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM) in Wien und erscheint im Verlag Neue Kritik, Frankfurt am Main.

Herausgeber: Krzysztof Michalski (Wien/Boston)

Redaktion: Klaus Nellen (Wien)

Redaktionsassistentz: Judith Bösch, Florian Korczak, Hanna Ronzheimer

Redaktionskomitee: Jan Blonski (Krakau), Peter Demetz (New Haven), Timothy Garton Ash (Oxford), Jacqueline Hénard (Paris), Tony Judt (New York), Cornelia Klinger (Wien), Janos Matyas Kovacs (Budapest/Wien), Claus Leggewie (Gießen), Jacques Rupnik (Paris), Aleksander Smolar (Warschau/Paris), Josef Wais (Wien, Photographie)

Beirat: Lord Dahrendorf (London), Bronislaw Geremek (Warschau), Elemer Hankiss (Budapest), Petr Pithart (Prag), Fritz Stern (New York)

Redaktionsanschrift: Transit, Institut für die Wissenschaften vom Menschen, Spittelauer Lände 3, A-1090 Wien, Telefon (+431) 31358-0, Fax (+431) 31358-30
E-mail: transit@iwm.at
Web site: www.iwm.at

Verlagsanschrift: Verlag Neue Kritik, Kettenhofweg 53, D-60325 Frankfurt/Main, Telefon (069) 72 75 76, Fax (069) 72 65 85, E-mail: verlag@neuekritik.de

Mit freundlicher Unterstützung durch das Bundeskanzleramt, Republik Österreich. Wir danken auch der Kunstsektion des Bundeskanzleramts, die den photographischen Beitrag in diesem Heft gefördert hat.



© IWM 2023. This work is licensed under CC BY-NC-ND 4.0.

ISSN 0938-2062 / ISBN 3-8015-0596-7

Transit ist Partner von EUROZINE – the netmagazine (www.eurozine.com), einem Zusammenschluss europäischer Kulturzeitschriften im Internet, sowie von La République des Idées (www.repid.com).

Transit is regularly listed in the International Current Awareness Services. Selected material is indexed in the International Bibliography of the Social Sciences.

© 2006 für sämtliche Texte und deren Übersetzungen Transit / IWM.

Transit 30 (Winter 2005 / 2006)

Editorial 3

Europäische Krise?

Jacques Rupnik

Die Dilemmata der Europäischen Union

Anatomie einer Krise 5

Ivan Krastev

Die Europäische Union und der Balkan:

Erweiterung oder Imperium? 20

Charles S. Maier

Imperien als ambivalente Ordnungsmacht in Europa 1905-2005 27

Marc Crépon

Europa denken.

Jan Patockas Reflexionen über die europäische Vernunft
und ihr Anderes 38

*

Hubert Lobnig

Zivomir der Sammler. Photographien nach Seite 56

Geschichte und Gedächtnis

Norman Naimark

Die Killing Fields des Ostens und Europas geteilte Erinnerung 57

Philipp Ther

Die Last der Geschichte und die Falle der Erinnerung 70

Eva Kovacs <i>Das Zynische und das Ironische</i> Zum Gedächtnis des Kommunismus in Ungarn	88
Muriel Blaive <i>Geschichte und Gedächtnis</i> Das postkommunistische Mitteleuropa aus der Sicht der französischen Sozialwissenschaften	106
Alain Guéry <i>Erinnerungspolitik und Pflicht zur Geschichte</i>	124
*	
Peter Demetz <i>Der Prager Film in der Zeit der Okkupation 1939 - 1945</i>	137
Jan-Werner Müller <i>Die »Offene Gesellschaft und ihre Feinde« neu gelesen</i> Karl Poppers Liberalismus der Furcht und die totalitäre Herausforderung	156
Charles Taylor <i>Nachruf auf Paul Ricoeur</i>	165
Zu den Autorinnen und Autoren	168

Editorial

Die Osterweiterung hat die Europäische Union nicht nur beträchtlich vergrößert, sondern tiefgreifend verändert. Sie hat an Gewicht gewonnen, gleichzeitig sind aber auch ihre inneren Spannungen gewachsen. Heute steht sie vor ganz neuen Herausforderungen, in Bezug auf ihren Zusammenhalt ebenso wie auf ihre internationale Rolle. Die Verabschiedung einer Verfassung sollte dieser Metamorphose Gestalt und Richtung geben. Der Schock ihres (vorläufigen) Scheiterns hat einen intensiven Nachdenkprozess über das Selbstverständnis, die internationale Verantwortung und die Zukunftsperspektiven der Union ausgelöst.

Die Beiträge im ersten Teil dieses Heftes wollen – in Fortsetzung der Debatten um die Bedingungen europäischer Solidarität in den letzten Heften – dazu einen kleinen Beitrag leisten. Jacques Rupnik diagnostiziert die gegenwärtige Krise als Resultat einer Überlagerung verschiedener, zum Teil schon länger bestehender Bruchlinien innerhalb der Union. Ivan Krastev argumentiert, dass die EU angesichts der unverändert instabilen Situation am Balkan vor der Wahl steht, ein Imperium wider Willen zu werden oder beherzt den nächsten Erweiterungsschritt zu tun.

Welche Rolle Imperien als Ordnungsfaktor in der europäischen Geschichte der letzten 100 Jahre spielten, zeigt der Beitrag von Charles S. Maier. Die hierarchische Ordnung des Imperiums und die alles nivellierende Macht des Marktes bildeten »separate, aber oft symbiotische Rahmen transnationaler Organisation«. Extrapoliert man Maiers Überlegungen, zeichnet sich die EU als Imperium neuen Typs ab, das beide Organisationsformen in sich vereint, weil es sich aus einem gemeinsamen Markt heraus entwickelt hat.

Vor 70 Jahren sprach Edmund Husserl in Wien über »Die Philosophie in der Krisis der europäischen Menschheit«. Für seinen Schüler, den tschechischen Denker Jan Patočka, steht die Idee Europas – Inbegriff von Freiheit und Verantwortung – im Zentrum jeder Philosophie des Politischen und der Geschichte. Doch wohnt der europäischen Idee zugleich eine widersprüchliche Dynamik inne, die im destruktiven Potential des technischen Rationalismus kulminiert. Die Katastrophen des 20. Jahrhunderts sind der Idee Europas nicht äußerlich, auch sie entspringen ihrer

inneren Logik. Was, fragt Marc Crépon mit Jan Patočka, bedeutet angesichts dessen die von Husserl geforderte »Selbstbesinnung« für die Europäer des 21. Jahrhunderts?

Transit hat sich in den letzten Jahren immer wieder mit dem öffentlichen Gebrauch der Vergangenheit beschäftigt. Die Beiträge im zweiten Teil des Heftes stehen in Zusammenhang mit dem am Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM) in Wien eingerichteten und von der Körber-Stiftung geförderten Forschungsschwerpunkt »Geschichte und Gedächtnis in Europa«.

Norman Naimark zeigt, dass die Erinnerungen an die Traumata des Zweiten Weltkriegs und der Nachkriegszeit immer noch tief gespalten sind und plädiert dafür, dass die Europäer sich ihrer Vergangenheit gemeinsam stellen. Erste erfolgreiche Anstrengungen dazu wurden in den letzten Jahren bereits unternommen. Philipp Ther wiederum weist auf die Gefahr hin, dass die Deutschen im jüngsten Erinnerungsboom die Proportion zwischen ihrer Täter- und ihrer neu entdeckten Opfergeschichte verlieren und damit die mühsam gewonnene Annäherung an die Geschichtsschreibung ihrer östlichen Nachbarn aufs Spiel setzen. Die Schwierigkeiten beim Umgang mit der Vergangenheit illustriert Eva Kovacs anhand von zwei ganz gegensätzlichen Orten der ungarischen Erinnerung – dem »Statuenpark« und dem »Haus des Terrors«. Muriel Blaive berichtet über die vergebliche Suche nach dem kollektiven Gedächtnis des Kommunismus. Sie ist der Meinung, dass es sich dabei eher um eine moralisierende Projektion der Gelehrten handelt, und plädiert für mehr Geschichtsschreibung und weniger Erinnerungskult. Die anhaltende Erinnerungskonjunktur gibt auch Alain Guéry zu denken. Er beklagt die erfolgreiche Verdrängung der Geschichte durch das Gedächtnis, die der politischen Instrumentalisierung der Vergangenheit Tür und Tor öffnet.

Außerdem in diesem Heft: Peter Demetz holt ein dunkles Kapitel Filmgeschichte nach. Anlässlich des sechzigsten Geburtstags von Karl Poppers »Offener Gesellschaft« bietet Jan-Werner Müller einen kritischen Rückblick auf das Werk und seine Wirkungsgeschichte. Und Charles Taylor würdigt das Denken Paul Ricoeurs, der dem IWM von Anbeginn verbunden war.

Jacques Rupnik
DIE DILEMMATA DER EUROPÄISCHEN UNION
Anatomie einer Krise

Seit ihrer Osterweiterung im Mai 2004 ist die Europäische Union in eine manifeste Identitätskrise geraten, zu der mit der Ablehnung des Verfassungsvertrages in Frankreich und den Niederlanden eine politische Vertrauenskrise hinzugekommen ist, wobei beide Krisen sich wechselseitig verschärfen. Dabei ist es noch gar nicht so lange her, dass Charles Kupchan in seinem Buch über das Ende der Ära Amerikas¹ seine These vom aufstrebenden Europa, das es mit den Vereinigten Staaten werde aufnehmen können, weniger auf die wirtschaftliche Dynamik der Union als vielmehr auf ihr politisches Moment gegründet hat. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts, so schrieb er, »ist es die politische Einigung Europas, welche die globale Landschaft verändern wird«. Diese These, die seinerzeit tatsächlich mit einer demonstrativen Willensbekundung Europas korrespondierte, scheint heute nicht mehr überzeugend. Gleiches gilt für den »europäischen Traum«, der nach Jeremy Rifkin² den »american dream« unaufhaltsam in den Hintergrund verbannen werde. Ohne gleich in Europessimismus zu verfallen, mag es nicht unangebracht sein, angesichts der Krise des Projekts Europa deren tiefer liegende Faktoren und ihre möglichen Konsequenzen zu analysieren.

Die gescheiterte Annahme des Verfassungsvertrags hat Meinungsverschiedenheiten unter den Beteiligten zutage treten lassen, die auf Dauer zu einer Schwächung, ja zu einem Zerfall der Gemeinschaft führen könnten.

Die Ablehnung des Verfassungsvertrags und ihre Folgen

Die erste und ganz simple Konsequenz aus dem »Nein« der Franzosen und Holländer ist die, dass der Verfassungsvertrag erst einmal begraben scheint. Seit fünfzehn Jahren wurde in der Europäischen Gemeinschaft beharrlich Vertrag um Vertrag ausgehandelt, und dieser langwierige Prozess einer Reform der europäischen Institutionen sollte nun durch die Verfassung zu einem krönenden Abschluss gebracht werden. An einen

»Plan B« war gar nicht erst gedacht worden; ebenso wenig – und entgegen anders lautenden Bekundungen seitens der Befürworter des »Nein« – an Neuverhandlungen. Es mag hier und da die Bereitschaft bestehen, mittelfristig partielle Änderungen vorzunehmen, aber niemand ist derzeit zu Neuverhandlungen bereit. Die Ankündigung einer europäischen Verfassung hatte extrem hohe Erwartungen geweckt, entsprechend bitter war die Enttäuschung über ihr Scheitern. Ohne Zweifel hatten die Initiatoren des Vertragstextes bei den in Aussicht gestellten Segnungen der Verfassung zu dick aufgetragen, andererseits unterschätzen die Parteigänger des »Nein« die Folgen ihres Triumphs über das europäische Einigungswerk. Denn die entscheidende Konsequenz liegt im Scheitern des politischen Europa, im Scheitern der Idee einer immer enger zusammenwachsenden Gemeinschaft, und dies wird sich zwangsläufig auf sämtliche Schlüsselbereiche der Union auswirken – mit dem Risiko, dass die derzeitige politische Krise zu einem Legimitätsverlust des europäischen Projekts führt.

Die Selbstmarginalisierung Frankreichs

Lange Zeit gehörte Frankreich zu den Ländern, die das europäische Projekt entscheidend vorangetrieben haben, doch nun hat es seine Hände in den Schoß gelegt. Überall und zumal bei den neuen Mitgliedsländern stößt dieser Sinneswandel auf Unverständnis. Der Vertrag war als eine Initiative Frankreichs betrachtet worden, als ein Projekt, das unter der Ägide eines ehemaligen französischen Präsidenten stand und die Interessen Frankreichs förderte. Man muss unweigerlich an das Jahr 1954 denken, als Frankreich das Projekt einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) zu Fall brachte.³ Eine entscheidende Konsequenz des damaligen Scheiterns der EVG war, dass der Weg zur Einigung Europas fortan über die Wirtschaft, nämlich den Gemeinsamen Markt, führte und die politische Dimension sich für Europa erst wieder in jüngerer Zeit eröffnete. Deren Symbol schlechthin ist das Projekt einer Verfassung für Europa. Im Abstand eines halben Jahrhunderts hat Frankreich also ein zweites Mal den Plan eines politisch vereinigten Europas torpediert, mit der durchaus möglichen Konsequenz einer kleinmütigen Rückkehr zum »gemeinsamen Markt«.

Frankreich erwirbt sich so den Ruf eines Landes, das sich eher durch ein starkes Blockadepotential als durch seine Pionierrolle für das europäische

Projekt auszeichnet. Diese Selbstverabschiedung Frankreichs aus dem Einigungsprozess ging zudem mit einer Marginalisierung der französischen Linken innerhalb der europäischen Linksparteien einher. In Europa ist keine sozialistische Partei bereit, den von den linken »Neinsagern« in Frankreich geforderten Politikwechsel mitzumachen. Die europäische Linke hat das Zeitalter der Ideologien hinter sich gelassen und konzentriert sich auf die Verteidigung ihrer Werte im Kontext der sozialen Marktwirtschaft. Demgegenüber befindet sich ein Großteil der französischen Linken ideologisch im Rückwärtsgang. In Osteuropa weckt ihr geradezu nostalgischer Rückfall in antikapitalistische Rhetorik Erinnerungen an das frühere Herrschaftssystem. Bronislaw Geremek, der frühere Außenminister Polens, hat denn auch ironisch angemerkt: »Schickt uns Eure linken Befürworter des ›Nein‹, das hilft uns, in unserem Land mit ›Ja‹ abzustimmen.«⁴ Und Vaclav Havel bat die Franzosen am Vorabend des Referendums, »nicht zu vergessen, dass Liberalismus auch etwas mit Freiheit zu tun hat«.⁵ Was im Lande selbst als exemplarischer Bruch mit der bisherigen Europapolitik dargestellt wurde, wird außerhalb Frankreichs als konservative Reflexhandlung verstanden. Das Beharren der populistischen Rechten auf politischer Souveränität und das der radikalen Linken auf Souveränität in Sachen Sozialpolitik haben dazu geführt, dass Frankreich und die französische Linke ihr Image beschädigt und in der Gemeinschaft erheblich an Glaubwürdigkeit eingebüßt haben.

Dieser Wandel lässt sich ermessen, wenn man sich daran erinnert, mit welch offenen Armen die französische Linke einst die Symbolfiguren des polnischen Proletariats aufgenommen hat. Es war jener Danziger Werftarbeiter, der vor fünfundzwanzig Jahren die nicht-kommunistische Linke (von der sozialistischen Gewerkschaft CFDT bis zur Sozialistischen Partei PS) dazu bewog, Solidarität mit der polnischen *Solidarität* zu bekunden. Quer durch Europa wurde damals der Sticker mit dem Schriftzug »Solidarnosc« am Revers getragen, Vorzeichen einer im Werden begriffenen europäischen politischen Öffentlichkeit. Und heute? Da ist es das geradezu mythische Schreckgespenst des polnischen Klempners, das eine Fraktion der französischen Linken, von der kommunistischen CGT bis hin zu Laurent Fabius, in Bann zu schlagen scheint. In Frankreich versteht sich das »Nein« der Linken zum Verfassungsvertrag als Votum gegen den Kapitalismus; in Polen und anderen osteuropäischen Ländern ist das »Nein« Ausdruck des Beharrens auf nationaler Souveränität und häufig

auch Ausdruck liberaler Positionen. In Frankreich bewerten die Eliten den Einigungsprozess eher positiv, während die breite Bevölkerung seit Maastricht mit Abwehr auf die Fortschritte der europäischen Integration reagiert. In Polen ist es umgekehrt: Die politische Klasse ist fast durchweg gegen den Vertragstext und würde eher für den Vertrag von Nizza optieren, während die Bevölkerung zu mehr als 60 Prozent dafür ist.

In Frankreich hoffen einige darauf, die Ablehnung der Verfassung und das Votum gegen ein »ultraliberales« Europa für die Bildung eines neuen politischen Pols links von der bestehenden Linken nutzen zu können, der den linken Flügel der sozialistischen Partei, die Grünen und das linksradikale Milieu vereinigen würde. Eine parallele und in vieler Hinsicht ähnliche Entwicklung zeichnet sich in Deutschland seit der Gründung der neuen »Linkspartei« ab, in der sich unter Führung von Oskar Lafontaine und Gregor Gysi Abtrünnige aus der SPD und die PDS zusammengefunden haben.

Der Niedergang des deutsch-französischen Tandems

Gewiss musste die Achse Paris-Berlin mit den neueren Entwicklungen seit 1989 an Gewicht verlieren; und ebenso gewiss krankt das Tandem in den Augen der übrigen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft seit einiger Zeit an korporatistischer Verknöcherung und Reformblockaden. Sein Hauptbeitrag zum Gemeinschaftsgeist bestand in letzter Zeit darin, den Stabilitätspakt platzen zu lassen. Aber nicht nur, dass die europapolitische Bedeutung der beiden Länder auf institutioneller Ebene im Schwinden begriffen ist, die politische Existenz des deutsch-französischen Tandems als solches ist mittlerweile betroffen. Das vor mehr als 10 Jahren von Schäuble und Lamers ins Gespräch gebrachte Projekt eines »Kerneuropa« hat auf französischer Seite kein Echo gefunden. Und ebenso wenig dürfte der rein hypothetische, auf Fabius und Emmanuelli zurückgehende Plan einer Absage an ein »ultraliberales« Europa in Deutschland auf Gegenliebe stoßen. Frankreich dürfte kaum mehr als verlässlicher Partner bei der weiteren europäischen Integration angesehen werden und eher denen in Deutschland Recht geben, die das französisch-deutsche Tandem als überholt betrachten. Der Versuch von Dominique de Villepin, unmittelbar im Anschluss an das Scheitern des Referendums erneut die Idee einer »deutsch-französischen Union« ins Spiel zu bringen, wurde in Berlin, das nicht einmal konsultiert worden war, höflich zurückgewiesen. Deutschland hat

die Verfassung auf parlamentarischem Wege ratifiziert (auch wenn laut Umfragen ein Referendum womöglich negativ ausgefallen wäre) und spricht sich unverändert für eine Ost-Erweiterung der Gemeinschaft aus. Frankreich ist angesichts dieser Prioritäten der Deutschen derzeit in einer misslichen Lage. Das »Nein« der französischen Linken war protektionistisch motiviert, doch Deutschland ist das Exportland Nummer eins in Europa. Die neue Kanzlerin in Berlin setzt bereits neue Akzente. Es scheint, dass das deutsch-französische Gespann mittlerweile seiner politischen Substanz weitgehend beraubt ist.

Zurück zur nationalen Souveränität

Das »Nein« Frankreichs, mit dem die Aussicht auf eine politische Union versperrt wurde, hat nur die Gegner der europäischen Einigung gefreut. Die Euroskeptiker meinen, die Europäer wollten weder eine Verfassung noch die Abtretung weiterer Souveränitätsrechte. Das »Nein« der Dänen zum Maastricht-Vertrag von 1992 wie das »Nein« der Iren zum Vertrag von Nizza haben weniger der Gemeinschaft als vielmehr den betroffenen Ländern selbst Probleme bereitet. Das trifft allerdings nicht auf das »Nein« Frankreichs zu und auch nicht auf das der Niederlande, denn bei diesen handelt es sich um zwei Gründungsmitglieder der Gemeinschaft, von denen eines zudem politisch nicht zu umgehen ist. Die Absage beider Länder an den Verfassungsvertrag kommt einem Tabubruch gleich. Bislang war es so, dass die Kräfte, die den politischen Mainstream bestimmen, sich nicht offen gegen die Perspektive der Integration Europas zu engagieren wagten. Jetzt aber, nach dem »Nein«, fürchtet niemand mehr die Konsequenzen einer grundsätzlichen Infragestellung der Integration. Nach der erfolgreichen schrittweisen Delegation von Macht an supranationale Institutionen erleben wir jetzt den Triumph der Anhänger nationaler Souveränität.

Die Euroskeptiker von London bis Warschau sind hochofregt, dass Frankreich ihnen einen Verfassungsvertrag vom Hals geschafft hat, den sie nie wollten. Von Polens Jan Rokita, dem Urheber der berühmten Formulierung »Nizza oder der Tod!«, wird man gewiss kein Wort des Bedauerns hören,⁶ ebenso wenig wie vom tschechischen Präsidenten Vaclav Klaus, der nicht müde wird, den Verfassungsvertrag als eine Gefahr für die Souveränität seines Landes und für die liberale Marktwirtschaft zu kritisieren. In einem Interview in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* verglich

er die Europäische Union mit dem Comecon und schlägt ihre Neugründung als »Organisation Europäischer Staaten« vor.⁷

Der Euro in der Kritik

Kaum war das Referendum zum Verfassungsvertrag gescheitert, geriet auch der Euro ins Kreuzfeuer der Kritik. Zunächst war es ein italienisches Regierungsmitglied (aus der *Lega Nord*), das zum Ausstieg aus dem Euro aufrief, gefolgt vom deutschen Wirtschaftsminister, der darüber räsonierte, dass Deutschland ohne den Euro besser mit seinen Wirtschaftsproblemen fertig geworden wäre. Sogar in Frankreich sprachen sich laut einer Umfrage im Anschluss an das Referendum 61 Prozent der Franzosen für eine Rückkehr zum Franc aus.⁸ Die Logik des Euro hat nicht die erwartete wirtschaftliche und politische Dynamik gebracht. Umgekehrt hat aber das Scheitern des politischen Europa unmittelbare Auswirkungen auf die europäische Währung.

Das gescheiterte Referendum verschärfte die Egoismen und wirtschaftlichen Interessen der Mitgliedsländer. Chirac hegte wohl die Hoffnung, er könne durch eine unversöhnliche Haltung in der europäischen Agrarpolitik vom Scheitern des Referendums ablenken, während Blair den vor zwanzig Jahren nach hartem Kampf von seiner Amtsvorgängerin Thatcher durchgesetzten Rabatt verteidigte. Italiens Ministerpräsident Berlusconi betonte seinerseits, dass seine Regierung bei den Regionalfonds keinen Deut nachgeben werde. Und die Niederlande wollten nicht länger der größte Nettozahler in Europa sein. Weil es kein politisches Europa gibt, schreitet die allgemeine »Thatcherisierung« der Gemeinschaft munter voran.

Blockade der EU-Erweiterung

In der Kampagne für ein »Nein der Linken« rückten zunehmend die Thematisierung der sozialen Dimension, die Kritik der Bolkestein-Richtlinie zur Liberalisierung von Dienstleistungen und die Problematisierung des *outsourcing* ins Zentrum. Damit waren die Voraussetzungen dafür geschaffen, das Referendum über die Verfassung in ein Referendum über die Erweiterung umzufunktionieren. Eine erste Konsequenz aus dem »Nein« bestand denn auch darin, dass Frankreich sich veranlasst sah, ein Moratorium in Bezug auf den künftigen Erweiterungsprozess zu fordern – eine ähnliche Tendenz zeigte sich auch in anderen Ländern wie Holland

und Deutschland. Die Bedenken richteten sich vor allem gegen die Türkei. Ungewisser denn je ist allerdings das Schicksal der Balkanländer, die ja vor allem auf eine europäische Perspektive gesetzt hatten und ein gemeinsames europäisches Dach zu finden hofften, um die aus dem Zerfall des früheren Jugoslawien entstandenen Konflikte zu überwinden.⁹

Rückschlag für alle, die dem europäischen Beispiel folgen möchten

Das Scheitern des Verfassungsprojekts stellt zudem für jene Staaten ein negatives Signal dar, die – von Lateinamerika bis Asien – in Europa ein nachahmenswertes Modell der Versöhnung und Zusammenarbeit gesehen hatten. Für sie ist nicht nur der institutionelle und politische Aufbau der Europäischen Gemeinschaft stecken geblieben, sondern auch das weltweit am weitesten fortgeschrittene regionale Integrationsmodell. Ist es für den lateinamerikanischen gemeinsamen Markt *Mercosur* derzeit überhaupt vorstellbar, von der wirtschaftlichen zur politischen Integration der beteiligten Länder überzugehen, wenn schon die Europäer diesen Weg nicht länger beschreiten wollen? Wie kann Europa für die asiatischen Länder zum Vorbild für die Aussöhnung werden, wenn hier der Nationalismus erneut fröhliche Urständ feiert?

Europa – für die USA ein geschwächter und unberechenbarer Partner

In den Vereinigten Staaten haben die Neokonservativen des *Weekly Standard* das »Nein« freudig begrüßt, während sich die Realisten mit einem »Ja« hätten abfinden können. Lediglich ein paar Intellektuelle und Universitätsprofessoren wie Jeremy Rifkin, Charles Kupchan, Anne-Marie Slaughter und David Calleo schienen in der Schaffung eines geeinten Europa ein vielversprechendes Zukunftsprojekt zu sehen. Das Scheitern der Verfassung stärkt die in den USA verbreitete Ansicht, dass Europa nicht in der Lage sei, den wirtschaftlichen oder demographischen Herausforderungen der Globalisierung zu begegnen, weil es kein gemeinsames Ziel habe, »zum Niedergang« und zu einer Marginalisierung seiner Rolle auf internationaler Ebene verurteilt sei.¹⁰ Man muss es eine Ironie der Geschichte nennen, dass in Frankreich die heftigsten Kritiker des Unilateralismus der USA zugleich diejenigen sind, die auf Dauer Europas Fähigkeit schwächen, seine Stimme auf der internationalen Bühne zur Geltung zu bringen. Während die Regierung Bush in dessen erster Amtszeit alles darangesetzt hat, Europa zu spalten, gab sie zu Beginn der zweiten Amtsperiode ihrer

Hoffnung auf ein einiges und stabiles Europa Ausdruck. Offensichtlich ist ihr angesichts der wachsenden Ambitionen Chinas und einer Verhärtung der Position Russlands unter Putin die Notwendigkeit eines zuverlässigen Partners und Verbündeten bewusst geworden.

Vier Bruchlinien innerhalb der erweiterten Gemeinschaft

Die Geschichte der europäischen Einigung ist gekennzeichnet von einer Folge durchgestandener Krisen. Deswegen sprechen die Befürworter des Verfassungsvertrags auch jetzt in beschwichtigendem Ton von einer »Turbulenzzone«, die durchquert werden müsse, während nicht wenige Gegner des Vertrags die Notwendigkeit eines »heilsamen Schocks« beschwören, um Europa eine neue Orientierung zu geben. Aber diesmal handelt es sich um eine strukturelle Krise, und ihre Ursachen liegen tiefer als die Schwächen des vom Verfassungskonvent erarbeiteten Vertragstextes. Genauer gesagt: Das Scheitern des Verfassungsprojekts und damit des Projekts eines politischen Europa droht die Dynamik der europäischen Integration zu blockieren, weil es mit der Gefahr koinzidiert, dass sich vier gravierende Bruchlinien überlagern, die Europa just in dem Augenblick entzweien, da es eine Verdoppelung der Zahl seiner Mitglieder verkraften muss und neue internationale Herausforderungen auf es zukommen. Gerade zu dem Zeitpunkt also, wo das so lange geteilte Europa sich wiedervereinigt, sind die Ansichten seiner Mitglieder, was die politische, wirtschaftliche und soziale Zukunft Europas, was seine internationale Stellung gegenüber den Vereinigten Staaten und was seine Grenzen angeht, geteilt wie nie zuvor.

1. Das Scheitern des politischen Europa

Die Erweiterung hat die Europäische Union nicht nur schlicht vergrößert. Eine Verdopplung der Mitgliedstaaten ohne gleichzeitige Reform der Institutionen könnte die Gemeinschaft zur Ineffizienz verurteilen oder gar lähmen. Und eben darum ist eine Verfassung dringend notwendig. Allerdings sind ihre erhofften Segnungen sicher von geringerem Gewicht für die Zukunft des europäischen Projekts als die politischen Folgen ihres Scheiterns.

Seit dem Fall der Berliner Mauer und dem Ende der Teilung Europas in zwei Blöcke versucht man in Frankreich, die Erweiterung der Gemeinschaft gegen ihre Vertiefung auszuspielen. Diese allzu simple, ja falsche

Dichotomie (war doch jede Erweiterung stets begleitet von Fortschritten bei der Vertiefung der Integration) könnte nun allerdings zu einer *self-fulfilling prophecy* werden: Nach fünfzehn Jahren institutioneller Vertiefung ohne Erweiterung wären wir im Mai 2004 in eine längere Phase vollzogener oder angekündigter Erweiterungen ohne Vertiefung eingetreten.

Im Resultat bewegen wir uns also auf ein Europa in Minimalform zu, in dem sich das politische Prinzip der »Methode der Regierungszusammenarbeit« zu Lasten der »Gemeinschaftsmethode« durchsetzen wird. Wenn das föderale Modell unerreichbar bleibt, droht der Rückfall in eine nationale Souveränität, die unserem Zeitalter der Globalisierung in keiner Weise gewachsen ist.

Die Folgen eines Verfehlens des »constitutional moment« wären um so gravierender, als in einer Gemeinschaft von siebenundzwanzig oder mehr Mitgliedern nicht länger Verlass ist auf den Automatismus, dem zufolge die Wirtschafts- bzw. Währungsunion zwangsläufig die institutionelle und politische Integration nach sich zieht. Zwar haben wir mit dem Euro eine einheitliche europäische Währung, wir haben die Europäische Zentralbank, und wir haben mit den Gerichtshöfen von Straßburg und Luxemburg eine europäische Rechtsordnung, aber dem korrespondiert kein politisches Europa, das dem Ganzen seine demokratische Legitimation verleihen könnte. Diese Trennung von Markt und Schaffung von Normen auf der einen Seite und demokratischer Legitimität auf der anderen Seite ist nicht dazu angetan, das Vertrauen der Bürger in Europa zu stärken. Zugleich bietet sie den Nährboden für den Aufstieg eines gegen Europa gerichteten Populismus.

Mehr als der Verfassungstext selbst hat sein Kontext aus dem Ratifizierungsprozess ein Barometer des Zusammenhalts und des politischen Willens der Europäer gemacht.

2. Die Krise des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells angesichts der Globalisierung

Europas Nachkriegserfolge gründen auf der Kombination seiner Wirtschaftskraft mit seinem Modell des Wohlfahrtsstaats, also auf dem Gleichgewicht zwischen Wettbewerb und Solidarität. Sowohl das Wirtschafts- wie auch das Sozialmodell stehen inzwischen in mehrfacher Hinsicht unter Beschuss. Da sind zunächst die ökonomischen und finanziellen Zwänge der Globalisierung, der Aufstieg von Ländern wie China oder Indien und

die Dynamik und Flexibilität der amerikanischen Wirtschaft, welche Europa mit dem (mittelfristigen) Rückgang seiner Wettbewerbsfähigkeit konfrontieren. Diese Entwicklung spiegelt sich in der anhaltend schwachen Wachstumsrate Europas, die bei zwei Prozent stagniert, während sie in den USA bei vier und in Asien bei acht Prozent liegt. Der wirtschaftliche Niedergang geht einher mit einem Rückgang des Bevölkerungswachstums, der ebenfalls anhalten dürfte und den gesamten Kontinent betrifft, wenn auch in unterschiedlichem Maße (Frankreich ist diesbezüglich eine löbliche Ausnahme). Die Folgen dieses Prozesses für die Aufrechterhaltung des Systems der sozialen Sicherung in Europa sind unausweichlich. Was ihre Antworten auf diese dreifache Herausforderung in Bezug auf Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Überalterung betrifft, zeigen sich die europäischen Staaten allerdings zutiefst gespalten. Die Agenda von Lissabon von 2001 hatte Innovation, Forschung und Entwicklung als Prioritäten gesetzt, kam aber über die Ankündigung nicht hinaus. In Fortführung der Debatte über die Vorzüge des »rheinischen Kapitalismus« gegenüber dem liberalen »angelsächsischen Modell«¹¹ ergibt sich die Frage, ob Europa über Mittel und Wege verfügt, die Globalisierung zu domestizieren, oder ob es selbst nicht nur ein Werkzeug der Globalisierung ist. Es ist das stagnierende Kontinentaleuropa, welches heute das »rheinische Modell« verkörpert, während das Europa der Peripherie, von Großbritannien über die skandinavischen Länder bis nach Osteuropa, eine dynamische Wirtschaftsentwicklung und die Bereitschaft zu liberalen Reformen zeigt.

So vertieft sich im Schatten der Kontroversen über die Verfassung und über ein gemeinsames politisches Europa die Bruchlinie zwischen jenen, die Europa reformieren, und jenen, die es abschotten wollen, zwischen jenen, die ein Sozialmodell verteidigen, dessen Reform sie sich nicht leisten können, und jenen, die einen »unverfälschten Wettbewerb« verfechten und sich zugleich für »Haushaltssolidarität« und die Neuverteilung der Strukturfonds stark machen. Wer an der Kontroverse über den Irak-Krieg Gefallen fand, wird seinen Spaß an den Querelen über den EU-Haushalt haben. Mit dem Scheitern des politischen Europas steht auch die Neubestimmung des Modells Europa auf der Tagesordnung, mit anderen Worten: des Verhältnisses von Markt und Solidarität.

3. Europa als Akteur auf internationaler Bühne

Ist Europa zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik fähig? Mit dem Scheitern des Verfassungsprojekts ist auch die französische Ambition auf ein Europa, das fähig ist, auf der internationalen Bühne als autonome Macht zu agieren, auf der Strecke geblieben. Weder die bestehenden Institutionen noch die Schaffung eines europäischen Außenministeriums können eine gemeinsame Außenpolitik garantieren. Bereits im Vorfeld der Erweiterung kam es zu einer Spaltung der Gemeinschaft in der Frage der Beteiligung am Irak-Krieg und damit auch im Verhältnis zu den USA. Der transatlantische Bruch war zugleich ein innereuropäischer. Auf der einen Seite stand Tony Blair als Wortführer des Europas der Peripherie (je näher man der Position der amerikanischen Regierung ist, desto größer die Chance, auf sie einzuwirken), auf der anderen das französisch-deutsche Duo mit einem euro-gaullistischen Konzept von Europa als Gegengewicht zu den Vereinigten Staaten. Beide Positionen erwiesen sich indessen rasch als wenig realistisch. Mit einer europäischen Verfassung hätten die bestehenden Differenzen womöglich ausgeräumt werden können. Doch niemand sah damals die Notwendigkeit, dass ein von allen getragener europäischer Kompromiss Vorrang hätte haben müssen.

Dass Europa in dieser ersten internationalen Krise durch Abwesenheit glänzte, verstärkt die Zweifel an den Chancen für eine europäische Außenpolitik, an der fünfundzwanzig oder gar dreißig Länder beteiligt sein würden, die in »Europäer« und »Atlantiker« gespalten sind. Kein Wunder, dass die Beitrittsländer nach wie vor den Orientierungspunkt ihrer Sicherheitspolitik in der Nato und den USA erblicken. Es sei denn, die Bedrohung durch Terrorismus und fundamentalistischen Islam schärft das Bewusstsein der Europäer für die Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens gegenüber den neuen Erfordernissen, die aus der internationalen Sicherheitslage erwachsen.

Unabhängig von der Krise in den transatlantischen Beziehungen und den Zweifeln an den Möglichkeiten einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU bleibt die Frage nach der Zukunftsfähigkeit des europäischen Modells in internationalem Maßstab, eines Modells, das auf wirtschaftlicher Interdependenz beruht und auf der Priorität von Normen. Die EU stellt sich nach innen als eine normative Macht dar, die sich das Ziel gesetzt hat, diese Normativität auch international zur Geltung zu bringen. Diese Europa eigentümliche »soft power« (eine Macht, die auf Überzeu-

gung setzt) wird ergänzt durch eine »Transformationsmacht« gegenüber den Ländern mit Beitrittsperspektive. Aber welche Aussichten bestehen überhaupt, diese »zivile Macht« und die Präferenz für die Norm (UNO, Völkerrecht) in einer Welt zur Geltung zu bringen, in der die Logik der nationalen Machtausübung wieder *en vogue* ist?

4. Die Grenzen Europas, die Grenzen der Gemeinschaft

Es liegt in der Logik der EU-Erweiterung, mit der Aussicht auf Zugehörigkeit zum Zentrum Stabilität und Demokratie in die Peripherie zu bringen. Der bisherige Erfolg dieser Logik war enorm, und auch, um die schwierigen Übergangsprozesse in den Balkanländern oder in der Ukraine zu einem guten Ende zu bringen, scheint die Erweiterung das angemessene Mittel zu sein. Mittlerweile wird allerdings die Frage nach den Grenzen der Erweiterung immer lauter gestellt. Auch hier tun sich Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Gemeinschaft auf. Einige, darunter Frankreich, sind der Ansicht, im Erweiterungsprozess müsse eine Pause eingelegt werden, andere wiederum wollen ihn unvermindert fortsetzen. Der polnische Ex-Staatspräsident Kwasniewski etwa verlangte den Beitritt der Ukraine, und der rumänische Staatspräsident spricht von einem Beitritt Moldawiens und der Länder des Kaukasus. Die Politik der Europäischen Gemeinschaft gegenüber diesen zur Peripherie der ehemaligen Sowjetunion gehörenden Länder wird auch entscheidend sein für die Neubestimmung des Verhältnisses der EU zu einem postimperialen Russland auf der Suche nach einer neuen Identität. Vor allem aber hat die Frage des Beitritts der Türkei die Frage nach den Grenzen der Gemeinschaft aufgeworfen und den Ruf nach Alternativen zu Beitritt oder Nichtbeitritt laut werden lassen. Denn ein »uferloses Europa« (wie es Francois Perroux schon 1954 nannte) löst bei den Bürgern des »alten Europa« Unbehagen aus. Neben dem Problem der *Identität* Europas besteht ja das nicht minder bedeutsame der *Identifizierung* seiner Bürger mit eben diesem Europa. Zwar verfügt die EU mit der Erweiterung über den mächtigsten Hebel ihrer internationalen Politik, aber wie soll an der Peripherie die Erweiterung fortschreiten, wenn es kein Zentrum mehr gibt?

Szenarien für das Europa von morgen

Welche Optionen bleiben der Europäischen Union nach der Ablehnung der Verfassung und der damit verbundenen politischen Schwächung Frankreichs und des deutsch-französischen Tandems? Wenn ein zukunftsweisendes politisches Projekt fehlt, weil es dafür keinen glaubwürdigen Träger mehr gibt, wenn die Fragmentierung der Union im Gefolge zunehmender Heterogenität zunimmt und die oben angeführten Bruchlinien sich verfestigen, dann besteht die Gefahr, dass wir bald in einem gespaltenen und instabilen Europa leben, das ständig wechselnden ad hoc-Koalitionen ausgesetzt ist. Der Verlauf der Haushaltsverhandlungen ist ein Indiz dafür, dass der Gemeinschaft die Gefahr eines Rückfalls in die Politik nationaler Sonderinteressen droht.

Doch es muss ja nicht zum Schlimmsten kommen. Wenn wir schon ohne eine Verfassung leben müssen, dann sollte sich die Gemeinschaft auch vom Mythos einer politischen Union, jener Uraltschimäre der Anhänger eines europäischen Föderalismus, befreien.¹² Die EU könnte sich so ungehemmt ihrer wahren Berufung für das 21. Jahrhundert widmen: Schließung pragmatischer Abkommen innerhalb der Gemeinschaft und Stabilisierung jener Länder außerhalb der EU, die zu den ehemaligen Peripherien des sowjetisch-russischen Imperiums bzw. des Osmanischen Reiches gehören. Damit erwiese sich die EU als ein geopolitisches Projekt, mit dem Ziel, ein Zusammenleben von Ländern zu ermöglichen, die durch den Markt wechselseitig aufeinander angewiesen sind, sowie Rechtsstaatlichkeit und die Einhaltung von Mindeststandards bei den Menschenrechten zu garantieren. Statt eines unrealisierbaren föderalen Europa böte sich damit ein »Netzwerk Europa« als Alternative an, das im Innern kaum Zwang ausüben und nach außen hin kaum einen Nachbarn ausschließen würde. Es gäbe damit auch kein »Kerneuropa«, sondern vielleicht – mit Gordon Brown, Angela Merkel und Nicolas Sarkozy – ein de facto-Direktorium, das im Gleichklang mit einer »liberalen« Kommission agieren und eine gemäßigte pro-atlantische Politik vertreten würde.

Natürlich macht diese Option aus der Not eine Tugend, doch immerhin erlaubt sie es, die Konsequenzen der geschilderten Szenarien zu mildern in einer Krise, die ja keineswegs die erste ist in der langen Geschichte der Union. Die Annahme der Verfassung hätte die vorhandenen Interessengegensätze wohl kaum mit einem Schlage beseitigt; bestenfalls hätte sie die

Möglichkeit geboten, diese Gegensätze besser zu managen und langfristig zu überwinden. Die Ablehnung der Verfassung bedeutet nicht das Ende der Gemeinschaft, eher signalisiert sie das Bewusstwerden eines Paradigmenwechsels.

Die Gefahr einer Auflösung der Europäischen Gemeinschaft wird hier auch nur beschworen, um daran zu erinnern, dass das, was da in vielen Jahren geschaffen wurde, in sehr viel kürzerer Zeit wieder verschwinden kann. Die Befürworter der Verfassung sind wohl weniger daran gescheitert, dass sie deren Meriten nicht besser dargestellt hätten, sondern daran, dass sie es nicht verstanden haben, sich als die Erben des Gemeinschaftswerks Europa zu präsentieren, als geeint in der gemeinsamen Sorge um Europa.

Aus dem Englischen von Rolf Schubert

Anmerkungen

- 1 Charles Kupchan, *The End of the American Era*, New York 2002.
- 2 Jeremy Rifkin, *The European Dream: How Europe's Vision of the Future is Quietly Eclipsing the American Dream*, New York 2004.
- 3 Nach einer Formulierung Alfred Grossers wünschte sich Frankreich für die EVG »eine deutsche Armee von geringerer Stärke als die französische Armee, so dass sie für uns keine Bedrohung darstellt, aber stärker als die sowjetische Armee, um uns vor dieser zu schützen.« Die deutsche Wiederaufrüstung sollte mit der EVG einen europäischen Rahmen bekommen, doch die französische Nationalversammlung lehnte das Projekt ab, so dass der Aufbau der Bundeswehr im Rahmen der NATO erfolgte, was dann zu einer engen Anlehnung der Bundesrepublik an die USA führte.
- 4 Bronislaw Geremek, Diskussionsbeitrag im *Club Grande Europe* am 11. Mai 2005 in Paris.
- 5 »... ne pas oublier que dans libéralisme il y a liberté«. Vaclav Havel, »Pour une souveraineté partagée«, in: *Le Monde* vom 21. Mai 2005.
- 6 Die am 6. Juni 2005 in Prag zusammengekommenen Vorsitzenden der Rechtsparteien aus den Visegrád-Ländern Polen, Ungarn, Tschechische Republik und Slowakei haben sich in diesem Sinne geäußert. Die meisten der dort versammelten Politiker werden nach der politischen Auszehrung der pro-europäischen Mitte-Links-Koalitionen in ihren Ländern über kurz oder lang an die Macht kommen. So hat etwa Jan Rokita, der Vorsitzende der *Platforma Obywatelska* (Bürgerplattform), der wichtigsten Formation der liberal-konservativen Rechten in Polen, im tschechischen Fernsehen erklärt: »Nicht der Vertrag von Nizza droht die Gemeinschaft zu lähmen, sondern der Ratifizierungsprozess für die Verfassung. Warum etwas reparieren, was gut läuft?« (CTV vom 6. Juni 2005)
- 7 Vaclav Klaus, »Vyuzijme ›období reflexe‹ pro vymezení jine Evropske unie«, in: *Lidové noviny* vom 16. Juli 2005. Eine gekürzte Fassung erschien unter dem Titel »Why Europe must Reject Centralization« am 30. August 2005 in der *Financial Times*. Der tschechische Präsident

propagiert darin eine Rücknahme der Errungenschaften der europäischen Integration der letzten zwanzig Jahre und den Verzicht auf Termini wie »europäische Staatsbürgerschaft«.

- 8 Vgl. *Valeurs actuelles*, 16. Juni 2005.
- 9 Vgl. den Bericht der Internationalen Balkankommission unter Vorsitz von Giuliano Amato, *Der Balkan im zukünftigen Europa*, April 2005. (Vgl. auch den Beitrag von Krastev im vorliegenden Heft; Anm. d. Red.)
- 10 Roger Cohen, »In US, a withering view of Europe as a sideshow«, in: *International Herald Tribune* vom 16. Juni 2005.
- 11 Entsprechend der Unterscheidung, die Michel Alber in seinem Buch *Capitalisme contre capitalisme*, Paris 1993, vornimmt.
- 12 Die These vertritt Andrew Moravcsik in seinem Artikel »Europe works well without grand illusions«, in: *Financial Times* vom 13. Juni 2005.

Ivan Krastev

DIE EUROPÄISCHE UNION UND DER BALKAN: ERWEITERUNG ODER IMPERIUM?

Die Krise, in welche die »weiche« Machtpolitik der Europäischen Union im Gefolge der Ablehnung des Europäischen Verfassungsentwurfs durch Franzosen und Holländer geraten ist, lässt sich nur mit der Krise der »harten« amerikanischen Machtpolitik im Gefolge des US-Einmarsches in den Irak vergleichen. Die Besetzung des Irak hat die Grenzen der amerikanischen Militärmacht aufgezeigt und die USA in den Status einer imperialen Macht im Nahen Osten versetzt. Die Krise um die EU-Verfassung droht die Union in die Rolle einer imperialen Macht wider Willen auf dem Balkan zu drängen.

Die Orange Revolution in der Ukraine hat deutlicher als irgendein anderes Ereignis in der jüngeren Vergangenheit einen paradoxen Sachverhalt sichtbar gemacht: dass die Europäische Union eine revolutionäre Kraft ist, die die Macht besitzt, undemokratische Regime zu stürzen – und dass dies just die Rolle ist, vor der die EU sich fürchtet. Die Welle der »farbigen« Revolutionen hat demonstriert, dass die Erweiterung der Europäischen Union weniger von den strategischen Interessen der Mitgliedsstaaten oder der bürokratischen Eigendynamik der Kommission vorangetrieben wird als von der magnetischen Anziehungskraft, die die Union auf ihre Nachbarländer ausübt. Am besten lässt sich der Erfolg der EU-Erweiterungspolitik mit dem von Joseph Nye geprägten Begriff der »weichen Macht« erklären – der Fähigkeit, das, was man erreichen will, durch Anziehungskraft anstatt durch Zwang oder Geld zu erreichen, durch eine Kraft, die von einer bestimmten Gesellschaft, ihrer Kultur, ihrer Politik und ihren Idealen ausgeht. Die »weiche Macht« der Europäischen Union ist indes nicht etwas, das von den europäischen Regierungen oder von der EU-Kommission ausgeübt wird, und auch nicht etwas, das sich auf den Wohlstand und die Freiheitsrechte der EU-Bürger reduzieren lässt. Vielmehr speist sie sich aus der Verheißung: Wenn ihr uns zeigt, dass ihr so seid wie wir, nehmen wir euch vielleicht in unseren Kreis auf. Die Attraktion,

welche die EU ausübt, macht sie zu einer stärkeren Kraft als es dem kumulierten Gewicht ihrer Mitgliedsländer entspräche, macht sie aber auch verwundbar in ihrer gemeinschaftlichen Außenpolitik, weil diese ihre treibenden Kräfte nicht aus inneren Quellen bezieht, sondern aus von außen an sie herangetragenen Wünschen.

Die Ergebnisse der Referenden in Frankreich und Holland schaden vor allem der »weichen Macht« der EU. Die Motive für das mehrheitliche »Nein« von Franzosen und Holländern zum Europäischen Verfassungsentwurf mögen äußerst komplex und widersprüchlich gewesen sein, doch welche Wirkungen diese Voten haben, ist inzwischen sehr deutlich geworden. Der neue Konsens besteht darin, dass wir in den nächsten zehn Jahren in einem »Post-Erweiterungs-Europa« leben dürften. Zwar wird der Erweiterungsprozess vermutlich fortgesetzt – mit Bulgarien, Rumänien und Kroatien als Neumitgliedern und der Türkei als Dauerkandidat –, aber das Projekt der EU als eines stetig expandierenden Reichs der Freiheit und partnerschaftlich geteilter Souveränität gilt als erledigt. Das europäische Publikum wird in naher Zukunft erfahren, dass die »Post-Erweiterungs-EU« fragiler, ineffizienter und überraschenderweise auch gefährlicher sein wird, als die in Expansion begriffene EU es war. Zuallererst wird sich das auf dem Balkan zeigen.

Auf dem Balkan ist eine Krise im Anmarsch, die gefährlich ist und auch rechtzeitig kommt. Was sie gefährlich macht, ist der Umstand, dass die europäische Öffentlichkeit ihrer in keiner Weise gewahr ist; zugleich ist dies genau die Krise, welche die Europäische Union jetzt braucht.

Der außergewöhnliche Stellenwert, den die Balkan-Region in der derzeitigen Krise Europas einnimmt, ist durch mehrere – politische, geographische, symbolische – Faktoren determiniert. Der Balkan spielte eine entscheidende Rolle in der Bildung der Nachkriegs-Identität der Europäischen Union. Durch ihr zweimaliges Eingreifen in die Kriege, die mit dem Auseinanderbrechen Jugoslawiens einher gingen, profilierte sich die Union als Alternative zum Europa der Nationalstaaten und traditionellen Konflikte. Doch wenn es der EU nicht gelingt, dem Balkan zu Stabilität und nachhaltiger Entwicklung zu verhelfen, wird nicht nur der Strom von Immigranten und Kriminellen anschwellen, sondern auch die Legitimität des Projekts Europa Schaden nehmen. Auf dem Balkan muss die EU den Beweis dafür erbringen, dass ihre weiche Macht auch und gerade in Regionen wirksam werden kann, wo die Staaten schwach und die Gesellschaften

in sich gespalten sind; andernfalls wird die Union in Bedeutungslosigkeit versinken. Der Balkan ist für die EU die Feuerprobe schlechthin. Die Totgeburt ihrer Verfassung kann die EU überleben, ein neues Srebrenica nicht.

Die Bruchzone

Als im März 2004 im Kosovo gewalttätige Unruhen ausbrachen, nahm Europa davon wenig Notiz. Die gesamte internationale Gemeinschaft hat offenbar beschlossen, die örtlichen Spannungen klein zu reden und die öffentliche Aufmerksamkeit nicht darauf zu lenken. Im Vergleich zu anderen Schauplätzen, an denen versucht wird, »*nation building*« zu betreiben, wie im Irak und in Afghanistan, nahm sich der Balkan lange wie eine Erfolgsgeschichte aus, und niemand wollte diese Illusion zerstören.

Leider ist die Grenze zwischen Scheitern und Erfolg die am schlechtesten bewachte Grenze in der postmodernen Welt. Und Diplomaten sind die schlechtesten Grenzwächter überhaupt. Wir können nur hoffen, dass auf dem Balkan die Zeit der Kriege vorbei ist, aber noch hängt Gewalt in der Luft. Was uns in dieser Region bevorsteht, ist nicht ein neuer Balkankrieg, sondern eine gefährliche Mixtur aus gescheiterten Staaten und kleinen kriminellen Kriegen.

Die Balkan-Region bietet ein düsteres Bild – eine Ansammlung schwacher Staaten und internationaler Protektorate, diszipliniert von Truppenkontingenten, die fast die Hälfte der verfügbaren militärischen Kräfte Europas ausmachen. Das Wirtschaftswachstum ist in dieser Region gering oder gleich Null, die Erwerbslosigkeit dagegen hoch, die Korruption allgegenwärtig; die Bevölkerung ist pessimistisch und misstraut den im Entstehen begriffenen demokratischen Institutionen. Die Kriminalisierung der Politik in den Staaten und Mächtegern-Staaten des Balkan geht Hand in Hand mit der Internationalisierung krimineller Netzwerke.

Pro Einwohner gerechnet hat die internationale Gemeinschaft 25 mal so viel Geld und 50 mal so viele Truppen in den Kosovo investiert wie in Afghanistan. Doch trotz ihrer multinationalen Anstrengung auf dem Balkan hat sie es bis heute nicht vermocht, den Gesellschaften der Region eine überzeugende Perspektive zu eröffnen. Die Zukunft des Kosovo ist ebenso ungewiss wie die Mazedoniens und Serbiens. Wir laufen ganz real Gefahr, dass es im Kosovo zu einer Explosion kommt, dass Serbien implodiert und

dass sich in den Fundamenten Bosniens und Mazedoniens neue Risse auftun.

Der Bericht der Internationalen Balkan-Kommission, der im März 2005 veröffentlicht wurde, macht deutlich, dass die EU in der Region vor einer zwingenden Alternative steht: Erweiterung oder Imperium. Entweder die Union entwirft eine kühne Strategie für den Beitritt aller Balkanländer in den nächsten 10 Jahren, oder sie wird sich im Kosovo, in Bosnien und vielleicht sogar in Mazedonien in der unangenehmen Rolle einer Neo-Kolonialmacht wiederfinden. Letzteres würde eine anachronistische Lösung darstellen, die kaum praktikabel wäre und dem Wesen der Europäischen Union zutiefst widerspräche.

Unglücklicherweise zeigen sich in den aktuellen Quasi-Protectoraten der EU – dem Kosovo und Bosnien – bereits einige Symptome, die auf eine solche Zukunft hindeuten. Die dort installierten internationalen Vertreter haben nicht viel zu verlieren; sie können es sich erlauben, auf schnelle Lösungen für komplexe Probleme zu drängen. Sie versuchen sich in *social engineering*, müssen aber keine Rechenschaft ablegen, wenn sie mit ihrer Politik Schiffbruch erleiden.

George Orwells Lektion

Bosnien hat, pro Kopf seiner Bevölkerung gerechnet, mehr Beihilfe zur Demokratisierung erhalten als jedes andere Land auf der Welt; gleichzeitig entlässt das 1995 eingerichtete Amt des Hohen Repräsentanten kraft der ihm durch das Abkommen von Dayton verliehenen Vollmachten fast täglich gewählte Funktionsträger aus ihren Ämtern. Der gegenwärtige Inhaber des Amts, Paddy Ashdown, verkörpert bestens den neuen, aus dem Zwang der Verhältnisse geborenen Imperialismus wider Willen. Doch wenn sich die neokoloniale Herrschaft Europas auf dem Balkan tiefer verwurzelt, wird sie wirtschaftliche Unzufriedenheit hervorrufen; sie wird für das europäische Projekt zu einer politischen Belastung werden, vor allem aber würden die europäischen Wähler darin eine immense und unnötige finanzielle Belastung sehen. Ein Kolonialismus mangels Alternative, das ist es, worauf die EU gegenwärtig auf dem Balkan zusteuert.

Man braucht keine Kolonialpolitik, um zur Kolonialmacht zu werden. George Orwell zeigt das eindrucklich in seiner 1936 veröffentlichten Erzählung »Einen Elefanten erschießen«, in der er seine Erfahrungen als

kleiner Kolonialpolizist in Burma reflektiert. Eines Morgens erfuhr er von seinen Vorgesetzten, ein Elefant mache den Basar unsicher; er solle etwas unternehmen. Er packte seine Flinte und machte sich zum Basar auf, ohne die geringste Lust, das große Tier zu erlegen. Am Ziel angekommen stieß er auf eine riesige Menschentraube.

»Und plötzlich wurde mir klar«, schreibt Orwell, »dass ich den Elefanten doch erschießen musste. Die Leute erwarteten es von mir, und ich musste es tun. Den ganzen Weg anzumarschieren, mit der Flinte in der Hand und zweitausend Menschen auf den Fersen, und mich dann zu verdrücken, ohne etwas getan zu haben – nein, das war unmöglich. Die Menge würde mich auslachen. Und mein ganzes Leben, ja das Leben jedes weißen Mannes im Osten war ein einziger langer Kampf darum, nicht ausgelacht zu werden.«

Dieses Erlebnis in Burma verhalf Orwell »zu einem besseren Verständnis der wahren Natur des Imperialismus – der wirklichen Beweggründe, die das Handeln despotischer Regime bestimmen«. Mich erinnert die Geschichte stark an die derzeitige Rolle Europas auf dem Balkan. Die einzige Alternative zu einem imperialen Europa ist ein erweitertes Europa. Doch ist eine Erweiterung der EU um den Balkan wirklich machbar vor dem Hintergrund des offenbar ansteckenden »Nein«-Votums der Franzosen im Mai 2005? Kann der Balkan den Aufstieg der Euroskeptiker in den westeuropäischen Ländern überstehen?

An der Debatte, die zur Zeit in Europa geführt wird, überrascht am meisten, dass die EU-Erweiterung, die bis vor kurzem als der eindrucksvollste Erfolg der Union gefeiert wurde, unversehens zu ihrer Achillesferse geworden ist. Erschrocken über das Aufbegehren gegen das pro-EU-Establishment scheuen die Eliten davor zurück, sich öffentlich für die Fortsetzung der Erweiterungspolitik zu exponieren. Was man in der Debatte vermisst, ist eine gründliche Diskussion über die Kosten, die eine Suspendierung der Erweiterungspolitik in einer Region wie dem Balkan verursachen würde.

Das Land der unbekannteren Unbekannteren

Die Politik der konstruktiven Zweideutigkeit, die in Dokumenten wie der UN-Sicherheitsrats-Resolution Nr. 1244 für den Kosovo (1999) oder der Verfassungs-Charta für Serbien und Montenegro (2002) angelegt ist, er-

füllte gestern womöglich noch ihren Zweck, tut es aber heute nicht mehr. Man kann ihr zugute halten, dass sie die Spannungen auf dem Post-Milosevic-Balkan abgebaut hat; heute läuft sie jedoch Gefahr, in eine Politik der destruktiven Zweideutigkeit umzuschlagen. Bei den Beobachtern des Geschehens auf dem Balkan herrscht derzeit Einigkeit darüber, dass die Region an einem gefährlichen Punkt angelangt ist und dass Europa dringend etwas unternehmen muss. Der Beschluss der internationalen Gemeinschaft, die Status-Gespräche über den Kosovo voranzutreiben, zeugt davon, dass man diese Gefahr erkannt hat.

Das Risiko ist allerdings, dass die Status-Verhandlungen angesichts des Fehlens einer Beitrittsperspektive für den Kosovo den Weg nicht Richtung Frieden, sondern in Richtung Krieg eröffnen könnten. Ohne eine realistische Aussicht auf Mitgliedschaft besteht für Belgrad kein wirklicher Anreiz, sich an den Verhandlungstisch zu setzen. Wir müssen daher in den kommenden Monaten mit der Möglichkeit rechnen, dass es entweder zu endlosen Verhandlungen kommt oder dass der Region eine Ordnung aufgezwungen wird, die sie für dieses Jahrhundert paralyisiert. Eine konstruktive Beilegung der strittigen Statusfragen auf dem Balkan ist nur im Rahmen eines Fahrplans für die EU-Aufnahme möglich. Ohne die klare Perspektive eines EU-Beitritts wird Mazedonien als Staat nicht überleben, und der Kosovo und Bosnien werden auf unabsehbare Zeit Protektorate bleiben.

Damit zur entscheidenden Frage: Wollen die EU-Bürger ein imperiales Europa, da sie offenbar nicht bereit sind, ein erweitertes Europa zu akzeptieren? Und wird dieses imperiale Europa den Vorzug haben, dass es in finanzieller, politischer und moralischer Hinsicht weniger hohe Kosten mit sich bringt?

Eine Politik, die den Balkanstaaten den Zugang zur EU verwehrt, würde die reformorientierten politischen Führer und ihre Anhänger in diesen Staaten dem Untergang weihen und den Balkan in ein Land der »unbekannten Unbekannten«¹ verwandeln.

Ironischerweise heißt »Post-Erweiterungs-EU« zwangsläufig imperiale EU. Es bleibt freilich die Hoffnung, dass es zu einer jener unerwarteten geschichtlichen Wendungen kommen wird, in welcher der Balkan die EU rettet, bevor die EU den Balkan rettet. Die Krise auf dem Balkan könnte die Öffentlichkeit und die Bürger der Union mit der Nase darauf stoßen, dass die sehr reale Gefahr eines Niedergangs der weichen Macht der EU

besteht, und sie so zwingen, sich zu einer alternativen Entscheidung durchzuringen. Kommt es nicht dazu, sollten wir darum beten, dass das neue Imperium wohlwollend und effizient sein möge.

Aus dem Englischen von Karl Heinz Siber

Anmerkung

- 1 Anspielung auf ein berühmtes Zitat von Donald Rumsfeld: »Reports that say that something hasn't happened are always interesting to me, because as we know, there are known knowns; there are things we know we know. We also know there are known unknowns; that is to say we know there are some things we do not know. But there are also unknown unknowns — the ones we don't know we don't know.« Vgl. Hart Seely, »The Poetry of D.H. Rumsfeld: Recent works by the secretary of defense«, in: *Slate* 2, April 2003, www.slate.com/id/2081042/ (Anm. d. Red.)

Charles S. Maier
IMPERIEN ALS AMBIVALENTE ORDNUNGSMACHT
IN EUROPA 1905-2005¹

Inwieweit haben Imperien – im weitesten Sinne des Wortes – zur Ordnung Europas beigetragen? Und inwieweit haben imperiale Strukturen zu katastrophalen Verwerfungen geführt, wenn man an zwei Weltkriege mit einem Blutzoll von wohl über 50 Millionen Toten (Asien nicht mitgezählt), an immer neue gewalttätige Konflikte zwischen ethnischen Gruppen und an Kriege in Osteuropa, Irland und auf dem Balkan im Gefolge ihres Zerfalls denkt? (Nicht einbeziehen wollen wir hier die Kriege außerhalb Europas, in Nahost, Südostasien, Afrika usw.) Ich möchte hier einen paradoxen Befund formulieren: Während sich Europa einerseits immer schwer getan hat, in Abwesenheit von Imperien (ob von solchen im strengen Sinne oder von eher informellen) eine stabile und friedliche internationale Ordnung aufzubauen, haben sich die europäischen Imperien auf der anderen Seite als unmittelbare Ursache von Konflikten und Kriegen erwiesen.

I

Ich möchte an ein Jahr erinnern, dessen hundertste Wiederkehr wir derzeit erleben, denn es war ein wahrhaft bemerkenswertes Jahr. Das runde Jubiläum bietet vielleicht einen passenden Anlass, diese Fragen Revue passieren zu lassen. Rufen wir uns den historischen Kontext des Jahres 1905 ins Gedächtnis. Da gab es zunächst eine gravierende internationale Krise – eine von denen, die wir im Rückblick als ein Glied in der Kette von Krisen identifizieren, die zum Ersten Weltkrieg führten –, als die Deutschen beschlossen, die erst seit einem Jahr bestehende englisch-französische Entente auf die Probe zu stellen, indem sie Frankreich die Ausweitung seines Einflusses auf Marokko streitig machten. Der deutsche Kaiser erreichte mit seinem demonstrativen Besuch in Marokko (wo er den Sultan ermunterte, sich der französischen Einflussnahme zu widersetzen), nur, dass die neue Entente an Zusammenhalt gewann. Auf der anschließenden Konferenz von Algeciras war Österreich-Ungarn das einzige Teilnehmerland,

welches das noch relativ junge Deutsche Reich unterstützte, mit der Folge, dass die beiden Mittelmächte sich von da an in eine immer engere, katastrophenträchtige Allianz begaben.

1905 war natürlich auch das Jahr, in dem Europa die erste umwälzende Revolution seit 1870 erlebte. Auch sie resultierte aus der Krise eines Imperiums, nämlich der sogenannten russischen Autokratie, die durch ihren Krieg gegen Japan (ausgelöst durch Streitigkeiten über Korea) überstrapaziert war. Unter dem Druck fortgesetzter Demonstrationen ließ sich der Zar zur Einberufung des ersten Parlaments in der Geschichte Russlands herbei. Die russische Revolution war nur eine von mehreren, die um diese Zeit Gesellschaften erschütterten, welche auf der einen Seite eine wirtschaftliche Modernisierung von oben durchmachten, auf der anderen aber weiterhin einen massiven Agrarsektor mitschleppten, der durch neue Marktbedingungen in eine chronische Instabilität geraten war.

Betrachten wir diese Serie von Erschütterungen näher – in Russland 1905 und 1917, in Mexiko von 1910 bis 1920, in China in etwa während desselben Jahrzehnts, im Osmanischen Reich von 1908 bis 1922, in Persien nach 1905 sowie natürlich in vielen Ländern und Regionen Osteuropas nach 1918. Diese anhaltenden revolutionären Konflikte resultierten aus den Zangenkräften des Marktes einerseits und des Imperiums andererseits. Der Markt, dieses auf traditionalistische und hierarchische Gesellschaftsordnungen so radikal wirkende Lösungsmittel, hatte, um es verkürzt zu sagen, die Kräfte des Zusammenhalts auf dem Lande paralyisiert. Stolypin in Russland setzte auf die Starken, d.h. auf die kompetenteren bzw. marktfähigeren Bauern; aber es waren stattdessen die Schwachen, die zu den Waffen griffen. Freilich hätte der Markt allein, ungeachtet seiner korrodierenden und langfristig transformativen Kraft, eine solche Wirkung nicht hervorbringen können, hätte nicht das Zeitalter imperialer und strategischer Rivalitäten so viele Staaten den Belastungen des internationalen Wettbewerbs unterworfen. Markt und Imperium verkörperten alternative Formen der gesellschaftlichen Organisation: Der Markt drängt Macht und Hierarchie beiseite und setzt auf Produktion und Investition, Voraussicht und Glück als Mechanismen für die Verteilung der materiellen Güter und die Sicherung des Wohlstands für die Zukunft. Imperien hingegen sind hierarchisch, militärisch und bürokratisch. Sie erzeugen einen hohen Grad an Unterordnung, sorgen aber auch für ein Minimum an gesellschaftlicher Unsicherheit. Der Markt hingegen erlaubt seinen Teilnehmern die Über-

windung von Unterordnungsverhältnissen; er stützt sich weder auf Militär noch auf Bürokratie, erzeugt aber ein hohes Maß an Unsicherheit. Dabei war es in vielen Fällen so, dass der Markt als ein expandierendes Netz von internationalen Handelsbeziehungen, Arbeitskräftewanderungen und Investitionen gleichsam unter dem Schirm eines Imperiums heranwuchs; umgekehrt konnten Imperien aus dem Versuch entstehen, Märkte zu schützen und abzusichern. Markt und Imperium, bildeten separate, aber oft symbiotische Rahmen transnationaler Organisation. Sie konnten ähnliche Reaktionsformen hervorrufen: Die Zumutungen, die von imperialer Herrschaft ausgingen, provozierten oft Revolten gegen die Statthalter kolonialer Macht, aber ebenso konnten auch die Auflösung dörflicher oder patriarchalischer Beziehungen und die Erhöhung der Arbeitsintensität infolge marktbedingter Konkurrenz Aufstände auslösen, die sich allerdings oft gegen die lokale Herrschaft richteten. In den Jahren nach 1905 und dann wieder nach 1920 wurden Länder, die in die Zerreißprobe zwischen Rückständigkeit und lokaler Modernisierung gerieten, gleichzeitig von den Kräften des Marktes und denen des Imperiums bestürmt – mit der Folge einer tiefgreifenden Destabilisierung. Das war ein weltweites Phänomen, einer der echten Wendepunkte der Weltgeschichte und die Ouvertüre zu einem Jahrhundert voller Ereignisse, die man als fortgesetzte Bemühungen darum deuten könnte, die Mächte Imperium und Markt zu bändigen und diese beiden Geister in ihre Flaschen – sprich geeignete Institutionen – zurückzubannen.

II

Worin besteht vor diesem Hintergrund die Rolle des Imperiums? Ich definiere diesen Begriff auf eine spezifische Weise – nicht als einen Prozess, in dem ein Kernstaat seine Macht auf andere nationale Einheiten ausdehnt, sondern als eine Struktur aus verschiedenen ethnischen Eliten, die sich zu dem Zweck organisieren, eine althergebrachte hierarchische Ordnung zu stabilisieren. In einem Imperium errichtet die Elite einer Metropole eine auf Unterordnung beruhende hierarchische Struktur, in die sie die Eliten der sogenannten Peripherie einbindet – ein Arrangement zur wechselseitigen Überlebenssicherung.

Hier sollten zwei Unterscheidungen eingeführt werden. Erstens die zwischen Staaten, die ein Imperium besaßen (Großbritannien und Frank-

reich) und solchen, die Imperien waren (Russland, Österreich-Ungarn, das Osmanische Reich, China). Die Staaten, die über ein Imperium verfügten, waren zum größten Teil maritime Kolonialreiche – die von ihnen beherrschten Länder waren weit entfernt und das Mutterland war gezwungen, ihre Verteidigung und die Verkehrsverbindungen zu ihnen zu gewährleisten. Die Staaten, die Imperien waren, stellten territoriale Agglomerationen dar. In den Fällen Großbritannien, Frankreich und USA – Staaten, die über ein Imperium verfügten – konnte die Metropole nach demokratischen Prinzipien regiert werden, nicht aber die Besitzungen. In den Staaten, die selbst Imperien waren, misstrauten die Herrschenden der Demokratie – im Zentrum manchmal noch mehr als an der Peripherie (Russland gewährte Finnland Autonomie, die Habsburger räumten den Kroaten einen Sonderstatus ein). Deutschland und Japan verfügten über Elemente von beidem, waren aber im Grunde eher Nationalstaaten mit einem imperialen Titel, einem vergleichsweise untergeordneten Parlament und einem wachsenden Kolonialsektor in Übersee.

Es stellt sich die Frage, wie man, zweitens, ein Imperium sinnvoll von einer bloßen Hegemonie oder einer Allianz unterscheidet. Die Antwort lautet, dass ein Imperium Gefügigkeit notfalls mit Gewalt erzwingt und Untreue bestraft. Man denke daran, wie (nach dem Bericht des Thukydides) Athen mit Melos und Mitylene verfuhr, oder an den Feldzug der Römer in Judäa, das britische Vorgehen in Indien 1857, die Rückeroberung Venedigs, der Lombardei und Böhmens durch Österreich 1848/49 oder die sowjetischen Einmärsche 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei.

Meiner Ansicht nach lässt sich der Erste Weltkrieg am besten als ein Kampf erklären, der aus den Konflikten innerhalb zweier konzentrischer Kreise von Imperien resultierte, die durch rivalisierende Bündnissysteme miteinander verflochten waren. Der innere Kreis bestand aus den alten territorialen Agglomerationen der Osmanen, der Romanows und der Habsburger, die nach der Bosnienkrise von 1908 und den Balkankriegen von 1912 schwere, untereinander in Wechselwirkung stehende Zerfallskrisen durchmachten. Im äußeren Kreis herrschten Rivalitäten zwischen Imperien mit überseeischen Interessen: Großbritannien, Frankreich, Russland, Japan und die USA konkurrierten um die Gebiete des Osmanischen und des Chinesischen Reichs als relativ wehrloser Beutestücke. Das damals bestehende Allianzsystem – Frankreich im Bündnis mit Russland,

Deutschland mit Österreich, Großbritannien mit Frankreich, alle außer Österreich zunehmend misstrauisch gegenüber dem Deutschen Reich – sorgte dafür, dass die Akteure des äußeren Kreises in Gefahr waren, von den Kräften des Zerfalls, die dem inneren Kreis zu schaffen machten, selbst in Mitleidenschaft gezogen zu werden – was dann tatsächlich im Juli 1914 geschah.

Solange Konflikte zwischen Imperien »ausgelagert« werden konnten, etwa durch Umverteilung von Besitzungen an der Peripherie, in Asien oder Afrika, blieb Europa von kriegerischer Gewalt verschont. Doch diese Option wurde zwischen 1904 und 1911 zunehmend schwieriger. (Eine Verteilung der europäischen Randgebiete des Osmanischen Reiches konnte kriegerische Gewalt nicht verhindern, weil keine Einigkeit darüber bestand, wie die Balkanregion aufgeteilt werden sollte. Dagegen trug die Aufteilung des Osmanischen Nahen Ostens nach dem Ersten Weltkrieg womöglich zu der kurzen Phase der Stabilität ab Ende der 1920er Jahre bei, weil Franzosen und Engländer sich einigen konnten.) Nach 1911 hatten die Imperien ihre Elastizität verloren. In den 1920er Jahren halfen imperiale Erwerbungen zwar mit, Rivalitäten vorübergehend beizulegen, aber als sich Japan und Deutschland dann anschickten, die verbliebenen Imperien Frankreich und Großbritannien herauszufordern, erwiesen sich die imperialen Strukturen doch wieder als destabilisierender Faktor. Und 1941 kam es dann zum gigantischsten militärischen Zusammenstoß in der Geschichte, als die Ambitionen des NS- und die des Sowjet-Imperiums aufeinander prallten.

Sorgten die Imperien also eher für eine Stabilisierung Europas oder eher für eine Bedrohung des Friedens in dieser Region? Woodrow Wilson glaubte eher letzteres. Wir können die Entwicklung seines Denkens anhand der Reden, die er 1917 und 1918 hielt, nachvollziehen: von seinem (noch aus der Position amerikanischer Neutralität heraus formulierten) Ruf nach einem »Frieden ohne Sieg« über seine »Vierzehn Punkte« bis hin zu den Waffenstillstandsverhandlungen mit der neuen Reformregierung in Berlin im Oktober 1918. Solange ein Land nicht demokratisch regiert wird, neigt es dazu, sein Heil in Kriegen zu suchen, so Wilsons Überzeugung. Zugleich bedeutet Demokratie Selbstbestimmung und bedarf daher ethnisch organisierter Nationalstaaten. Allein, wie wir wissen, brachte die von Wilson gestaltete internationale Ordnung, auf Nationalstaaten gestützt und von einer schwachen Institution zur Gewährung kollektiver Sicher-

heit überwölbt, kein bisschen Mehr an Stabilität. Ein Mehr an Demokratie erzeugte sie nur vorübergehend und in wenigen Ländern. Wenn wir die internationalen Beziehungen in Europa in dem Jahrhundert seit 1905 Revue passieren lassen, erscheinen Imperien zwar einerseits als Quelle von Instabilität und Krieg, aber andererseits und aus anderer Warte als die einzigen stabilitätsfördernden Kräfte. Die Periode zwischen 1918 und 1939 war die einzige Phase, in der Europa versuchte, ohne nennenswerte imperiale Herrschaftsgebiete auf dem eigenen Kontinent auszukommen, und bekanntlich funktionierte das nicht besonders gut.

Ich würde sogar noch weitergehen und die These wagen – die an dieser Stelle freilich noch spekulativ ist und nicht auf solider Forschung basiert –, dass Europa das kurze, halbe Jahrzehnt des Friedens, das es in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre erlebte, dem Umstand verdankte, dass in dieser Zeit Imperien zumindest außerhalb von Europa restituiert werden konnten. Der im Rahmen des Mandats-Systems erneuerte Kolonialismus trug dazu bei, innereuropäische Rivalitäten in den Hintergrund zu drängen – sie gingen gleichsam in globalen Arrangements imperialer Stabilität auf. Es ist denkbar, dass die kurze Stabilisierung, die im Europa der späten 1920er Jahren erreicht wurde und die Historiker so oft dem Dawes-Plan und den Locarno-Verträgen zuschreiben, ebenso auf außereuropäischen Faktoren beruhte: Briten und Franzosen schafften es, ihre verbesserte imperiale Stellung im Nahen Osten durch Aufteilung des Osmanischen Reiches zu stabilisieren; sie schlugen Revolten der einheimischen Bevölkerung nieder, riefen abhängige Königreiche ins Leben und erreichten 1923 einen *modus vivendi* mit Atatürks türkischem Staat. London und Paris konnten des weiteren die afrikanischen Besitzungen Deutschlands unter sich verteilen (wobei das neue Südafrika zu den Nutznießern gehörte), während die USA und Japan sich an Samoa gütlich taten. Die neue Harmonie währte freilich nicht lange. Die Weltwirtschaftskrise weckte Kräfte, die die englisch-französische Vorherrschaft außerhalb Europas herausforderten, man denke insbesondere an die Arbeiteraufstände in Indochina, die Araberaufstände der späten 30er Jahre und den Aufstieg einer neuen Generation junger Nationalisten. In Indien bewegten sich die Briten auf die Gewährung von Autonomie zu, in Indonesien versuchten die Holländer, Herausforderungen – von islamischer, kommunistischer und nationalistischer Seite – abzuwehren. Immerhin aber erlebten die Kolonialmächte in den 1920er Jahren zumindest einen glanzvollen imperialen Moment, der ihnen die

Zusammenarbeit in Europa erleichterte und der nicht nur eine Kooperation in Bezug auf Deutschland und seine allmähliche Eingliederung beinhaltete.

Die andere außereuropäische Quelle der Stabilisierung waren die Vereinigten Staaten in ihrer prekären Rolle als internationaler Kreditgeber. Vermittels einer Mixtur aus staatlicher Intervention und privatem Kapital begannen Washington und New York gemeinsam ein System internationaler Zahlungen wiederzubeleben, das, so hoffte man, das Zeug hatte, die heillose Bredouille aus Reparationen und Kriegsschulden zu überwinden. Auch wenn das, was die USA taten, zu wenig und zu unstet war, verkörperte es doch die Erneuerung einer Art finanzieller Koordinierung der Eliten, so etwas wie ein kapitalistisch-imperiales Netzwerk, das bewies, dass Lenin mit seiner Prophezeiung unrecht hatte, der Kapitalismus münde zwangsläufig in einen katastrophalen Wettlauf aller gegen alle. Ganz im Gegenteil sollte der Kapitalismus den Frieden sichern, wie es schon die Theoretiker der schottischen Aufklärung und später Richard Cobden, John Stuart Mill und andere postuliert hatten. Eine marxistische Version des kapitalistischen Friedens findet sich in Kautskys Theorie des »Superimperialismus«.

Zeitgenössische Wirtschaftshistoriker und Politologen wie Charles Kindleberger oder Robert Gilpin haben behauptet, Voraussetzung für die Stabilität des Kapitalismus sei eine handlungsstarke Hegemonialmacht, die gegebenenfalls auch einspringt, um internationale Kredit- und Liquiditätsbedürfnisse zu befriedigen und so wirtschaftliche Krisen vermeiden hilft. Die USA waren für eine solche Rolle eigentlich noch nicht gerüstet oder bereit und – trotz erheblicher privater Investitionen in Europa in den späten zwanziger Jahren – auch zu sehr mit sich selbst und ihrem explodierenden Wohlstand beschäftigt. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg, als der Kongress den Marshall-Plan zusagte, sollten die USA die Rolle des Weltbankiers mit mehr Stetigkeit erfüllen. Doch die Anfänge wurden in den 1920er Jahren gemacht.

Insoweit Stabilität im Europa der Zwischenkriegszeit möglich schien, beruhte sie also zum einen auf imperialen Arrangements, zum anderen auf einem parallel dazu funktionierenden internationalen Kapitalismus. Die Stabilität stützte sich damit – um die Sache einmal zu personalisieren – auf die Verwirklichung von Mark Sykes' großartigem Plan von 1917, der die Aufteilung des Osmanischen Reiches vorsah, und auf die prekären

Initiativen Thomas Lamonts und von J.P. Morgan, die auf einen finanziellen Wiederaufbau abzielten – prekär, weil der US-Kapitalismus anarchisch war und weil der amerikanischen Politik seit jeher ein starkes Ressentiment gegen Bankiers und Banken innewohnte. Woodrow Wilsons Völkerbund spielte sicherlich eine Rolle, erwies sich jedoch als nicht robust genug, um größerer Konflikte Herr zu werden. Das Problem bestand für Europa nach 1918 darin, dass es nicht zu viel, sondern zu wenig Imperium hatte. Die Sowjets waren noch mit der Verdauung ihrer Revolution, des anschließenden Bürgerkriegs, der Nachfolgekrise und den Anstrengungen um Wiederinstandsetzung der Wirtschaft beschäftigt. Die Briten, die bei den Eliten der Nachfolgestaaten des Habsburgerreichs großen Respekt genossen, schreckten davor zurück, von ihren Möglichkeiten Gebrauch zu machen – Mitteleuropa erschien ihnen zu chaotisch, um sich dort einzumischen. Die Amerikaner wiederum hatten ihre Chancen bzw. Verpflichtungen in dieser Region noch nicht erkannt.

Angesichts all dessen lässt sich die These vertreten, dass Europa ohne Imperien in der Vergangenheit den Versuchungen kriegerischer Gewaltanwendung eher mehr als weniger erlegen ist. Nur die Zwischenkriegszeit brachte Bemühungen zur Errichtung einer europäischen Ordnung ohne imperiale Strukturen. Während des kurzen Friedens von Versailles, der charakterisiert war durch die Berufung auf nationale Selbstbestimmung und den Völkerbund, wuchs die Instabilität, und manches spricht, wie gesagt, dafür, dass nur die imperialen Perspektiven, die Engländern, Franzosen und Japanern außerhalb Europas winkten, den Initiativen für eine Stabilisierung in Europa temporär zum Erfolg verhalfen. (Eine analoge These könnte man für das Verhältnis Japan-China aufstellen.) Selbst Wilson, der Sachwalter des demokratischen Nationalstaats, und Franklin Roosevelt, der selbst Wilsonianer war, vertraten die Überzeugung, die Großmächte müssten eine hegemoniale, institutionell verankerte Ordnung errichten – sei es über den Völkerbund, den Sicherheitsrat oder die »Vier Weltpolizisten«. Anders als in der grauen Theorie, genügten demokratische Monaden in der Praxis nicht.

Nach 1945 war es die Wiederkehr verschiedener Spielarten von Imperium oder hegemonialer Allianz, die Europa vor seinen eigenen destruktiven Leidenschaften rettete. Die amerikanisch-sowjetische Bipolarität – das »System von Jalta« – gewährleistete von Mitte der 1940er Jahre bis 1990 ein gewisses Maß an »Ordnung«. Der sowjetische Block fungierte in fast

jeder Beziehung, nur nicht dem Namen nach, als Imperium. (Die russische Botschaft Unter den Linden konnte es fast mit Lutyens Palast für den Vizekönig in Delhi aufnehmen), und auf der anderen Seite war das Nordatlantische Bündnis um eine eindeutige Hegemonialmacht herum organisiert. Es muss jedoch spekulativer Einschätzung überlassen bleiben, ob diese imperialen Strukturen über 40 Jahre einer intensiven ideologischen Gegnerschaft hinweg Bestand gehabt hätten ohne die nukleare Abschreckung. Wie auch immer, sie hatten Bestand. Jedenfalls herrschte in beiden Hälften Europas Stabilität, auch wenn sie nur in einer Hälfte mit Freiheit einherging.

III

Diese Erfahrungen liefern relevante Beispiele für unsere Gegenwart. Welche nationalen und supranationalen Strukturen werden künftig am besten in der Lage sein, den Frieden zu sichern? Eine lose Ansammlung von Nationalstaaten bietet – zumindest in der Form, wie sie sich in der Zwischenkriegszeit herausbildete, als neue Grenzziehungen nationale Rivalitäten vorprogrammierten – keine Gewähr für einen dauerhaften Frieden. Imperiale Strukturen erzwangen eine langlebigere Ordnung, die jedoch in einem katastrophalen Zusammenbruch endete. Bleibt der internationale Markt: Reicht er alleine aus, um eine friedensfähige politische Ordnung aufrecht zu erhalten? Das Vertrauen in den Markt in seiner modernen Form beruht auf der Zuversicht, dass die Globalisierung, der Mikrochip und das allgemeine Verlangen nach persönlichem Wohlstand die Menschen rund um den Globus friedlich vereinen werde. Soziale Denker des 19. Jahrhunderts wie Saint-Simon oder Compté in Frankreich oder die bereits erwähnten Mill und Cobden in England hingen diesem Glauben ebenso an wie Norman Angell am Vorabend des Ersten Weltkriegs. Heute vertritt Thomas Friedman in seinen Büchern und journalistischen Veröffentlichungen eine in das Computerzeitalter transponierte Version dieser Utopie. Gleichwohl bleibt festzuhalten, dass Markt und Imperium einander nicht ausschließen. In den Augen Friedmans und anderer würde vielmehr eine wohlwollende amerikanische Hegemonie eben die Funktion erfüllen, den Marktkräften die Entfaltung der ihnen innewohnenden friedenschaffenden Kräfte zu ermöglichen. Markt und Imperium sind somit zwar nicht aus einem Guss, aber sie können einander ergänzen und weit-

gehend überlappen, der eine als wirtschaftliches, das andere als politisches Vehikel – eine Art zeitgenössischer Ersatz für die Dualität von Imperium und Kirche, die ihre Herrschaft vor fast einem Jahrtausend teilten. Freilich hat der Markt, auch wenn manche seiner Ideologen anderes behaupten, niemals aus sich selbst heraus internationale Harmonie garantieren können. Er hat historisch immer innerhalb eines imperialen Rahmens fungiert, sei es des britischen oder des amerikanischen Imperiums.

Gibt es demnach keine Alternative zu einem wohlwollenden Imperium, das eine an den Geboten der Humanität ausgerichtete globale Marktwirtschaft propagiert? Vor allem: Böte sich eine Alternative an, wenn wir zu dem Schluss kämen, dass eine Welt aus Nationalstaaten allein nicht in der Lage ist, internationale Harmonie zu gewährleisten? Meine persönliche Hoffnung ist die, dass eine Art multinationale Partnerschaft ohne klare hegemoniale Vorherrschaft hinreichen würde, allfällige, aus nationalen Leidenschaften resultierende Konflikte nach und nach zu entschärfen. Könnte die neue NATO eine solche Funktion erfüllen? Bei begrenzten Aufgabenstellungen und innerhalb bestimmter geographischer Grenzen vielleicht. Doch die NATO war nie als Universalwerkzeug gedacht und erhebt, anders als traditionelle Imperien, nicht den Anspruch, an der Strukturierung von Wirtschaftsräumen mitzuwirken. Auf der anderen Seite sind reine Wirtschaftsbündnisse wie etwa die nordamerikanische Freihandelsorganisation NAFTA nicht dafür geschaffen, Sicherheitsaufgaben zu übernehmen. Natürlich gibt es regionale Zusammenschlüsse, die sich zu sowohl wirtschaftlichen als auch politischen Zielsetzungen und den entsprechenden organisatorischen Formen bekennen. Die Europäische Union ist sicher kein Imperium und wäre aus eigener Kraft nicht einmal in der Lage, vor ihrer Haustür Ordnung zu schaffen: auf dem Balkan, jener Region, die bis heute an den Nachwehen ihrer imperialen Vergangenheit leidet. Hinzu kommt, dass die EU derzeit selbst den Eindruck beträchtlicher Konfusion vermittelt. Zweifellos ist sie ein Staatenbund mit der ausdrücklichen Zwecksetzung, die Entwicklung wirtschaftlicher Zusammenarbeit zu fördern. Doch macht das die Union schon zu einem Akteur in der internationalen politischen Ordnung? Nach den Erfahrungen auf dem Balkan zu urteilen, eher nicht, auch wenn die EU seit Mitte der 1990er Jahre ihre außen- und sicherheitspolitischen Instrumente geschärft hat. Der deutsche Politologe Herfried Münkler, der vor kurzem eine größere vergleichende Studie über Imperien veröffentlicht hat, ist der Überzeu-

gung, die EU müsse »imperialer« werden, um an ihrer südlichen und östlichen Peripherie ordnend wirken zu können – und um Europa in die Lage zu versetzen, der amerikanischen Hegemonie Paroli zu bieten.²

Aus den Erfahrungen der letzten 100 Jahre lässt sich die These ableiten, dass dem nationalstaatlichen System in Europa eine zügellose und mörderische Tendenz innewohnt, die bisher immer nur durch die eine oder andere Spielart einer zwischenstaatlichen Ordnung im Zaum gehalten werden konnte. Während im Europa der Vergangenheit über lange Zeiträume hinweg hegemoniale oder imperiale Ordnungen vorherrschten, haben wir es heute endlich mit einem Zusammenschluss annähernd gleichberechtigter Partner zu tun. Natürlich gibt es nach wie vor die Mächtigen und die weniger Mächtigen, doch ist es utopisch, die ersteren zu bitten, ihre Macht im Rahmen einer sich selbst beschränkenden Form internationaler Organisation auszuüben? Es ist nicht schwer, Beispiele für die Korruption und Ineffizienz zu finden, an denen solche Experimente leiden; dennoch haben sie ihren Wert. Sie bringen nach und nach die vielfältigen Organisationen der internationalen Zivilgesellschaft – sei es für Flüchtlinge, Arbeit oder auch für Kultur – unter einen Hut und zwingen denjenigen, der Gewalt anwenden will, zur Rechtfertigung. Woodrow Wilson hat eine Sache richtig erkannt: Ohne Demokratie und Selbstbestimmung werden sich die Kräfte des Krieges und der Gewalt im Zweifelsfall gegen die abstrakte Präferenz für den Frieden durchsetzen. Dass Imperien längere Friedenszeiten gesichert haben als Nicht-Imperien, mag historisch stimmen. Aber ebenso richtig ist auch, dass Imperien letzten Endes auf Krieg hinauslaufen. Über lange Zeiträume hinweg hat sich Europa auf Imperien, entweder auf seine eigenen oder auf andere verlassen. Vielleicht braucht es das heute endlich nicht mehr zu tun. Das wäre eine gute Nachricht.

Aus dem Englischen von Karl Heinz Siber

Anmerkung

- 1 Übersetzung eines Vortrags für das Engelsberg Seminar *Empire and the Future World Order* (Juni 2005). Eine englische Version wird in dem Band gleichen Titels von der Axel and Margaret Ax:son Johnson Foundation, Stockholm, publiziert.
- 2 Herfried Münkler, *Imperien: Die Logik der Weltherrschaft vom alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten*, Berlin 2005

Marc Crépon
EUROPA DENKEN

Jan Patoockas Reflexionen über die europäische
Vernunft und ihr Anderes

Für Renaud Barbaras

Was bedroht uns? Und wenn ich »uns« sage, wer ist damit gemeint? Wer ist in diesem »Wir« bedroht? Und was heißt es überhaupt »bedroht zu sein«? Die Schwierigkeit dieser Frage liegt darin, dass sie eine vorangehende Betrachtung über die Möglichkeit eines philosophischen Diskurses erfordert, welcher sich das Recht einräumt, diese Bedrohung oder Gefahr zu benennen. Was bürgt dafür, dass eine solche Benennung nicht selbst eine Bedrohung darstellt? Die geistige, ideologische und politische Geschichte des 20. Jahrhunderts ist durchzogen von Diskursen, die auf verschiedene phantasmatische oder imaginäre Weisen ein »Wir« konstruiert haben (die Zivilisation, der Okzident, dieses oder jenes Volk, diese oder jene Nation oder nationale Identität, diese oder jene »Rasse«, ja gar die Menschheit), auf das man sich berief, um damit sogleich dasjenige zu beschreiben, was für dieses »Wir« eine Bedrohung darstellt. Und ebenso ist diese Geschichte aus den Taten und den Verbrechen gemacht, die begangen wurden im Namen der Vorbeugung gegen eine angeblich drohende Gefahr.

Dass die Rhetorik der Bedrohung und der Gefahr sich von jeher als ein politisches Instrument von furchtbarer Effizienz erwiesen hat, als ein Instrument der Mobilisierung und der Unterdrückung, macht sie zu einem Risiko, vielleicht einer Bedrohung für die philosophische Reflexion selbst. Der Begriff der Bedrohung gehört in jene Reihe politischer Abenteuer, in die sich die Philosophie immer wieder verirrt hat. Die Formulierung der Bedrohung – in Gestalt einer Deklaration, Denunziation, Warnung oder Prophezeiung – ist selbst eine der Formen, welche die Instrumentalisierung der Bedrohung annehmen konnte. So konnte sie zu einem Requisite der Macht werden. Doch folgt daraus noch nicht zwangsläufig, dass das Denken auf diesen Gegenstand verzichten muss. Zumindest sollte es die

Gefahr aufzeigen, die in den Diskursen über die Bedrohung liegt. Es sei denn, man enthält sich ganz des kritischen Denkens oder gar aller geschichtlichen Reflexion.

Die Philosophie findet sich somit zurückverwiesen auf die schwierige Aufgabe, die Bedingungen der Möglichkeit eines solchen Diskurses zu hinterfragen. Dabei genügt der Hinweis nicht, dass sie Werte verteidigt oder Prinzipien Anerkennung verschaffen will, die einen solchen Diskurs legitimieren. Denn auch diese Werte und Prinzipien können bedrohlich und gefährlich sein, ohne dass man auch nur andeutungsweise sagen könnte, was da überhaupt in Gefahr wäre.

Auf den folgenden Seiten möchte ich die Hypothese belegen, dass es diese Befragung der Bedingungen der Möglichkeit ist, an denen sich Jan Patoockas Reflexionen über Europa orientieren. Vielleicht ist es sogar diese Orientierung, die seinem politischen Denken seine exemplarische Dimension verleiht. Und zwar aus mindestens drei Gründen: Zunächst war Patoocka unbestreitbar ein Zeuge dessen, was man schwerlich anders als in Begriffen von Bedrohung und Gefahr analysieren könnte: das Erstarken der Faschismen und Nationalismen in den 30er Jahren, die Machtergreifung Hitlers, die Errichtung eines totalitären Systems in der Tschechoslowakei am Vorabend des Krieges, aber auch eine gewisse Blindheit Europas gegenüber den Auswirkungen seines konstitutiven Verhältnisses zum Rest der Welt (ganz im Gegensatz zu heute). Der zweite Grund liegt darin, dass die Wörter »Bedrohung« und »Gefahr« ganz oben im Register jener zwei Philosophen stehen, mit denen Patoocka einen ununterbrochenen Dialog führte: Edmund Husserl¹ und Martin Heidegger. Die Gefahr ist tatsächlich ein zentrales Thema der *Krisis der europäischen Wissenschaften*, aber auch der *Einführung in die Metaphysik*. Schließlich (und dieser letzte Grund ist natürlich mit den beiden ersten – aber auch mit Patoockas eigener Vision der Geschichte und vielleicht auch mit seiner Lebensphilosophie eng verknüpft) ist es die Idee der Bedrohung, von der seine politische Reflexion immer wieder heimgesucht wird. Überall und immer ist von Gefahr die Rede.

Dies gilt vor allem dann, wenn es um Europa oder besser »das europäische Prinzip« geht. Die Idee Europas, wie sie sich bei Patoocka von den 30er bis zu den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts entfaltet, lässt sich in ihrem Kern von den Gefahren her denken, denen sie ausgesetzt ist. Dieser Ansatz ist nicht nur Patoocka zu eigen. Spätestens seit dem Ende des 19. Jahrhun-

derts zeigt jedes Nachdenken über Europa und sein Schicksal die gleiche Tendenz. Mit Patocka jedoch schließt dieses Denken eine Reflexion ein, die, fortlaufend an der Geschichte erprobt, sich in Bezug auf die Bedingungen der Möglichkeit ihrer eigenen Formulierung unaufhörlich modifiziert und bereichert. Anders gesagt, dieses Denken schließt eine stets neu ansetzende kritische Überprüfung der falschen Definitionen und falschen Identifikationen Europas ein, in deren Namen diese oder jene Bedrohung beschworen wird oder werden könnte.

Jede Beschwörung einer Gefahr setzt ein Wechselspiel von Identität und Alterität voraus. Im Fall Europas handelt es sich sogar um ein Spiel zwischen Identität und Alteritäten (jenen »anderen« Identitäten, die diese Identität bedrohen), denn das Andere Europas muss auf zweierlei Weisen verstanden werden. Zum einen geht es um Prozesse, durch die Europa sich zum Anderen seiner selbst macht bzw. sich selbst fremd wird. Die Alterität ist hier also die Alteration der Identität, oder zumindest dessen, was gemeinhin als Identität gilt. Denn – und darum geht es in der kritischen Arbeit an der Rede von Bedrohung – eine solche Rede setzt eine Identität voraus, in Relation zu der die Alterität bestimmt wird. Mit anderen Worten: Die Alteration oder besser die Bedrohung oder das Risiko der Alteration haben einen verschiedenen Sinn, je nachdem, ob die Identität in geographischen Begriffen oder in Begriffen von »Rasse« gedacht wird, ob sie sich auf ein spirituelles bzw. religiöses Wesen bezieht oder ob sie sich durch ein Prinzip definiert. Die Bedrohung zu denken und damit deren Begriff zu dekonstruieren, heißt folglich, die Identität zu denken und zu dekonstruieren. Heißt das, dass man die Fallen, in welche diese oder jene Rhetorik der Bedrohung das Denken gelockt hat, allein dadurch vermeiden könnte, dass man eine andere Auffassung der europäischen Identität vorschlägt? Oder würde man damit nicht in symmetrischer Weise nur eine gänzlich andere Bedrohung zum Vorschein bringen? Wir werden zu zeigen versuchen, wie Patocka wiederholt (und die Wiederholung ist hier wesentlich) diesen Weg beschritten hat.

Die Alterität Europas bedeutet aber auch noch etwas ganz anderes: Sie verweist auf die Frage seiner geistigen, geographischen, etc. Grenzen – die Frage nach dem »Sie« (der Nicht-Europäer) gegenüber einem »Wir«, genauer, auf die Frage der Bestimmungsweise von und der Beziehung zu diesem »Anderen« Europas, welche in den – wie auch immer gearteten – Definitionen oder Denkformen Europas impliziert sind oder durch sie

hervorgerufen werden. Auch hier hat der Status dieses »Anderen«, je nachdem, ob man Europa in diesen oder jenen Begriffen denkt (»rassisch«, geistig, etc.) nicht dieselbe Bedeutung und kann unterschiedlichen Weisen der Rede von Bedrohung dienen.

Im Denken Patockas ist Europa durch seine universelle Bestimmung und Berufung definiert. Dieses Denken steht in der Verpflichtung eines dreifachen Erbes: des antiken Griechenlands, des Christentums und der Aufklärung. Die Besonderheit dieser historischen und geographischen Verankerung wird durch die Heraufkunft einer Rationalität transzendiert, die sich als universelle versteht. Demnach zeichnet sich die Geschichte Europas durch ein Über-sich-Hinausgehen aus – durch ein Transzendieren jener Partikularitäten, die, wenn einzig sie kultiviert oder zum Hauptmerkmal der Identifikation und Anerkennung würden, die europäische Bestimmung gefährdeten. Von dem Moment an, wo Europa unter dem Signum der Universalität gedacht wird, muss die Reflexion auf eine ganze Reihe von Aneignungen verzichten, die dieser Universalität widersprechen. Das versteht sich nicht von selbst, vor allem aber stößt es sich an den Fakten – an all dem, was in der Geschichte Europas sich als das Gegenteil dieser Universalität erweist. Die Bedrohungen offenzulegen, die Europa überschattet haben und immer noch überschatten, führt uns also wieder dazu, all das zu identifizieren, was diese universelle Dimension unwahrscheinlich oder unmöglich machen könnte.

Wie kann nun eine universelle Berufung und Sendung, wie sie Europa charakterisiert, sich selbst entfremdet werden? Meine Hypothese ist, dass in den Arbeiten Patockas diese Bedrohung stets die Form einer Trennung annimmt – genauer, dass seine Reflexionen über Europa durch den Aufweis von drei Bruchlinien strukturiert sind, welche das europäische Prinzip seit dem letzten Jahrhundert in seinem Universalisierungsprozess durchziehen. Die erste ist jene, die im Inneren Europas eine Zäsur aufbrechen lässt zwischen solchen kulturellen und politischen Feldern, die diesem Universalitätsanspruch gegenüber aufgeschlossen sind, und anderen, die dazu neigen, sich in ihrer Einzigartigkeit zu verschließen (die Sprache, die Tradition, die »nationale« Kultur). An der zweiten Bruchlinie stehen sich, wieder im Inneren Europas, zwei Prinzipien der europäischen Vernunft (welche Patocka, wie wir sehen werden, die »Überzivilisation« nennt) gegenüber: eine gemäßigte und eine radikale Version, wobei letztere das totalitäre System bezeichnet. Die dritte Bruchlinie schließlich ist jene,

die den Universalitätsanspruch Europas in Herrschaft verkehrt: Imperialismus, Kolonialismus oder Neo-Kolonialismus. Hier handelt es sich nicht mehr um einen Bruch innerhalb des geographischen Europas (auf das sich übrigens auch die ersten beiden Linien nicht beschränken), sondern um eine radikale Trennung zwischen Europa und »seinen Anderen«. Es handelt sich um den Gegensatz (und auch die Gefahr der Verwirrung) zwischen der universellen Dimension Europas einerseits und den verschiedenen Formen der Aneignung der restlichen Welt andererseits. Nationalismus, Totalitarismus und Imperialismus sind also die drei Prüfsteine, denen sich das »europäische Prinzip« stellen muss, wenn es in seiner Forderung nach Universalität glaubhaft bleiben will. Diese drei Prüfsteine machen die Geschichte des vergangenen Jahrhunderts aus, so wie Patocka sie durchlebt hat, und sie stellen – soweit wir sie noch nicht hinter uns gelassen haben – die dreifache Bedrohung dar, deren Erben wir sind.

Die Verweigerung der Vernunft

In einem Text von 1939, mit dem Titel *Die tschechische Bildung in Europa*, fällt Patocka über die Vervielfachung nationalistischer Regime – mit allem, was sie an Beschwörungen des Reinen, der Einzigartigkeit (unter Verweigerung jeglicher Anerkennung übergreifender Zugehörigkeit oder Prinzipien) mit sich bringen – folgendes Urteil:

»(...) die geistige Karte Europas [weist] von altersher eine gewisse Zäsur auf, die, vom Norden zum Süden verlaufend, das eine Mal der Weichsel, das andere Mal dem Rhein folgt – sie stellt jedes Mal eine Grenze dar zwischen dem uraltesten, d.h. dem westlichen Europa, und den neuen, im Gärungsprozess begriffenen Elementen, die dieses alte, bereits formierte Gebilde erst werden verarbeiten müssen. Diese Zäsur *drohte* und *droht* immer noch, zu einer Barriere zu werden und den Westen, die Mitte und den Osten Europas voneinander zu trennen. *Der europäische Gedanke, der die Universalität, die Allgemeingültigkeit des Geistes bedeutet*, läge damit in Scherben. Dieser Gedanke stellt eine der größten Hoffnungen der Menschheit dar, die Hoffnung, daß (...) jene Einigung, nach der sich [die Menschheit] sowohl insgeheim als auch offen sehnt, (...) möglich und der Prozess, der zu ihrer Erreichung führt, unabwendbar ist.«²

Dieser Text erfordert einige Anmerkungen und Präzisierungen. Erstens ist Europa oder besser, die europäische Idee (an die sich die Bewertung der tschechischen Bildung / Kultur halten muss) hier voll und ganz durch ihr *telos* definiert. Das Wesen Europas ist sein Zielen auf Einheit – eine

Einheit, die *per definitionem* über jede Bezugnahme auf eine geographisch eindeutige Verankerung hinausgeht. Die europäische Idee existiert nur insoweit, als ihr Ziel die Grenzen Europas überschreitet. Sobald sie sich mit dem Rationalismus identifiziert und diesem eine universelle Bedeutung beimisst, impliziert sie eine Nicht-Übereinstimmung mit der Geschichte und sogar mit der Geographie. Die Idee Europas ist zugleich mehr und etwas anderes als sein Raum und seine Vergangenheit. Das heißt, dass sie eine zweifache Bewegung der Enteignung voraussetzt. Einerseits macht das, was bis dahin den Angelpunkt der Definition Europas gebildet hatte, nicht mehr seine wesentliche Eigenheit aus: Es bleibt ein Merkmal Europas, auf das dieses aber nicht mehr reduziert werden kann. Andererseits gehört das, was Europa bestimmt – die Vernunft – nicht ihm allein. Das Eigentümliche Europas besteht darin, letztlich keine Eigenheit zu besitzen, in seiner Universalisierungsbewegung jede Form von Aneignung abzuweisen. Mit anderen Worten, die eigentlich europäischen kulturellen Beweggründe sind genau jene, die Europa sich nicht anzueignen vermag. Eben dies ist der Preis dafür, dass – wie Patocka es ohne Zögern formuliert – der Kontinent »die Welt schlechthin bedeutet«³:

»Die europäische Bildung ist eine Bildung der Allgemeinheit. Daher können darin nur die Motive zur Geltung gelangen, die von allgemeiner Bedeutung sind, denen der innere Anspruch eigen ist, ihre Geltung auf alle Menschen und alle gesellschaftliche Formationen auszudehnen, und dies nicht, weil sie kraft Machtbefehl Gesetz werden, sondern weil sie das endlich entdeckte innere Gesetz des menschlichen Lebens darstellen.«⁴

Zweitens gilt die Definition Europas bzw. des europäischen Prinzips durch sein *telos* ebenso für die einzelnen Kulturen – angefangen mit der tschechischen. Nicht die nationale Verankerung, die Aneignung oder das Erschaffen eines »neuen Kulturboden[s]«⁵ ist problematisch, sondern das Ziel dieser Aneignung und dieses Erschaffens. Die Frage ist nicht: »Was macht aus dieser Kultur eine einzigartige, mit keiner anderen identische Kultur?«, sondern »Zu welchem Zweck macht diese Kultur ihre Einzigartigkeit geltend?«. Eine solche Teleologie verwandelt die Idee der »nationalen« Kultur tiefgreifend. Diese Kultur hat als eigene keinen Sinn, außer im Horizont ihrer Enteignung. Die Tschechen, betont Patocka, haben nicht eine Kultur, eine Bildung erworben, um ihr Recht auf eine einzigartige Existenz unter den anderen »europäischen Existenzen« geltend zu machen, sondern damit sie auf ihre eigene Weise an jener Bewegung teilnehmen, die im Inneren Europas jede Kultur enteignet, um ihr universelle

Bedeutung zu verleihen. Wenn es eine Beziehung zwischen Kultur und Freiheit gibt, so gewinnt sie einzig unter dieser Perspektive einen Sinn. Die Freiheit besteht also nicht in einem Selbstbezug, der das Individuum in den engen Horizont seiner eigenen Kultur einschließt – seiner Kultur, sofern sie ihm eigen ist und ihn innerhalb ihrer Grenzen beschützt. Vielmehr ist die Kultur gleichbedeutend mit Freiheit, sobald sie ihre eigenen Grenzen zu überschreiten erlaubt, indem sie durch ein Wechselspiel von Übersetzungen, Übertragungen und Austausch die Kultur aller wird – und sobald umgekehrt die Kultur der »anderen« aufhört, ausschließlich ihnen zu gehören, indem sie zu meiner wird.

Das bedeutet aber auch, dass die Vernunft die Europäer ebenso wie die Nicht-Europäer befreit und zu einem universellen Prinzip wird. Einerseits gehört sie zum Erbe Europas (Griechenland und die Aufklärung), andererseits befreit sie Europa von diesem Erbe, da sie kraft ihres Universalitätsanspruchs nicht mehr die Eigenheit Europas bildet. Das Paradoxe des Rationalismus ist, dass er nicht nur »die Anderen«, sondern auch die Europäer von sich selbst befreit – was wiederum eine Rationalität, eine Vernunft ermöglicht, welche die Europäer ihrer privilegierten Stellung enthebt. Die Universalität des Rationalismus ist gleichbedeutend mit seiner Dezentrierung. Allein unter dieser Bedingung kann man von einem erneuerten Rationalismus sprechen.

»Ein aufgeklärter Mensch muß zumindest soviel an geistiger Weite gewinnen, daß er imstande ist, die Möglichkeiten des Lebens von einer anderen Grundlage her zu erfassen und um zu begreifen, dass ihm diese Grundlagen nicht gänzlich fremd sind.«⁶

Man versteht auf einmal besser, worin die Bedrohung besteht, die auf Europa in jenen 1930er Jahren lastet. Sie besteht in der Einschließung einer bestimmten Kultur und am Ende jeglichen geistigen Lebens in nach äußeren Prinzipien gezogenen geographischen und politischen Grenzen. Sie besteht in der bewussten Zurückweisung der Herausforderung, welche die europäische Idee an jede Kultur stellt: Zurückweisung nicht nur der Integration einer bestimmten Kultur in (oder ihrer Assimilation an) die europäische *Kultur*, sondern Zurückweisung auch der Enteignung, durch welche die jeweilige Kultur sich für die Begegnung mit anderen öffnet.

1938, zum Zeitpunkt, da Patocka »Die Idee der Bildung und ihre Aktualität heute« schreibt, verleiht Nazi-Deutschland dieser Bedrohung am sichtbarsten Gestalt. Seine Konzeption von Kultur und Bildung beraubt

diese jeglicher universellen Dimension. An die Stelle dessen, was Patocka »eine aktive Zusammenarbeit mit der Weltkultur« nennt, setzt die Nazi-Ideologie einen offenen Konflikt zwischen den Kulturen, die sie ihren eigenen Zielen unterwerfen will.⁷ Das Paradox ist, dass auch diese Instrumentalisierung sich auf eine Bedrohung beruft. Auch sie entfaltet eine ganze Rhetorik der Gefahr – in diesem Falle der Gefahr eines Identitätsverlustes. Diese Rhetorik stellt die äußerste Bedrohung der europäischen Idee dar, nämlich dass die europäischen Kulturen im Namen einer hypothetischen Gefährdung ihrer Identität den Glauben an ihre humanistischen Ideale verlieren, die als solche (und weil sie nicht anzueignen sind) nicht zum Objekt einer politischen Instrumentalisierung gemacht werden können. Die europäischen Kulturen haben, so scheint es, die Wahl, entweder weiter auf den universellen Charakter der Vernunft zu setzen, auf ihre Offenheit gegenüber dem Rest der Welt, oder sich hinter dem zu verschanzen, was sie als ihre – territoriale, »völkische« oder »rassische« – Identität imaginieren. Die ganze Argumentation Patockas besteht darin, zu zeigen, dass diese Wahl in Wirklichkeit gar nicht existiert. Eine Kultur, die sich für den Rückzug auf sich selbst entschieden hat, hat bereits auf ihre Existenz verzichtet.

»Wenn wir selbst existieren wollen, müssen wir glauben, daß Europa weiter bestehen wird – wenn nicht mehr das Europa, in dem die humanistischen Ideale von heute unverändert fortbestehen, so ein Europa der nämlichen Ideale, doch vertieft und geheiligt durch alle heutigen Schmerzen und Kämpfe.«⁸

Der Exzess der Vernunft

Die in sich verschlossene Mythologie der Nation bzw. des nationalen Geistes bildet also die Hauptbedrohung, die auf dem europäischen Prinzip lastet (ebenso übrigens wie auf der »Nation« selbst, die durch diese Mythologie auf den Weg der Selbstzerstörung gebracht wird). Der Nationalismus bildet jedoch nicht die einzige Form von Organismus, die die europäische Idee gefährdet. Hinzu kommt eine weitere, die den Zweideutigkeiten im Konzept der Zivilisation entspringt. Denn unabhängig von den »nationalen Widerständen« die ihr widersprechen, ist die universelle Dimension der europäischen Idee nur glaubwürdig, wenn Europa *nicht* als »eine Zivilisation unter anderen« gedacht wird, sondern als das Andere der Zivilisation(en). Genau unter dieser Perspektive wirft Patocka in einem Text Anfang der 50er Jahre mit dem Titel »Die Überzivilisation und ihr

innerer Konflikt« abermals die Frage der europäischen Identität auf und führt zu ihrer Definition das Konzept der »Überzivilisation« ein.

Um die Besonderheit des europäischen Prinzips zu denken, muss man noch einmal vom Konzept der Zivilisation als solcher ausgehen, genauer von der Definition, die man ihr von ihrem *telos* her geben kann. Dieses Ziel, erklärt Patocka, ist die Aufgabe, zu der sich jede Zivilisation im Unterschied zu den primitiven Gesellschaften berufen fühlt, nämlich: die Zivilisation überhaupt zu verkörpern – ob sie nun, um ihre Macht aufzuzwingen, ihre physische oder geistige Überlegenheit gebraucht, die Beherrschung der Körper oder der Seelen (wie das etwa bei jenen Zivilisationen der Fall ist, die ihre unterschiedlichen Gesellschaften unter einer übergreifenden Religion versammeln).

»Ihre universelle Aufgabe, die allgemeine Organisationsform der historisch erweckten Menschheit zu sein, versucht die Zivilisation dadurch zu verwirklichen, dass sie eine Macht entwickelt und organisiert, der keine fremde Kraft widersteht.«⁹

Doch keine Zivilisation kann dieses Ziel erreichen. Keine hatte jemals die physische Überlegenheit, um überall und dauerhaft die stärkste zu sein. Ebenso ist die Verführungskraft eines auf irrationalen Mitteln beruhenden geistigen Einflusses niemals stark genug, um sich sämtlicher Köpfe zu bemächtigen. So bleibt das Bestreben nach Universalität stets nur Bestreben. Die Partikularität dessen, was jeder einzelnen Zivilisation eigen ist, macht aus ihrer Beziehung zum Universellen nicht ein Prinzip der Eintracht, sondern eine immer wieder neu hervorbrechende Quelle des Konflikts.

Das ist der Grund, warum Europa nicht als Zivilisation gedacht werden kann. Jeglicher Versuch, sich in einer Identität zu verschließen, bildet eine neue, vielleicht noch verderblichere Form von Bedrohung, welche die Zivilisation von innen bedroht. Von daher rührt der Gedanke, der im Konzept der Überzivilisation verdichtet ist, wonach der Preis, den eine Zivilisation für ihre Universalität zu entrichten hat, eine neue Enteignung (auf einer höheren Ebene) ist. Was auch immer ihr kulturelles Erbe ist, sie kann das Besondere dieses Erbes nicht zum Angelpunkt ihrer Identität machen. Die europäische Idee ist unvereinbar mit apodiktischen Versicherungen im Stile von: »Europa ist das Christentum«. Deshalb besteht die Aufgabe des Denkens darin, die Formen zu identifizieren, welche die Einschließung der europäischen Idee in die Partikularität einer Zivilisation annehmen kann.

»Die Kräfte, welche die Überzivilisation gerne wieder auf die gewöhnlichen Gleise der Zivilisation zurücksetzen möchte, sind zweierlei Natur: zum einen die Kräfte partikulärer Traditionen, zum anderen solche Kräfte, die das rationale Wirken, das seinem Wesen nach auf Kontinuität und als Mittel zum Zweck angelegt ist, gerne zu etwas Eruptivem und zu einem Selbstzweck machen würden.

Die Überzivilisation wird also bedroht von zwei Seiten. Jede der beiden Bedrohungen ist bestrebt, sie wieder herabzuziehen auf das Stadium einer einfachen Zivilisation, wenn nicht auf das Niveau einer Zivilisation im Verfall.«¹⁰

Jede Zivilisation unterscheidet sich in ihren Expansionsbestrebungen durch zweierlei: durch den Inhalt, den sie universell machen will und durch die Mittel, die sie für diese Universalisierung einsetzt. Von den zwei Bedrohungen der europäischen »Überzivilisation«, die Patocka identifiziert und kritisiert, betrifft die erste zunächst den Inhalt und, vermittelt über die Folgen, die Mittel, die zweite hingegen zunächst die Mittel und, vermittelt über die Folgen, die Inhalte. Die erste betrifft jegliche Berufung auf eine besondere Tradition. Bezogen auf die »europäische Zivilisation«, verstanden als eine besondere Zivilisation, reproduziert sie bloß in anderer Gestalt die Gefahr, welche Patocka bereits Ende der 30er Jahre identifiziert hatte. Sie transponiert die Logik des Eigenen und der Aneignung, die nun nicht mehr die Eigenschaften einer Nation, sondern einer Zivilisation dekliniert. Und weil sich diese Eigenschaften nicht von selbst durchsetzen, zwingt die Zivilisation sie durch Gewalt auf. In der Geschichte Europas ist dies jedes Mal passiert, wenn die Europäer *ihre* Zivilisation exportieren wollten.

Die zweite Bedrohung ist jüngeren Datums. Sie entspringt nicht der Verweigerung des europäischen Prinzips, der Berufung auf eine Partikularität, im Gegenteil: Sie rührt aus der Forderung nach einer sofortigen und uneingeschränkten Ausweitung der Rationalität auf alle Lebensbereiche, ob öffentlich oder privat. Diese Bedrohung geht von dem aus, was Patocka im Gegensatz zur gemäßigten die radikale Version der Überzivilisation nennt. Die Rationalität wird dabei zu einem Zweck, der alle Mittel rechtfertigt. Ihre Ausbreitung ist weniger horizontal (in dem Sinn, dass sie alle Nationen oder Völker berühren müsste) als vertikal. In ihrem maßlosen Streben versucht sie, ihre Kontrolle bis in die letzten Kapillaren der Gesellschaft auszuüben. Derart verallgemeinert und verabsolutiert erzeugt sie unausweichlich Widerstand, der sich nur durch Gewalt bekämpfen lässt. Sie setzt sich also mittels des »Diktats der Gewalt«¹¹ durch – und widerspricht damit einem der wesentlichen Unterscheidungsmerkmale zwi-

schen der Ausbreitung *einer* beliebigen Zivilisation und jener *der* europäischen Überzivilisation.

Es reicht also nicht mehr zu sagen, wie es Husserl noch in den 30er Jahren getan hatte, dass sich Europa durch die Vernunft definiert, vielmehr müssen wir auch verstehen, wie sich die Vernunft gegen sich selbst wenden kann. Dazu bedarf es einer vertieften Befragung dessen, was bedroht ist, wenn das europäische Prinzip erschüttert wird, das heißt, wenn seine Universalität Abbruch erleidet, sei es durch einen Rückzug auf die Tradition (wie im Nationalismus) oder im Gegenteil durch die gewaltsame Verbreitung des Universalismus. Bedroht ist dabei nicht unbedingt die Vernunft als solche, sondern ein bestimmtes Verhältnis zwischen dem Leben und der Vernunft, welche allein fähig ist, ihm Sinn zu verleihen. Das europäische Prinzip ist nicht die Vernunft allein, die Rationalität oder gar die Rationalisierung aller Zusammenhänge, sondern ein Verhältnis, das unendlich viel komplexer zu bestimmen ist, da es von dem Prinzip ausgeht, dass es im Leben etwas gibt, das sich der Vernunft entzieht oder diese überschreitet, mehr noch, etwas, das vielleicht sogar das Objekt der Bedrohung bildet – etwas, das durch die Vernunft selbst gefährdet werden kann.

Was bedroht uns? Die Antwort Anfang der 50er kann nicht die gleiche sein wie Ende der 30er Jahre – angesichts der Erfahrung eines totalitären Systems, das – im Gegensatz zum Nazismus – sich jeglicher partikularistischen Mystik des Bodens, des Volkes oder der Nation enthält, eines Systems, das die Vernunft als solche nie in Frage stellt, sie jedoch durch ihre Radikalisierung pervertiert. Man darf also nicht mehr von der Vernunft selbst ausgehen, um zu verstehen, was die europäische Idee bedroht, sondern vom Sinn des Lebens, das heißt, von den Forderungen, die das Leben an das Prinzip der Vernunft stellt. Man muss verstehen, dass die Überzivilisation eine universelle Bedeutung hat, weil sie in ihrer gemäßigten Version Träger einer Idee vom Sinn des Lebens ist, die nichts Lokales oder Partikulares hat.

»In räumlicher Ausdehnung lässt sich die Universalität einer Zivilisation nicht anders gewinnen als auf Kosten ihrer vollkommenen Beherrschung des Lebens. Die Grenzen dieser universellen Überzivilisation sind solche, die nach innen verweisen, auf den Gesamtzusammenhang, auf Fragen nach dem Sinn und der Bedeutung im ganzen.«¹²

Die Herrschaft

Der Gegensatz zwischen der radikalen und der gemäßigten Überzivilisation spielt sich jedoch nicht allein innerhalb der Grenzen Europas ab. Er bedroht das europäische Prinzip nicht nur von innen, sondern wiederholt sich noch einmal in der Beziehung Europas zu seinen »Anderen«. Und dies nicht nur kraft des verführerischen und eruptiven Charakters der radikalen Versuchung, sondern weil das europäische Prinzip selbst von jeher durch diese Beziehung betroffen war. Anders gesagt, seine Universalität wird durch die Pervertierung dieses Prinzips in eine universelle Herrschaft kompromittiert. Wenn die radikale Überzivilisation glaubhafter erscheint (als Befreiung und Rationalisierung der Beziehungen durch Revolution), so auch deshalb, weil sich Europa durch sein Verhalten dem Rest der Welt gegenüber diskreditiert hat, nachdem es zwei Mal sein Prinzip verraten hatte: Es hat den Export der Vernunft mit der Aufzwingung bestimmter Inhalte (Sitten, Religion, Sprache etc.) verwechselt; es hat die koloniale Gewalt zum Instrument seiner Universalisierung gemacht, indem es die Idee glaubhaft zu machen versuchte, dass nur die Gewalt befreit.

Um diese Bedrohung zu bannen, ist eine neue Enteignung notwendig. Das europäische Prinzip kann nach Universalität nur streben, wenn es dezentralisiert und delokalisiert wird und sich aller Privilegien entledigt, die sich Europa gegönnt hat. Genauer: Europa muss selbst jeglicher Aneignung im Namen der Vernunft, des Fortschritts, des Wissens etc. widersagen, wenn es vermeiden will, dass sein Universalitätsanspruch – wie bei jeder Zivilisation – als Maske eines Hegemoniestrebens wahrgenommen wird. Paradoxerweise kann Europa die Chance, das europäische Prinzip wieder in seine Rechte einzusetzen, nur wahrnehmen, indem es auf seine Eigenheit, seine Eigentümer verzichtet.

»Wenn aber die gemäßigte Form der Überzivilisation überhaupt noch lebensfähig sein soll, dann muss es zu einer Umstrukturierung der Welt und zu einer Universalisierung der Überzivilisation moderaten Typs kommen (...), sie muss lernen, universell zu denken, nicht in Begriffen privilegierter Personen, Schichten, Völker oder Kontinente.«¹³

Zu Beginn der 50er Jahre, als die Entkolonialisierung gerade erst begonnen hatte, ließ sich diese Enteignung noch kaum denken, während zwanzig Jahre später an ihrer Notwendigkeit kein Zweifel mehr bestand. Wenn man über eine dritte Bedrohung spricht, darf man sich also nicht täuschen. Diese Bedrohung ist nicht auf die Enteignung selbst zurückzuführen (auf

die Tatsache, dass die Vernunft, der Fortschritt, die Wissenschaft keine Eigenart Europas (mehr) ausmachen), sondern auf das Beharren einer Denkweise und einer Art zu handeln, die unfähig sind, den Widerspruch zur Kenntnis zu nehmen zwischen der Idee der Universalität Europas und dem Bild, den Vorurteilen von Europa als vom Willen zur Herrschaft getrieben. Um das Paradox noch zu verschärfen: Die Gefahr kann nur von der Unmöglichkeit her kommen, das europäische Prinzip mit dem in Einklang zu bringen, was Patočka in den 70er Jahren »eine nacheuropäische Menschheit«¹⁴ nennt.

Vor diesem Hintergrund müssen die Texte, in denen dieses Prinzip bis dahin seine vollkommenste Formulierung gefunden hatte, nämlich Husserls *Die Krisis der europäischen Wissenschaften und die transzendente Phänomenologie* und der Vortrag, den er 1935 in Wien hielt, neu bewertet werden. Angesichts des Aufstiegs des Nationalismus in den 30er Jahren bot Husserls Beschwörung des Universalitätsgedankens ein gewichtiges Korrektiv gegen die verschiedenen Formen, welche damals die Ablehnung des Humanismus angenommen hatte. Die philosophische Vernunft bietet das Modell einer kulturellen Gemeinschaft, welche keine Verwurzelung in einem bestimmten Boden, keine Verpflichtung gegenüber einer besonderen Tradition voraussetzt.¹⁵ Sie ist grenzüberschreitend, und ihre Form der Aneignung ist durch nichts vorbestimmt. Um zur »neuen und innigen (...) Gemeinschaft der Philosophierenden« zu gehören, braucht man sich nicht auf eine vorgefertigte Zugehörigkeit berufen – Voraussetzung ist vielmehr eine »Hingabe an die Ideen«, die sich anzueignen jedem offensteht.¹⁶ Diese Gemeinschaftsform hat überdies eine wahrhaft subversive Dimension. Die Aneignung der philosophischen Vernunft durch den Einzelnen misstraut allen anderen Aneignungsformen, die der Nationalismus, wenn nötig mit Gewalt, geltend macht und für sich beansprucht: jene der Traditionen, der Sprache etc.

»So kann sich der Umbruch der nationalen Kultur fortpflanzen, zunächst indem die fortschreitende universale Wissenschaft zu einem Gemeingut für die zunächst einander fremden Nationen wird und die Einheit einer wissenschaftlichen Gemeinschaft und Bildungsgemeinschaft durch die Mehrheit der Nationen hindurchgeht.«¹⁷

Angesichts der Bedrohung, die 1935 mitten in Europa vom Erstarken jener politischen Kräfte ausging, welche den Kampf gegen diesen Umbruch hin zum Universalen zu einem Leitprinzip machten, blieb die Frage nach Europas externem Anderem im Hintergrund. Vierzig Jahre später hatte

sich das geändert. Die zwei Weltkriege, aber auch die Konflikte im Zusammenhang mit der Entkolonialisierung hatten einen tiefen Widerspruch zutage gefördert: den Widerspruch zwischen der Weise, wie Europa (im geopolitischen Sinne) die Menschheit in eine globale Katastrophe hineingezogen hatte, und dem europäischen Prinzip (Europa im geistigen Sinne), das sich als unfähig erwies, dieses Unglück abzuwenden. Der Gemeinschaft, die Husserl herbeigesehnt hatte, kam angesichts erfolgreicherer, auf »Blut«, »Rasse«, Ideologie gestützter Formen und Prinzipien von Solidarität und Brüderlichkeit kein Gewicht zu. Das Gesicht, das Europa gezeigt hatte, untergrub die Glaubwürdigkeit des europäischen Prinzips. Daher ist eine Neubewertung seiner Formulierung bei Husserl notwendig:

»Aus diesem Grunde ist eine Auseinandersetzung mit Husserls großem letzten Versuch in der *Krisis der europäischen Wissenschaften* für die Probleme einer nacheuropäischen Menschheit von grundsätzlicher Bedeutung. Ist das Husserlsche Konzept einer vertieften europäischen Rationalität in der Lage, die Menschheit auf neue Wege zu führen, die durch beide Kriege hinlänglich belegte Krise des europäischen Prinzips zu überwinden und trotzdem eine Suprematie des geläuterten europäischen Geistes auch für die Zukunft zu begründen?«¹⁸

Dieser Text erfordert einige Anmerkungen. Er sagt drei Dinge über das Europa der 70er Jahre, die nicht leicht zu vereinbaren sind, aber gleichwohl eine sie verbindende Idee haben, die im Zentrum von Patockas Reflexion über die europäische Zukunft steht. Das erste ist, dass er die Situation Europas (gemeint ist nicht das europäische Prinzip, sondern die europäischen Staaten, Europa innerhalb seiner geographischen, politischen und geopolitischen Grenzen) neu bewertet und ihm einen neuen Status innerhalb der Menschheit zuerkennt. Von einer »nacheuropäischen« Menschheit zu sprechen, heißt, davon auszugehen, dass Europa nicht mehr die Welt beherrscht. Es beherrscht sie aus mehreren Gründen nicht mehr – ein wesentlicher ist der Zusammenbruch der Kolonialmächte. Wir leben in einer nacheuropäischen Menschheit, weil Europa nicht mehr der Eigentümer der Welt ist – weil es im Zuge tiefgreifender Umwälzungen »enteignet« wurde, weil es das Verfügungsrecht über die Welt, das es sich angemaßt hatte, verloren hat. Das heißt aber, dass fortan die Universalität des europäischen Prinzips nicht mehr mit jener alten Aufteilung der Welt und ihren Formen der Herrschaft verwechselt werden kann und darf.

Was uns dieser Text zweitens lehrt, ist, dass das europäische Prinzip sich neuerlich in einer Krise befindet, und zwar nicht nur wegen des Verlustes

der politischen Vormacht. Die Beziehung Europas zum Rest der Welt hat sich ebenso tiefgreifend verändert wie die zu seinem eigenen Prinzip. Daher muss die europäische Vernunft noch einmal auf ihre Fundamente hin befragt werden, um zu verstehen, inwieweit sie sich ihre universelle Dimension bewahrt hat. Worin besteht diese Krise und wie soll sie überwunden werden? Was ist durch sie bedroht, wenn es nicht Europa im geopolitischen Sinne ist?

Man könnte glauben, dass es sich hier um eine jener Vorstellungen vom Untergang Europas handelt, wie es sie seit Beginn des 20. Jahrhunderts immer wieder gegeben hat. Nun sagt aber dieser Text noch etwas Drittes. Europa mag zwar die Welt nicht mehr politisch beherrschen und das europäische Prinzip noch so sehr in der Krise sein, es bleibt doch die Möglichkeit und vielleicht die Notwendigkeit, die Zukunft im Sinne einer »Suprematie des europäischen Geistes« zu denken. Die Vorstellung einer »europäischen Suprematie« gehört keineswegs auf den Misthaufen der Geschichte, vielmehr lässt sie sich noch auf die Zukunft hin entwerfen und ist der Träger einer Hoffnung – wiewohl unter der Bedingung, präzisiert Patocka, dass der europäische Geist geläutert wird. Das wirft eine ganze Reihe von Fragen auf. Worin besteht diese Läuterung? Wie kann sie trotz allem, was geschehen ist, eine neue Hoffnung begründen? Wie lässt sich diese Hoffnung mit der Krise des Prinzips (die es noch zu identifizieren gilt) und mit der Veränderung von Europas geopolitischem Status in Einklang bringen? Eines jedenfalls scheint klar: Wenn es eine Bedrohung gibt, dann besteht sie vor allem darin, dass Europa aufhört, der Träger einer solchen Hoffnung zu sein. Das erste Kapitel von *Platon und Europa* lässt über diesen Punkt keinen Zweifel:

»Gibt es in dem, was man das europäische Erbe nennen könnte, etwas derartiges, das auch für uns so glaubhaft sein könnte, das auch auf uns in einer Weise wirken könnte, dass wir wieder Hoffnung setzen in eine bestimmte Perspektive, in eine bestimmte Zukunft, ohne uns illusorischen Träumen hinzugeben oder irgendwie die Härte und den Ernst der Situation zu unterschätzen, in der wir sind?«¹⁹

Um diese Fragen beantworten zu können, muss man einmal mehr zu den Analysen Husserls zurückkehren, freilich mit einem kritischeren Blick auf das Wechselspiel zwischen Krise und Hoffnung. Was ist in der Krise? Für den Autor der *Krisis* rührt die Krise bekanntlich daher, dass die Welt, die die Wissenschaft beschreibt, ohne Bezug zur Erfahrungswelt zu sein scheint. Die Wissenschaften, allen voran die Physik, lehren uns nicht, die

Welt kennenzulernen, sondern sie zu beherrschen. Mit ihrem Selbstverständnis als Akkumulator von Verfügungsmacht fördert die Wissenschaft in Wahrheit nichts anderes als die technische Vorherrschaft Europas. Als solche stellt sie eines der mächtigsten Werkzeuge der Hegemonie und der Aneignung der Welt dar. Und umgekehrt bindet die Wissenschaft die Überlegenheit Europas an die Erhaltung dieser technischen Überlegenheit. Wenn sie zu wanken beginnt und die Technik ihre Versprechen nicht mehr einlösen kann, verliert die Vormachtstellung Europas ihr Fundament. Der Technik ausgeliefert, hat die europäische Vernunft nichts Universelles mehr. Unter diesem Blickwinkel bestätigt Patockas Neulektüre der *Krisis* Anfang der 70er Jahre Husserls alarmierende Diagnose in verschärfter Form. Die entscheidende Frage besteht nun darin herauszufinden, inwieweit die Antwort, die Husserl dreißig Jahre zuvor vorgeschlagen hatte, noch gültig ist – ob sie ausreicht, dem europäischen Prinzip die universelle Bedeutung zurückzugeben, welche ihm die Reduktion der Wissenschaften auf technische Effizienz geraubt hatte.

Für Husserl besteht die Lösung der Krise in der Schaffung einer Wissenschaft von der Lebenswelt, die sich nicht an die Stelle der bestehenden Wissenschaft setzt, sondern sie über ihre Voraussetzungen aufklärt – einer Wissenschaft, die die wissenschaftliche Erkenntnis auf die originäre Gegebenheitsweise der Gegenstände und auf die Welt als Horizont aller Erfahrung zurückführt. So soll sich die Wesensstruktur der natürlichen Welt aufdecken lassen und damit die Universalität der Theorie gewährleistet werden. Die Universalität des europäischen Prinzips würde durch das Zutagefördern der universellen Grundlagen der Wissenschaft gesichert. Doch genügt dies heute, angesichts des neuen geopolitischen Status Europas und der lebendigen Erinnerung an die Jahrhunderte währende Perversion seines Universalitätsprinzips? Dazu müsste der Geist der europäischen Hegemonie, der in seiner phantomhaften Wiederkehr immer wieder jegliche Perspektive auf Universalität zerstört, aus der Beziehung zwischen Europa und seinen »Anderen« verbannt werden.

Kann dies gelingen? Kaum. Patockas Reflexionen über Europa vom Anfang der 70er Jahre zeigen, inwiefern die geschilderte Perspektive die Tatsache verkennt, dass die Welt nicht auf ihre Repräsentation reduziert werden kann; sie muss vielmehr als Korrelat eines Aktes oder einer Anschauung gedacht werden:

»Erst dadurch, dass die Welt ein Möglichkeitsgefüge bietet für ein Wesen, das *schon* da ist, und zwar in einer Situation, in welcher es sich mit Anderem und

Anderen auseinandersetzen muss, wird die Welt zu einem universalen Rahmen jeder Erfahrung. Dinge sind in der Welt, weil ich sie erfasse und als dasjenige verstehe, was sie sind: mögliche Mittel, um die sich mir bietenden, an mich appellierenden Möglichkeiten zu ergreifen und zu realisieren, auf die ich in meinem Leben angewiesen bin.«²⁰

Diese Auffassung stand bekanntlich von Anfang an im Zentrum von Patockas Denken. Was sich hier jedoch zeigt, sind ihre unmittelbar politischen Implikationen. Die erste besteht darin, dass ein Denken in sein Recht eingesetzt wird, das nicht mehr nach *der* Welt, nach einem Wesen der Welt fragt, sondern eine Pluralität von Welten einräumt, so dass die europäische Vernunft keine universelle Geltung mehr beanspruchen und so tun kann, als ob es diese Pluralität nicht gäbe. Indem diese Vernunft nun zwar keine europäische Vorherrschaft mehr fortschreiben will, gleichwohl aber eine des europäischen Geistes, impliziert sie eine einseitige Enteignung. Zwar entledigt sie sich so der Rationalität als einer ihr eigenen und verkündet, dass diese nicht mehr allein Europa zueigen ist oder sein sollte. Doch erwartet sie umgekehrt vom Rest der Welt keine reziproke Enteignung, sie empfängt nichts, da sie außerhalb ihrer selbst nichts sucht, was eine universelle Dimension annehmen könnte.²¹ Obwohl sie die Welt im Plural denkt, ignoriert sie jene tieferliegende Form von Universalität, die hervorgeht aus der Verständigung, dem Zuhören und der Übersetzung der Welten ineinander (verstanden als Möglichkeitsfelder). Schlimmer noch, die Universalität einer Vernunft, die die Vielfalt dieser Felder ignoriert, bewirkt letzten Endes deren Zerstörung.

»Vom hier entwickelten Standpunkt aufgefasst, stellt die Husserlsche Lebenswelttheorie wohl eines der letzten Glieder in der Kette typisch europäischer Perspektiven auf fremde Kulturen und ihre Welten dar. Das Europäische wird hier aus einer scheinbar »objektiven«²² Werte, aufgrund seiner »allgemeinen Rationalität«²² allen übrigen Auffassungen übergeordnet, seine höhere Geltung, seine Notwendigkeit gegenüber den Zufälligkeiten der sonstigen Menschheitsentwicklungen wird naiv supponiert statt bewiesen zu werden. Auf *dieser* Grundlage ist keine Verständigung zwischen Menschenwelten, kein universaler menschlicher Kontakt zu erreichen, sondern nur eine Zerstörung der fundamentalen Menschlichkeit durch eine generalisierte Entleerung des Weltgeheimnisses.«²²

Der Gang unserer Argumentation sollte zeigen, dass die dritte Bedrohung abermals die Form einer Trennung annimmt. Die ersten beiden Bedrohungen (die mit den Begriffen des »Nationalismus«²² und des »Totalitarismus«²² zusammengefasst werden könnten) entsprechen einem »Hiatus«, einem

Bruch innerhalb der Grenzen Europas; sie untergruben die Vernunft in ihrem Universalitätsanspruch. Die dritte Bedrohung (welche die beiden anderen nicht ausschließt, da sich alle drei sehr wohl überlagern können) lässt sich ebenfalls als eine Trennung verstehen – eine Trennung, welche diesmal die ausschließliche, endgültige und sich selbst genügende Identifikation Europas mit dieser Vernunft zerstört. Die Gefahr ist hier nicht, zu glauben, dass die Idee Europas etwas Universalisierbares an sich hätte und dass dieses Etwas mit der Vernunft gleichzusetzen wäre, sondern vorauszusetzen, dass es in der Gesamtheit menschlicher Welten nur diese eine Vernunft gebe, welche Träger der »universellen Entelechie der Menschheit« sei – und den Rest als vernachlässigbare Größe zu behandeln. Es ist die Gefahr, zu glauben, dass es außerhalb des europäischen Universums nichts als voneinander isolierte Partikularitäten gäbe – oder anders formuliert, dass allein Europa das Privileg des Universellen oder des Universalisierbaren hätte. Ohne eine Offenheit anderen Traditionen gegenüber – eine Offenheit, die nicht nur eine schlichte Kenntnis des Anderen bedeuten würde, sondern eine echte innere Bereitschaft, sich für das Andere zu öffnen – wird die Universalisierung der Vernunft immer Gefahr laufen, mit Herrschaft, mit der Aufzwingung einer bestimmten Kultur verwechselt zu werden. Die Schlussfolgerungen von Patockas Reflexionen lassen keinen Zweifel über die Scharfsichtigkeit, mit der er die Probleme vorausgeahnt hat, die Europa erwarteten und die heute mehr als je zuvor die unseren sind.

»Die Generalisierung Europas muss notwendigerweise zu einer Auseinandersetzung mit und dadurch zu einem erneuten Respekt für die als unbedeutend und tot geltenden Kulturtraditionen führen, die eine unverzichtbare faktische Unterlage für den europäischen Gedanken darbieten: denn nirgends trifft Europa auf eine *tabula rasa*, überall ist schon vorgearbeitet, überall findet sich schon eine Welt, die aktiv geformt ist. (...) Überall lebt hier noch der Sinn für das Weltgeheimnis, überall lebt das Bewusstsein der Polydimensionalität des einfachen, aber unerschöpflichen Lebens. Es gilt nun, einen Geist zu begründen, ein Menschenbild zu formen, die geeignet sind, diese Originalität, diesen ›Selbstwert‹, diese Eigenständigkeit der bisher vergessenen, nun aber wieder erneuerten Traditionen wirksam werden zu lassen, erneuert durch die Generalisierung eines in seiner Selbstherrlichkeit erschütterten Europa.«²³

Aus dem Französischen von Thomas Szanto

Anmerkungen

- 1 Vgl. insbesondere den Schluss des Wiener Vortrages, »Die Krisis des europäischen Menschentums und die Philosophie« (1935), in: Edmund Husserl, *Die Krisis der europäischen Wissenschaften und die transzendente Phänomenologie. Eine Einleitung in die phänomenologische Philosophie*, Husserliana VI, hg. von Walter Biemel, Den Haag 1976, S. 314–348.
- 2 Jan Patočka, »Die tschechische Bildung in Europa«, in: Ders.: *Kunst und Zeit. Kulturphilosophische Schriften*, Ausgewählte Schriften, hg. von Klaus Nellen und Ilja Srubar, Stuttgart 1987, S. 352. (Hervorhebungen von M.C.)
- 3 Am Anfang des Textes spricht er tatsächlich von »den Aufgaben (...), die sich diesem Kontinent, der auch heute noch die Welt schlechthin bedeutet, stellen«. (Patočka, »Die tschechische Bildung in Europa«, a.a.O., S. 352)
- 4 Ebd., S. 353.
- 5 Vgl. ebd., S. 358.
- 6 Ebd., S. 382.
- 7 Vgl. Jan Patočka: »Die Idee der Bildung und ihre Aktualität heute«, in: Ders.: *Schriften zur tschechischen Kultur und Geschichte*, Ausgewählte Schriften, hg. von Klaus Nellen, Petr Pithart und Milos Pojar, Stuttgart 1992, S. 7. Vgl. auch S. 4 f.: »Der deutsche Nationalsozialismus (...) rechtfertigt die Kultur bloß als Ausdruck einer natürlichen nationalen, kollektiven Substanz und stellt sie für ewige Zeiten in den Dienst politischer Zusammenhänge und Ziele.«
- 8 Ebd., S. 9.
- 9 Übers. nach: »Nadcivilizace« (Die Überzivilisation), in: *Sebrané Spisy Jana Patočky* (Gesammelte Schriften), Bd. I, S. 244. (Übersetzungen aus dem tschechischen Original hier und im folgenden von Ludger Hagedorn.)
- 10 Übers. nach: »Nadcivilizace«, a.a.O., S. 252 f.
- 11 Siehe ebd.
- 12 Übers. nach: »Nadcivilizace«, a.a.O., S. 253 f.
- 13 Übers. nach: »Nadcivilizace«, a.a.O., S. 281.
- 14 Jan Patočka, »Die Selbstbesinnung Europas«, hier zitiert nach dem deutschsprachigen Typoskript am Patočka-Archiv des IWM, Signatur 1994/1, S. 1.
- 15 Vgl. Husserl, »Die Krisis des europäischen Menschentums und die Philosophie«, a.a.O., S. 333: »Anders als alle anderen Kulturwerke ist sie keine an den Boden der nationalen Tradition gebundene Interessenbewegung.«
- 16 Vgl. ebd., S. 334.
- 17 Ebd., S. 335.
- 18 Patočka, »Die Selbstbesinnung Europas«, a.a.O., S. 1.
- 19 Übersetzt nach: *Platon a Evropa*, in: *Sebrané Spisy Jana Patočky* (Gesammelte Schriften), Bd. II, S. 159.
- 20 Jan Patočka, »Die Selbstbesinnung Europas«, a.a.O., S. 11.
- 21 In dieser Hinsicht lässt der Text des Wiener Vortrages von Husserl keine Zweifel offen, vgl. »Die Krisis des europäischen Menschentums und die Philosophie«, a.a.O., S. 320: »Es liegt [in unserem Europa] etwas Einzigartiges, das auch allen anderen Menschheitsgruppen an uns empfindlich ist als etwas, das, abgesehen von allen Erwägungen der Nützlichkeit, ein Motiv für sie wird, sich im ungebrochenen Willen zu geistiger Selbsterhaltung doch immer zu europäisieren, während wir, wenn wir uns recht verstehen, uns zum Beispiel nie indianisieren werden.«
- 22 Patočka, »Die Selbstbesinnung Europas«, a.a.O., S. 13.
- 23 Ebd., S. 25.

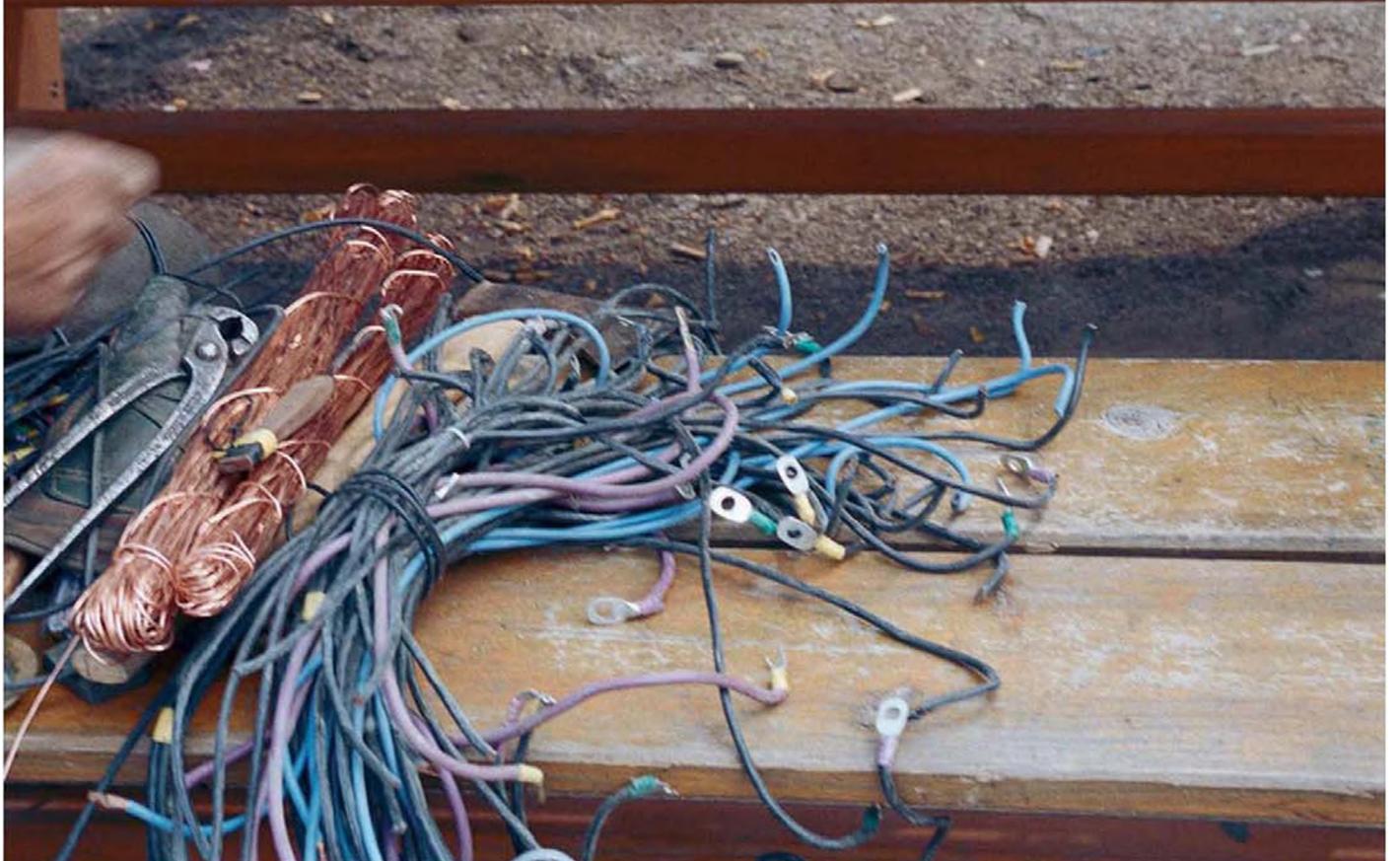


ZIVOMIR DER SAMMLER

Hubert Lobnig 1996 - 2005



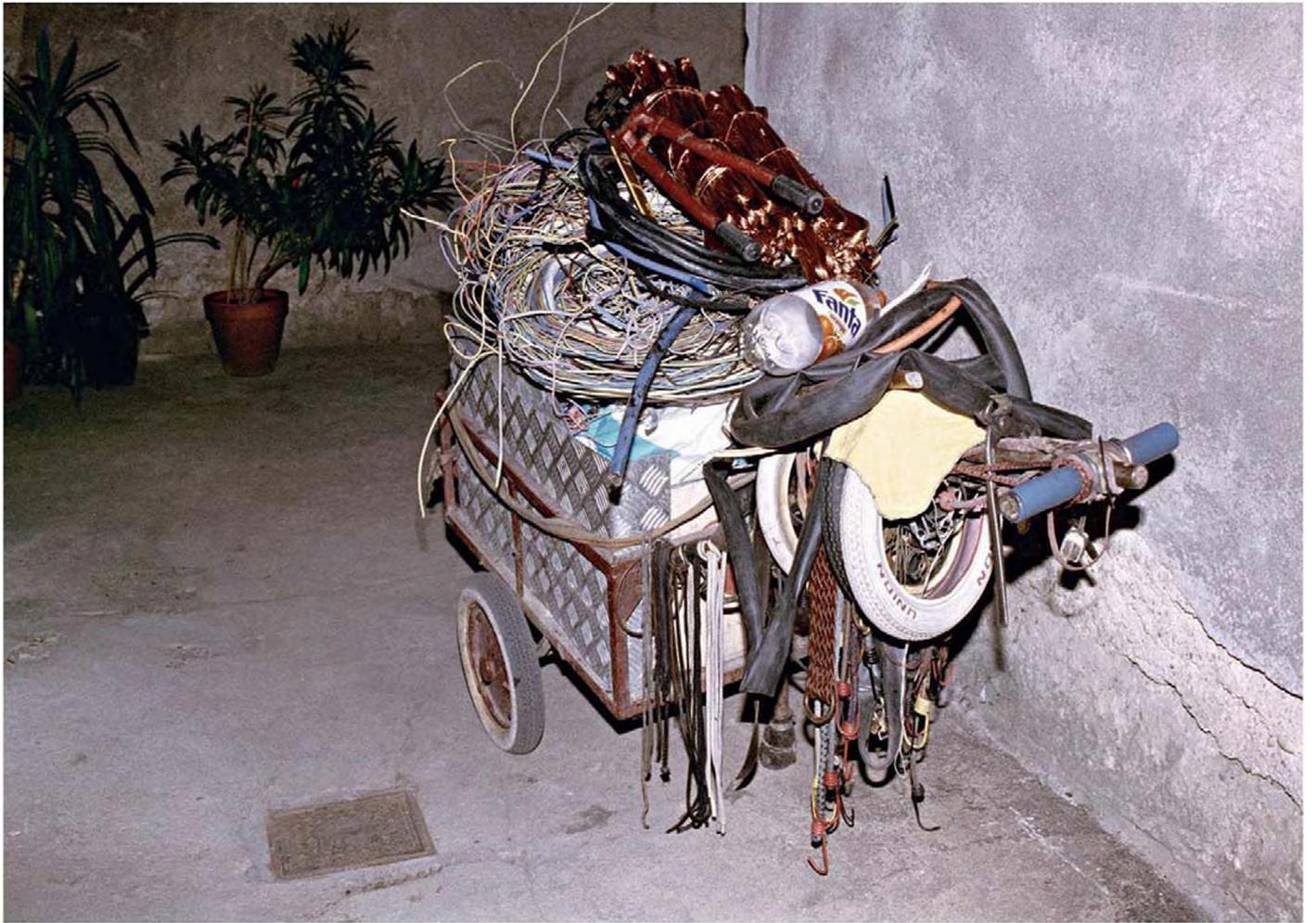












Norman M. Naimark
 DIE *KILLING FIELDS* DES OSTENS
 UND EUROPAS GETEILTE ERINNERUNG¹

Während des Zweiten Weltkriegs wurde der »Osten« Europas – Polen, die Ukraine, Litauen und Weißrussland – von den schlimmsten Verwüstungen seit Menschengedenken heimgesucht. Die Geschichte dieser von den Nazis verübten und entfachten Gewalt lebt heute sowohl im kollektiven als auch im individuellen Gedächtnis der Menschen dieser Region fort. Wie die neuesten Erkenntnisse der Kognitionswissenschaft zeigen, wandelt sich das Gedächtnis fortwährend, abhängig von den Reizen des jeweiligen Augenblicks. Obwohl die Geschichte bestrebt ist, das Gedächtnis zu kodifizieren und festzuschreiben, ist es dauernd in Bewegung. Hinzu kommt, dass sprachliche und kulturelle Gemeinschaften ihr eigenes kollektives Gedächtnis schaffen, das nicht selten abgeschnitten ist von dem ihrer Nachbarn, auch von demjenigen der früheren Opfer und Täter. Daher unterscheiden sich die Erinnerungen an die Greuel der *killling fields*, der Todesfelder in den betroffenen Ländern so stark und werden auf so verschiedene Weise dokumentiert und dargestellt. Sogar das Exhumieren von Leichen aus Massengräbern und ihre Wiederbestattung ist von komplizierten Rechtfertigungen der vermeintlichen Täter und Opfer begleitet.² Deutsche, Polen, Ukrainer und Juden haben eine jeweils eigene Art und Weise entwickelt, ihre Vergangenheit in Beziehung zu den anderen zu verstehen. Aus der gemeinsamen Geschichte und Beteiligung an den Greuel-taten wurde ein geteiltes Bewusstsein von der Vergangenheit. Um diese Vergangenheit und ihre heutigen Auffassungen soll es im Folgenden gehen.

Die gemeinsame Vergangenheit

Mit der Invasion Polens am 1. September 1939 und der Aufteilung des Landes zwischen Nazi-Deutschland und den Sowjets gemäß dem Molotow-Ribbentrop-Pakt begann der Zweite Weltkrieg. Die Besetzung Polens erfolgte mit der von Hitler geforderten brutalen Gewalt. Die SS koordinierte die »Operation Tannenberg« und erstellte Todeslisten mit den Na-

men führender polnischer Beamter, Funktionäre, Intellektueller und Geistlicher. Die Polen sollten ihre Heimat und ihre nationale Elite verlieren und dem »Dritten Reich« als Sklaven dienen. Etwa 60.000 Polen wurden in den ersten Kriegs- und Besatzungsmonaten ermordet.³ Zu jenem Zeitpunkt konzentrierten sich die Nazis noch darauf, die polnischen Juden aus dem Dritten Reich zu vertreiben, sie in Ghettos zu sperren, ihnen ihr Eigentum zu rauben und den Zugang zu Lebensmitteln und Medikamenten einzuschränken.

Im gleichen Zeitraum, von 1939 bis 1941, deportierten die Sowjets in dem von ihnen besetzten Ost-Polen die lokalen Eliten in vier Säuberungswellen. Zum größten Teil handelte es sich dabei um Polen, aber es waren auch Litauer, Ukrainer, Weißrussen und Juden darunter. Etwa 20.000 polnische Offiziere, die in drei sowjetischen Kriegsgefangenenlagern saßen, wurden 1940 auf Stalins Befehl erschossen und im Wald von Katyn und an anderen geheimen Orten begraben. Polnische Lehrer, Beamte, Anwälte, Geschäftsleute und andere wurden zusammen mit ihren Familien nach Zentralasien, Sibirien und in den hohen Norden verbannt – insgesamt etwa 292.000 Menschen, von denen Zehntausende an Hunger, Krankheit und Entkräftung starben, bevor die Amnestie vom Juli 1941 in Kraft trat.⁴ Nach dem Angriff der Nazis auf Russland am 22. Juni 1941 ermordete der NKWD hastig Tausende Inhaftierte. Die meisten von ihnen waren Ukrainer und Litauer, die beschuldigt wurden, sich der sowjetischen Machtergreifung in irgendeiner Weise widersetzt zu haben. Die Tatsache, dass Juden im sowjetischen Verwaltungsapparat Ost-Polens arbeiteten, verstärkte den Judenhass insbesondere bei den Polen, die von den Sowjets deportiert worden waren, und den Ukrainern und Litauern, deren Familien vor dem Rückzug der Sowjets vom NKWD ermordet worden waren.

Die »Operation Barbarossa«, der Angriff der Nazis auf die Sowjetunion, vereinigte militärische Operation und Genozid. Hinter der Operation stand die Idee, die vermeintlich bolschewistisch-jüdischen Untermenschen zu vernichten und ihr Land zu zerstören. Die Geschichte des Holocaust wird den meisten Lesern bekannt sein. Deshalb werde ich hier nicht näher darauf eingehen. Vom Sommer 1941 an, als Einsatzgruppen begannen, Juden in großer Zahl zu exekutieren, bis zur Wannsee-Konferenz Anfang 1942, auf der die industrielle Vernichtung der Juden beschlossen wurde, wurden die Juden in Wellen von Massenterror von den Deutschen gejagt, gequält und ermordet. Es gab Ukrainer, Litauer, Polen und Weißrussen,

die den Nazis dabei halfen. Einheimische stellten den Großteil der lokalen Polizeistreitkräfte, ohne die der Genozid viel schwerer durchzuführen gewesen wäre. Sie verrieten den Deutschen jüdische Verstecke und lieferten Juden der Polizei aus.

Während der ersten Wochen und Monate der deutschen Besatzung waren die Juden den vor allem von Polen, Litauern und Ukrainern verübten Pogromen der lokalen Bevölkerung ausgesetzt. Jan Gross hat in seinem Buch »Nachbarn« den von Polen begangenen Mord an 1.600 Juden in der Stadt Jedwabne im Juli 1941 aufgedeckt und damit ein ganz neues Forschungsfeld eröffnet.⁵ 1941 kam es zu einer Serie ähnlicher Pogrome in den Regionen Bialystok und Lomza im nordöstlichen Polen. Im Juni und Juli 1941 waren Litauer in Kaunas/Kauen (Kowno) in Pogrome gegen Juden verwickelt, bei denen etwa 3.800 getötet wurden. Im gleichen Sommer ermordeten Ukrainer in Lemberg (L'viv), Ternopol (Ternopil), Kiew (Kyiv) und einem Dutzend anderen Orten etwa 24.000 Juden. Die Nazis filmten viele dieser Greuel für Propagandazwecke, was die unfassbar absurde Atmosphäre noch verstärkte. Dass die Nazis ihren vorausgeschickten Polizeieinheiten den Geheimbefehl mitgaben, zu Pogromen anzustiften, mindert nicht die leidvollen Erfahrungen, welche die Juden durch die Hand ihrer eigenen Landsleute machen mussten. Bei diesen Pogromen vermischten sich altbekannte Beschuldigungen unterstellter wirtschaftlicher Ausbeutung durch Juden mit frischen Erinnerungen an angeblich jüdische Sympathien mit den Sowjet-Besatzern. Hinzu kamen wüste Gerüchte, die viele für bare Münze nahmen. So wurde etwa in Umlauf gebracht, dass am Vorabend des Nazi-Angriffs ukrainische, polnische und litauische Patrioten auf grausame Weise von jüdischen NKWD-Mitgliedern gefoltert worden seien.

Die Massenmorde der Nazis waren ohne Beispiel. Hitler hatte beschlossen, alle Juden umzubringen, deren er habhaft werden konnte. Die Haltung der Nazis gegenüber den Slawen im Osten war voller Widersprüche; eindeutig war nur, dass sie der niedrigsten Stufe der Rassenhierarchie zugeordnet wurden. Sieht man sich die Entwicklung des von der SS inspirierten Generalplans Ost zur Eroberung von deutschem Lebensraum im Osten an, dann steht außer Zweifel, dass Millionen Slawen – Polen, Ukrainer und Russen – dem Tode geweiht waren, meist durch Entzug von Lebensmitteln, Medikamenten und Obdach. So starben fast 3,3 Millionen sowjetische Kriegsgefangene durch deutsche Hand und fast drei

Millionen polnische Katholiken an den Folgen von Zwangsarbeit, Inhaftierung in Konzentrationslagern, Vergeltungsmaßnahmen und künstlicher Hungersnot. Anfänglich setzten die Ukrainer Hoffnungen in die Nazis, doch mussten sie bald erfahren, dass sie und ihr Land ebenfalls für Ausbeutungszwecke vorgesehen waren. 1942 und 1943 starben zehntausende Ukrainer an den Folgen der von den Nazis willentlich herbeigeführten Hungersnot von Kiew. Insgesamt mussten 5,7 Millionen Ukrainer während des Krieges durch die Nazis ihr Leben lassen, darunter 800.000 Juden.⁶

Ukrainische Nationalisten sahen im Zweiten Weltkrieg die Chance, eine unabhängige Ukraine zu etablieren. Sie sammelten sich in der politischen Organisation OUN (Organisation der ukrainischen Nationalisten), die wiederum militärische Einheiten der UPA (Ukrainische Aufstandsarmee) unterstützte. Zu Beginn glaubten sie, das gleiche Ziel wie die Deutschen zu verfolgen. Ende 1942 mussten sie jedoch erkennen, dass diese nicht an einer unabhängigen Ukraine interessiert waren. Dennoch hielt die OUN ihr Ziel aufrecht, die Sowjetunion zu besiegen und das ukrainische Territorium von Juden und Polen zu säubern. Mit Hilfe von ukrainischen Freiwilligen, darunter ungefähr 11.000 Polizisten, hatten die Nazis bis Ende 1942 das ukrainische Judentum ausgelöscht. Die meisten Juden wurden im Lande ermordet, der Rest in die polnischen Vernichtungslager deportiert. Die OUN und ihre UPA-Einheiten bereiteten nach Stalingrad, als zu erwarten war, dass die Sowjets den Krieg gewinnen würden, ethnische Säuberungen gegen die Polen vor. Die Angriffe waren besonders zahlreich in der Provinz Wolhynien, wo die Polen isoliert und in ungeschützten Siedlungen lebten. Die UPA führte auch Angriffe auf die im Südwesten von Galizien lebenden Polen durch, obwohl dort polnische Untergrundeinheiten und die deutschen Streitkräfte in der Lage waren, ihnen einen gewissen Schutz zu bieten. Die Angriffe auf polnische Zivilisten waren ungewöhnlich böseartig und grausam; etwa 50.000 bis 60.000 Polen wurden durch die Massaker der UPA getötet.⁷

Während die ukrainische Untergrundbewegung einen Großteil der ländlichen Gegenden kontrollierte, gingen die Nazis und die ansässigen Polen ein Zweckbündnis ein. Die Polen wiederum übernahmen Polizeifunktionen, die ehemals Ukrainer innegehabt hatten, bevor sie desertiert waren, um sich den UPA-Einheiten anzuschließen. Die Nazis statteten die Polen mit Waffen aus, so dass sie mit dem Kampf gegen die aufständischen

Ukrainer fortfahren konnten, dem bereits viele zum Opfer gefallen waren. Im Frühling 1944 griffen polnische Untergrundkämpfer 20 ukrainische Dörfer in der Region Chelm an. Dabei starben mehrere tausend Zivilisten.⁸ Einheiten der polnischen Heimatarmee zogen nach Wolhynien, um die dortige polnische Bevölkerung zu beschützen. Die von den Nazis unterstützte polnische Polizei lief in einer Art Rachefeldzug für ihre von der UPA ermordeten Landsleute in ukrainischen Dörfern Amok, wo sie mutwillig ukrainische Zivilisten folterte und tötete. Insgesamt fielen mehrere tausend ukrainische Bauern den polnischen Übergriffen zum Opfer. In der Zwischenzeit gewann die UPA an Stärke und zerstörte die meisten polnischen Siedlungen.

Das Morden im Osten hörte mit der sowjetischen »Befreiung« der Ukraine und des Großteils von Polen 1944 nicht auf, auch nicht mit dem Sieg über Deutschland im Mai 1945. Im Zuge brutaler ethnischer Säuberungen wurden etwa 11,5 Millionen Deutsche, von denen die meisten alteingesessene Bewohner der jeweiligen Gebiete waren, aus ihren Häusern vertrieben; 2,5 Millionen, so die Schätzungen, starben.⁹ Die UPA setzte die Kampfhandlungen sowohl in der abermals einverleibten sowjetischen Ukraine als auch in Polen fort. Stalin und die polnischen kommunistischen Führer einigten sich auf einen Bevölkerungsaustausch: 2,1 Millionen Polen wurden aus der Ukraine und Weißrussland nach Polen umgesiedelt und im Gegenzug 480.000 Ukrainer von Polen in die Ukraine. Untertags versuchten die Sowjet-Behörden widerspenstige Polen zu vertreiben, in der Nacht drohten ihnen UPA-Banden den Tod an, sollten sie versuchen zu bleiben. In Polen wiederum attackierten nationalistische Untergrundbewegungen die ukrainische Bevölkerung, während die polnische Regierung im Rahmen der »Operation Vistula« militärische Angriffe gegen die ukrainischen Bevölkerungszentren in Südost-Polen organisierte. Dabei wurden etwa 5.500 Ukrainer getötet, die restlichen 140.000 wurden auf die »wiedergewonnenen Gebiete« im Westen und Nordwesten Polens verteilt.¹⁰ Das letzte Kapitel dieser Nachkriegsgeschichte bilden die Pogrome gegen jene Juden in Polen, die es geschafft hatten, den Krieg in ihrem Land oder der Sowjetunion zu überleben, um dann nach Hause zurückzukehren – insgesamt etwa 244.000 von ursprünglich drei Millionen. Diesen Pogromen im Nachkriegspolen fielen 1.500 bis 2.000 Juden zum Opfer.¹¹ Der errungene Frieden machte dem Schrecken also kein Ende. Die Bilanz des Zweiten Weltkriegs und seiner Nachgeschichte konfrontiert

uns mit Millionen getöteter Zivilisten, dem Leiden einer noch größeren Zahl von unschuldigen Frauen, Männern und Kindern, der Zerstörung ehemals pulsierender multinationaler Gemeinschaften, der Auslöschung der osteuropäischen jüdischen Bevölkerung und der weitgehenden »Säuberung« Deutschlands, Polens, der Ukraine und Litauens von ihren Minderheitsbevölkerungen.

Die gespaltene Gegenwart

Wie beeinflusst diese Vergangenheit die Politik des neuen Europa im »Osten«? Insbesondere stellt sich die Frage, wie sich die Hauptakteure, die Deutschen, die Polen und die Ukrainer, auf ihre gemeinsame Vergangenheit beziehen. In dieser Vergangenheit spielt einerseits der Massenmord an den Juden eine wichtige Rolle, andererseits haben das Morden innerhalb der eigenen Bevölkerung und die gegeneinander gerichteten ethnischen Säuberungen tiefe Narben hinterlassen. Die Antwort wird dadurch erschwert, dass sich die drei Nationen zu unterschiedlichen Zeiten mit diesen historischen Traumata beschäftigt haben, abhängig von ihrer jeweiligen Nachkriegserfahrung. Für die Deutschen – genauer: die Westdeutschen – war die Studentenrevolte der späten 1960er Jahre der Katalysator für die Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Zweiten Weltkriegs. Dabei überlagerten sich ein Generationenkonflikt und das hartnäckige Beharren darauf, das Land und die Väter für die Nazi-Vergangenheit zur Rechenschaft zu ziehen. Freilich war die Vergangenheit nicht so einfach in den Griff zu bekommen, wie es der programmatische Ausdruck »Vergangenheitsbewältigung« suggerierte. Stattdessen kam es immer wieder zu dramatisch aufgeladenen öffentlichen Debatten über die Naziverbrechen im Osten, die von Historikern angestoßen oder im nachhinein aufgegriffen wurden. Die Generation der Enkel – die jungen Historiker der heutigen Bundesrepublik – hat inzwischen eine Fülle von Untersuchungen über jeden Aspekt der Besatzung des Ostens und die damit verbundenen Kämpfe und Morde hervorgebracht. Alles deutet darauf hin, dass der Strom an Publikationen nicht so bald versiegen wird.¹² In diesem Prozess wurde die Mitverantwortung der einst für integer gehaltenen Wehrmacht am Holocaust aufgezeigt; das bürokratische Gezerre zwischen den Organen der Partei- bzw. Staatshierarchie im Osten wurde gründlich dokumentiert; der Genozid der Nazis an den Juden und Polen wurde in seiner kruden Gewalt

enthüllt und die Beteiligung von Nicht-Deutschen an den Massenmorden eindeutig erwiesen.

Viele dieser Arbeiten haben in die deutschen Schulen, die Medien, das öffentliche kulturelle Leben, die Museenlandschaft und den Erinnerungsprozess Eingang gefunden, so dass man fast schon sagen kann, dass die deutsche Identität auf der Schuld an den Nazi-Verbrechen und auf ihrer Wiedergutmachung basiert. Der 15. Mai 2005, der Tag der Eröffnung des Holocaust-Mahnmals in der Nähe des Brandenburger Tores, setzt gleichsam ein Ausrufezeichen hinter diese Entwicklung.

Zugleich widmen die Deutschen ihren eigenen traumatischen Erfahrungen als Opfer zunehmende Aufmerksamkeit – als Vertriebene im Osten, von denen viele brutal misshandelt, vergewaltigt oder getötet wurden; in Deutschland selbst als Opfer der heftigen Bombardierungen durch die Alliierten und auch als Leidtragende der Plünderungen und Verwüstungen durch die Sowjets während der Einnahme Berlins und der anschließenden Zeit der Besatzung. Manche befürchten, dass die Beachtung der deutschen Opferrolle von der Wahrnehmung der Deutschen als Täter ablenkt. Es handelt sich in allen beteiligten Ländern zweifellos um einen schwierigen Balanceakt, ob in Deutschland, Polen oder der Ukraine.

Die Polen begannen ihre Auseinandersetzung mit dem Krieg zu einem späteren Zeitpunkt. Zum einen lag das an der kommunistischen Zensur, die der polnischen Gesellschaft aufgezwungen wurde und die das Erforschen, ja schon das Sprechen über Polen als Täter oder Kollaborateure der Deutschen verhinderte. Ebenso unmöglich war eine Diskussion über die Zeit der sowjetischen Besatzung in den Jahren 1939 bis 1941 und wieder ab 1944. Zum anderen trug der polnische Nationalismus, wie er 1956 von Wladyslaw Gomulka zum festen Bestandteil der kommunistischen Kulturpolitik gemacht wurde, dazu bei, dass sich die Polen vergleichsweise spät mit der eigenen Rolle während des Zweiten Weltkriegs zu beschäftigen begannen. Sie sahen sich als heldenhafte Märtyrer und die Deutschen als die teuflischen Peiniger. Sprach man von Auschwitz, so meinte man die Ermordung der guten Polen, Kommunisten und sowjetischen Kriegsgefangenen; von den Juden war nicht die Rede. In der Öffentlichkeit und im Privaten ignorierten die Polen das Schicksal der Juden ihres Landes, so als ob es sich bei der Opferfrage um ein Nullsummenspiel handelte. Jede Anerkennung jüdischen Leidens schien das der Polen zu verringern. Die Dinge begannen sich erst in den 1980er Jahren zu ändern, als die *Solidar-*

nosc den Anstoß zu einer neuen Lesart der Vergangenheit gab, einer Lesart, welche die von der Partei hochgehaltene Doktrin herausforderte. Alte Mythen über polnisches Märtyrertum wurden nun hinterfragt, und eine Reihe wichtiger Artikel thematisierte das Verhalten der Polen gegenüber ihren jüdischen Nachbarn. Nicht nur, dass viele Polen zuschauten, als ihre jüdischen Mitbürger in die Ghettos und Gaskammern geschickt wurden, sie denunzierten sie auch bei der Polizei, nutzten ihre Hilflosigkeit aus und verkauften Informationen über ihre Aufenthaltsorte.

Der Niedergang des Kommunismus intensivierte die Hinterfragung der traditionellen Sichtweise der polnischen Opferrolle während des Zweiten Weltkriegs. Der Hauptangriff auf das Selbstbild der Polen kam jedoch von außerhalb, als der polnisch-amerikanische Wissenschaftler Jan T. Gross 2001 seine vernichtende Studie über das oben erwähnte Massaker in Jedwabne veröffentlichte. Die Polen waren nun nicht mehr bloß Zuschauer und Informanten, sie selbst hatten Juden auf brutale Weise getötet. Gross löste mit seinem Buch in Polen eine Welle des Protests und der Kritik aus. Viele jedoch nahmen seine Arbeit ernst und stellten eigene Nachforschungen an, die Gross' Feststellungen nicht nur bestätigten, sondern zahlreiche ähnliche Vorfälle von Massenmorden aufdeckten, in die polnische Täter verwickelt gewesen waren.¹³ Alles andere als eine leichte Lektion, die es da zu lernen galt. Die polnisch-jüdischen Beziehungen waren in der Tat für lange Zeit durch die polnische Verteidigungshaltung und Leugnung von Mittäterschaft belastet, und die antipolnischen Vorurteile auf jüdischer Seite trugen ebenfalls nicht gerade zur Entspannung der Lage bei. Berücksichtigt man all dies, so sind die Fortschritte der Polen hinsichtlich der Anerkennung ihres Anteils am Holocaust in den letzten zwölf Jahren bemerkenswert.¹⁴ Sie machen den polnisch-deutschen Dialog über Kriegsthemen deutlich fruchtbarer, was den Polen wiederum die Möglichkeit eröffnet, den Ukrainern bei ähnlichen, den Holocaust betreffenden Fragen die Hand zu reichen.

Die Polen haben auch wichtige Fortschritte im Umgang mit der höchst umstrittenen Geschichte der polnisch-ukrainischen Beziehungen im Osten erzielt. Der Zorn und Groll über die Gewalt der UPA gegen Polen während des Krieges wurde durch die weitgehend konsequente Ostpolitik des postkommunistischen Polen gemildert, welche die traditionelle Europäisierungsmission der Polen in der Ukraine betont.

Die Unterstützung der »Orangen Revolution« in der Ukraine mit Rat

und Tat ist das jüngste Beispiel des anhaltenden polnischen Interesses an guten Beziehungen zu ihrem östlichen Nachbarn. Nicht zuletzt deshalb sind polnische Wissenschaftler, insbesondere jene, die dem renommierten Institut des Nationalen Gedenkens (Instytut Pamięci Narodowej) verbunden sind, darauf bedacht, die polnischen Gewalttaten gegenüber Ukrainern, wie etwa die »Operation Vistula«, im Kontext des Krieges und der Zeit danach zu untersuchen.¹⁵ Diese Studien bilden den Gegenpart zu neuen polnischen Untersuchungen über ukrainische Verbrechen gegen Polen.

Während die Deutschen in den 1960er Jahren anfangen, sich ernsthaft mit den Massenmorden des Krieges zu beschäftigen, und die Polen dies in den 1980ern taten, haben sich die Ukrainer gerade erst aus dem Kokon der einschlägigen Gemeinplätze sowjetischen Typs befreit. Lange genug galt als unbestrittene Tatsache, dass die Deutschen die einzigen Unterdrücker waren und die Slawen die einzigen Opfer, während die Juden eine mehr oder weniger unbedeutende Rolle spielten. Kürzlich erschienene Studien zu ukrainischen Städten wie Brzezany und Buczacz demonstrieren ein bemerkenswertes Desinteresse der Ukrainer am jüdischen Schicksal.¹⁶ Der Blick richtet sich nicht auf die Stätten des Massenmordes; die ukrainische Beteiligung am Holocaust ist Gegenstand vereinzelter Kommentare einiger weniger, differenziert denkender Historiker, die regelmäßig in den Westen reisen – exemplarisch genannt seien hier Juri Schapowal und Yaroslav Hrytsak. Die Bildung eines ukrainischen Nationalbewusstseins wird durch die geteilte Geschichte des Landes im 20. Jahrhundert erschwert. Während das westliche Drittel des Landes zwischen den beiden Weltkriegen zu Polen gehörte, waren die östlichen zwei Drittel bereits bald nach 1917 sowjetisiert worden. Der Zweite Weltkrieg bleibt für einen Großteil dieses Gebiets der »Große Vaterländische Krieg«. Daher fand die UPA im Westen der Ukraine wesentlich mehr Unterstützung für ihren Kampf um die Unabhängigkeit. Man sollte diese Teilung der Geschichte aber auch nicht überbewerten. Die russischsprachigen Ukrainer im Osten des Landes machen sich zunehmend das Narrativ vom langen ukrainischen Kampf um Souveränität zu Eigen. In diesem Fall konkurriert das von den Sowjets verursachte Leiden der Ukrainer – sei es die Hungersnot 1932-1933, die Säuberungsaktionen 1937-1938, der Rückzug der Roten Armee 1941 oder die Rekollektivierung der Ukraine nach dem Krieg – mit den Schrecken der Nazis. Manchmal werden diese Geschehnisse sogar miteinander verwechselt.¹⁷

Der Erfolg der »Orangen Revolution« und die damit einhergehende Demokratisierung und Europäisierung des historischen Bewusstseins wird sicher neue Perspektiven im Umgang der Ukrainer mit ihrer schwierigen und von Gewalt gezeichneten Kriegsvorgängen eröffnen. Es gibt viele positive Anzeichen dafür, dass dieser Prozess gerade beginnt. Die Öffnung der ukrainischen Archive und das Heranwachsen einer neuen Generation von heimischen Wissenschaftlern versprechen viel Gutes für die Zukunft der Geschichtsschreibung des Landes.

Eine gemeinsame Zukunft?

Es waren vor allem die Deutschen und die Polen, die die Initiative bei den Bemühungen um eine gemeinsame europäische Interpretation des Krieges und seiner Nachwirkungen ergriffen. Das Deutsche Historische Institut in Warschau hat sich dieser Aufgabe verschrieben, und die deutsch-polnischen Historikerkommissionen, die sich mit Sach- und Schulbüchern und der Geschichte der Vertreibung beschäftigen, haben heikle Fragen erfolgreich angepackt.¹⁸ Es laufen außerdem gemeinsame polnische und ukrainische Gespräche zur Geschichte der ethnischen Säuberungen in der Region. Der Vorschlag des »Bundes der Vertriebenen«, in Berlin ein »Zentrum gegen Vertreibungen« zu errichten, löste im Jahr 2003 in Deutschland und Polen hitzige Diskussionen aus. Diese riefen ihrerseits wiederum Bemühungen des Europarats hervor, ein »Europäisches Zentrum« zu gründen, das sich auf die Opfer erzwungener Migration und ethnischer Säuberungen konzentrieren sollte.¹⁹ Einer zweiten, parallel verlaufenden deutsch-polnischen Initiative verdankt sich die Gründung eines Netzwerks von wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen, das einen europäischen Zugang zur Geschichte des letzten Jahrhunderts entwickeln soll. Im Februar 2005 wurde in Warschau gemeinsam von Vertretern Polens, Ungarns, der Slowakei und Deutschlands das »Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität« ins Leben gerufen. In der Erklärung heißt es:

»Gegenstand des Netzwerks ist die Analyse, Dokumentation und Verbreitung der Geschichte des 20. Jahrhunderts, eines Jahrhunderts der Kriege, der totalitären Diktaturen und der Leiden der Zivilbevölkerung – als Opfer von Kriegen, Unterdrückung, Eroberung, Zwangsmigrationen sowie als Opfer von nationalistischen, rassistischen und ideologisch motivierten Repressionen. [...] Aufgaben des Netzwerks Erinnerung und Solidarität sind: a) die Verbindung der in den einzelnen Ländern bereits bestehenden Initiativen sowie die Organisation der Zusammenarbeit zwischen öffentlichen, staatlichen und Außer-

regierungsinstitutionen, Forschungseinrichtungen und Orten der Erinnerung; b) die Förderung, Finanzierung und Durchführung gemeinsamer Forschungs- und Bildungsprojekte sowie von Konferenzen, Ausstellungen, Veröffentlichungen und weiteren einschlägigen Aktivitäten. [...] Für die Koordinierung des Europäischen Netzwerkes Erinnerung und Solidarität wird ein Sekretariat mit Sitz in Warschau eingerichtet werden. [...] Das Netzwerk Erinnerung und Solidarität strebt eine enge Zusammenarbeit mit der Europäischen Union, dem Europarat und der OSZE an.«²⁰

Das Netzwerk hat ein klares Ziel: Ausgehend von der gemeinsamen Geschichte des Mordens und der Deportationen soll ein übergreifendes europäisches Narrativ der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft entworfen werden. Mit den Worten der ehemaligen deutschen Kulturstaatsministerin Christina Weiss wird es darum gehen, »den engen nationalen Blick auf Vergangenes zu weiten und zu einem europäischen Blick zu machen«.²¹

Die Versuche, zu einem gemeinsamen Verständnis der miteinander geteilten, schmerzhaften Vergangenheit zu gelangen, tragen dem Bedürfnis nach einer friedlichen Zukunft Rechnung. Insbesondere die Deutschen und die Polen arbeiten schon lange daran, die Lehren des Krieges und seine grauenhaften Auswirkungen auf beide Völker zu verstehen und anzunehmen. Nun ist es ihre Aufgabe, wie die der Europäischen Union, den erfolgreichen Demokratisierungsprozess für die übrigen osteuropäischen Länder fruchtbar zu machen, vor allem für die Ukraine, die unbedingt in das europäische Netzwerk einbezogen werden sollte. Ukrainische Historiker reagieren verständlicherweise sensibel, wenn sie aus dem Ausland belehrt werden. Die vereinten Bemühungen der Wissenschaftler und Bürger der betroffenen Länder, ein gemeinsames historisches Verständnis zu erreichen, bedeuten einen geringen finanziellen Aufwand, versprechen aber einen beträchtlichen Nutzen, nämlich gute Beziehungen untereinander und den Abbau von Differenzen. Deutsche, Polen und Ukrainer müssen miteinander die Todesfelder des Ostens besuchen, um sich von den Phantomen von Schuld, Hass und Vergeltung zu befreien.

Anmerkungen

- 1 Ich danke Timothy Snyder, Yale University, für die sorgsame Lektüre des Textes. – Anm. d. Red.: Dieser Beitrag ist eine bearbeitete und in Teilen neu übersetzte Fassung des Artikels »Die ›Killing Fields‹ des Ostens« (aus dem Amerikanischen von Martin Richter), erschienen in Reflexion und Initiative V, edition Körber-Stiftung, Hamburg 2005, S. 38-47. Wir danken der Körber-Stiftung.

- 2 Zur Exhumierungspolitik vgl. Irina Paperno, »Exhuming the Bodies of Soviet Terror«, in: *Representations* 75, Summer 2001, S. 89-118.
- 3 Ende Oktober 1939 hatten Exekutionskommandos der Wehrmacht 16.000 Polen hingerichtet. Bis Dezember 1939 ermordeten SS-Einheiten und ihre deutschstämmigen Helfer nicht weniger als 50.000 Polen, darunter 7.000 Juden. Vgl. Alexander Rossino, *Hitler Strikes Poland: Blitzkrieg, Ideology, and Atrocity*, Lawrence UP 2003, S. 86.
- 4 Die genaue Zahl der in die Sowjetunion deportierten Polen ist unter Historikern umstritten; ebenso wie die anderen in diesem Aufsatz genannten Opferzahlen. Vgl. auch: Katherine R. Jolluck, *Exile and Identity: Polish Women in the Soviet Union during World War II*, Pittsburg 2003, S. 9-11.
- 5 Jan T. Gross, *Neighbors: The Destruction of the Jewish Community in Jedwabne, Poland*, Princeton 2001; deutsch: *Nachbarn*, München 2001. Gross' Zahlen werden von Funden in Frage gestellt, die kürzlich am Ort der Ermordung der Juden von Jedwabne gemacht wurden.
- 6 Vgl. Karel C. Berkhoff, *Harvest of Despair: Life and Death in Ukraine under Nazi Rule*, Cambridge 2004, S. 186; Omer Bartov, *Hitler's Army: Soldiers, Nazis and War*, New York 1991, S. 83; Michael Berenbaum (Hg.), *A Mosaic of Victims: Non-Jews Persecuted and Murdered by the Nazis*, New York 1990, S. 110.
- 7 Wladyslaw Siemaszko and Ewa Siemaszko, *Ludobojstwo dokonane przez nacjonalistow ukraïnskich na ludnosci polskiej Wolynia 1939-1945*, Bd. I, Warschau 2000, S. 33. Einige Historiker schätzen die Zahl der von der UPA unter deutscher und sowjetischer Besatzung ermordeten Polen auf über 200.000.
- 8 Vgl. insbesondere Timothy Snyder, »The Causes of Ukrainian-Polish Ethnic Cleansing 1943«, in: *Past and Present* 119, May 2003, S. 97-234, und Dieter Pohl, *Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941-1944*, München 1996.
- 9 Vgl. Norman M. Naimark, *Flammender Hass: Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert*, München 2004, S. 139-174.
- 10 Timothy Snyder, *The Reconstruction of Nations: Poland, Ukraine, Lithuania, Belarus, 1569-1999*, New Haven 2003, S. 176-192.
- 11 Eine noch unveröffentlichte Studie von Gross beschreibt die Schrecken des polnischen Nachkriegsantisemitismus: Jan T. Gross, »Fear: Anti-Semitism in Poland After Auschwitz: An Essay in Historical Interpretation«.
- 12 Einige aktuelle Beispiele: Andrej Angrick, *Besatzungspolitik und Massenmord: Die Einsatzgruppe D in der südlichen Sowjetunion 1941-1943*, Berlin 2003; Birgit Beck, *Wehrmacht und sexuelle Gewalt: Sexualverbrechen vor deutschen Militärgerichten 1939-1945*, Paderborn/München 2004; Manfred Oldenburg, *Ideologie und Militärisches Kalkül. Die Besatzungspolitik der Wehrmacht in der Sowjetunion*, Köln 2004.
- 13 Vgl. insbesondere Pawel Machcewicz / Krzysztof Persak, *Wokol Jedwabnego*, 2 Bde., Warschau 2002.
- 14 Vgl. Antony Polonsky / Joanna Michlic (Hg.), *The Neighbors Respond: the Controversy over the Jedwabne Massacre in Poland*, Princeton/Oxford 2004. Vgl. Jan Pisulinski (Hg.), *Akcja »Wisla«*, Warschau 2003, und Grzegorz Motyk / Dariusz Libionka (Hg.), *Antypolska Akcja OUN-UPA 1943-1944: Fakty i interpretacje*, Warschau 2003.
- 15 Vgl. die in Anm. 14 genannten Studien des Instituts von Jan Pisulinski und Grzegorz Motyk / Dariusz Libionka.
- 16 Vgl. Shimon Redlich, *Together and Apart in Brzezany: Poles, Jews, and Ukrainians 1919-1945*, Washington 2002. Omer Bartov, »Interethnic Relations in the Holocaust as Seen Through Postwar Testimonies: Buczacz, East Galicia, 1941-44« (unveröffentlichtes Manuskript).
- 17 Ich danke Amir Weiner für das interessante Gespräch über die jüngsten Entwicklungen in der ukrainischen Geschichtsschreibung zum Zweiten Weltkrieg.
- 18 Vgl. z. B. Wlodzimierz Borodziej / Artur Hajnicz, *Der Komplex der Vertreibung. Abschlussbericht*, 7. Dezember 1996, Warschau 1996.

- 19 Vgl. Norman M. Naimark, »Strategische Argumente«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 21. Januar 2004, Nr. 17, S. 7.
- 20 Absichtserklärung über die Gründung des »Europäischen Netzwerks Erinnerung und Solidarität«, Warschau, 2. Februar 2005 (URL <http://www.bundesregierung.de/rede,413.782741/Statement-von-Kulturstaatsmini.htm>).
- 21 Vgl. Stefan Troebst, »Postkommunistische Erinnerungskulturen im östlichen Europa: Bestandsaufnahme, Kategorisierung, Periodisierung«, in: *Bericht des Willy Brandt-Zentrums für Deutschland- und Europastudien der Universität Wrocław*, Nr. 6, Juli 2005, S. 19. Stefan Troebst danke ich für seine Anregungen und Informationen.

Philipp Ther
DIE LAST DER GESCHICHTE
UND DIE FALLE DER ERINNERUNG

Seit der Entscheidung für die Erweiterung der EU steckt Sand im Getriebe der deutsch-polnischen Beziehungen. Ein zentraler Streitpunkt seit 2003 war und ist ein vermeintlich abstraktes Thema: die Geschichte beider Länder. Umstritten ist vor allem die Frage, wie man die Besatzungszeit von 1939 bis 1945 und die anschließende Flucht und Vertreibung der Deutschen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten behandelt. Zwar haben sich die Bundespräsidenten Rau und Köhler und der scheidende Staatspräsident Aleksander Kwasniewski immer wieder um versöhnliche Gesten und den deutsch-polnischen Dialog bemüht, aber damit lassen sich die Differenzen zwischen Deutschen und Polen in der Erinnerung an das Jahrzehnt zwischen 1939 und 1948 nicht überbrücken.

Ginge es nur um eine politische Verständigung, dann könnte man wohl relativ rasch eine Übereinkunft herstellen. Die Besatzungsherrschaft in Polen gehörte zu den grausamsten Erscheinungen des Nationalsozialismus. Neben drei Millionen polnischen Juden wurden ebenso viele nicht-jüdische Polen ermordet, Millionen als Zwangsarbeiter versklavt und gegen Kriegsende die Hauptstadt Warschau in Schutt und Asche gelegt. Auf der deutschen Seite gab es etwa acht Millionen Flüchtlinge und Vertriebene aus Polen, die vor der Roten Armee geflohen waren oder nach dem Kriegsende vertrieben wurden. Wie hoch die Zahl der Toten war, wird sich nie zweifelsfrei feststellen lassen, aber besonders auf der Flucht starben viele Kinder und alte Menschen, sie verhungerten, erfroren oder gerieten zwischen die Fronten.

Opferdiskurse

Im Kalten Krieg war der Rückblick auf die Besatzungszeit in Polen und die Vertreibung relativ bequem, denn da konnten sich Deutsche und Polen aufgrund der fehlenden Kommunikation zwischen beiden Ländern unge-

stört als Opfer definieren. In der Bundesrepublik war diese Sichtweise vor allem in den 50er Jahren verbreitet, ehe man sich nach 1968 vermehrt mit der eigenen Täterschaft im Holocaust befasste. Doch die Anerkennung von Schuld gegenüber Polen fiel schwerer als gegenüber Israel. Bis heute spielt die Besatzungszeit in Polen eine untergeordnete Rolle im öffentlichen Bewusstsein, da das Gedenken an den Holocaust die Erinnerung an die Täterschaft von Deutschen dominiert. Dagegen stellte der alltägliche Terror gegen Polen zwischen 1939 und 1945 nur ein Detail im Gesamtbild der nationalsozialistischen Verbrechen in Ostmittel- und Osteuropa dar. Generell ist der Antisemitismus in der deutschen Geschichte wesentlich besser aufgearbeitet als der Antipolonismus, der die Bundesrepublik in ihrer frühen Zeit weiterhin stark prägte.¹

In Polen kam die Debatte über eigene Schuld in der Geschichte erst nach der Wende im Zusammenhang mit der Judenverfolgung in Gang. Traditionell definiert sich Polen als eine Opfernation, wofür es angesichts der Teilung des Landes zwischen 1795 und 1918, der Besatzungszeit im Zweiten Weltkrieg und der anschließenden sowjetischen Hegemonie genügend Anhaltspunkte gibt. Vor allem das Aufdecken der Vorfälle in Jedwabne, einer polnischen Kleinstadt, in der die örtliche Bevölkerung sich im Zweiten Weltkrieg an der Ermordung der örtlichen Juden beteiligt hatte, löste 2001 einen Schock aus. Konservative und kirchliche Kreise leugneten oder minimierten dieses Verbrechen zunächst, doch Staatspräsident Kwasniewski erschien zur zentralen Gedenkfeier in Jedwabne, und Kardinalprimas Glemp gedachte nach anfänglichem Zögern der Opfer.² Auch in Bezug auf die Deutschen leisteten polnische Historiker nach der Wende eine umfangreiche Aufarbeitung. Zahlreiche Publikationen dokumentieren inzwischen die Vertreibung mit ihren schlimmsten Begleiterscheinungen wie den Arbeitslagern.³ Aus diesen Untersuchungen, die zum Teil ein breites Lesepublikum erreichten, geht klar hervor, welches Leid Vertreibung und Zwangsaussiedlung bedeuten können.

Während man sich in Polen nach 1989 vorsichtig vom alten Selbstverständnis der Opfernation entfernte, ist im vereinigten Deutschland seit einigen Jahren das Gegenteil zu beobachten. Vor allem seit dem Erscheinen von Günter Grass' Roman »Im Krebsgang« haben Opferdiskurse wieder Konjunktur. Das Thema der Vertreibung, das infolge der Ostpolitik von Willy Brandt eher am Rande der Aufmerksamkeit lag, ist in jüngster Zeit ins Zentrum der Medien gerückt. Betrachtet man die Bildsprache, so etwa

im *Spiegel spezial* über die Flucht und Vertreibung der Deutschen,⁴ ist die Botschaft eindeutig. Dort sieht man Vertriebene fast nur im Treck und im Elend, mithin als Opfer.⁵ Dagegen fragt in den neuerdings so zahlreichen Artikeln, Filmen und Büchern zur Vertreibung kaum jemand nach der Vorgeschichte der Vertriebenen, obwohl die NSDAP 1932/33 in Niederschlesien und Ostpreußen Rekordergebnisse erzielt hatte und von dort aus Polen 1939 militärisch in die Zange genommen worden war. Auch die Sudetendeutschen haben eine problematische Vorgeschichte. Sie hatten 1938 mit überwältigender Mehrheit für eine nationalsozialistisch gesonnene Partei gestimmt und damit wesentlich zur »Zerschlagung« der Tschechoslowakei beigetragen.

Kann man daher die gesamte geflohene und vertriebene deutsche Bevölkerung aus Mittel- und Osteuropa nur als Opfer bezeichnen? Beim Vertreibungsbegriff schwingt bis heute eine Schuldzuweisung an die Polen, Tschechen, Russen und Beteiligten anderer so genannter »Vertreiberstaaten« mit. Hunderttausende Deutsche kamen jedoch 1945 deshalb ums Leben, weil diverse Gau- und Kreisleiter der NSDAP die Evakuierungsbefehle viel zu spät erteilten, um Ostpreußen, Schlesien und andere Gebiete möglichst lange zu halten. Auf der Flucht starben im Winter unzählige Menschen. Sie gelten heute alle als Vertreibungsoffer und nicht als Kriegsoffer, wobei im großen Gedenk- und Jubiläumsjahr 2005 häufig die Zahlen durcheinander gerieten. Obwohl zum Beispiel die gemeinsame deutsch-tschechische Historikerkommission die Zahl der sudetendeutschen Opfer bereits 1997 auf maximal 30.000 schätzte,⁶ war in den Medien anlässlich des 60. Jahrestages des Kriegsendes und des Beginns der Vertreibung fortwährend von 250.000 toten Sudetendeutschen die Rede. Übertriebene Zahlen wurden im Deutschlandradio, in großen Tageszeitungen und sogar in der linken *taz* genannt, obwohl sie nachweislich auf einem statistischen Fehler bei der Volkszählung von 1946 und der Einberechnung aller Vermissten und Untergetauchten beruhten.

Das Neue an diesem Opferdiskurs des frühen 21. Jahrhunderts ist, dass er von Altlinken aufgebracht wurde. Günter Grass, Helga Hirsch und andere Publizisten, jedoch auch einige Historiker wie Karl Schlögel behaupten seit einigen Jahren, dass die Vertreibung von der linksliberalen Mehrheit der Bundesrepublik tabuisiert worden sei. Man spricht sogar von der »Rückkehr der Erinnerung«, als ob das Thema zuvor in Vergessenheit geraten wäre. In Süddeutschland, in kirchlich geprägten, in ländlichen

Milieus und in den meisten betroffenen Familien und somit einer großen Mehrheit der westdeutschen Gesellschaft war dies zwar nie der Fall, aber der Einfluss der 68er reicht immerhin so weit, um die Medien von links bis rechts von ihrer These zu überzeugen. Dabei spielt der biografische Aspekt eine gewisse Rolle. Wie Helga Hirsch in mehreren Büchern betont, habe ihre Generation den eigenen Eltern nach 1968 nicht zuhören wollen, wenn sie von ihrem Schicksal während der Vertreibung erzählten. Nun wolle man ihnen wenigstens posthum Gerechtigkeit widerfahren lassen und damit einen Teil der eigenen Prägung in der Kindheit aufarbeiten. Diese biografisch begründete Entsagung von der eigenen ideologischen Prägung liegt in der Tradition von 1968. Vor bald vierzig Jahren hatten zahlreiche Mitglieder von K-Gruppen, Maoisten und sonstiger linker Splittergruppen ebenfalls biografische Motive für ihre Aktivitäten. Sie stammten häufig aus gutbürgerlichen Familien, die in den Nationalsozialismus verstrickt waren, und konnten daher mit ihren Eltern nicht über deren Verbrechen und Mitwisserschaft kommunizieren. Während man vor 40 Jahren noch Zuflucht beim Kollektivismus suchte, steht heute passend zum gesellschaftlichen und politischen Wertewandel das Individuum im Vordergrund. Es geht um die individuelle Opferrolle und das Trauma, das Deutsche in den Bombennächten und auf der Flucht erlitten haben. Diese Geschichten lassen sich besser erzählen und verkaufen als kausale Erklärungen, wie es zur Vertreibung kam und warum gerade auf Seiten der Deutschen Opfer- und Tätergeschichten eng miteinander verwoben sind.

Die Memorians: Erinnerung an Deutsche als individuelle Opfer

Wie die zahlreichen neu gegründeten Geschichtsmagazine (*ZEIT Geschichte*, *Geo-Geschichte* etc.), die Sonderhefte des *Spiegel* und der Erfolg von Guido Knopps Doku-Soaps im Fernsehen belegen, ist Geschichte ein Geschäft geworden, das sich von lauten Thesen, dramatischen Bildern und erschütternden Einzelschicksalen nährt. Hier hat sich ein neuer Berufszweig von »Memorians« gebildet, die sich meist außerhalb der Universitäten und unbelastet von mühsamer Forschungsarbeit mit Geschichte befassen. Die mediale Aufarbeitung läuft unter dem Etikett der »Erinnerung«, das der Befassung mit Geschichte etwas Authentisches verleiht und gleichzeitig die Konzentration auf individuelle Schicksale rechtfertigt, auch wenn sich damit weder der Holocaust noch die Vertreibung erklären

lassen. Und da die Deutschen die gelungene Vergangenheitsbewältigung inzwischen als Teil ihrer nationalen Identität empfinden, prallt auch die Kritik von Historikern wie Norbert Frei, dass die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen noch längst nicht beendet sei, an den Memoirs ab. Sie verweisen darauf, dass schon so viel über die Deutschen als Täter bekannt sei und die Deutschen so viel in der Vergangenheitsbewältigung geleistet hätten, dass man sich nun quasi als Ausgleich den Opfern zuwenden könne. So plump wie Martin Walser hat selten jemand formuliert, dass die Deutschen genug von der ewigen Büsserrolle hätten, aber selbst die linksliberale ZEIT konstatiert eine zeitliche und logische Abfolge. Demnach hätten die alte Bundesrepublik und der linksliberale Mainstream seit 1968 die deutsche Schuld und Täterschaft aufgearbeitet, nun könne man sich daher als nächstes dem Thema der deutschen Opfer zuwenden. Oder um es in die gewundenen Worte von Sebastian Ullrich in der ersten Ausgabe von »ZEIT Geschichte« vom Frühjahr 2005 zu fassen: »Bei der in der letzten Zeit zu beobachtenden verstärkten Erinnerung an die deutschen Opfer von Krieg und Vertreibung handelt es sich daher nicht um eine bloße Rückkehr zu Gedenkmustern der 1950er Jahre, denn die Vergegenwärtigung deutschen Leidens findet heute in einem gänzlich veränderten geschichtspolitischen Kontext statt und dient nicht mehr der Relativierung der deutschen Verbrechen. Durch die Debatten um die Wehrmachtsausstellung und die Goldhagen-Kontroverse ist in den späten 1990er Jahren das Bewusstsein für die Täterschaft der Deutschen noch einmal geschärft worden.«⁷ Demnach muss man das Täterbewusstsein nicht mehr schärfen, man darf sich jetzt neuen Themen zuwenden.

Ein wesentlicher Unterschied zu den Geschichtsdiskursen in den 50er Jahren liegt darin, dass diese selektive Erinnerung in der Berliner Republik vorerst ohne Steuerung von oben bzw. durch eine Regierung erfolgt. Die treibenden Kräfte sind neben den Nationalkonservativen gewendete 68er, die mit fortgeschrittenem Alter sich als das erweisen, was sie vielleicht schon immer waren: gute Deutsche, die an der Festigung nationaler Geschichtsbilder mitwirken. Und die Rhetorik dieser guten Deutschen ist viel besser als vor 50 Jahren, sie kennen das Vokabular der globalen Opferrhetorik und der *political correctness*, sie wissen um den Holocaust und würden ihn niemals leugnen, sie bekennen sich mit Verve zu den Schattenseiten der deutschen Geschichte und fordern von den Polen und Tschechen doch nur, sich ebenfalls zu bekennen und eine Büsserhaltung einzunehmen,

wobei diesen Ländern gerne unterschwellig unterstellt wird, sie hätten den Stand der Vergangenheitsbewältigung in der Bundesrepublik noch nicht erreicht.

*Ein neues deutsches Geschichtsverständnis
und die Reaktionen in Ostmitteleuropa*

Es gibt einen weiteren Unterschied zu den 50er Jahren: Die Debatten um die Geschichte in der Bundesrepublik werden heute in Ostmitteleuropa genau mitverfolgt. Vor allem die polnischen Zeitungen und das Fernsehen verfügen seit der Wende in Deutschland über ein dichtes Netz an Korrespondenten. Unter ihnen herrscht wie bei der gesamten polnischen Intelligenz eine besondere Aufmerksamkeit in Bezug auf die Geschichte. In fast jeder gebildeten polnischen Familie ist mindestens ein Großvater oder Großonkel der deutschen Besatzungsherrschaft zum Opfer gefallen. Zwangsarbeit, Hunger oder der Verlust des Eigentums gehörten ohnehin zum Alltag. Es gibt daher in Polen eine Sensibilität für den Umgang mit dem Nationalsozialismus, die den heutigen Deutschen kaum bewusst ist. Überhaupt genießt die Bundesrepublik allein aufgrund ihrer Größe und Wirtschaftskraft in Polen und Tschechien eine vielfach höhere Aufmerksamkeit als umgekehrt. Daher sind dort die Funktionäre der Vertriebenenverbände wesentlich bekannter als in Deutschland selbst. Der Name von Erika Steinbach, der Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen (BdV) ist in Polen fast so geläufig wie jener von Gerhard Schröder, sie hat es dort auch mehrfach auf die Titelseiten der Nachrichtenmagazine geschafft.

Vor allem die Forderung der Vertriebenenverbände auf Entschädigung für verlorenes Eigentum im Osten hat Abwehrreaktionen ausgelöst, die sich unter anderem im Erweiterungsvertrag mit der EU niederschlugen. Die polnische Regierung beharrte – im Wesentlichen aus Furcht vor den Deutschen – auf einer langen Übergangsregelung für den Kauf von Land und nahm dafür sogar massive Einschränkungen auf dem Arbeitsmarkt in Kauf. Als die »Preußische Treuhand«, eine personell eng mit den Vertriebenenverbänden verwobene Organisation, vor zwei Jahren erstmals Entschädigungsklagen gegen Polen ankündigte, reagierte das polnische Parlament im Herbst 2003 mit einer *einstimmigen* Resolution, die die Regierung zu Reparationsforderungen an Deutschland auffordert, sollten von dort aus materielle Ansprüche gestellt werden. Der Inhalt der Resolution und

noch mehr die Einstimmigkeit stellen einen Rückfall in die 50er Jahre dar, als der damalige Parteichef Wladyslaw Gomulka antideutsche Stimmungen förderte, um sich Unterstützung für den Sozialismus und die erzwungene Bruderschaft mit der Sowjetunion zu sichern. Die Resolution des Sejm ist rational nicht ohne weiteres nachvollziehbar, da die Entschädigungsforderungen gegen Polen nach einem fundierten Rechtsgutachten ohnehin chancenlos sind.⁸ Aber vor allem auf lokaler Ebene haben jene Polen Angst, die in früheren deutschen Häusern wohnen. Ein Drittel der polnischen Bevölkerung lebt in den ehemaligen deutschen Ostgebieten, so dass diese Befürchtungen kein gesellschaftliches Randphänomen darstellen. Außerdem lässt sich die vermeintliche Bedrohung durch vertriebene Deutsche stets für den Wahlkampf ausschlagen. Auch vor den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vom Herbst 2005 machte die »Preußische Treuhand« wieder Schlagzeilen, obwohl nur die alten Forderungen aus dem Jahr 2003 wiederholt wurden.

Auf ebenso viel Empörung stieß der Vorschlag von Erika Steinbach, ein »Zentrum gegen Vertreibungen« zu errichten. Dieses Zentrum sollte laut der ursprünglichen Konzeption von 2003 in Berlin samt einer »Gedenkkrone« in »zentraler Lage« errichtet werden, was eine indirekte Konkurrenz zur Holocaustgedenkstätte bedeuten würde. Das Zentrum sollte nach den ersten Plänen eine eindeutig nationalgeschichtliche Ausrichtung haben und primär dem Gedenken an die deutschen Vertreibungsoffer dienen. In Polen trieb vor allem die Aussicht, im Berliner Zentrum auf der Anklagebank zu sitzen, Politiker aller Couleur auf die Barrikaden, darunter auch den ehemaligen Außenminister Wladyslaw Bartoszewski, der trotz seiner Haft in Auschwitz als ausgesprochen germanophil gilt. Er drohte in Reaktion auf die Pläne von Steinbach, in Poznan ein Zentrum gegen die preußische Unterdrückung zu errichten. Auch die Person Steinbachs sorgt in Polen für fortwährende Irritationen. Die Frau vom rechten Flügel der CDU wurde im besetzten Polen als Tochter eines Besatzungssoldaten geboren. Dass sie nun als Vertriebene gilt – nach dem bundesdeutschen Vertriebenengesetz ist das korrekt – und sich als Fürsprecherin eines Opferverbandes geriert, empfinden Polen als Hohn. Bundeskanzler Schröder distanzierte sich im Sommer 2003 vom geplanten Zentrum gegen Vertreibungen, aber 2005 wurde es im Wahlkampf erneut zu einem Thema parteipolitischer Auseinandersetzungen. Angela Merkel machte das Zentrum gegen Vertreibungen zu einem Teil ihres Programms und verursachte

damit in Polen einen Sturm der Entrüstung. Warum die eigentlich eher liberale Kanzlerkandidatin die Karte der Vertreibung ausspielte, lässt sich auf zweierlei Motive zurückführen. Entweder wollte Angela Merkel damit den rechten Rand der CDU/CSU einbinden und die Stimmen der Vertriebenen an sich binden, oder sie beabsichtigte tatsächlich eine Umdeutung der deutschen Zeitgeschichte. Die Taktik schlug indes fehl, denn ausgerechnet im Stammland der Vertriebenen, in Bayern, verlor die Union bei der Wahl vom September 2005 neun Prozent und damit weit mehr als im Landesdurchschnitt. Außerdem kann sich die künftige deutsche Regierung angesichts des Zustands der EU keine Eiszeit in den Beziehungen zu Polen und Tschechien leisten.

In Polen vermutet man hinter der moralischen Anerkennung einer Opferrolle der Deutschen außerdem rechtliche und finanzielle Ansprüche. Der BdV verfolgte in der Nachkriegszeit stets eine Doppelstrategie: die Anerkennung der Vertreibung als Unrecht und die Entschädigung der Vertriebenen durch Polen und Tschechien. Diese Politik behielt der Verband auch nach der Wende bei und machte jegliche Annäherung an Deutschland von einer Anerkennung seiner Sichtweise auf die Geschichte abhängig. Die Vertreter des BdV stimmten im Bundestag gegen die deutsch-polnischen Verträge von 1990/91, gegen die deutsch-tschechische Aussöhnungserklärung von 1997 und lehnten auch den EU-Beitritt Polens und Tschechiens ab, sollten diese beiden Länder sich nicht deutlich von der Vertreibung distanzieren.

Seit die EU-Erweiterung beschlossen ist, bedient sich Steinbach weniger aus dem Vokabular des Kalten Krieges, sondern aus dem internationalen Repertoire von Opferdiskursen. Es geht nicht mehr um Forderungen und Interessen, sondern um Erinnerung, Gedenken und Anerkennung. Damit ließen sich in Deutschland nicht nur ehemals Vertriebene ködern wie der jüngst verstorbene SPD-Politiker Peter Glotz, den man vor zehn Jahren niemals im Umfeld von Steinbach vermutet hätte, sondern auch Intellektuelle wie Ralph Giordano. Im Vergleich zur globalisierten Opferrhetorik der Vertriebenenverbände wirkte die einstimmige Resolution des polnischen Parlaments vom Herbst 2003 anachronistisch. Da schäumte noch einmal die Sprache des Kalten Krieges hoch, wurde Deutschland als Ganzes brüsk für die Kriegsschäden verantwortlich gemacht und mit Reparationsforderungen gedroht.

Nach diesem Eklat herrschte in Deutschland Ratlosigkeit. Wieso reagie-

ren die Polen so überzogen, war die häufig gestellte Frage diverser Journalisten von öffentlich-rechtlichen Sendern und renommierten Tageszeitungen. Die Frage, ob vielleicht auf deutscher Seite ein Problem im Umgang mit der Vergangenheit besteht, wird erst gar nicht gestellt. Dies wäre in einem Land, das sich inzwischen durch seine gelungene Vergangenheitsbewältigung definiert, ein Schlag gegen das nationale Selbstwertgefühl.

Ein Indiz für die jüngere Schwerpunktverlagerung im Geschichtsverständnis der Deutschen liegt in der Gewichtung der Themen. Während der Gedenkveranstaltungen zum Kriegsende vor 60 Jahren im Winter und Frühjahr 2005 ging es immerzu um die zerbombten Städte und die Vertriebenen (nota bene selten um Flüchtlinge, wie es eigentlich korrekt gewesen wäre). Dagegen spielten die Verbrechen der Besatzer in Polen kaum eine Rolle. Völlig unter den Tisch fielen die über drei Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen, die in deutschen Lagern an Hunger und Seuchen zugrunde gingen. Bei diesen Themen ist in Deutschland ein Vergessen zu konstatieren, das in auffälligem Kontrast zur Konjunktur der eigenen Opferdiskurse steht. Beispielhaft für den Paradigmenwechsel ist die Rede von Bundespräsident Köhler am 8. Mai 2005. Er erinnerte an die deutschen Untaten vor 60 Jahren, gleichwohl kam das Wort »Besatzung« kein einziges Mal vor, während es an vier verschiedenen Stellen um die Vertreibung und die Vertriebenen ging. Diese Rede entsprach offensichtlich dem Konsens in der deutschen Gesellschaft, denn weder von links noch von rechts regte sich Kritik.

Desinteresse und alte Ressentiments gegenüber Polen

Das verbreitete Unverständnis für Polen beruht indes weniger auf einer aktiven Verdrängung der deutschen Untaten von vor über 60 Jahren, an die Köhler ausführlich erinnerte, als vielmehr auf einer asymmetrischen Wahrnehmung. Nur eine Handvoll deutsche Zeitungen und Rundfunkanstalten leisten sich Korrespondenten in Warschau. Deutsche kennen Polen kaum oder gar nicht, Sprachkenntnisse sind die Ausnahme. Immer noch zeigen Umfragen über Polen erschreckende Vorurteile. Dies hat sich seit der Wende nicht wesentlich gebessert, nur der Hochmut gegenüber der »polnischen Wirtschaft« ist angesichts der Krise im eigenen Land zurückgegangen. Doch Polnisch ist an deutschen Schulen nach wie vor ein exotisches Wahlfach, selbst in grenznahen Gebieten wie Brandenburg und Sachsen.

Auch gebildeten Deutschen mangelt es oft an den einfachsten Grundkenntnissen über polnische Geschichte, obwohl diese aufs engste mit der deutschen und preußischen Geschichte verbunden ist. Preußen verdankte seinen Aufstieg zur Großmacht den Teilungen Polens von 1772, 1793 und 1795. Selbst die Gründung des Deutschen Reiches von 1871 beruhte auf dem Fortbestand dieser Teilung. Angesichts der Größe und Bedeutung der polnischen Minderheit und anderer slawischsprachiger Gruppen kann man durchaus hinterfragen, ob dieses Deutsche Reich und vor allem sein Kernstaat Preußen wirklich ein Nationalstaat war. Die vielen polnischen Namen in Berlin und im Ruhrgebiet zeugen von der Zuwanderung aus Polen im 19. Jahrhundert. Doch von diesen polnischen Einflüssen ist heute kaum noch etwas sichtbar – eine der vielen Folgen des Nationalsozialismus und des deutschen Nationalismus.

Die EU-Erweiterung hat neben Ignoranz und Vorurteilen ein neues Element ins Spiel gebracht: Die Furcht vor der »Billigkonkurrenz« aus dem Osten. Bereits im Jahr 2001 war im Vorfeld der Verhandlungen zur Erweiterung der EU nur noch vom »Öffnen der Schleusen«, der drohenden »Flut« von Einwanderern, einer nötigen »Kanalisation« und »Eindämmung« die Rede, als stünden Hunderttausende von Polen an der Oder, um Deutschland zu überschwemmen. Die von der Regierung Schröder maßgeblich betriebene Zuzugssperre von sieben Jahren für Arbeitskräfte aus den neuen EU-Mitgliedsländern hat das Problem zwar verschoben, gibt aber den Menschen Anlass, sich fortan vor der endgültigen Öffnung des Arbeitsmarktes zu fürchten.

Die Furcht vor der Zuwanderung aus dem Osten erinnert an vergleichbare Diskurse vor über 100 Jahren. Kein Geringerer als Max Weber warnte in seiner Antrittsvorlesung an der Universität Freiburg über den »Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik« vor einer Zuwanderung aus Polen. Weber erklärte 1895 die Verdrängung deutscher Landarbeiter damit, dass die Polen »als Rasse« mit schlechteren Bedingungen leben könnten, zur Not »das Gras vom Boden essen«.⁹ Der Soziologe plädierte für eine Mischung aus Assimilation und Unterdrückung und eine aktive Ansiedlungspolitik, um die Polen im preußischen Teilungsgebiet in den Status einer Minderheit zu drücken. Polen wurden im Kaiserreich in vielfacher Hinsicht diskriminiert, auf dem Weg in den Staatsdienst, bei der Ausübung des Versammlungsrechts, in der Schule und anderen öffentlichen Einrichtungen. Vor allem die Manipulation der ethnischen Bevölkerungszusam-

mensetzung nach dem Reichansiedlungsgesetz hatte fatale Folgen. Die deutschen Siedler im Osten konnten den Aufstieg der Polen zu einer modernen Nation nicht verhindern. Doch nach dem Ersten Weltkrieg, als Polen wieder ein unabhängiger Staat wurde, versuchte die neue Regierung, die Kolonisten aus dem Kaiserreich abzuschieben. Damit wurde die Sequenz von Ansiedlung und Aussiedlung, die Bismarck begonnen hatte, fortgesetzt. Im Zweiten Weltkrieg fand sie mit der massenhaften Vertreibung von Polen aus dem Warthegau und nach 1945 mit der Vertreibung der Deutschen aus dem nach Westen verschobenen Polen ihren Höhepunkt.

Ein Wegbereiter der rassistischen Einstellungen gegenüber Polen unter dem deutschen Bürgertum war der Schriftsteller Gustav Freytag. Der erfolgreichste deutsche Romanschriftsteller des 19. Jahrhunderts siedelt seinen 1855 publizierten Roman »Soll und Haben« in Schlesien und im preußischen Teilungsgebiet an und porträtiert seine Hauptfigur Anton Wohlfahrt als Kulturträger im Osten. Der Sohn einer kleinstädtischen protestantischen Familie arbeitet sich zunächst aus kleinen Verhältnissen zum Kaufmann empor, der im benachbarten Polen etliche Abenteuer zu bestehen hat. Im zweiten Teil beweist er sich als Mann im preußischen Teilungsgebiet, verteidigt einen deutschen Junker gegen eine angreifende polnische Meute und sichert das Landgut für sein Vaterland. Bei Freytag sind die Polen durchwegs diebische, schnauzbärtige und ungewaschene Kerle, denen man mit der nötigen Härte begegnen muss, damit sie kuschen. Wohlfahrt äußert an einer zentralen Stelle des Romans, es gebe »keine Rasse, welche so wenig das Zeug hat, vorwärts zu kommen und sich durch ihre Kapitalien Menschlichkeit und Bildung zu erwerben, als die slawische.« Die Deutschen besäßen daher ein Recht und die Pflicht, Polen zu »kolonisieren«. Der ganze Roman liest sich wie ein Panoptikum deutscher Tugenden – von Fleiß, Ordnung, Bescheidenheit und Ehrlichkeit. Auch die sozialen und konfessionellen Spezifika der wilhelminischen Deutschen als bürgerlich-protestantischer Nation werden in Abgrenzung zu Polen definiert. Perfide ist die Ausgrenzung der Juden, die im Roman als Betrüger und Gefahr dargestellt sind. Freytag lässt die Juden in seinem Buch mit polnischer Syntax reden, exotisiert sie somit, obwohl die Juden in seiner Heimatregion Schlesien in Wahrheit stark an die deutsche Kultur assimiliert waren. Der Roman »Soll und Haben« war nicht nur der Bestseller des Kaiserreiches, sondern bis weit in die Nachkriegszeit in jedem besseren

bürgerlichen Haushalt in Deutschland zu finden. Freytag übertrug später seine kolonialistische Attitüde gegenüber den Polen auf die überseeischen Kolonien und avancierte zu einem prominenten Aktivisten des Kolonialvereins. Sein Roman wurde im Kaiserreich zum Gründungswerk eines ganzes literarischen Genres, der so genannten Ostmarkenliteratur, dem Pendant zur englischen oder französischen Kolonialliteratur.¹⁰

Die Antwort der von Preußen beherrschten Polen war anders als in »Soll und Haben« beschrieben. Sie machten sich die vermeintlich exklusiv deutschen Tugenden zu eigen, bauten sich ein autarkes Genossenschaftssystem in der Wirtschaft auf und reagierten auch auf dem Feld der Kultur. Henryk Sienkiewicz, der spätere Nobelpreisträger, schrieb gewissermaßen als Antwort auf Freytag den historischen Roman *Krzyzacy* (Die Kreuzritter), in dem die Deutschen als Invasoren und Ausbeuter hingestellt werden. Aus den vermeintlichen Kulturträgern im Osten Europas, als die sich die Deutschen selbst sahen, machte er Krieger und Barbaren, die nur auf Beute unter den friedlichen Slawen aus sind. Auch wenn die preußischen Polen aufgrund dieser wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen einen Teil ihrer Komplexe ablegten, so blieb die Furcht vor den Deutschen und den Kolonisten in der Zwischenkriegszeit eine Obsession, die sich während der Besatzungszeit auf das Schlimmste bestätigte. Heute weckt vor allem das durch den Zweiten Weltkrieg vertiefte Wohlstandsgefälle ein Gefühl der Ungleichheit. Deutschland genießt in Polen nach wie vor den Ruf des ordentlicheren, entwickelteren und reicheren Nachbarn, der aber wegen seiner Macht stets unheimlich bleibt. Vor diesem Hintergrund lässt sich auch die hitzige Abwehrreaktion gegen Steinbach und die »Preußische Treuhand« einordnen. Sie entspringt der alten, über ein Jahrhundert lang gewachsenen Angst.

Es liegt an der deutschen Öffentlichkeit und Politik, wie man mit dieser Angst umgeht. Eine interne Klärung der Rechtslage hinsichtlich der Eigentumsansprüche von ehemaligen Vertriebenen durch die Bundesrepublik wäre möglich. Immerhin haben die Vertriebenen seit den 50er Jahren einen Lastenausgleich für ihr verlorenes Eigentum im Osten bekommen, der bei einer Rückübertragung ihrer ehemaligen Besitztümer eigentlich zurückzuzahlen wäre. Mit dieser Rechnung könnte man etliche der Kläger in Polen oder demnächst auf der Ebene der EU davon überzeugen, ihre Ansprüche zurückzuziehen.

Ebenso wichtig wäre es, dass keine zentrale Gedenkstätte für die Ver-

triebenen in Berlin errichtet wird. Inzwischen ist zwar klar, dass der BdV mit Erika Steinbach genug Spenden gesammelt hat, um bald eine vorläufige Ausstellung in Berlin zu eröffnen. Im August 2005 verkündete Steinbach in einer Pressekonferenz vorschnell, dass sie die St. Michaelskirche in Berlin Mitte als Ort für das Gedenkzentrum und die Dauerausstellung gewonnen habe. Doch wenig später erklärte der Berliner Kardinal Sterzinski, dass er das Zentrum für nicht zeitgemäß halte und seine Kirche daher nicht für das Zentrum zur Verfügung stehe. Dann distanzieren sich auch die deutschen Bischöfe in einer gemeinsamen Erklärung mit ihren polnischen Amtsbrüdern deutlich von dem Prestigeprojekt des BdV, worauf Erika Steinbach dem Vorsitzenden der deutschen Bischofskonferenz, »Ungeheuerlichkeiten« und einen Bruch des achten Gebots »Du sollst nicht lügen« vorwarf. Diese Ausfälle und das schwache Abschneiden der Union bei der Wahl dürfte Steinbachs Projekt unrettbar beschädigt haben, aber dies ändert nichts an den grundsätzlichen Problemen im deutschen Diskurs über die Vertreibung und die Zeitgeschichte.

Differenzierende Betrachtung der Vertreibungsschicksale

Der Terminus der Vertreibung ist in den vergangenen Jahren zu einem Sammelbegriff für alle Arten von Opferschicksalen gegen Ende des Zweiten Weltkrieges mutiert. Die Evakuierung durch die Nationalsozialisten wird darunter ebenso subsumiert wie die Flucht vor der Roten Armee, die Vertreibung zwischen Kriegsende und Potsdamer Abkommen und die vertraglich sanktionierte Zwangsaussiedlung nach dem August 1945. Diese Gleichsetzung ist schon deshalb fragwürdig, weil sich hinter Flucht und Vertreibung verschiedene Schicksale verbergen. Wie erwähnt, befahlen die Nationalsozialisten die Evakuierung in vielen Gebieten zu spät, um die deutsche Zivilbevölkerung zum Durchhalten gegen die heranrückende Rote Armee zu zwingen. Doch wer rechtzeitig den Weg in den Westen fand, wie zahlreiche Parteibonzen und Angehörige der gesellschaftlichen Eliten, kam meistens glimpflich davon. Schlimm erging es hingegen den Opfern der sogenannten »wilden Vertreibung« im Frühjahr 1945, denn an ihnen entlud sich der aufgestaute Hass gegen die ehemaligen Besatzer. Die vertraglich geregelte Vertreibung nach dem Potsdamer Abkommen war im Vergleich dazu stärker durchorganisiert, vor allem nach zusätzlichen Verträgen zwischen den Siegermächten und den beteiligten Staaten Ostmittel-

europas Anfang 1946.¹¹ Allerdings kamen die mittellosen Vertriebenen in einem Nachkriegsdeutschland an, das unter allgemeinem Hunger litt und keinen Wohnraum mehr zu verteilen hatte. Flucht und Vertreibung ist also keineswegs das Gleiche, und die Lebenswege vor und nach dem traumatisierenden Heimatverlust unterscheiden sich außerdem je nach Herkunftsregion. Sudetendeutsche hatten andere Erfahrungen und Startbedingungen nach 1945 als zum Beispiel Ostpreußen oder Schlesier.

Was die Landsmannschaften, also die organisierten Vertriebenen, hingegen eint, ist die Tatsache, dass in ihren Reihen Altnazis und großdeutsche Nationalisten häufig führende Stellungen einnehmen konnten, darunter der langjährige Vorsitzende der sudetendeutschen Landsmannschaft, Lodgman von Auen. Wie die beiden Historiker Detlev Brandes und Jiri Pesek herausgefunden haben, verfasste besagter Lodgman von Auen vor dem Krieg eine Schrift, in der er selbst die massenhafte Aussiedlung von Tschechen anregte. Dieser Teil der Vergangenheit der Vertriebenen ist noch überhaupt nicht aufgearbeitet, wobei man betonen muss, dass stets nur eine kleine Minderheit in den Landsmannschaften organisiert war.

Die im multiplen Gedenk- und Jubiläumsjahr 2005 deutlich ausgeprägte Fixierung auf das Ereignis der Vertreibung hat die Zeit nach der Vertreibung ebenso an den Rand gedrängt wie die Vorgeschichte vor 1945. Es ist eine der Aufgaben der Geschichtswissenschaft, diese verkürzte zeitliche Perspektive wieder zu erweitern. Vor allem die Zeit nach der Vertreibung liegt noch weitgehend im Dunkeln.¹² Dies gilt nicht nur für die Vertriebenenverbände, sondern für alle Vertriebenen, die in Deutschland ankamen. Eine Erklärung für die fortgesetzte Klage über ihr Schicksal könnte darin liegen, dass ihnen im Nachkriegsdeutschland niemand wirklich zuhören wollte, sie ihre tragischen Erfahrungen nicht oder nur untereinander kommunizieren konnten. Das hieße jedoch, dass die Vertreibung oder deren mangelnde Aufarbeitung primär ein internes Problem der deutschen Nachkriegsgesellschaft ist und nur sekundär ein internationales Problem zwischen Polen und Deutschen sowie Tschechen und Deutschen. Auch in Polen und Tschechien weiß man über die Nachkriegsgeschichte der Vertreibungsgebiete relativ wenig.

*Erinnerung – ein heterogener und transnationaler
Forschungsgegenstand*

Die Geschichtswissenschaft steht außerdem vor einer grundsätzlicheren Herausforderung. Die Begriffe der Erinnerung und des Gedächtnisses beruhen in der Regel auf der Vorstellung eines nationalen Kollektivs, das an die Vergangenheit zurückdenkt. In der deutschen Version von Pierre Noras »Lieux de mémoires«, den von Etienne François und Hagen Schulze herausgegebenen Bänden »Deutsche Erinnerungsorte«, ist dieser Kollektivismus zwar schon ansatzweise durchbrochen, aber es geht doch um die Erinnerung der Deutschen an verschiedene Epochen.¹³ Wie der Wiener Kulturhistoriker Moritz Csaky herausgearbeitet hat, überdeckt diese Forschungsrichtung zu sehr die internen Differenzen der Erinnerung innerhalb einer Nation.¹⁴ Er betont außerdem den transnationalen Charakter der Erinnerung, den man mit Blick auf die Vertreibungsdiskurse nur bestätigen kann. Die deutschen Vertriebenen erinnern sich heute an Orte, die längst nicht mehr deutsch sind, genauso wie sich die polnischen Vertriebenen auf Orte beziehen, die heute in der Ukraine und Litauen liegen. Auch die im Osten verlorene Kultur kann man an vielen Orten eigentlich eher als eine Mischkultur begreifen, anstatt ihr nationale Stempel aufzudrücken.

Zudem ist die Wirkung kollektiver Erinnerungen transnational. Die Bundesrepublik ist heute kein isolierter westlicher Frontstaat mehr wie in den 50er Jahren, als man ohne größere internationale Proteste die nicht-deutschen Opfer an den Rand drängen und dafür die eigenen Leiden um so stärker in den Vordergrund rücken konnte. Jede Veränderung des historischen Selbstverständnisses wird in den östlichen Nachbarstaaten der Bundesrepublik argwöhnisch beobachtet. Darauf mag Helga Hirsch trotzig antworten, dass nationales Gedenken und Trauer weiter möglich sein müsse. Aber sobald dies medial verarbeitet wird, wird die Erinnerung automatisch transnational. So unbequem die Einsprüche aus Polen, Tschechien oder auch Israel sein mögen, so stellen sie doch ein Korrektiv dar, das die Generation der 68er heute nur noch vereinzelt anzubieten vermag. Daraus könnte ein Dialog über Geschichte entstehen, der nicht mehr um unvereinbare Erinnerungen kreist, sondern in internationaler Kooperation nach Erklärungen sucht, warum das 20. Jahrhundert so viele Katastrophen hervorgebracht hat und was sich heute daraus lernen lässt. In diese Rich-

tung zielt auch die im September 2005 geglückte Gründung der Stiftung »Europäisches Netzwerk Erinnerung und Solidarität«, in der Polen, Deutsche, Slowaken und Ungarn gemeinsam die Geschichte der totalitären Regimes und damit auch der Kriege und Zwangsmigrationen erforschen wollen. Für das kommende Jahr sind im Rahmen der Stiftungsaktivitäten die Erstellung einer Wanderausstellung und eines wissenschaftlichen Lexikons über Zwangsmigrationen geplant. Allerdings bleibt abzuwarten, inwieweit die künftige Bundesregierung dieses Projekt ihrer rot-grünen Vorgängerin weiterhin betreiben wird und ob sich Tschechen und Österreicher substantiell daran beteiligen.

Bei der künftigen Aufarbeitung wird man die zur Zeit modische Fixierung auf Einzelschicksale überwinden müssen, denn das Urverbrechen der modernen Geschichte, der Holocaust, zeichnet sich gerade dadurch aus, dass man als Individuum der Verfolgung nicht entrinnen konnte. Ein ähnliches Prinzip galt bei den Vertreibungen, bei denen es nicht darauf ankam, welcher Nationalität sich ein Mensch zuordnete. Der verstorbene tschechische Historiker Jan Havranek hat indes den Unterschied zwischen Genozid und Vertreibung, zwischen dem Schicksal der Juden und den Vertriebenen genau benannt: »Der Weg der Zweiten endete nach dem Übertritt der bayerischen oder sächsischen Grenze in Armut, in der sie allein auf ihre Hände und ihren Kopf angewiesen waren. Der Weg der Ersten führte fast immer über Theresienstadt in die Gaskammern nach Auschwitz.«¹⁵ Die Aufspaltung der Geschichte in individuelle Einzel- oder Opferschicksale bringt in letzter Konsequenz nur eine Relativierung des Holocaust mit sich. Auch wenn dies nicht offen zugestanden wird, könnte darin die tiefere Absicht der Memorians liegen. Man will privatim und im globalen Diskurs Opfer sein, auch in Deutschland. Wie das Buch »Opa war kein Nazi« gezeigt hat, herrscht gerade unter den gebildeten Deutschen die Tendenz vor, unter den eigenen Vorfahren unschuldige Zeitzeugen, Opfer oder Widerstandskämpfer zu vermuten.¹⁶ Dagegen werden nationalsozialistische Biographien verdrängt. Die familiäre Erinnerung wird also bereits heute geschönt, es ist daher kein Wunder, dass es Versuche gibt, das gesamte Geschichtsbild der Gesellschaft zu verändern. Wenn man von dieser Schönschreibung der eigenen Familiengeschichten auf ein gesellschaftliches Niveau abstrahiert, dann will in Deutschland kaum noch jemand Täter sein, sondern lieber Opfer. Doch gerade die Polen, die während der Besatzungszeit lebten, ihre Kinder und Enkel

wissen, wer die Täter waren. Es gibt für die Bundesrepublik kein Entrinnen aus dieser Geschichte, so sehr man es auch herbeisehnen mag.

Anmerkungen

- 1 Es gab im Zusammenhang mit der Entspannungspolitik jedoch grundlegende Versuche, das deutsch-polnische Verhältnis aufzuarbeiten. Vgl. dazu insbesondere die zahlreichen Aufsätze von Klaus Zernack, die in seinem Buch *Preußen – Deutschland – Polen. Aufsätze zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen*, Berlin 1991, zusammengefasst sind.
- 2 Die Debatte um Jedwabne ist in der Zeitschrift *Transodra* auf Deutsch und Polnisch dokumentiert. Vgl. Ruth Henning (Hg.), »Die ›Jedwabne-Debatte‹ in polnischen Zeitungen und Zeitschriften. Dokumentation, in: *Transodra* 23, Potsdam 2002. Am einfachsten zugänglich ist die Internetausgabe auf <http://www.dpg-brandenburg.de/text/inhalt23.htm> (Zugriff am 5.10.2005)
- 3 Zu nennen ist hier insbesondere die vierbändige Quellendokumentation von Lemberg und Borodziej über die Behandlung der Deutschen in Polen, die inzwischen auch in einer deutschen Übersetzung erschienen ist. Vgl. Hans Lemberg und Włodzimierz Borodziej, *Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945–1950. Dokumente aus polnischen Archiven*, 4 Bde. Marburg 2000–2003.
- 4 Vgl. *Spiegel spezial* vom 18.6.2002: *Die Flucht der Deutschen*.
- 5 Vgl. zur Bildsprache der Vertreibung Heidemarie Uhl, »Deutsche Schuld, deutsches Leid – Eine österreichische Perspektive auf neue Tendenzen der deutschen Erinnerungskultur«, in: *Tel Aviv Jahrbuch für deutsche Geschichte* 33 (2005), S. 160–180.
- 6 Vgl. *Konfliktgemeinschaft, Katastrophe, Entspannung. Skizze einer Darstellung der deutsch-tschechischen Geschichte seit dem 19. Jahrhundert*, hg. von der Gemeinsamen deutsch-tschechischen Historikerkommission, München 1996, S. 69.
- 7 DIE ZEIT Geschichte, Nr. 1, Teil 1, April 2005, S. 34.
- 8 Vgl. das Gutachten der beiden Professoren Jan Barcz (Universität Warschau) und Jochen Frowein (Universität Heidelberg), das u.a. auf der Webpage der Polnischen Botschaft in Berlin zugänglich ist (<http://ambasadaniemiec.pl/files/gutachtenbarcz-frowein-dt.pdf>) (Zugriff vom 5.10.2005). Vgl. zu den Entschädigungsforderungen auch Krzysztof Ruchniewicz, »Doppelt betrogen? Der Streit um die polnischen Entschädigungsansprüche an die Bundesrepublik Deutschland«, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, H. 5/6, 2005, S. 323–332.
- 9 »Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik: Akademische Antrittsrede von Dr. Max Weber o. ö. Professor der Staatswissenschaften in Freiburg i.B.«, in: ders., *Schriften und Reden*, Bd. 4, 2. Halbband: Landarbeiterfrage, Nationalstaat und Volkswirtschaftspolitik. *Schriften und Reden 1892–1899*, hg. von W. J. Mommsen, Tübingen 1993, S. 535–74, dort v.a. S. 545, 551 und 553.
- 10 Zu den kolonialen Attitüden im Kaiserreich gegenüber Polen vgl. Philipp Ther, »Deutsche Geschichte als imperiale Geschichte. Polen, slawophone Minderheiten und das Kaiserreich als kontinentales Empire«, in: Sebastian Conrad und Jürgen Osterhammel, *Das Kaiserreich transnational. Deutschland in der Welt 1871–1914*, Göttingen 2004, S. 129–148.
- 11 Vgl. zu diesen verschiedenen Phasen von Flucht und Vertreibung in vergleichender Perspektive u.a. Philipp Ther, *Deutsche und polnische Vertriebene: Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945–1956*, Göttingen 1998.
- 12 Zu den Ausnahmen gehört das Buch des finnischen Historikers Pertti Ahonen, *After the Expulsion. West Germany and Eastern Europe 1945–1990*, Oxford 2003.
- 13 Vgl. Etienne François und Hagen Schulze, *Deutsche Erinnerungsorte*, 3 Bde., München 2001.
- 14 Vgl. zu dieser Kritik an der nationalen Ausrichtung der Erinnerungsforschung Moritz Csaky, »Gedächtnis, Erinnerung und die Konstruktion von Identität. Das Beispiel Zentraleuropas«,

- in: Catherine Bosshart-Pfluger u.a. (Hg.), *Nation und Nationalismus in Europa. Kulturelle Konstruktion von Identitäten*, Frauenfeld 2002, S. 25-50, hier S. 26.
- 15 Jan Havranek, »Das tragische Jahrzehnt in Mitteleuropa«, in: Richard G. Plaschka u.a. (Hg.), *Nationale Frage und Vertreibung in der Tschechoslowakei und Ungarn 1938-1948. Aktuelle Forschungen*, Wien 1997, S. xiii-xviii, hier xvii.
- 16 Vgl. Harald Welzer / Sabine Moller / Karoline Tschuggnall, »Opa war kein Nazi«. *Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis*, Frankfurt 2002.

Eva Kovacs

DAS ZYNISCHE UND DAS IRONISCHE Zum Gedächtnis des Kommunismus in Ungarn

Die Sophisten und die Zyniker hatten aus dem Humor bereits eine philosophische Waffe gegen die Sokratische Ironie gemacht, doch mit den Stoikern findet der Humor seine Dialektik, sein dialektisches Prinzip und seinen natürlichen Platz, seinen rein philosophischen Begriff.¹

Der postkommunistischen Kultur ist das Gedächtnis des Kommunismus nicht von vornherein eingeschrieben. Es wird vielmehr in einem Wechselspiel zweier Formen des kollektiven Erinnerns erst geschaffen, des kommunikativen und des kulturellen Gedächtnisses (eine Unterscheidung, die wir von Jan Assmann übernehmen): Das *kommunikative* Gedächtnis ist eine Form des lebendigen Erinnerns, das an die jeweiligen Zeitzeugen gebunden ist, die ihre Erinnerungen mit ihren Zeitgenossen als persönlich verbürgte Erfahrung teilen und einander mitteilen. Dagegen reicht das *kulturelle* Gedächtnis über die jeweilige Lebensspanne der Zeitgenossen hinaus. Es ist nicht an das Medium der Mündlichkeit gebunden, sondern schreibt die kollektive Erinnerung in Gestalt von Mythen, Traditionen, Erzählungen etc. fest. Diese institutionalisierte Erinnerung prägt wesentlich das Selbstverständnis einer Gemeinschaft.

Was als Erinnerung Geltung beanspruchen kann, bemisst sich an zweierlei Maßstäben: an unserem aus eigenen Erlebnissen stammenden, moralischen Wahrheitsempfinden (Authentizität) einerseits und an den herrschenden Machtdiskursen andererseits, vor allem an der Geschichtsschreibung und der Geschichtspolitik.² Ein verbindliches historisches Narrativ über den Kommunismus steht bis heute allerdings aus. Diesen leeren Raum besetzt die Politik. Sie macht sich zur Geschichtsschreiberin und versucht, die kommunikative Erinnerung zu instrumentalisieren und dem jeweiligen politischen Nutzen zu unterwerfen.

Umgekehrt ist es schwierig, allgemeingültige Kriterien für die Authentizität der kommunikativen Erinnerung zu finden, solange es kein mehr-

heitlich akzeptiertes kulturelles Gedächtnis gibt. Denn die jeweils individuellen Erinnerungen sind bruchstückhaft, »segmentiert«, und bringen oft miteinander konkurrierende Narrative hervor.³ Erst das kulturelle Gedächtnis erlaubt uns, unabhängig von unseren persönlichen Erlebnissen vergangene Ereignisse als wahr oder unwahr, einstige Entscheidungen als richtig oder falsch, gerecht oder ungerecht zu beurteilen; erst das kulturelle Gedächtnis erlaubt uns zu akzeptieren, dass andere dieselbe Zeit ganz unterschiedlich erlebt haben und dass unser eigenes Handeln aus heutiger Sicht vielleicht mit Schuld beladen war.

Das kommunikative Gedächtnis des Kommunismus stellt einerseits einen geschützten, eingegrenzten Diskurs dar, da die Narrative an das eigene Erleben gebunden sind. Da jedoch das kollektive Gedächtnis andererseits noch nicht kulturell festgeschrieben ist – kraft gesellschaftlicher Institutionen, eines geschichtswissenschaftlich verbürgten Narrativs etc. –, bleibt es der Willkür der Geschichtspolitik ungeschützt ausgeliefert.

Woran erinnert sich ein Zeitzeuge? Kundera schrieb 1965: »Ich stelle mir einen fahrenden Gehsteig vor (die Zeit), und darauf einen Menschen (mich), der gegen die Fahrtrichtung des Gehsteigs anläuft; doch der Gehsteig bewegt sich schneller als ich und trägt mich langsam von dem Ziel fort, auf das ich zulaufe; dieses Ziel (ein sonderbares Ziel, das hinten liegt!) ist die Vergangenheit der politischen Prozesse, die Vergangenheit der Säle, in denen Hände gehoben wurden, die Vergangenheit der Angst, die Vergangenheit der Schwarzen Soldaten und Lucies Vergangenheit, die ich zu enträtseln, zu entwirren, zu entziffern versuchte und die mich daran hindert, so zu leben, weil der Mensch leben sollte, mit der Stirn nach vorn. (...) Durch den Aufschub verwandelt sich die Rache in etwas Trügerisches, in eine individuelle Religion, in einen Mythos, der sich Tag für Tag mehr von den beteiligten Menschen abtrennt, die unverändert im Mythos der Rache verharren, während sie in Wirklichkeit (der Gehsteig ist ständig in Bewegung) längst jemand anderes geworden sind: heute stand ein anderer Jahn vor einem anderen Zemanek, und der Schlag, den ich schuldig geblieben war, kann nicht nachgeholt werden, ist nicht zu rekonstruieren, er ist endgültig verloren.«⁴

Die Konsequenz aus diesem Konflikt zwischen dem Zwang zur Erinnerung und der Bejahung des Lebens wäre, die Vergangenheit völlig aufzugeben – zu vergessen. Vergessen kann man auf verschiedene Art und Weise. Paul Ricoeur unterscheidet in Anlehnung an Nietzsche und Freud

eine aktive und eine passive Art des Vergessens.⁵ Das passive Vergessen bedeutet die Verdrängung früherer Erlebnisse und Traumata ins Unterbewusstsein, was mit dem Risiko ihres neuerlichen Wiederauflebens verbunden ist – das Verdrängte kehrt zurück. Im Gegensatz dazu beruht das aktive Vergessen auf der Aufarbeitung der Erlebnisse und Traumata, die wir deshalb vergessen dürfen, weil wir sie bereits »überwunden« haben.

Doch kann uns wirklich nur das Vergessen retten? Kundera schrieb sein Werk *Der Scherz* im Jahre 1965, in einer Zeit also, die die schrecklichste Phase des Stalinismus bereits hinter sich gelassen hatte, während die »weiche« Diktatur, die diesen Massenterror tabuisierte und die Erinnerung an sie verbot, fort dauerte. Damit komme ich zu meinem Hauptthema, zum Gedächtnis des Kommunismus in Ungarn.

Die ungarische Gesellschaft konnte bis heute weder ihre Erlebnisse aus der Zeit des Kommunismus aufarbeiten noch die aus dieser Zeit stammenden Wunden heilen. Der Systemwechsel suspendierte zwar die früheren Tabus, doch blieb die ungarische Vergangenheitsbewältigung in der Mehrzahl der Fälle – so zum Beispiel im Hinblick auf den Ersten und Zweiten Weltkrieg, den Holocaust und die Revolution von 1956 – stecken oder erschöpfte sich in halbherzigen und manchmal unwürdigen Gesten der Wiedergutmachung. Gleichzeitig teilte der während der Phase des politischen Übergangs geläufige Entkommunisierungsdiskurs die ungarische Gesellschaft undifferenziert in Täter und Opfer und offerierte jenes praktische Schema, wonach wir – von einigen Ausnahmen abgesehen – alle Opfer des Kommunismus seien. Anstatt im Rahmen einer breiten gesellschaftlichen Diskussion unser Verhältnis zur kommunistischen Vergangenheit aufzuarbeiten, wurden die Informationen der Geheimpolizei in der Politik gezielt eingesetzt, um missliebige politische Gegner zu diskreditieren. Inzwischen scheint es tatsächlich so, als habe die ungarische Gesellschaft den Kommunismus mehr oder weniger vergessen, und zwar auf passive Weise.

Nicht jedoch die Politiker und ihr künstlerischer Hofstaat. Sie waren von Anfang an bestrebt, Gedächtnisorte für diese Vergangenheit zu schaffen. Der Politik stehen zahlreiche Instrumente zur Förderung und Gestaltung der gesellschaftlichen Erinnerung zur Verfügung. Sie kann politische Gesten setzen, Gesetze verabschieden, Bildungsprogramme initiieren oder Gedächtnisorte und Museen errichten. Im Folgenden sollen zwei museali-

sierende Projekte vorgestellt werden, die spezifische Erinnerungsformen repräsentieren und unterschiedliche politische Ziele verfolgen.

Die museale Präsentation der Geschichte bis 1989 kann sich auf jene Narrative stützen, welche die Wissenschaft oder die darstellende Kunst vom Kommunismus geschaffen haben. Dabei wird nicht nur Wissen vermittelt, sondern es werden beim Besucher auch Empfindungen geweckt, die ihn beruhigen oder aufregen, erschüttern oder erheitern. In einem geglückten Museum kann die Erinnerungsarbeit ihren Anfang nehmen, denn hier können die Besucher ihre eigenen Erlebnisse und Erfahrungen in den Zusammenhang des Gesehenen stellen. Kommunikatives und kulturelles Gedächtnis treffen so aufeinander und können sich weiterentwickeln.

Der Statuenpark⁶

In Ungarn begann die Musealisierung des Kommunismus bereits sehr früh im Jahre 1989 mit der Entfernung der sichtbaren Spuren dieser Ära und der Säuberung des Straßenbildes von den Insignien der kommunistischen Macht. Die spontanen – einem Volksurteil gleichenden – Denkmalsstürze des Jahres 1989 ließen die Politiker eine Eskalation befürchten und führten schließlich zu einer Institutionalisierung dieser handfesten Form der Vergangenheitsbewältigung. Obwohl sich die Öffentlichkeit mehrheitlich für einen Verbleib der Statuen aussprach, ging man rasch zu einer behördlich geordneten und begrenzten Demontage der Monumente über.⁷

Vor diesem Hintergrund wurde die Idee des Statuenparks geboren, der schließlich – man befand sich damals noch in der Vorbereitungsphase für die (niemals verwirklichte) Budapester Weltausstellung 1998 – an einem Platz außerhalb der Stadtgrenzen angesiedelt und im Herbst 1993 als eine Einrichtung der Stadt Budapest eröffnet wurde. Die Wahl des Ortes spiegelte sowohl das Bestreben nach einer Isolierung der Vergangenheit als auch nach ihrer Vermarktung wider, denn der von der Autobahn direkt erreichbare Park war in erster Linie für westliche Touristen gedacht.

Am Eingang wird der Besucher mit einem Zitat des Dichters Gyula Illyes aus seinem Gedicht »Ein Satz über die Tyrannei« empfangen, der uns sofort und ungebeten einen Spiegel vorhält: »Die Tyrannei bist auch du selbst.«⁸



Eingang zum Statuenpark. Foto: www.szoborpark.hu

Die dünne Kulissenwand scheint auf den Besucher zu stürzen. Einerseits entrückt sie ihn der näheren Vergangenheit – es scheint, als eröffne sie den Blick auf tausendjährige Ruinen oder einen Friedhof – und beeindruckt durch ihr riesiges Ausmaß. Doch dadurch, dass sich hinter ihr freier Raum auftut, wirkt sie gleichzeitig lächerlich – sie ist nichts als eine potemkinsche Mauer. Auch die von ihren ursprünglichen Standorten entfernten Statuen üben eine widersprüchliche Wirkung aus. Paradoxiertweise erscheinen sie vom Sockel genommen und auf den Boden gestellt wesentlich größer und erschreckender, während sie so zusammengesperrt gleichzeitig auch grotesk und komisch wirken.⁹

Vom Gesichtspunkt der Musealisierung betrachtet folgt der Statuenpark den Regeln der *in context* Präsentation.¹⁰ Es gelangten jene Statuen öffentlicher Plätze in den Park, deren Entfernung von den lokalen Selbstverwaltungsbehörden beschlossen wurde, wodurch das ausgestellte Material sowohl vom ästhetischen und funktionalen Gesichtspunkt als auch in Bezug auf seinen Bekanntheitsgrad sehr heterogen ist. Die Auswahl der Statuen ist also zufällig, doch sind sie alle authentisch und beziehen sich samt und sonders auf die Zeit zwischen 1919 und 1956.

Das blumenförmige Grundmotiv der Parkanlage – ursprünglich als Antithese zur Tyrannei geplant, zugleich aber auch die Kreise der Hölle suggerierend – stellt die Paraphrase eines Slogans aus der Kadar-Ära dar: der »Weg des Sozialismus« als Spaziergang.¹¹

Die durch die Statuen und das Arrangement vorgegebenen Wege bilden keinen chronologischen Ablauf, vielmehr folgen sie Themen und reorganisieren so das kollektive Wissen über die ungarische Arbeiterbewegung und die Geschichte des Stalinismus. Die thematische Gliederung betont die Verbindungen der ungarischen zur internationalen Arbeiterbewegung und ihre spätere Unterdrückung durch die Sowjetunion und bietet so dem Betrachter ein salonfähigeres bzw. märtyrerhaftes Bild des Kommunismus. Das zugrunde liegende Narrativ blendet dabei die letzte, lange Phase des Kommunismus in Ungarn, die Herrschaft des Kadarismus, völlig aus. Das noch vor Kurzem Gegenwärtige wird so zu einem abgeschlossenen Kapitel der Geschichte erklärt und nicht mit unseren eigenen Lebensgeschichten und kollektiven Erfahrungen verbunden. Der Statuenpark hilft, die Kadar-Periode zu verdrängen.

Ein Individuum oder eine Gesellschaft können sich an ein historisches Ereignis mit sehr unterschiedlichen Gefühlen erinnern. Doch können



Foto: www.szoborpark.hu

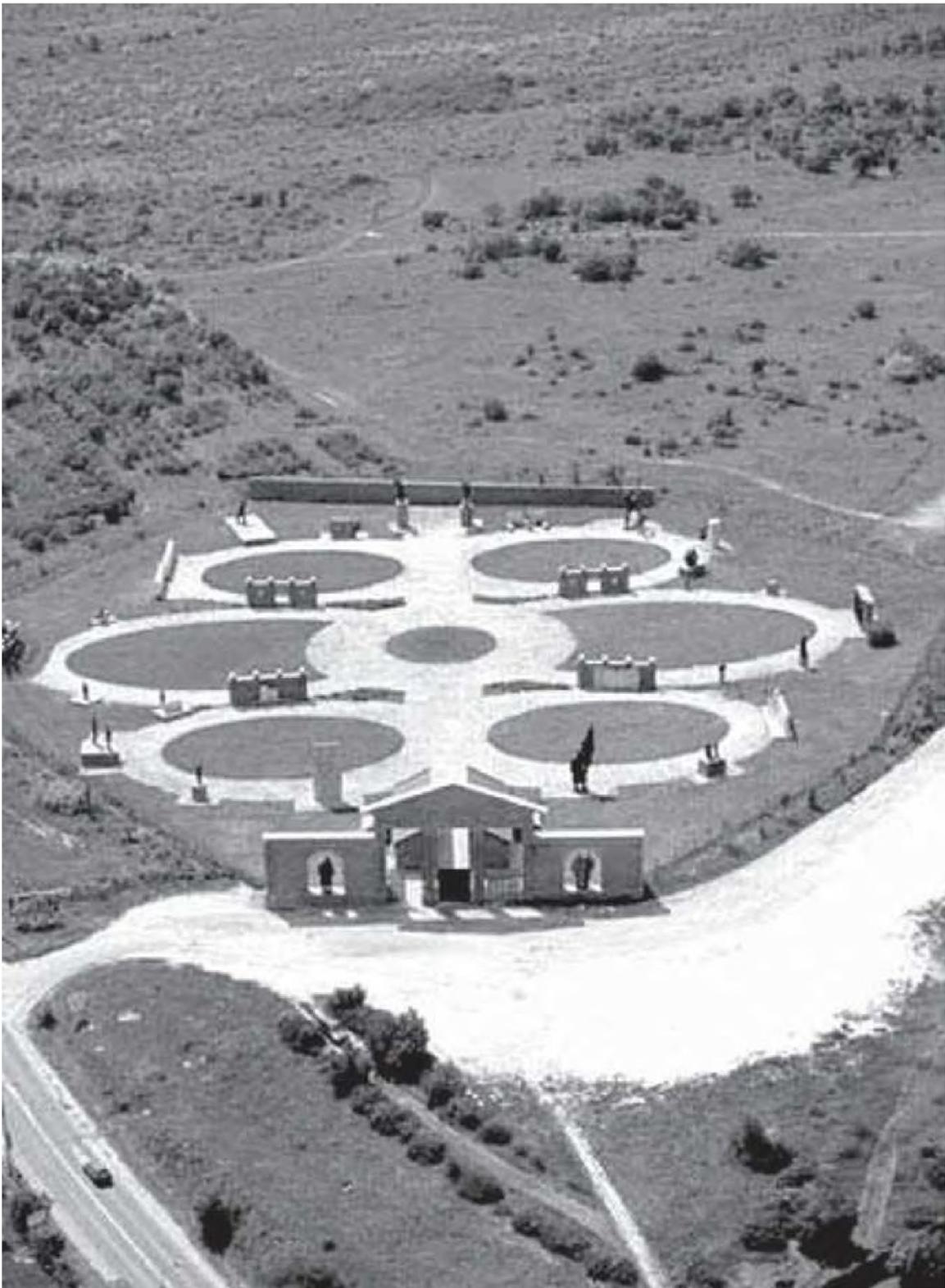


Foto: www.szoborpark.hu

Emotionen auch einem Verbot durch den öffentlichen Diskurs unterliegen. Ein Beispiel hierfür ist die globale Erinnerung an die Shoah. Der Film *La Vita è bella* (1997) von Roberto Benigni brach hier ein Tabu – seitdem

ist es erlaubt, im Kontext der Shoah auch zu lachen.¹² Auf unseren Fall angewandt: Kann es etwas Witziges geben an einem brutalen totalitären System, wie es der Kommunismus war? Darf ein Museum, dessen Gegenstand die Epoche des Kommunismus ist, uns zum Lachen bringen? Natürlich wurde schon damals gerne gelacht - man denke nur an die über das ganze Sowjetimperium verbreitete Kultur des antikommunistischen Witzes. Doch lassen sich die kollektiven Erinnerungen durch diesen subversiven Geist sublimieren?

»Das ist kein witziger Park, absolut nicht«, meinten denn auch seine Planer.¹³ Mit Milan Kundera könnte man entgegnen: »Dinge, die plötzlich ihren herkömmlichen Sinn einbüßen, den Platz, der ihnen in der vermeintlichen Ordnung der Dinge zusteht (...), reizen uns zum Lachen. Ursprünglich kommt das Lachen also von den Teufeln. Darin liegt ein Stück Boshaftigkeit (die Dinge erscheinen anders, als sie vorgeben zu sein), aber auch ein Stück wohltuender Erleichterung (die Dinge sind leichter, als sie scheinen).«¹⁴ So empfinden wohl auch die Besucher des Statuenparks und lassen sich den Humor nicht nehmen. Die Versammlung der Monumente ist längst zum Ort ironischer Ausflüge geworden, an deren Ende man eine

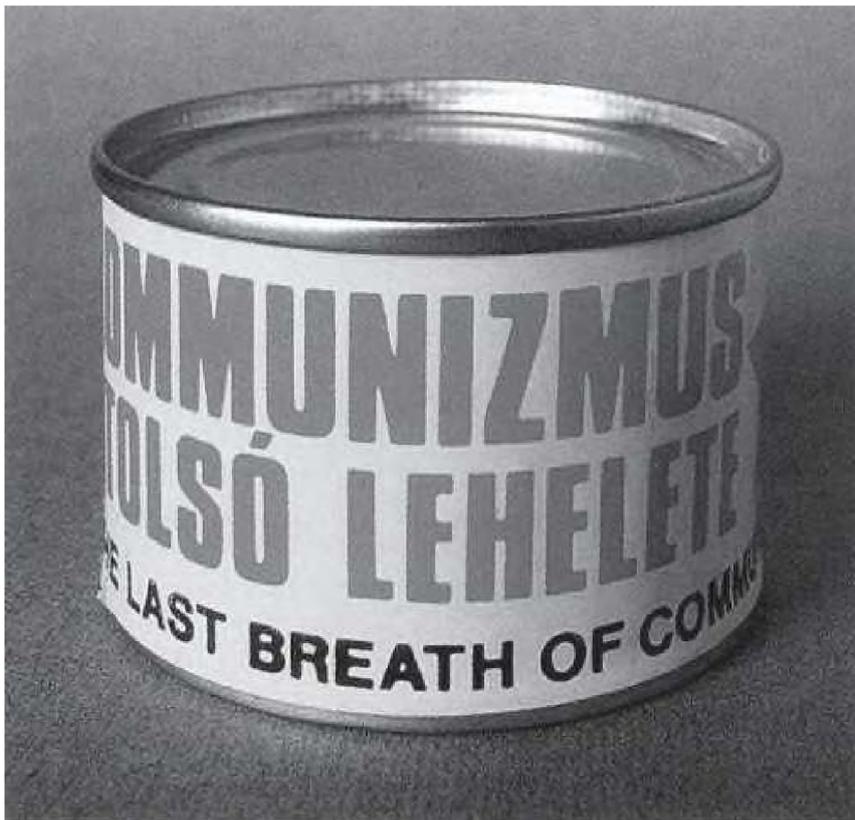


Foto: www.szoborpark.hu

»Best of Communism«-CD oder den »Letzten Atemzug des Kommunismus« erwerben kann.

Dieser ironische Gebrauch der Geschichte bedeutet indes keineswegs ihr Verdrängen. Nach Richard Rorty zeichnen sich Ironiker dadurch aus, dass sie »sich der Kontingenz ihrer tiefsten Überzeugungen und Wünsche stellen«.¹⁵ Für den Besucher des Parks lässt das Lachen die Vergangenheit plötzlich in einem neuen Licht erscheinen, es setzt eine Erkenntnis über die eigene Geschichte frei – kurz, es wird zur aktiven Gedächtnisarbeit. Vielleicht war es schon die Eröffnungsfeier im Jahre 1993, die diesen Grundton für die Besucher des Parks vorgab. Er wurde nach dem Muster des Spielfilms »A tanu« (Der Zeuge) aus dem Jahre 1969 eröffnet – dieser zeigt die 50er Jahre als totalitäre Burleske –, wobei der Regisseur des Films, Peter Bacso, selbst die Feierlichkeiten arrangierte.

Nicht anders verhält es sich mit den im Souvenirshop des Statuenparks erhältlichen Gegenständen. Auch die Nostalgie ist eine Form der aktiven Erinnerung, wenn auch nicht so reflektiert wie die ironische Erinnerung.¹⁶ Die Reliquien des Kommunismus mussten erst zu Abfall werden, um dann im Zuge ihrer Musealisierung zu Kultobjekten geadelt zu werden. Jede Station dieses Weges kann dabei ein Schritt zur Wiedererweckung der Vergangenheit und ihrer Aufarbeitung werden.

Der Statuenpark entstand aus dem Zusammenprall der Intentionen seiner Schöpfer, nämlich aus einer Mischung der ikonoklastischen Absichten der radikalen Systemveränderer, der Intention der Kommunalverwaltungen zur Entfernung der Statuen, der archivarischen und ausstellerischen Absichten der Museologen, der Intention der Gestalter zur Vermittlung einer »ernsthaften« Botschaft, den ironischen Absichten der die Eröffnungsfeier gestaltenden Künstler sowie den gewinnorientierten Absichten des Betreibers. Durch eine glückliche Fügung gelang es, alle diese Absichten mehr oder weniger zu verwirklichen und damit die Tür zu einer eigentümlichen Erinnerungsform, dem ironischen Gedächtnis aufzustoßen.

Dennoch blieb ein gewissen Unbehagen. Man erwartete, dass die Leichtigkeit des Statuenparks durch ein »seriöseres« Museumsprojekt zur Aufarbeitung des Kommunismus ergänzt würde. Dieses Projekt wurde auch realisiert, nur in einer ganz anderen Gestalt als ursprünglich erhofft. Statt ein Beitrag zu einer gemeinsamen Erinnerungskultur zu sein, polarisierte es sie.

Das Haus des Terrors

Fast 10 Jahre später, am 24. Februar 2002, öffnete eine andere Institution ihre Pforten, die an den Kommunismus erinnern will: Das »Haus des Terrors«. Die Wahl fiel auf ein prächtiges, aus den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts stammendes Haus auf der schönsten Straße Budapests, dem Andrassy-Boulevard, das durch seine Vorgeschichte als Erinnerungsort prädestiniert ist: Zwischen 1937 und 1945 war es in der Hand der ungarischen Faschisten, der Pfeilkreuzler, und von 1945 bis 1956 Hauptsitz der ungarischen Staatssicherheit (AVO bzw. AVH).



Das Haus des Terrors

Nachdem im Jahre 1998 der national-konservative FIDESZ an die Macht gekommen war, war der politische Diskurs wieder stark von einer antikommunistischen Stimmung geprägt. Diese Stimmung wurde durch die politischen Akteure provoziert oder zumindest verstärkt, verdankte sich aber vor allem der Tatsache, dass die ungarische Vergangenheitsbewältigung zwischen 1989 und 2002 – sowohl hinsichtlich der Shoah, als auch im Hinblick auf den Kommunismus – kaum Ergebnisse gezeitigt hatte. Die Intention zur Gründung eines Antikommunismus-Museums konnte sich so auf das berechnete gesellschaftliche Bedürfnis stützen, die Horror-taten dieser Zeit darzustellen und den Opfern des Roten Terrors ein würdiges Andenken zu bereiten.¹⁷

Doch das ungarische »Haus des Terrors«, eine staatliche Initiative in Form einer Stiftung, will der Gesellschaft eine komplexere Botschaft vermitteln.¹⁸

Durch die enge Verknüpfung von nationalsozialistischem und kommunistischem Terror verleiht es beiden Herrschaftsformen das gleiche Gewicht und suggeriert darüber hinaus eine Kontinuität zwischen ihnen. Damit schließt es sich – zynischerweise – jener revisionistischen historiographischen Richtung an, welche sowohl die Massenmorde der beiden Regime als auch diese selbst als von ihrem Wesen her identisch betrachtet. Das Haus des Terrors stellt so die Einzigartigkeit des Holocaust in Frage und behauptet gleichzeitig einen bruchlosen Übergang zwischen Nazismus und Kommunismus, eine Kontinuität hinsichtlich der Täter wie der Opfer beider Diktaturen. Die Botschaft von der Relativierung des Holocaust wird auch durch den ihm eingeräumten minimalen Anteil sowie die Struktur des Ausstellungsorts transportiert. Der Holocaust wird nur als eine Episode in der Geschichte der zwei Diktaturen dargestellt, ebenso wie die Schreckenstaten der Pfeilkreuzler, denen nur ein Raum gewidmet ist.

Da die Geschichte des Kommunismus nur teilweise dargestellt ist, kann von einer umfassenden historischen Präsentation keine Rede sein. Das war auch gar nicht die Intention der Ausstellungsgestalter. Wie der Direktor des Museums selbst verlautbarte, wollte man die sensationelle Seite des Terrors zeigen und die Besucher zu einem historischen Happening einladen.¹⁹ In den meisten Sälen der Ausstellung wurde – im Interesse der größten emotionalen Wirkung – nach den Regeln der *in situ*-Präsentation vorgegangen, das heißt, dass rund um die Objekte eine »originäre Umgebung« geschaffen wurde, um zu suggerieren, dass im Museum eine »ver-

gangene« Wirklichkeit zum Leben erweckt wird. Die Anzahl der ausgestellten Objekte ist verschwindend gering, und selbst diese sind nur zum Teil authentisch, meist ungeklärten Ursprungs, kopierte oder zusammengebastelte Gegenstände – reine Happening-Dekorationen. Nicht zuletzt ist die offizielle Darstellung der Geschichte des Gebäudes selbst lückenhaft. Das Haus gehörte ursprünglich einem jüdischen Künstler, der bestimmte, dass es seine Frau erben sollte und nach ihrem Tod die Israeli-tische Gemeinde zwecks Einrichtung eines jüdischen Museums, was nie geschah. Zwischen 1952-1990 war es Staatseigentum. Nach der Wende 1989 forderte die Gemeinde das Haus vom Staat zurück – ohne Erfolg. Schließlich widmete es die Orban-Regierung dem geplanten Terror-Museum.



Treppenhaus mit sowjetischem Panzer und Wand der Opfer. Foto: Magyar Narancs

Im Februar 2002 eröffnete der damalige Ministerpräsident Viktor Orban das Haus des Terrors im Rahmen eines Straßenfestes. Zahlreiche Anhänger der rechtsextremen MIEP (Partei für Ungarische Gerechtigkeit und Leben) schlossen sich der großen feiernden Menge an, nachdem sie vorher auf dem Platz vor der Parteizentrale der sozialistischen Partei (dem »anderen, wahren Haus des Terrors«, so der Vorsitzende Istvan Csurka) eine Demonstration abgehalten hatten. Seitdem ist das Museum und seine Umgebung zu einem Ort für politisierte Erinnerungsrituale geworden: Zwischen den beiden politischen Lagern, den Nationalkonservativen und

den Linksliberalen, gibt es einen fortdauernden Kampf um die Besetzung dieses symbolischen Raums.

Das Haus des Terrors kreiert ein historisches Narrativ, das die Ungarn als Opfer des Nationalsozialismus und des Kommunismus präsentiert. Die eigene Verwicklung in die Untaten beider Regime wird ausgeblendet, eine differenzierte Betrachtung der Verhältnisse zwischen Opfern und Tätern verstellt.

In dieser Erzählung dauert der kommunistische Terror – im Gegensatz zu dem im Statuenpark hervorgehobenen Datum vom Herbst 1956 – bis in die Zeit nach dem Systemwechsel, wenn nicht bis heute, an, und diese Botschaft wird mithilfe spektakulärer Licht- und Klangeffekte aggressiv transportiert. Verstärkt wurde die psychologische Wirkung in der ersten Zeit dadurch, dass vorzugsweise Gruppen durch das Haus geführt wurden, wohl um eine Art kollektiver Suggestion zu erzeugen.

Weder die verteilten Informationsblätter noch der Prospekt geben Auskunft über den Ursprung der ausgestellten Dokumente oder die historischen Quellen. Auch lassen sich die Museumsobjekte und die auf den Informationsblättern gebotenen Texte oft nicht aufeinander beziehen. Abgesehen von der Frage, ob diese Informationen der Wahrheit entsprechen, verfälschen sie das Gesamtbild durch die Art und Weise, wie sie die Ideologie der Opferthese und den relativierenden Diskurs stützen. Hier ist ein zynischer Geist am Werk.

Von ihrer Konzeption her regt die Ausstellung weniger zur Reflexion an, als dass sie Rachegefühle wachruft (die Eintragungen im Gästebuch belegen dies hinreichend). Das Haus scheint auch eine bestimmte Klientel anzuziehen. In der Schlange vor der Kasse sieht man oft Besucher, die rechtsradikale Zeitungen lesen, die ungarische Trikolore tragen und sich in einschlägigen Reden ergehen. In den Monaten nach der Ausstellungseröffnung stiegen die Besucherzahlen im ungarischen Gegenstück zur Gauck-Behörde, dem *Történeti Hivatal* genannten Historischen Amt, sprunghaft an, was darauf hinweist, dass die Ausstellung in vielen Besuchern das Gefühl weckt, dass sie selbst vielleicht auch einmal verfolgt worden sein könnten, was sie nun nach »ihren« Tätern suchen lässt. Eine Zeitlang fand sich auf der Internetseite des Museums neben der »Opfer-Datenbank« auch eine »Täter-Datenbank«, wo jedermann Personen »anzeigen« konnte. Der Happening-Charakter der Präsentation und die Internetseite vermitteln so die Botschaft, dass jedermann ein Held und gleichzeitig auch ein historischer Fachmann sein kann.



Gulag-Raum. Prospekt des Hauses

Als nach den Wahlen des Jahres 2002 die Sozialistische Partei wieder an die Macht kam und die Frage der Kürzung der staatlichen Förderungen für das Haus des Terrors zur Debatte stand, gründeten die Leiter des Museums einen »Freundeskreis« und verbreiteten über die Presse, sie würden von den Kommunisten verfolgt. Dabei entsprach das für das Haus des Terrors vorgesehene reduzierte Budget noch immer dem Dreifachen des Budgets eines vergleichbaren staatlichen Museums, ganz abgesehen davon, dass das Haus des Terrors über beträchtliche Einnahmen aus den Eintrittsgeldern verfügt.

Im Jahre 2004 organisierte das Haus anlässlich des Holocaust-Gedenkjahres auch mehrere temporäre Ausstellungen, hielt Konferenzen ab und gab eigene Publikationen heraus. Bei den Eröffnungsfeiern waren sowohl die Honoratioren der Ungarischen Sozialistischen Partei MSZP als auch des Verbandes der Ungarischen Freidemokraten SZDSZ vertreten. Als Würdigung für seinen Beitrag zum Holocaust-Gedenken – und der breiten und scharfen Fachkritik zum Trotz, die das Haus seit seiner Eröffnung begleitet – durfte das Haus des Terrors im April 2005, unter der Regierung der sozialliberalen Koalition, vom Nationalen Ministerium für Kul-

turerbe die Auszeichnung als »Museum des Jahres 2004« entgegennehmen. 2002 von der Orban-Regierung initiiert, wurde das Haus auf diese Weise von der sozialliberalen Regierung adoptiert und damit als überparteiliche Institution ungarischer Gedächtnispolitik etabliert.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die zynische Gedächtnispolitik einen ganz anderen Einfluss auf den Rezipienten ausübt als die ironische. Sie regt kaum zur Selbstreflexion an, vermeidet die Konfrontation mit der eigenen Vergangenheit, hat keinen Sinn für Ironie. Sie bietet ein Gefühl der Genugtuung, das uns erlaubt, uns selbst zu betrauern und andere zu verurteilen. Die Besucher verlassen das Haus des Terrors nicht mit dem Gefühl der Erleichterung, dass der Schrecken nun der Vergangenheit angehört, vielmehr wird der Zorn auf die kommunistischen »Feinde« genährt, und mancher mag eine perverse Genugtuung darüber empfinden, das Photo des Vaters eines liberalen Politikers von heute an der Wand der Täter zu sehen. Unser immer noch unzureichendes Wissen über den Nationalsozialismus und Kommunismus geht im Haus des Terrors in Halbwahrheiten und Spektakeln unter.

Wenn es auch keine nationale Gedenkstätte ist, so ist das Haus des Terrors für bestimmte Gruppen doch zu einem Gedächtnisort (*lieu de mémoire*) geworden. Ihre Mitglieder legen dort Blumen ab, zünden Kerzen an und halten am Gedenktag für die Opfer des Kommunismus ihre Zusammenkünfte ab. Sie bilden eine merkwürdige Mischung aus jungen Rechten und Rechtsradikalen sowie älteren Menschen, die aus dem Systemwechsel als Verlierer hervorgegangen sind.

*

Wie wir gesehen haben, lassen sich zwischen dem Statuenpark und dem Haus des Terrors eine ganze Reihe von Ähnlichkeiten aufzeigen. Beide wollen das kulturelle Gedächtnis des Kommunismus mitgestalten, und beide verkörpern existierende gesellschaftliche Formen des politischen Willens. Außerdem wollen sich beide Projekte »verkaufen«, und damit vermarkten sie auch das Gedächtnis. Dennoch sind die Unterschiede zwischen ihnen radikal, denn während der Statuenpark auf eine Zähmung der Racheaffekte abzielt, versucht das Haus des Terrors eben diese Affekte zu wecken und zu nähren. Und während ersterer versucht, die Vergangenheit zu isolieren und in ferne Zeiten zu entrücken, möchte letzteres die Vergan-

genheit als bösen Geist unserer Gegenwart beschwören. Der Statuenpark verändert die ausgestellten Objekte nicht, während das Haus des Terrors sie instrumentalisiert und ihr Wesen verkehrt. Ebenso wichtig ist, dass der Statuenpark daran erinnert, dass wir alle Teil der blutigen Diktatur von 1948-1954 waren, während das Haus des Terrors 100 Täter herausgreift und mit der Feststellung, dass wir alle Opfer seien, die Ungarn von der Last der Konfrontation mit der eigenen Vergangenheit befreit.

Der entscheidende Unterschied zwischen beiden Gedächtnisorten aber ist, dass der Statuenpark mit seiner Ironie zur aktiven Erinnerungsarbeit anregt und so die Praxis des kommunikativen wie auch die Produktion des kulturellen Gedächtnisses fördert, während das Haus des Terrors das gesellschaftliche Gedächtnis einer zynischen Politik unterwirft: Hier beschimpfen die Lügner die Lügner als Lügner...

Anmerkungen

- 1 Gilles Deleuze, *Die Falte – Leibniz und der Barock*, Frankfurt a.M. 2000, S. 14.
- 2 Vgl. Eva Kovacs, »Das uns alle verzehrende historische Fieber«, in: *Südosteuropa* 2002/7-9, S. 388-411.
- 3 Vgl. Reinhart Koselleck, »Die Diskontinuität der Erinnerung«, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, 1999, Nr. 2, S. 213-214.
- 4 Milan Kundera, *Der Scherz*, München 1987, S. 321f.
- 5 Paul Ricoeur, »Gedächtnis – Vergessen – Geschichte«, in: K. E. Müller und J. Rüsen (Hg.), *Historische Sinnbildung. Problemstellungen, Zeitkonzepte, Wahrnehmungshorizonte*, Hamburg 1997, S. 433-455.
- 6 Der folgende Abschnitt beruht auf einem früheren Artikel, in dem ich die Rituale des Systemwechsels in Bezug auf öffentliche Plätze analysiert habe: Eva Kovacs, »Zwei Etüden über die Mythen und Rituale im ungarischen Systemwechsel«, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften* (ÖZG), 1999, Nr. 2, S. 210-237.
- 7 Am 23. Juni 1991 wurde ein Gesetz verabschiedet, welches das Schicksal der Statuen in die Hoheit der Gemeindefürsorge übertrug. Dessen ungeachtet forderte der damalige Innenminister Boross am 10. Oktober 1991 in einem Rundbrief die Gemeinden auf, bis 23. Oktober desselben Jahres alle sozialistischen Denkmäler zu entfernen.
- 8 » ... wo es Tyrannei gibt, / ist jeder ein Glied in der Kette; / stinkend entsteigt sie dir, / die Tyrannei bist du auch selbst«. Gyula Illyes, »Ein Satz über die Tyrannei« (übersetzt von Hans-Henning Paetzke).
- 9 Vgl. Geza Boros, *Szoborpark* (Statuenpark), Budapest 2002. Das Buch vermittelt diesen widersprüchlichen Eindruck vorzüglich.
- 10 Für gewöhnlich werden zwei idealtypische Formen der musealen Installation unterschieden. Bei der *in context*-Präsentation werden die Gegenstände aus ihrer originären Umgebung herausgenommen und in einen erklärenden Rahmen gesetzt. Dabei kann es sich um einen historischen, pädagogischen, ästhetischen oder museologischen Rahmen handeln – das entscheidende Element ist immer das Ersetzen der alten Umgebung durch eine neue. Im Gegensatz dazu wird bei der *in situ*-Präsentation die ursprüngliche Umgebung neu geschaffen, um ein Zeichen der Gleichwertigkeit zwischen der Ausstellungssituation und der Wirklichkeit zu setzen. Vgl. dazu Barbara Kirshenblatt-Gimblett: »Destination Culture«, in: dies., *Tourism, Museums and Heritage*, Berkeley UP California 1998, S. 19-23.

- 11 Die Wendung »Weg des Sozialismus« stammt bekanntlich von Lenin und Bucharin und wurde gerne von Janos Kadar (1956 bis 1989 Generalsekretär der MSZMP/Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei) zitiert.
- 12 Vgl. Sander Gilman, »Is Life Beautiful? Can the Shoah be Funny? Some Thoughts on Recent and Older Films«, in: *Critical Inquiry* 26/2, 2000, S. 279-308.
- 13 Akos Elöd, »A szoborpark« (Der Statuenpark), in: *2000*, 1993/7, S. 60.
- 14 Milan Kundera, *Das Buch vom Lachen und Vergessen*, Frankfurt a.M. 1994, S. 88f.
- 15 Richard Rorty, *Contingency, Irony, and Solidarity*, Cambridge UP 1989, S. 13.
- 16 Zur Nostalgie vgl. Ina Merkel, »Consumer Culture in the GDR, or How the Struggle for Antimodernity was Lost on the Battleground of Consumer Culture«, in: Susan Strasser / Charles McGovern / Matthias Judt (eds.): *Getting and Spending. European and American Consumer Societies in the Twentieth Century*, Washington 1998, S. 281-300.
- 17 Eine Bemerkung zur Vorgeschichte des Hauses: 1998 besuchte der neue ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán Auschwitz und missbilligte die ungarische Abteilung der dortigen Ausstellung. Auf seine Anordnung hin wurde eine Expertengruppe (u.a. Maria Schmidt – Direktorin des Hauses des Terrors) mit dem Auftrag eingesetzt, eine neue Ausstellung zu konzipieren und einzurichten. Dies hat zu einem ungarischen »Historikerstreit« über den Holocaust geführt. Vgl. Randolph L. Brahm, »Magyarország és a holokauszt. Erőfeszítések a múlt megsejtesére« (Ungarn und der Holocaust. Anstrengungen zur Verschönerung der Vergangenheit), in: *Beszélő* 2002/4.
- 18 Die in der ungarischen Presse öffentlich geführte Debatte um das Haus des Terrors kann hier nicht wiedergegeben werden. Meine Analyse stützt sich auf die Arbeiten von Zsófia Frazon und Zsolt K. Horváth, »A megsejtett Magyarország. A Terror Háza mint tárgybeutatas, emlékmű és politikai ritus« (Das beleidigte Ungarn. Das Haus des Terrors als Objektpräsentation, Denkmal und politischer Ritus), in: *Regio* 2002/4, S. 303-347; András Mink, »Kommunizmus, terror, Peter Gabor olloja« (Kommunismus, Terror und die Schere des Peter Gabor), in: *Beszélő* 2002/3; Mark Pittaway, »The ›House of Terror‹ and Hungary's Politics of Memory«, in: *Austrian Studies Newsletter*, Bd. 15, Winter 2003/1, S. 16 f.
- 19 István Ihasz, »Gomb és kabát. A profán valóság bemutatásának kísérlete a Terror Háza Múzeumban« (Knopf und Mantel. Der Versuch einer Präsentation der profanen Wirklichkeit im »Haus des Terrors«), in: *Történeti Múzeológiai Szemle*, Budapest 2002, S. 97-100.



Besuchen Sie uns im Netz
www.iwm.at

Muriel Blaive

GESCHICHTE UND GEDÄCHTNIS

Das postkommunistische Mitteleuropa aus der Sicht der französischen Sozialwissenschaften¹

In der Soziologie des Gedächtnisses gibt es eine »französische Schule«, die sich bis auf Maurice Halbwachs zurückverfolgen lässt. Schon 1925 dachte er über die Verbindung zwischen zwei Formen des Gedächtnisses nach und zeigte, dass das individuelle Gedächtnis auf dem kollektiven Gedächtnis aufbaut.²

In der Zeitgeschichte begann man diesen Gedanken spätestens in den 1970er Jahren aufzugreifen, und zwar vor allem im Gefolge des Schocks, den der amerikanische Historiker Robert Paxton mit seinem Buch über Frankreich unter der deutschen Besatzung auslöste.³ Gegen den von de Gaulle verbreiteten Mythos zeigt der Autor, dass das Vichy-Regime eine aktive Kollaboration mit Nazideutschland betrieb und (vor allem in seiner antisemitischen Politik) noch über die deutschen Forderungen hinaus ging, um sich im Zuge einer nationalen Revolution der »neuen Ordnung« der Nazis anzuschließen. Außerdem konnte Paxton belegen, dass die Vichy-Regierung bei den Franzosen durchaus Zustimmung fand, bis deutlich wurde, dass Deutschland den Krieg verlieren würde.

Nach anfänglicher Verleugnung (Paxtons Buch wurde in den ersten Jahren eher feindselig aufgenommen⁴) und einem Generationswechsel nahmen zahlreiche französische Historiker das Buch zum Anlass, um nicht nur die Geschichte des Vichy-Regimes, sondern auch die Geschichte dieser Geschichte zu erforschen, also der Frage nachzugehen, wie die geschichtswissenschaftliche Darstellung des Vichy-Regimes sich im Laufe der Jahre entwickelt hatte. Mit anderen Worten, die Zeitgeschichte, ein gerade erst im Aufstieg begriffenes Fachgebiet (das *Institut d'histoire du temps présent* wurde 1980 gegründet), nahm Begriffe wie »Relativität historischer Erkenntnis« und »Interpretationskonflikte« gleichsam in ihre Gründungsurkunde auf⁵ und erfand damit zugleich die Geschichte des kollektiven Gedächtnisses und des gesellschaftlichen Gebrauchs der Vergangenheit – wobei insbesondere auf die Arbeiten von Henry Rousso zu verweisen

wäre.⁶ Insgesamt thematisierte die Zeitgeschichte die Spannung zwischen Geschichte und Gegenwart. »Die Reflexion über das Gedächtnis ist kein bloßes Nebenprodukt der Erforschung der Zeitgeschichte, sondern integraler Bestandteil unserer Praxis.«⁷ Und Robert Paxton gewann im Rückblick solche Wertschätzung, dass ihm 1997 die Ehrentitel des Officier de l'Ordre du mérite und des Commandeur des Arts et des Lettres verliehen wurden.⁸

Doch mit dem Begriff des kollektiven Gedächtnisses lässt sich nicht nur die Zeitgeschichte, sondern die gesamte Geschichtsschreibung erneuern. So betrat Pierre Nora mit seiner wegweisenden Arbeit über die *Lieux de mémoire* die Szene, einem monumentalen (sieben Bände umfassenden) Werk, dessen erster Band 1984 erschien. Die Wirkung auf die gesamten Sozialwissenschaften war so stark, dass der Ausdruck *lieu de mémoire* (Erinnerungsort, Gedächtnisort) schon 1993 Eingang in den *Dictionnaire Robert* fand.⁹ Zwischen beiden Daten erschienen in Frankreich, in den Vereinigten Staaten, in Großbritannien und anderswo zahlreiche Studien zum Gedächtnis (siehe z.B. die Arbeiten von David Loewenthal, John Bodnar, John R. Gillis, Raphael Samuel, Simon Schama und anderen). Anwendung fand der neue Forschungsansatz dann bei der Untersuchung ehemaliger Diktaturen in Lateinamerika, in Spanien und Portugal, später dann in Griechenland, Südafrika, dem ehemaligen Ostblock, in einer Reihe asiatischer Länder und in jüngerer Zeit in Ruanda und Kolumbien, wobei man sich Ende der 1990er Jahre auf die *gestion des passés douloureux*, die »Aufarbeitung schmerzhafter Vergangenheiten«, konzentrierte.

Pierre Nora spricht von unserer Zeit als der »Ära des leidenschaftlichen, konfliktbeladenen, fast zwanghaften Gedenkens«, von der »weltweiten Konjunktur des Gedächtnisses«. Es ist, schreibt er weiter, »als wäre eine Flutwelle der Erinnerung über die Welt hereingebrochen und hätte überall eine enge Verbindung zwischen der – realen oder imaginären – Treue zur Vergangenheit und dem Zugehörigkeitsgefühl, dem Kollektivbewusstsein und dem individuellen Selbstgefühl, dem Gedächtnis und der Identität geschaffen«.¹⁰

Die französischen Soziologen und Politikwissenschaftler waren an allen Phasen dieser Entwicklung intensiv beteiligt, so auch Marie-Claire Lavabre 1994 mit einer bemerkenswerten Arbeit über die Kommunistische Partei Frankreichs.¹¹ Doch wie die Geschichtswissenschaft mit dem Einbruch des Gedächtnisses konfrontiert ist, der dem Historiker eine »Pflicht« oder

»Mission« auferlegt, so vermag auch die Soziologie, und selbst noch die edelste, sich nicht einer Grundströmung zu entziehen, die sie mit einer politischen Sendung beauftragen möchte. Und tatsächlich basiert diese Erscheinung auf demselben Prinzip: Das Gedächtnis »erschien wie die Rache der Erniedrigten und Beleidigten, die kleine Geschichte derer, die auf die große Geschichte kein Recht gehabt hatten«. ¹² Und für diese »Erniedrigten« und »Unterdrückten« ergreift eine bestimmte Soziologie immer offener Partei, was im Übrigen auch immer entschiedener von ihr erwartet wird.

Gewiss waren viele französische Soziologen – sei es auch unter dem seit einem Jahrhundert währenden Einfluss des Marxismus – bereits für das soziale Elend sensibilisiert. Doch in den 60er Jahren verbreiterte sich dieses Phänomen, und zwar vor allem unter dem Einfluss Pierre Bourdieus, des wichtigsten Vertreters der sogenannten *sociologues-avocats*. ¹³ Schon Begriffe wie »Feld«, »Habitus« oder »Fraktionen gesellschaftlicher Klassen« schärften den Blick für das auf der sozialen Stellung oder auf den Lebensbedingungen basierende Elend. Doch mit seinem Buch *Homo Academicus*, in dem er zeigte, dass »die Autonomie der Universität mit dem wachsenden Einfluss einer externen Abseignung durch den Kulturjournalismus abnimmt«, Universität und Medien also eine immer engere Verbindung eingehen, begab er sich selbst auf eine neue Etappe seines Weges. »Von nun an agiert Bourdieu immer häufiger an dieser Schnittstelle, macht sich zum Soziologen der Fünften Republik und stellt eine immer intensivere polemische Beziehung (eine Mischung aus Verführung und Kritik) zu Presse und Fernsehen her. Seine Medienpräsenz ist so stark, dass er darin alle seine Kollegen und Konkurrenten in den Schatten stellt.« ¹⁴ Warum suchte er in solchem Maße die Öffentlichkeit? Weil er in den letzten zehn Jahren seines Lebens seinem Engagement gegen den Neoliberalismus, von dem auch seine Schriften zeugen, eine breitere Öffentlichkeit verschaffen wollte. ¹⁵ Pierre Grémion nennt die wichtigsten Etappen: Unterstützung der Streikbewegung im Herbst 1995, Plädoyer für eine linke Linke, Kampf auf Seiten der Dritte-Welt-Aktivistinnen.

Doch vor allem in *La misère du monde* unterwirft Bourdieu sich ganz dem Zeitgeist. In diesem Buch bricht er mit seinen bisherigen Methoden und analytischen Begriffen, um sich ganz auf das Erleben und auf Lebensgeschichten zu stützen. ¹⁶ Auf diese Weise macht der Soziologe sich zum Anwalt und »Sprecher des sozialen Leidens«. ¹⁷ Zu diesem Zweck gibt

Bourdieu sogar eine Sammlung mit Kampfschriften unter dem Titel *Raisons d'agir* heraus, ganz wie es den »zwei Seiten des Handelns« entspricht, »dem er sich nun verschreibt, wobei er ständig zwischen beiden Seiten hin und her wechselt«. ¹⁸

Das Erleben wird so zum zentralen Element einer volksnahen Forderung: Die wissenschaftlichen Autoritäten sollen einer »wahreren« Wahrheit Platz machen, der Wahrheit des Erlebens (Soziologie) und der Erinnerung (Geschichte). Und das ist noch nicht alles. Genau zu der Zeit, als Bourdieus Beispiel eine gewisse Form von Militanz in der Soziologie zwar nicht wünschenswert, aber doch immerhin akzeptabel macht, fällt die Mauer in Berlin und liefert der Soziologie des Übergangs und der Analyse der postkommunistischen Staaten eine ganze Armee von Wissenschaftlern, deren militantes Engagement (gegen die kommunistischen Regime) aus erkennbar ideologischen Gründen bis dahin stolz demonstriert und sozial wie auch wissenschaftlich vollkommen akzeptiert worden war. ¹⁹

Über gestion du passé und devoir de mémoire

Die französischen Sozialwissenschaften – Soziologie, Politikwissenschaft und Zeitgeschichte gleichermaßen – haben sich also in den letzten Jahrzehnten auf ein Wechselspiel zwischen akademischer Arbeit und militantem Engagement eingelassen, bei dem der Begriff des Gedächtnisses nicht nur als Forschungsgegenstand ins Spiel kommt, sondern mehr und mehr auch als moralische, wenn nicht sogar institutionelle Notwendigkeit (die Kolloquien und Konferenzen zu diesem Thema sind Legion). Diese Erscheinung ist zwar keine französische Besonderheit, aber ein Element weist dennoch etwas spezifisch Französisches auf: das verwendete Vokabular. Zwei Ausdrücke sind hier besonders zu nennen: *gestion du passé* (eher in der Wissenschaft) und *devoir de mémoire* (eher in Politik und Medien).

Was verstehen nun die Franzosen unter *gestion du passé*?

»*Gestion*« bedeutet nach dem *Dictionnaire Robert* die »Tätigkeit des Verwaltens (der Geschäfte eines Anderen und im weiteren Sinne auch der eigenen Geschäfte)« oder auch »die Verwaltung der Güter einer natürlichen oder juristischen Person durch deren Vertreter« und schließlich das »Handeln einer Person (genannt *gérant*) für eine andere Person (genannt *géré*), in deren Interesse, aber ohne deren Auftrag [sic!]«.

Vielleicht ist es wirklich ein charakteristisches Merkmal unseres französischen Verständnisses der Dinge, dass man meint, der Umgang mit der Vergangenheit solle im Interesse der Gesellschaft erfolgen, ohne dass dafür unbedingt auch ein Auftrag vorliegen müsse (die Synonyme für *gérer* sind *administrer, conduire, conseiller, gouverner, guider, régir, régler* – verwalten, führen, beraten, steuern, leiten, regieren, regeln). Angesichts dieser kulturellen Verpflichtung sind wir offensichtlich grundsätzlich der Ansicht, dass es gut für eine Gesellschaft sei, ihre »Vergangenheit zu verwalten«.²⁰

Auch für den Ausdruck *devoir de mémoire* gibt es weder im Englischen noch im Deutschen eine gängige Entsprechung. *Devoir* bezeichnet die »moralische Pflicht als solche und unabhängig von ihrem jeweiligen Bezug [sic!]« oder auch »das, was man tun muss; eine besondere moralische Verpflichtung, die das geltende Moralsystem, das Recht, die Sitten oder die Umstände uns auferlegen«. Was den Begriff des Gedächtnisses angeht, so finden wir neben der herkömmlichen Bedeutung als »Fähigkeit, vergangene Bewusstseinszustände und die damit verbundenen Assoziationen in der Erinnerung zu bewahren«, auch die »kollektive Fähigkeit zur Erinnerung«. *Devoir de mémoire* bezeichnet also gleichfalls eine höhere »moralische Verpflichtung«, die gegebenenfalls über die Ansichten oder Interessen der Gesellschaft hinweggeht, selbst wenn es sich um »kollektive Erinnerung« handelt. Wir Franzosen sehen uns also durch unseren Wortschatz dazu gedrängt, eine deutlich autoritäre Beziehung zur Vergangenheit und zum Gedächtnis zu unterhalten.

Im Unterschied dazu spricht man in Deutschland in diesem Zusammenhang von »Vergangenheitsbewältigung«, was man in Frankreich gewöhnlich mit »*assumer le passé*« übersetzt, und das heißt »(eine Situation oder einen psychischen Zustand und deren Folgen) bewusst annehmen oder akzeptieren«. Dieser Begriff ist semantisch reicher und impliziert eine stärker reflektierte, individuellere und weniger gelenkte Anstrengung, auch wenn man den Ausdruck in der Forschung durchaus vorsichtiger verwendet als in der breiten Öffentlichkeit, da er, zumindest untergründig, den kollektiven Wunsch verbirgt, einen Schlussstrich zu ziehen.²¹

Im Englischen sagt man gewöhnlich *dealing with the past*, das heißt, »mit der Vergangenheit umgehen«, »sich mit ihr beschäftigen«, »sich mit ihr auseinandersetzen«; oder auch *coming to terms with the past*, das heißt, die Vergangenheit »zu verstehen versuchen«, mit ihr »zurande zu kom-

men« oder sie »zu akzeptieren« – ein semantisches Spektrum, das der deutschen Bedeutung sehr viel näher kommt als der französischen.

Was entspricht dem nun in den mitteleuropäischen Ländern, die uns hier interessieren?²² Im Polnischen (wie übrigens auch im Ungarischen) gibt es keinen wirklich universellen Ausdruck, sondern drei oder vier Ausdrücke, die in gleichem Maße verwendet werden. So impliziert *rozrachunek z przeszloscia* eher das »Begleichen einer Rechnung«, *po-godzenie sie z przeszloscia* geht in Richtung »Anerkennung« und »Versöhnung«, während *rozprawienie sie z przeszloscia* an einen Kampf mit der Vergangenheit denken lässt. Wenn sich polnische Kollegen mit Franzosen über den Umgang mit der Vergangenheit unterhalten, fragt sich daher, wie sie sich verständigen. Sprechen sie über dieselbe Sache?

Ähnliches gilt für das Tschechische. Dort benutzt man den Ausdruck *vyrovnani se s minulosti*. Das Verb *vyrovnat se* (wörtlich: sich auf dieselbe Ebene stellen) bedeutet »einebnen«, »sich anpassen«, »abgelten«, »einlösen«, »sich fügen« oder auch »seine Rechnung begleichen«. Das instrumentale *s minulosti* (wörtlich: »mit der Vergangenheit«), verweist darauf, dass es sich um den Weg zur »Abgeltung« oder zur »Begleichung der Rechnung« handelt. Und der Imperfektiv (*vyrovnani se* im Unterschied zu *vyrovnati se*) impliziert den Gedanken der Dauer oder eines lange währenden Phänomens. Es geht also darum, sich entweder langsam, aber sicher seiner Vergangenheit zu stellen (wobei mitgedacht ist, dass der Betreffende Schuld auf sich geladen hat) oder eine Rechnung zu begleichen (was wiederum bedeutet, dass der Betreffende unschuldig und ein Opfer der Vergangenheit ist oder in der Vergangenheit Opfer war). Eine Entsprechung für *devoir de mémoire* gibt es im Tschechischen nicht (und dasselbe gilt für das Polnische).

Wir sehen also zum einen, dass der dirigistischen oder sogar autoritären Bedeutung des Ausdrucks *gestion du passé* – ganz abgesehen von *devoir de mémoire* – in diesen Ländern ein ganz anderes, viel nuancenreicheres Verständnis des postkommunistischen Phänomens und der Auseinandersetzung mit einer »schmerzhaften« Vergangenheit (auch dies ein sehr französischer Ausdruck) gegenübersteht und dass zum anderen der wissenschaftliche Kontext französischer Prägung zur Erforschung des Gedächtnisses aufruft, mit einem gewissen Hang zu Voluntarismus und politischem Aktivismus.²³ Zwar haben die französischen Studien über Mitteleuropa dank ihrer guten Kenntnis dieser vom französischen Kontext

so verschiedenen Region weitgehend der Versuchung widerstanden, sich den neuen Paradigmen zu unterwerfen, doch ganz konnten sie sich ihrem Einfluss nicht entziehen.

Die französischen Forscher und das postkommunistische Mitteleuropa

Weshalb sollte man auf dem winzigen Gebiet der auf Mitteleuropa bezogenen Studien untersuchen, was in den französischen Sozialwissenschaften zu einem Habitus zu werden droht? Weil diese Studien, so wenig Aufmerksamkeit sie in Frankreich auch finden mögen, dennoch einen wichtigen Beitrag zu diesem Forschungsgebiet darstellen. Die auf Mitteleuropa spezialisierten französischen Intellektuellen haben ein praktisches Wissen entwickelt, um das man bei der politikwissenschaftlichen und soziologischen Analyse des Kommunismus²⁴ und des Postkommunismus nicht herum kommt.²⁵ Zwar kann man bei den Studien über den Postkommunismus schon rein zahlenmäßig nicht von einer »französischen Schule« sprechen, doch die Arbeiten von Françoise Mayer, Jacques Rupnik und Georges Mink unterscheiden sich auf analytischer Ebene deutlich von der in der übrigen Welt anzutreffenden Forschung zu dieser Thematik. Obwohl diese Forscher ganz unterschiedliche Lebenswege hinter sich haben, lässt sich ein Teil ihrer Gemeinsamkeiten, wie ich meine, durchaus dem oben beschriebenen französischen Wissenschaftsfeld zuordnen.

Doch da ich mich wie diese drei Autoren selbst mit der Frage des Gedächtnisses im kommunistischen und postkommunistischen Mitteleuropa befasst habe, scheint es mir gerechtfertigt, mit einer kritischen Prüfung meiner eigenen Arbeiten zu beginnen. Tatsächlich konnte ich an meiner eigenen Tätigkeit feststellen, wie stark sich darin ganz unbewusst der sprachliche und wissenschaftliche Kontext Frankreichs niederschlägt. Jeder kann an sich selbst beobachten, dass er oder sie, ohne groß darüber nachzudenken, Ausdrücke benutzt, die weitaus problematischer sind, als sie auf den ersten Blick scheinen. So habe ich im Blick auf die postkommunistische tschechische Gesellschaft von »Amnesie« gesprochen, obwohl der deutsche Ausdruck »(be)schweigen«, der zur Kennzeichnung der deutschen Nachkriegsgesellschaft benutzt wurde und in seiner Bedeutung sehr viel feiner ist als der französische Ausdruck, hier eindeutig angebrachter wäre.²⁶ Im Jahr 2002 habe ich am CEFRES (Centre français de recherche en sciences sociales) in Prag eine Tagung über die Benes-Dekrete organi-

siert, auf der die Rede von *gestion du passé* oder »schmerzhaften Vergangenheiten« eine wichtige Rolle spielten, aber durch eine entsprechende Reflexion eigentlich hätten vertieft werden müssen,²⁷ wie es auch für meinen Beitrag zu einer Wiener Tagung gilt.²⁸ Und schließlich fühlte ich mich anlässlich einer Tagung verpflichtet, mich auf die Suche nach einem kollektiven Gedächtnis des Kommunismus in der Tschechischen Republik zu machen, obwohl meine früheren Arbeiten mir ausreichend hätten vor Augen führen können, dass es so etwas noch gar nicht gibt – zumindest bis heute.²⁹

Von einer kritischen Reflexion meiner eigenen Arbeit ausgehend, habe ich also versucht, dem Unbehagen Ausdruck zu verleihen, das ich in dieser intellektuellen Umgebung empfand. Vielleicht ist es ja so, dass die zahlreichen Kolloquien, Tagungen, Sammelwerke und Sondernummern von Zeitschriften zum kollektiven Gedächtnis, zum Umgang mit der Vergangenheit und anderen bi- oder multilateralen Versöhnungsbemühungen den Forscher dazu drängen, nach Lösungen für Probleme zu suchen, die möglicherweise gar nicht existieren oder zumindest auf andere Weise, nämlich aus der Perspektive der betroffenen Gesellschaften, betrachtet werden sollten. Im Folgenden möchte ich auf einige Ansätze eingehen, die mir problematisch erscheinen.

Françoise Mayer, Autorin des Buchs *Les Tchèques et leur communisme*, ist sicher die Forscherin, die im Westen am meisten über die Frage des kollektiven Gedächtnisses und des Umgangs mit der Vergangenheit in der Tschechischen Republik nachgedacht hat. Insbesondere zeigt sie, dass man den Kommunismus nach 1989 dort vor allem deshalb so nachdrücklich verurteilte, um ihn besser vergessen zu können und nichts mehr mit ihm zu tun haben zu müssen. Ihrer Ansicht nach verbündeten sich die Kommunisten 1989 mit ihren ehemaligen politischen Gefangenen, um die »unangenehme Frage nach der Verantwortung« zu umgehen.³⁰ »Der Wille zur ›Entkommunisierung‹«, so schreibt sie weiter, »ist eindeutig mit der Konstruktion eines demokratischen Image verbunden.«³¹

Mayer zeigt, dass diese *gestion du passé* eher die »Verwaltung eines Dissenses« als der »Ausdruck eines Konsenses« ist.³² Die Vergangenheit »wurde meist in Form von Verdächtigungen und Vorwürfen angesprochen«³³, die Abkehr vom Kommunismus war in Wirklichkeit nur sehr schwer zu bewerkstelligen. Und schließlich erscheint die ›Entkommunisierung‹ eher als »der Rahmen, in den alle erdenklichen Interpretationen

der Vergangenheit gestellt werden«, denn als »gemeinsames Gedächtnis des Kommunismus«.³⁴

Darum wirft Françoise Mayer den tschechischen Historikern vor, sie verfolgten nicht, wie es geboten wäre, das zivilgesellschaftliche Ziel der Schaffung eines kollektiven Gedächtnisses des Kommunismus. Und in der Tat weist sie den Historikern eine »Mission« zu: »Angesichts des Gewichts des politischen und juristischen Diskurses über die Vergangenheit, der individuellen und kollektiven Forderung nach Anerkennung besonderer Erfahrungen und angesichts eines beschränkten Zugangs zu den Archiven stößt die Mission der Zeitgeschichtler auf zahlreiche Hindernisse.«³⁵ Der angebliche »Respekt vor dem unausgesprochenen Gebot, sich keine richterlichen Funktionen anzumaßen«, sei eine »Vorsicht«, die die Historiker daran hindere, die »Kollaboration unter dem Kommunismus zum Gegenstand ihrer Erinnerungsarbeit« zu machen.³⁶ Und damit sind wir beim Kern des Problems: Ist die Arbeit des Historikers tatsächlich »Erinnerungsarbeit«?

In den Augen von Françoise Mayer sehr wohl. Für sie sind die Arbeit und die »Mission« des Historikers ein und dasselbe. Und sie zitiert Vilem Precan, den Gründer des Tschechischen Instituts für Zeitgeschichte (USD), der es für die Aufgabe des Historikers hält, »die Stimmungen zu regulieren, die zu einer Instrumentalisierung der Vergangenheit führen«: »Die Stimmungen regulieren heißt, sich außerhalb des polizeilichen oder gerichtlichen Diskurses über den Kommunismus zu stellen. [Precan] sieht die Mission des Historikers nicht im Aufspüren der Schuldigen, sondern in der Analyse der Verfehlung, die zu den Misserfolgen der Vergangenheit geführt hat.«³⁷ Aber gehört es nicht ganz wesentlich zum Metier des Historikers, außerhalb des polizeilichen oder richterlichen Diskurses zu bleiben? Und liegt die »Mission« des Wissenschaftlers tatsächlich in der »Analyse der Verfehlung«?³⁸

Es liegt auf der Hand, dass wir es hier nicht mehr mit einer Soziologie des Gedächtnisses, sondern einem Gedächtnisaktivismus zu tun haben, der dem Historiker eine etwas veraltete moralische und öffentliche Rolle zuweist. Die Autorin stößt sich auch an der Tatsache, dass die Forschungsarbeiten des Tschechischen Instituts für Zeitgeschichte keine weitere Verbreitung finden, denn so hätten sie »kaum Chancen, Einfluss auf den aktuellen öffentlichen Diskurs über die Vergangenheit zu nehmen«.³⁹ Und die Folge sei: »Zehn Jahre nach 1989 bedauern manche das Fehlen einer

Katharsis, die den schnellen Wandel der Kommunisten oder Marxisten von gestern zu Konservativen, Katholiken, Postmodernen, Dekonstruktivisten usw. hätte bewirken können.«⁴⁰ Offenbar gehört Françoise Mayer selbst zu denen, die »das Fehlen einer Katharsis« bedauern, wenn sie den Historiker Jan Kren paraphrasiert: »(...) wo das Recht die Wunden nicht zu heilen vermag, hat die Geschichtswissenschaft die Pflicht, die Erinnerung an die Unterdrückung und deren Opfer zu bewahren, indem sie die weißen Flecken der Vergangenheit aufklärt.«⁴¹

Jacques Rupnik merkt in diesem Zusammenhang an, dass die Historiker – oder zumindest einige von ihnen – nicht die Einzigen seien, die sich berufen fühlen, hinsichtlich der Vergangenheit eine Mission zu erfüllen. Dasselbe gelte für die gesetzgebende Instanz. Im tschechischen Fall scheint der Gesetzgeber seit dem im Juli 1993 verabschiedeten »Gesetz über die Illegalität des kommunistischen Regimes« davon überzeugt zu sein, dass es »die neue Aufgabe der politischen Volksvertretung sei, Gesetze über die Geschichte zu erlassen«.

Das hindert Rupnik allerdings nicht daran, seinerseits zumindest in einem gewissen Maße die Notwendigkeit einer Katharsis anzunehmen, und zwar im Blick auf die Besetzung der Tschechoslowakei am 21. August 1968: »Ein großer öffentlicher Prozess gegen die Mitverantwortlichen der Besetzung [die die ausländischen Truppen ins Land riefen] und gegen das repressive Regime, das unmittelbar danach entstand, könnte zur Katharsis beitragen und so auf symbolischer wie auch politischer Ebene das tiefe Bedürfnis nach Gerechtigkeit stillen, das nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes in der Gesellschaft aufkam.«⁴² Solch ein Bedürfnis nach Gerechtigkeit mag in einer bestimmten Generation durchaus bestehen, doch bei den Jüngeren dürfte es weniger eindeutig ausgeprägt sein. So haben verschiedene Untersuchungen gezeigt, dass die tschechische Jugend von heute fast nichts mehr über den Prager Frühling weiß.

In der Einleitung zu dem Sammelwerk *Post-communisme: les sciences sociales à l'épreuve* geht Georges Mink gleichfalls auf das Problem der Auseinandersetzung mit einer schmerzhaften Vergangenheit ein. Soziologie und Politikwissenschaft bereiten ihm hier keine Sorgen, wohl aber die Geschichtswissenschaft: »Die Arbeit der Historiker wird hier in ihrer Autonomie in Frage gestellt. Der Einbruch der ›traumatischen‹ Erinnerung führt zur Entwicklung diverser Erinnerungsstrategien innerhalb des öffentlichen Raums. Das ist eine Herausforderung für alle, und den Histo-

rikern fällt es schwer, ihr Monopol zu bewahren. Zu einer ähnlichen Erscheinung kommt es auch außerhalb des postkommunistischen Raums. Alle ›Zeitgeschichtler‹ sind betroffen und zeigen dieselbe Besorgnis.«⁴³

Georges Mink verweist auf einige historische Beispiele wie die Massaker von Katyn und Jedwabne, die Vertreibung der Sudetendeutschen oder den Gulag und meint: »Das sind nicht nur Episoden einer ›Vergangenheit, die nicht vergeht‹, sondern auch Herausforderungen an den Beruf des Historikers. Aufklärung der historischen Wahrheit, aber zu welchem Zweck? Soll man sich den vielfältigen außerwissenschaftlichen Gebrauchsweisen der Vergangenheit anpassen, oder soll man sie im Namen akademischer Vorsicht unterbinden?«

Deutlicher kann man das fragile Verhältnis zwischen dem Begriff des Gedächtnisses, der Rolle des Historikers, den Medien, den Lebensgeschichten und der politischen Geschichte nicht zum Ausdruck bringen. Wo endet die Rolle des Wissenschaftlers, und wo beginnt die des Politikers oder Diplomaten? Sind der Brückenschlag zwischen Politik und Wissenschaft, der Versuch, Völker einander näher zu bringen oder gar zu einer Gewissenserforschung zu bewegen, nicht zutiefst normative Aufgaben? Und läuft man, ungeachtet der gewiss anrührenden menschlichen Seite, nicht Gefahr, seine wissenschaftliche Einstellung preiszugeben, um Ergebnisse zu erzielen, die man besser »verkaufen« kann?

Mir scheint, die Historiker sehen sich hier mit einer Aufgabe konfrontiert, die eigentlich nicht die ihre ist, sondern die der Politik und der Medien. In Wirklichkeit stellen die zahllosen geschäftigen Aktivitäten um die »schmerzhaften Vergangenheiten« des letzten Jahrhunderts nicht unbedingt eine Störung der Arbeit der Historiker oder gar Bedrohung seiner Autonomie dar, sondern bilden im Gegenteil ein ideales Arbeitsfeld. Dass Journalisten, Politiker und Gerichte sich einmischen, sollten die Historiker nicht als Grund zur Besorgnis empfinden, sondern als Rohstoff für ihre Beobachtung begreifen.

Außerdem sind Erinnerungsstrategien hinsichtlich »schmerzhaftes Vergangenheiten« nicht erst mit dem Sturz des Kommunismus aufgekommen. So wurden in der Tschechoslowakei der 50er und 60er Jahre konkurrierende Erinnerungsstrategien entwickelt, um bestimmte Interpretationen der Zeitgeschichte (in diesem Fall der Zeit von 1945 bis 1956) durchzusetzen.⁴⁴

Und schließlich wäre es – darin folge ich Georges Mink – sicher eine Illusion, wenn die Historiker (oder wer auch immer) glaubten, ein Mono-

pol auf den historischen Diskurs beanspruchen zu können. Das wäre schon deshalb unangemessen, weil das Interessante hier gerade die Erforschung des (von Historikern und Nichthistorikern geführten) Diskurses über die Geschichte ist, und erst recht weil der historische Diskurs der Historiker über die Zeit des Kommunismus und insbesondere die 50er Jahre unterentwickelt ist, denn über dieses Thema haben bisher hauptsächlich Journalisten, Politiker, Politikwissenschaftler und Intellektuelle geschrieben. Und schließlich wäre es unangemessen, weil man fragen muss, wie sich denn ein Historiker, der sich in seiner Arbeit an wissenschaftliche Regeln zu halten hat, durch die hemdsärmelige Instrumentalisierung des historischen Diskurses bedroht fühlen kann.

Folglich stellt eine »Vergangenheit, die nicht vergeht«, die Arbeit des Zeitgeschichtlers keineswegs in Frage, sondern bildet sogar deren *raison d'être*. Es kann keine Mission geben, die darin bestünde, die »historische Wahrheit« »festzustellen« oder »wiederherzustellen«. Ebenso wenig darf die Bestimmung der »Arbeit des Historikers« von der Sakralisierung des Gedächtnisses in unserer Gesellschaft ausgehen. Dessen Allgegenwart scheint inzwischen ein Problem für uns alle geworden zu sein. Gewiss, was Pierre Nora als »neue Ökonomie des Gedächtnisses« bezeichnet, nimmt den Historikern das Monopol auf die Interpretation der Vergangenheit, das sie traditionell innehatten: »In einer Welt, in der es eine einzige *kollektive Geschichte* und viele *individuelle Gedächtnisse* gab, kam ihm [dem Historiker, M.B.] eine Art exklusive Kontrolle über die Vergangenheit zu«. ⁴⁵

Die Folge ist nicht notwendig eine Desorientierung, sondern eine »Pflicht zur Geschichte« (Pierre Nora) im Gegensatz zu der inzwischen gleichsam heiligen »Pflicht zur Erinnerung«. Mit anderen Worten, der Historiker hat keine andere moralische Verpflichtung, als seine Arbeit zu tun und nichts als seine Arbeit (aber die ganze Arbeit).

Entgegen den Schlussfolgerungen, die man aus den Texten von Françoise Mayer, Jacques Rupnik und Georges Mink, aber auch aus meinen eigenen Texten ziehen könnte, ist es nicht die Sache des Historikers, ein kollektives Gedächtnis des Kommunismus oder auch nur die Bedingungen für eine kollektive Katharsis zu schaffen. Unser französisches Modell ist erfolgreich darin gewesen, die Katharsis zentral und politisch zu lenken. Das beste Beispiel ist vielleicht das Bild, das François Mitterrand und Helmut Kohl Hand in Hand auf dem Schlachtfeld von Verdun zeigt. Wir

sind begeistert von der Schaffung unseres eigenen kollektiven Gedächtnisses, unserer eigenen Katharsis im Blick auf den Zweiten Weltkrieg und die deutsch-französischen Beziehungen, und da wir erlebt haben, welchen Nutzen dies für unsere Gesellschaft hat und welche Inspiration der Übergang vom Gedächtnis zur Geschichte für die Sozialwissenschaften bedeutet, neigen wir Franzosen (und in gewissem Maße der ganze Westen) vielleicht zu sehr zu dem Wunsch, dieser Erfolg möge sich auch in den ehemals kommunistischen Ländern wiederholen, und das möglichst schnell.

Doch die Nachkriegserfahrung der westlichen Gesellschaften vermag nur begrenzten Einfluss auf die postkommunistischen Gesellschaften auszuüben. Wie das Beispiel Ostdeutschlands zeigt, sind diese Länder nicht in der Lage, die Entwicklung beliebig zu beschleunigen. Das wirkliche Problem ist nicht die Rolle oder »Mission« der Historiker, sondern es hängt vielmehr mit der Tatsache zusammen, dass sich dieses kollektive Gedächtnis nicht einstellt und die Katharsis ausbleibt. Ich meine daher, wir sollten der Versuchung widerstehen, an die Stelle einer Erforschung der kommunistischen Vergangenheit überhastet eine Reflexion über das Gedächtnis der postkommunistischen Gesellschaft zu setzen, zumal es fragwürdig erscheint, von der Gesellschaft abzusehen und sich einzig auf das Gedächtnis der politischen oder geschichtswissenschaftlichen Eliten zu stützen, also vom Leben der Menschen und ihrer Erinnerung zu abstrahieren.

Wie Françoise Mayer zu Recht bemerkt, hätte nach einer »Bekehrung« alles gegen die tschechischen Kommunisten sprechen müssen, aber in Wirklichkeit gibt es sie heute noch, sie florieren sogar.⁴⁶ Die Theorie des Übergangs von der kommunistischen zur postkommunistischen Gesellschaft hat die soziale Dimension und die Frage, welches Ansehen die Kommunisten in der tschechischen Gesellschaft noch immer genießen, vollkommen außer Acht gelassen. Jacques Rupnik bringt diesen Sachverhalt ganz intuitiv zum Ausdruck, wenn er sagt: »Die Unterstützung und Loyalität, auf die eine nichtreformierte KSCM (Komunistická strana Čech a Moravy) auch weiterhin zählen kann, wirft die beunruhigende Frage nach den Verbindungen zwischen der tschechischen Gesellschaft und der kommunistischen Vergangenheit auf.«⁴⁷ Der letzte Chef der tschechoslowakischen Staatssicherheit, Alojz Lorenc, stellte fest: »Nicht selten findet man in ein und derselben Familie einen Populisten, einen Demokraten, einen Priester und einen ehemaligen, gegenwärtigen oder zukünftigen

Kommunisten. Und dies gelegentlich sogar in einer einzigen Person vereint.«⁴⁸ Das illustriert gut die eigentliche Frage, angesichts deren man nur fordern kann, dass die Sozialgeschichte des Kommunismus besser erforscht wird.

Schluss

Bis in die 1990er Jahre hinein schrieb man im Westen Geschichte auf der Grundlage des Gedächtnisses, aber gelegentlich auch dagegen. »Die Geschichte umschrieb den Bereich des Kollektivs, das Gedächtnis den des Einzelnen. Die Geschichte war die *eine* Geschichte, das Gedächtnis per definitionem vielfältig, weil dem Wesen nach individuell.«⁴⁹

Heute erfordert die Idee eines »emanzipatorischen und sakralisierten« kollektiven Gedächtnisses, die Ende des 20. Jahrhunderts aus dem oben beschriebenen Kontext entstand, eine völlige Umkehr: »Hatten die Individuen bislang ihr Gedächtnis und die Gemeinschaften ihre Geschichte, so setzt der Gedanke, dass es die Gemeinschaften wären, die ein Gedächtnis haben, ein grundlegendes Umdenken in bezug auf den Ort der Individuen in der Gesellschaft und ihre Beziehung zum Kollektiv voraus.« Was wir erleben, ist die »Metamorphose eines *historischen* Selbstbewusstseins in ein *soziales* Bewusstsein«.⁵⁰

Genau dieses für Frankreich und viele andere Länder fundamentale Phänomen könnte sich als Irrweg für die Erforschung eines so andersartigen Terrains erweisen, wie es das postkommunistische Mitteleuropa darstellt. Dass seit einiger Zeit ein »rapide sich intensivierender Gebrauch von der Vergangenheit gemacht wird«⁵¹, vermag in der Tat keinen Ausgleich für den grundlegenden Mangel an geschichtswissenschaftlichen Arbeiten zur kommunistischen Zeit zu bieten. Denn das, wonach die westlichen Soziologen sich in Mitteleuropa auf die Suche gemacht haben, ist nichts anderes als die Geschichte. Doch wie Maurice Halbwachs gesagt hat, lässt sich Geschichte nicht ohne eine zunehmende Auslöschung des Gedächtnisses schreiben, das heißt, nicht ohne einen Generationswechsel. »Ob man Gedächtnis nun als Wirkung der Gegenwart oder als Wirkung der Vergangenheit definiert«, schreibt Marie-Claude Lavabre, »es lässt sich nicht dekretieren, ebenso wenig wie das Vergessen.«⁵² Mit anderen Worten, der Soziologe kann nicht ohne den Historiker arbeiten und der Historiker nicht ohne eine gewisse Distanz. Wenn man die einzelnen Schritte in

der richtigen Reihenfolge unternimmt, wird diese Gemeinschaftsarbeit ganz sicher Früchte tragen.

Aus dem Französischen von Michael Bischoff

Anmerkungen

- 1 Ich danke Astrid Swenson und Morgane Labbé (EHESS) für ihre erhellenden Kommentare und Überlegungen zu diesem Artikel.
- 2 Maurice Halbwachs, *Les cadres sociaux de la mémoire*, Paris 1925, S. 7; Dt.: *Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen*, Berlin 1966. Vgl. auch sein zweites großes Werk zu diesem Thema: *La mémoire collective*, Paris 1950; Dt.: *Das kollektive Gedächtnis*, Stuttgart 1967.
- 3 Robert Paxton, *Vichy France: Old Guard and New Order 1940-1944*, New York 1972.
- 4 Vgl. Stanley Hoffmann, »Les études sur Vichy en France: avant et après Paxton«, in: *La France sous Vichy autour de Robert O. Paxton*, Brüssel 2004, S. 68.
- 5 Vgl. Marie-Claire Lavabre, *Pour une sociologie de la mémoire collective*, www.cnrs.fr/cw/fr/pres/compress/memoire/lavabre.htm.
- 6 Henry Rousso, *Le Syndrome de Vichy de 1944 à nos jours*, Paris 1987; Henry Rousso und Eric Conan, *Vichy: un passé qui ne passe pas*, Paris 1994.
- 7 Pieter Lagrou, »De l'actualité de l'histoire du temps présent«, in: *Bulletin de l'IHTP*, Nr. 75, Juni 2000. Vgl. <http://www.ihtp.cnrs.fr>.
- 8 Vgl. Suzanne Trimel, »Vichy's France to Be Reexamined at Conference Honoring Robert Paxton«, in: *Columbia University News*, Bd. 23, Nr. 4, September 1997.
- 9 Vgl. Hue-Tam Ho Tai, »Remembered Realms: Pierre Nora and French National Memory«, in: *The Journal of American History*, Bd. 106, Nr. 3, Juni 2001, S. 906.
- 10 Vgl. Pierre Nora, »Gedächtniskonjunktur«, in: *Transit* 22, 2002, S. 18-31, hier S. 18.
- 11 Marie-Claire Lavabre, *Le fil rouge Sociologie de la mémoire communiste*, Paris 1994.
- 12 Pierre Nora, »Gedächtniskonjunktur«, a.a.O., S. 26.
- 13 Der Ausdruck »sociologue-avocat« (der Soziologe als Anwalt) stammt von Pierre Grémion. Vgl. seinen Aufsatz »De Pierre Bourdieu à Bourdieu«, in: *Études* 402/1, 2005, S. 39-53.
- 14 Ebd., S. 51.
- 15 Pierre Bourdieu, *La misère du monde*, Paris 1993; Dt.: *Das Elend der Welt: Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*, Konstanz 1997; *Contrefeux*, Paris 1998; Dt.: *Gegenfeuer: Wortmeldung im Dienste des Widerstands gegen die neo-liberale Vision*, Konstanz 1998.
- 16 Pierre Grémion, »De Pierre Bourdieu à Bourdieu«, a.a.O., S. 52.
- 17 Ebd.
- 18 Ebd., S. 53.
- 19 Vgl. Stéphane Dufoix, *Politiques d'exil. Hongrois, Polonais et Tchécoslovaques en France après 1945*, Paris 2002.
- 20 Zu den postkommunistischen Staaten in Mitteleuropa vgl. z.B. die Konferenz mit dem aufschlussreichen Titel *L'Europe face à ses «passés douloureux»: exemples historiques et mécanismes de gestion*, die das CEFRES am 12. und 13. Dezember 2003 in Prag veranstaltete. Unter den Beiträgen vgl. z.B. Sylvie Thénault, »France-Algérie: mémoires du passé conjuguées au présent«; Odette Martinez-Maler, »Espagne: formes et usages des retours de la mémoire des vaincus«; Valérie Rosoux, »Mémoires et politique étrangère: contrainte ou instrument?«; Hubert Védrine, »Quelques réflexions sur la gouvernance européenne et la gestion des passés douloureux«; sowie das Podiumsgespräch »Europe de demain et gestion des passés doulou-

- reux«, an dem ich mich mit einem Beitrag zum Thema »Qu'est-ce que la gestion du passé pour une société?« beteiligt habe.
- 21 Vgl. den berühmten Vortrag von Theodor W. Adorno, »Was bedeutet Aufarbeitung der Vergangenheit?«, in ders., *Eingriffe. Neun kritische Modelle*, Frankfurt am Main 1962, in dem der Autor die beiden wichtigsten, in den 50er Jahren benutzten Ausdrücke »Aufarbeitung der Vergangenheit« und »Vergangenheitsbewältigung« und deren psychologische Konnotationen einer Sprachkritik unterzieht.
 - 22 Also die Tschechische Republik, die Slowakei, Polen und Ungarn, nicht aber Deutschland (wo das Problem sich wegen der Koexistenz zweier deutscher Staaten komplizierter darstellt).
 - 23 Auch wenn wir uns hier nur mit Frankreich befassen, geht die Problemstellung doch weit über Frankreich hinaus. Zu einer ähnlichen Fragestellung im deutschen Kontext siehe Stefan Troebst, »Was für ein Teppich?« Kommunistische Erinnerungskulturen in Ost(mittel)europa«, in: Volkhard Knigge und Ulrich Mählert (Hg.), *Der Kommunismus im Museum. Formen der Auseinandersetzung in Deutschland und Ostmitteleuropa*, Köln, Weimar, Wien 2005.
 - 24 Vgl. die Arbeiten von Pierre Grémion, Krzysztof Pomian, Jacques Rupnik, Georges Mink, Pierre Hassner, Pierre Kende, Zdenek Strmiska, Nicolas Werth und anderen.
 - 25 Vgl. den inzwischen klassischen Aufsatz von Michel Dobry, »Les voies incertaines de la transitologie«, in: *Revue française de science politique*, Nr. 4-5, August-September 2000, S. 585-614; sowie u.a. die Arbeiten von Françoise Mayer, Georges Mink und Jean-Charles Szurek. Zu erwähnen ist auch die bedeutende Rolle, die der EHESS (Paris) mit ihren in Mitteleuropa veranstalteten sozialwissenschaftlichen Workshops und ihren in Paris abgehaltenen Seminaren zu Mitteleuropa zukommt, wie auch Institutionen wie dem CEFRES in Prag und dem *Centre Marc Bloch* in Berlin.
 - 26 Darauf hat mich Catherine Perron, »Discussion de l'axe 3, ›Le passé du présent, les usages du passé‹«, in einer internen (am 4.-5. Februar 2005 von Sandrine Kott und Martine Mespoulet organisierten) Arbeitsgruppe *La transition post-communiste dans l'histoire* hingewiesen.
 - 27 Vgl. Muriel Blaive und Georges Mink (Hg.), *Benesovy dekrety Budoucnost Evropy a vyrovnávání se s minulosti*, Prag 2003.
 - 28 Vgl. Muriel Blaive, »The Czechs and their Communism, Past and Present«, in: Junior Visiting Fellows' Conferences Vol. XVII/1: *Inquiries into Past and Present*, Wien 2005 (www.iwm.at)
 - 29 Vgl. den interessanten Vorschlag Nicolas Maslowskis (gleichfalls ein französischer Soziologe) für den Begriff eines »personalisierten kollektiven Gedächtnisses«, in dem nach Art des von Pierre Hassner stammenden Ausspruchs »Der Totalitarismus bin ich« jeder seine eigene Sicht eines kollektiven Gedächtnisses des Kommunismus hätte, jedenfalls solange es keine tiefer reichende (u.a. durch Schulbücher vermittelte) Sozialisation in ein offizielles Gedächtnis gibt. Vgl. seinen Vortrag im Rahmen des am 12. September 2004 an der Central European University in Budapest veranstalteten Seminars *Poids de l'histoire et jeux d'interprétation dans les sociétés d'Europe centrale du XXème siècle*.
 - 30 Françoise Mayer, *Les Tchèques et leur communisme*, Paris 2003, S. 55.
 - 31 Ebd., S. 71.
 - 32 Ebd., S.16.
 - 33 Ebd., S. 12.
 - 34 Ebd., S. 73.
 - 35 Ebd., S. 249.
 - 36 Ebd., S. 213.
 - 37 Ebd., S. 252.
 - 38 Allerdings muss ich zugeben, dass auch ich mich in meiner langjährigen kritischen Auseinandersetzung mit den historischen Diskursen über den tschechischen Kommunismus *volens volens* recht oft dieses Paradigmas bedient habe. Vgl. Muriel Blaive, *Une déstalinisation manquée. Tchécoslovaquie 1956*, Brüssel 2005.
 - 39 Françoise Mayer, *Les Tchèques et leur communisme*, a.a.O., S. 253.
 - 40 Ebd., S. 254.

- 41 Ebd., S. 244.
- 42 Jacques Rupnik, »Politika vyrovnani s komunistickou minulosti«, in: *Soudobé dějiny*, 1/2002, S. 19. Vgl. Tr@nsit-online, Nr. 22, 2002.
- 43 Georges Mink, »Les sciences sociales à l'épreuve de la Grande Transformation post-communiste«, in: Maxime Forest und Georges Mink (Hg.), *Post-communisme: les sciences sociales à l'épreuve*, Prag 2003, S. 17.
- 44 Vgl. Muriel Blaive, *Une déstalinisation manquée. Tchécoslovaquie 1956*, a.a.O.
- 45 Pierre Nora, »Gedächtniskonjunktur«, a.a.O., S. 30.
- 46 Françoise Mayer, *Les Tchèques et leur communisme*, a.a.O., S. 75f.
- 47 Jacques Rudnik, »Politika vyrovnani s komunistickou minulosti«, a.a.O., S. 19.
- 48 Françoise Mayer, *Les Tchèques et leur communisme*, a.a.O., S. 123.
- 49 Pierre Nora, »Gedächtniskonjunktur«, a.a.O., S. 26.
- 50 Ebd., S. 27.
- 51 Ebd., S. 30.
- 52 Marie-Claire Lavabre, *Pour une sociologie de la mémoire collective*, a.a.O.



Besuchen Sie uns im Netz
www.iwm.at

Alain Guéry
 ERINNERUNGSPOLITIK
 UND PFLICHT ZUR GESCHICHTE

Gedächtnis und Geschichte

Alle Richter und Ermittlungsbeamten wissen es: die Zeugnisse für die von ihnen behandelten Fälle sind schwer zu verifizieren. Die zur Last gelegten Sachverhalte werden auf der Grundlage von Erinnerungen ermittelt, die mit anderen Indizien zur Deckung gebracht werden müssen. Das Einzige, was diese Elemente miteinander verbindet, ist die gemeinsame Sprache der Dinge und Gesten, die uns im Alltagsleben umgeben. Die protokollierten Erinnerungen geben jedoch oft mehr über das Bildungsniveau und die soziale Stellung ihrer Urheber Auskunft als über die Sachverhalte selbst. Die Beschreibungen vermischen sich bereits mit Interpretationen. Es ist also schwierig, am Ende zu einem unbezweifelbaren Sachverhalt zu kommen, der ein gerechtes Urteil gestattet. Ersetzen wir das Wort *Urteil* durch den Begriff des *Verstehens* oder des *Erklärens* (je nach der Denkschule, der wir angehören) und die lebendigen Zeugen durch die dokumentarischen Spuren, die unsere Vorfahren hinterließen, dann haben wir die Verlegenheiten des Richters oder Ermittlers auf den Historiker transponiert. Gedächtnis (*mémoire*), schriftlich niedergelegte Erinnerungen (*mémoires*) und Geschichte sind Arten und Weisen, von der Welt Zeugnis abzulegen, indem man auf die Vergangenheit rekurriert – allerdings auf je ganz unterschiedliche Weise.

Dennoch ist seit einiger Zeit die Tendenz zu beobachten, diese Begriffe zu vermengen, nämlich von *Erinnerungen* (*mémoires*) oder gar von *Gedächtnis* (*mémoire*) zu sprechen, wenn es sich um *Geschichte* handelt, und umgekehrt. Das wird zu einer vollends missbräuchlichen Verwendungsweise, wenn auf französischen Buchtiteln der Begriff der Erinnerung bzw. des Gedächtnisses mit dem Namen eines Landes, eines Kontinents oder mit einer großen Kulturleistung, einer Religion oder einer Zivilisation verknüpft wird. Was sollen denn all die *Mémoire(s) de...*, die *Erinnerungen Amerikas*, *Erinnerungen Europas*, das *Gedächtnis des Islam*, all die natio-

nalen Gedächtnisse oder Erinnerungen sein, deren Akkumulation niemals eine Geschichte ergeben wird? Selbst und vielleicht gerade wenn ein Historiker der Autor bzw. Kompilator solcher Erinnerungen ist oder sich zum Transkriptor eines »Gedächtnisses« macht: Wie und in wessen Namen kann er behaupten, den Gang der Ereignisse nachzuzeichnen, die Abfolge der Fakten zu rekonstruieren, sie zu interpretieren, wenn er sich dabei von den Regeln seines Faches verabschiedet? Sind nicht der metaphorische Gebrauch des Wortes »Gedächtnis«, das ungehemmte Wuchern von Erinnerungen aller Art und über alle möglichen Themen nur Mittel, eine Geschichte, die man allererst konstruieren müsste, zu verdunkeln, indem man sich gleichsam ein Vorkaufsrecht anmaßt auf das, was von der Vergangenheit behalten und wie es interpretiert werden soll?

Gedächtnis und Geschichte sollten sich keine Konkurrenz machen. Sie arbeiten weder auf derselben Ebene noch auf demselben Niveau, obwohl sie miteinander verbunden sind und letztere von ersterem abhängt. Die persönlichen Erinnerungen (*souvenirs*), die die Akteure eines Ereignisses auf die eine oder andere Art niedergelegt haben, stehen nämlich am Ursprung der Arbeit der Geschichtsschreibung. Mit Hilfe welcher Träger oder Formen die Erinnerungen auch immer aufgezeichnet werden, sie werden zu dokumentarischen Quellen der Historiker. Alle Historiker schöpfen aus diesen Quellen je nach dem Thema, das sie sich stellen, und je nachdem, wie sie es eingrenzen – was die große Frage des Kontexts aufwirft. Das Interesse an Erinnerungen und ihre Bedeutung wird nämlich nicht von der Form bestimmt, die diese bei ihrer Transkription in Texte, Bilder und Werke angenommen haben. Wenn die Historiker bis heute handschriftliche Archive bevorzugen, so deshalb, weil sie hier im Unterschied zu veröffentlichten und zumindest eine gewisse Zeit lang kursierenden Memoiren und Erinnerungen häufig auf noch unbekannte Dokumentationen stoßen. Auf beide jedoch wenden sie die Quellenkritik an, die es gestattet, das Material auf seine Vertrauenswürdigkeit hin zu prüfen, wobei diese Kritik sowohl der Form als auch dem Inhalt der Quelle gilt und beide miteinander in Beziehung setzt. Allzu gern nämlich hielt man das Archivadokument für eine Widerspiegelung der Wahrheit, für ein *factum brutum*.

Das Archiv schließt jedoch genauso wenig wie die jeweiligen Erinnerungen der historischen Akteure Manipulationen aus. Vor allem aber sind beide das Ergebnis einer Arbeit des Gedächtnisses. Ob die Autoren die

persönliche Erinnerung an ihre Erlebnisse nun »für die Geschichte«, für ihre Nächsten oder für sich selbst niedergelegt haben, sie versetzen sich zunächst einmal in die Zeit *ihres* Gedächtnisses. Ebendieses Gedächtnis bevorzugen die Historiker und hoffen, es mithilfe der Quellenkritik von seinen zufälligen oder absichtlichen Verlängerungen im Gedächtnis der Nachkommen zu unterscheiden, dessen Teil sie in Wirklichkeit selbst sind, und sei es nur aufgrund des Interesses, das sie diesen zu Zeugnissen der Vergangenheit gewordenen Erinnerungen entgegenbringen.

Bis zu einem bestimmten Punkt kann man zwischen dem Gedächtnis und der Geschichte in der Tat eine Parallele ziehen. Beide gehen von einer Bewahrung der Vergangenheit, einem Wiedererscheinen aus, das keine einfache Reproduktion, sondern eine Repräsentation und eine (An-)Erkenntnis jener Vergangenheit als solcher ist – im Falle des Gedächtnisses bezüglich der Person, im Falle der Geschichte bezüglich der Gesellschaft. Doch die in Schriften niedergelegten Erinnerungen (*mémoires*) der Akteure der Vergangenheit, die in den Depots der Archive und Bibliotheken vor dem Vergessen bewahrt werden, durchbrechen diese Parallele. Sie funktionieren zwar wie das Gedächtnis und die Geschichte, führen aber einen Mittelbegriff ein, nämlich den des Zeugnisses. Die meisten persönlichen Erinnerungen (*souvenirs*) sind mit Emotionen verbunden, die von den großen Momenten des persönlichen oder sozialen Lebens ausgelöst werden. Die Einschreibung dieser Erinnerungen in eine über die menschliche Lebensspanne hinausgehende Dauer geschieht über ihre Transkription in einen Text. Was aber die Aufzeichner von Erinnerungen (*mémorialistes*)¹ zum Schreiben anregt, beruht auf der Bedeutung, die sie dem am Ursprung ihrer Erinnerungen stehenden Ereignis beimessen, sowie auf dem Bedürfnis, es ausgehend von diesen Erinnerungen zu verstehen. Jeder *mémorialiste* denkt, mehr oder weniger, an die Geschichte.

Der Historiker jedoch stellt dessen Zeugnis mit anderen zusammen, um demselben ursprünglichen Ereignis einen historischen Sinn zu geben, das heißt die Kraft eines markanten Faktums innerhalb einer Geschichte, die sein eigenes Leben wie das der Zeugen übersteigt und eine ganze Gruppe betrifft. Auf dem Weg von der persönlichen Erinnerung zu ihrer Niederschrift, und von dieser zur Geschichte verwandelt sich die ursprüngliche Emotion; Pein und Zorn werden besänftigt, während das Verstehen dessen, was am Ursprung des Ganzen steht, nach der Verwandlung des Ereignisses in ein historisches Faktum wächst, ja sogar erst in Erscheinung

tritt, indem dieses Ereignis in eine längere Reihe eingefügt wird, eine Dauer, die das Leben der einzelnen Menschen übersteigt und eine ganze Gruppe, ein ganzes Volk betrifft. Darüber hinaus hoffen die Historiker, durch den Vergleich historischer Erfahrungen die Bewegung menschlicher Gesellschaften zu verstehen und verständlich zu machen, sowohl hinsichtlich dessen, was ihnen gemeinsam ist, als auch dessen, worin sie sich unterscheiden, hinsichtlich der langen Entwicklungen wie der schroffen Brüche, und schließlich sowohl in Bezug auf das, was sie von den anderen entlehnen, als auch auf das, was sie verschmähen.

Regression in die Erinnerung

Es gibt also etwas, das dem Gedächtnis, den niedergelegten Erinnerungen und der Geschichte gemeinsam ist, nämlich die Art und Weise wie sie die Vergangenheit befragen und rekonstruieren. Allerdings hört die Nähe hier bereits auf. Die Arbeit an der Vergangenheit vollzieht sich bei jedem Menschen gemäß den Problemen und Notwendigkeiten seines alltäglichen Lebens. Bisweilen drängt die Vergangenheit sich bis zur Obsession auf, zu anderen Zeiten versucht der Erinnernde, aus ihr Lehren zu ziehen. Das Gedächtnis ist die Grundlage der Innenschau, die durch es genährt, aber auch auf Interpretationen beschränkt wird, die trügerisch sein können. Die Psychoanalyse ist bestrebt, die Obsessionen zu reduzieren und die Interpretationsfehler zu korrigieren, indem sie sich einer ganz anderen Arbeit des Gedächtnisses bedient.

Auch der *mémorialiste* knüpft die von ihm aufgezeichneten Erinnerungen an sein Gedächtnis, trifft dabei aber eine Auswahl auf der Grundlage von Ereignissen oder Problemen, die er zwar selbst erlebt hat, die jedoch die anderen Menschen ebenso betreffen wie ihn. Diese Erinnerungen rekonstruieren eine gemeinsame erinnerte Vergangenheit, die gerne als »die Erinnerung« eines bestimmten Ereignisses oder geschichtlichen Phänomens bezeichnet wird, weil dieser Ausdruck einer erlebten Geschichte besser Rechnung zu tragen scheint. Dieser Fehlschluss findet sich bei den empiristischen Historikern, die als Anhänger einer populistischen *common sense*-Philosophie denken, die dokumentarischen Quellen »sprächen« von selbst, sie müssten nur in eine heute verständliche Erzählung eingebettet werden. Die gegenwärtige Welle von »Erinnerungen« und Memoiren wird von einem Rückfall in diese Art von Historie begleitet. Bisweilen versteckt

sie sich sogar hinter dem Wort »Erinnerung«. In Wirklichkeit jedoch verhält Erinnerung sich zur Geschichte wie der von so vielen europäischen Politikern unserer Zeit zur Schau gestellte Pragmatismus zur Politik: Was wir beobachten, ist ein Rückschritt, im ersten Falle gegenüber einer methodologisch ambitionierteren, sowohl die Fragen als auch die Ergebnisse der anderen Sozialwissenschaften integrierenden Historie, im anderen Falle gegenüber den großen Prinzipien, die die Grundlagen der politischen Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit bilden. Muss man die Gleichzeitigkeit dieser beiden Entwicklungen noch eigens betonen?

Die Geschichte, sowohl die von uns erlebte als auch die von den Historikern verfasste, ist keine einfache Akkumulation von Erinnerung. Die Erinnerungsarbeit (*travail de mémoire*) – ob sie sich nun schriftlich niederschlägt oder nicht – vollzieht sich nach Maßgabe der Probleme derer, die sich ihr widmen, gemäß ihren Prinzipien und gemäß dem Begriff, den sie sich von ihrer Vergangenheit wie von ihrer Zukunft machen. Der Historiker schließlich stellt der Vergangenheit Fragen, die ihre Akteure sich nie gestellt haben, weil es die Fragen seiner und nicht die ihrer Zeit sind. Falls er dennoch versuchen sollte, das Funktionieren einer Gesellschaft gemäß den Regeln und Prinzipien darzustellen, die sie selbst sich gegeben hatte, so wird ihm das nur ausgehend von Hypothesen und methodologischen Zugangsweisen gelingen, die der heutigen Zeit angehören. Letztendlich interessiert sich der Historiker für die Vergangenheit, um die Fragen seiner eigenen Zeit besser beantworten zu können. Sein Metier besteht nicht darin, die Vergangenheit »zu neuem Leben zu erwecken«, ein Vorhaben, das er gerne den Autoren historischer Romane überlässt (die übrigens die einzigen Romane sind, die keinerlei Wahrheit zutage fördern, weder die des Romans noch die der Geschichte). Die Arbeit des Historikers entspricht in nichts der Erinnerungsarbeit eines Volkes, einer Gesellschaft, zumindest sollte sie es nicht; allzu oft ist der an die Geschichte gebundene nationale Rahmen mit dieser Rolle vermischt worden, so dass man in Frankreich in dieser Hinsicht von einer Gedächtnisgeschichte sprechen konnte. Und es stimmt auch, dass die Geschichte aufgrund der Tatsache, dass sie so gut wie überall in Europa von Kindheit an gelehrt wird, ihrerseits zu einem Gedächtnis geworden ist. Sie war an der Schaffung nationaler Gefühle beteiligt, die umso stärker waren, je rigoroser sie eingeflößt wurden. Das »reiche Vermächtnis an Erinnerungen«, das Ernest Renan zum Garanten eines die Nation ausmachenden »Wunsches zum

Zusammenleben« erklärt hatte², kann nur mit Hilfe der Geschichte vermittelt werden, die durch die wissenschaftliche Form, die sie diesen Erinnerungen verleiht, ihrerseits zum Garanten der Existenz eines kollektiven Gedächtnisses wird.

»Kollektives Gedächtnis« und politische Geschichte

Diese Umwälzung, eine ein kollektives Gedächtnis enthüllende Geschichte, die Geschichte als Trägerin des Gedächtnisses eines ganzen Volkes, hat bei den französischen Historikern zwei unterschiedliche Haltungen entstehen lassen. Diejenigen, die sich in der Nachfolge von Marc Bloch und Lucien Febvre in der Schule der *Annales* zusammenschlossen, haben die Geschichte als Gedächtnis abgelehnt. Sie haben die Aufmerksamkeit des Historikers von den dokumentarischen Quellen zu den Fragen hin gelenkt, die er ihnen stellt. Dass dieser Fragekatalog nur entsprechend den Erfordernissen der Gegenwart erarbeitet werden kann, ist dabei weniger wichtig als seine Qualität: Die anderen Sozialwissenschaften bieten ein Reservoir an relevanten Fragen, und die Geschichte muss – wie die anderen Wissenschaften auch – auf der Grundlage wissenschaftlicher Hypothesen methodisch vorgehen. Auf diese Weise erhellen sich Vergangenheit und Gegenwart gegenseitig: Die genealogisch rekonstruierten Beziehungen zwischen ihnen berichten von Entwicklungen und ihren Rhythmen, während die komparativ rekonstruierten Beziehungen über Singularitäten und Brüche berichten. Diese Zugangsweise ist jedoch nur unter der Bedingung erfolgreich, dass jede Projektion der Vergangenheit auf die Gegenwart und der Gegenwart auf die Vergangenheit vermieden wird, und zwar durch die Preisgabe jeglicher Idee einer Kontinuität des Gedächtnisses, die über das Gedächtnis der Akteure hinausginge.

Wir wissen heute, dass diese Idee die unumstrittene Fruchtbarkeit der Schule der *Annales* ausmachte. Als aber – in Frankreich wie anderswo – die Stunde einer Rückkehr zur politischen Geschichte schlug, sahen sich die Historiker erneut mit der delikaten Frage des Gedächtnisses von Völkern konfrontiert, eines Gedächtnisses, das von der Geschichte gestützt, ja konstruiert, in einigen Fällen sogar erfunden wird. Die ostentative Weigerung der Gründerväter der *Annales*, das durch ihren methodischen Zugang ausgeblendete Verhältnis zwischen Geschichte und Gedächtnis ins Visier zu nehmen, hatte den Nachteil, die politische Geschichte auf ihre ökonomo-

mischen, sozialen und kulturellen Voraussetzungen zu beschränken, ohne das Herz dieser Geschichte selbst erreichen zu können. Die Lektüre der *Annales*-Aufsätze zeigt dies deutlich: sie enden immer, wenn die behandelte Frage politisch wurde.

Deshalb mussten die Historiker eine andere Einstellung annehmen, um sich jenen politischen Fragen zu stellen, die durch die von der Schule der *Annales* propagierten Zugangsweisen und Methoden ausgeschlossen wurden. Zunächst taten sie es ihnen aber gleich, indem sie sich auf die Arbeiten eines Soziologen aus der Durkheim-Schule stützten, der den Begriff des »kollektiven Gedächtnisses« präzisiert hatte: Maurice Halbwachs. Bis dahin war die Frage des Gedächtnisses nur von einem medizinischen, psychologischen und philosophischen Standpunkt aus betrachtet worden. Halbwachs nimmt eine Diskussion zum Ausgangspunkt, die vor ihm Henri Bergson mit seinem Buch *Materie und Gedächtnis*³ (1896) eröffnet hatte und welche die Äquivalenz zwischen dem Erinnerten und seiner Repräsentation betraf. Der Philosoph wollte mit dem psycho-physiologischen Materialismus brechen, dessen Hauptvertreter damals Paul Broca (1814-1880) war. Der Schöpfer der modernen Hirnchirurgie war der erste Wissenschaftler, der eine psychische Störung im Gehirn lokalisierte: die Aphasie. Bergson kritisierte aber auch die moderne Psychologie Théodule Ribots (1839-1916) ansetzend bei der in dessen Buch *Die Krankheiten des Gedächtnisses*⁴ aufgestellten These, dass das »Gedächtnis dem Wesen nach eine biologische und nur akzidentiell eine psychologische Tatsache« sei.

Halbwachs wiederum intervenierte mit seinem Buch *Das Gedächtnis und seine soziale Bedingungen* (1925),⁵ indem er in die Gleichung Erinnertes = Repräsentiertes das Spiel jener sowohl sozialen als auch mentalen Realitäten einführte, welche die kollektiven Repräsentationen darstellen, deren Bedeutung von der Durkheim'schen Soziologie betont wird. Der Begriff der kollektiven Repräsentation, der in die das 19. Jahrhundert prägende Debatte über den Aufbewahrungsort der Erinnerungen eingeführt worden war, erlaubte es ihm, die Kluft zwischen den Anhängern der Materialität des Gedächtnisses und denen seiner Geistigkeit zu überwinden. Er gestattete ihm auch, die Existenz eines kollektiven Gedächtnisses zu postulieren, das die alten wie die modernen Gesellschaften strukturiert. Am Ende seines Lebens sollte Maurice Halbwachs noch einmal auf dieses Gedächtnis zurückkommen, und zwar in seinem posthum veröffentlichten Werk über *Das kollektive Gedächtnis*.⁶

Der große Soziologe zeigt, dass das Gedächtnis jedes Einzelnen von uns nur aufgrund von Anhaltspunkten funktionieren kann, die es in unserer sozialen Umgebung findet. Die »sozialen Bedingungen des Gedächtnisses« spielen in der Bewahrung des Gedächtnisses eine Hauptrolle. So greift die politische und soziale Ordnung, in der wir leben, hauptsächlich auf zwei Arten in unser Gedächtnis ein: entweder dadurch, dass sie ihm Elemente liefert, die wir entsprechend den Bedürfnissen unseres jeweiligen individuellen Lebens und seiner Zeitlichkeit anordnen, oder dadurch, dass sie ihm Elemente anbietet, die auf einer kollektiven Zeiterfahrung beruhen und die wir im selben Moment mit anderen teilen. Das letztgenannte ist das kollektive Gedächtnis. Etwas ungeschickt – wie er übrigens selbst bekennt – extrapoliert Halbwachs ausgehend von diesem kollektiven Gedächtnis ein »historisches Gedächtnis«, eine Art Projektion des kollektiven Gedächtnisses auf eine Vergangenheit, deren Wiedererfindung es gestatten würde. Damit löst er jedoch nicht das Problem der zur Quelle des kollektiven Gedächtnisses gewordenen Geschichte. Dieses Problem ist paradox. Denn das kollektive Gedächtnis verfügt bei weitem nicht über den Reichtum der Geschichte, weder seinem Inhalt noch seinem Aufbau nach. Dem Ereignis gegenüber ist es vereinfachend, sucht nicht nach dessen Ursachen oder findet sie in zweifelhaften Stereotypen. Häufig funktioniert es per Analogie. Die ihm eigene Zeit bleibt vage, ohne präzise Chronologie. In dieser Hinsicht unterscheidet es sich vom »nationalen Gedächtnis«, jenem kollektiven Gedächtnis, das von einer durch die Schule verbreiteten wissenschaftlichen historischen Bildung, allen Arten von Publikationen, offiziellen Gedenkveranstaltungen und vom Tourismus gestützt wird, und für das die Monumente des nationalen Erbes Zeugnis ablegen. An dieser Stelle nahmen sich die Historiker in Frankreich das Verhältnis von Gedächtnis und Geschichte noch einmal vor, korrelativ zu ihrer Wiedereinsetzung einer erneuerten politischen Geschichte, die in dem Moment notwendig wurde, als der Aufbau Europas das nationale Gedächtnis zu untergraben schien – zumindest glaubte man dies bis zum Referendum vom 29. April 2005 – und mit ihm die Vertiefung der Demokratie, ja sogar ihre Grundprinzipien selbst.

Das neue historiographische Unterfangen bestand darin, die Existenz eines nationalen kollektiven Gedächtnisses zur Kenntnis zu nehmen, das von den bestehenden Auffassungen der Geschichte Frankreichs gestützt wird (oder nicht), und aus diesen beiden großen, miteinander verbundenen

Problemen ein einziges Objekt der Geschichte zu machen. In gewisser Weise sind das Gedächtnis, aber auch die Art von Historiographie, die es stützen könnte, ihrerseits zu Geschichtsmaterial geworden. Pierre Nora hat ein Team von Spezialisten um sich versammelt, die sich über diese Zugangsweise einig sind, und nimmt als Ausgangspunkt für sein Arbeitsprogramm den Begriff der *lieux de mémoire* («Gedächtnis- oder Erinnerungsorte»)⁷. Bereits Maurice Halbwachs hatte von der räumlichen Verankerung des kollektiven Gedächtnisses gesprochen. Dennoch sollte man diese Vorstellung von *Orten* des kollektiven Gedächtnisses nicht im engen Sinne verstehen. Eine geographische Landschaft, ein Monument, eine Stätte, an der sich ein wichtiges Ereignis in der Vergangenheit abgespielt hat, können diesem Gedächtnis konkrete Orte geben. Ein wissenschaftliches, literarisches oder künstlerisches Werk, eine Institution, ein Symbol, eine Tradition usw. können dies aber ebenso. Diese Orte gehören der Ordnung der Zeichen und Bedeutungen an und bieten ebenfalls Anhaltspunkte für das kollektive Gedächtnis. In sieben Bänden – mit drei Reihen, die der Republik, der Nation und den Frankreichs (*les France*) gewidmet sind – ließ man Symbole, Monumente, literarische Werke, Wörterbücher und Enzyklopädien, Schlachtfelder, Museen und Bibliotheken, Landschaften, große Sammlungen und Geschichtswerke, politische, religiöse und soziale Spaltungen, Berufsgruppen, die Volkskultur, Wahlsprüche, Märchen und Sprichwörter, Institutionen, grundlegende Rechtstexte usw. als Verankerungs- und Anhaltspunkte *Revue* passieren, mit deren Hilfe das kollektive Gedächtnis eines Volkes eine eigene Form und einen eigenen Charakter gewinnt.

Diese neue Geschichtsschreibung, die nun auch das kollektive Gedächtnis als Gegenstand inkorporiert, fand dann in der Untersuchung bestimmter Gruppen ihre Fortsetzung (als Beispiele seien genannt die Untersuchungen Philippe Joutards über die *Camisards* oder die Forschungen von Catherine Maire zu den französischen Jansenisten). Dies förderte die Wiederbelebung einer Geschichte kollektiver Vorstellungen, die in Frankreich tendenziell jenen Platz einnimmt, den anderswo und insbesondere in Deutschland die Geschichtsphilosophie hat. Heute interessiert sich die neue Geschichtsschreibung zunehmend für weniger untersuchte Perioden, in denen sich das Problem des Erinnerns und Vergessens mit Macht stellte. Dies gilt z.B. für die französische Monarchie nach der Revolution und für das Napoleonische Kaiserreich. Zum Zwecke ihrer Restauration wurde

versucht, die wichtigsten Riten und Zeremonien wieder in ihre alte Bedeutung einzusetzen. Als man feststellte, dass diese Bedeutung seit 1789 und vermutlich noch früher verloren gegangen war, wurde eine Politik der Kontrolle des kollektiven Gedächtnisses praktiziert: Reglementierung des historischen Diskurses, Aufrechterhaltung einer Amnesie bezüglich der vorangegangenen Periode der Revolution und des Empire, sowie eine Generalamnestie für während jener Zeit begangene Taten. Damals begann eine sich mit der Entwicklung der Medien immer mehr perfektionierende Politik des Erinnerns und Vergessens, die sich in den verschiedensten Formen bis in unsere Tage fortsetzt.

Im anderen Lager spielten die Revolutionen von 1830 und 1848 das Szenario von 1789 nach, indem sie ihm Symbole und Organisationsformen entliehen. Die Exhumierung eines gemeinsamen Erbes, das Begehen regelmäßiger Gedenkfeiern zu großen historischen Ereignissen, Verbote, die der Konsultierung von jüngere Zeitabschnitte betreffenden Archiven gelten, nicht aber der Lektüre der Memoiren ihrer Akteure, sowie schließlich die Publikationsstrategien solcher Memoiren liefern ebenso viele Anhaltspunkte für ein politisch kontrolliertes kollektives Gedächtnis.

Gedächtniskontrolle und Gedächtnispolitik

Heute leben wir mehr denn je in einer Zeit des kontrollierten Gedächtnisses. Der Sieg der Demokratie nach dem Fall der Berliner Mauer auf fast dem gesamten europäischen Kontinent – zweihundert Jahre nach der Französischen Revolution, die als erste die Menschen- *und* Bürgerrechte deklarierte (wobei die Bürgerrechte meistens vergessen werden, wenn die Erklärung von 1789 beschworen wird) –, hat nicht zu deren Vertiefung, sondern zu allen möglichen Arten, ihr auszuweichen, geführt. Was wir moderne »Kommunikation« nennen, ist nichts anderes als die methodische Kontrolle des kollektiven Gedächtnisses der Völker durch Organisation oder Umorganisation der Erinnerungen und des Vergessens bei jedem einzelnen Bürger. Und diese Einbahnstraßen-»Kommunikation« erlaubt sich den Luxus des guten Gewissens, indem sie »Zeugen der Geschichte« das Wort erteilt, die zum einen sorgfältig ausgewählt werden und zum anderen seltsamerweise stets dieselben sind. Ihre Erinnerungen sind die einzigen über die Medien vermittelten Erinnerungen und werden in der Regel zu einer Art offiziösem, wenn nicht gar offiziellem Gedächtnis.

Diese Organisation des kollektiven Gedächtnisses findet in der historischen Forschung ihre bedauerliche Fortsetzung, etwa wenn die Förderung von Projekten vom Gedenkkalender abhängig ist, der alljährlich vom französischen Kulturministerium festgelegt wird. Das Ergebnis ist eine Inflation von Biographien (von denen Claude Lévi-Strauss zurecht sagte, dass ihr Reichtum an Details und Anekdoten umgekehrt proportional zu ihrer Erklärungskraft ist). Und auch die Institution derer, die als Repräsentanten der »gesellschaftlichen Nachfrage« nach Geschichte über deren Ausrichtung entscheiden, folgt dem Diktat der Gedächtnispolitik. Vorausgesetzt, dass diese »soziale Nachfrage« nach Geschichte außerhalb des sich selbst reproduzierenden Gedenkbetriebs überhaupt existiert, stellt sich die Frage, von wem die Nachfrage ausgeht, wer sie formuliert und nach welchen Kriterien?

Gedächtnis, Erinnerung, Geschichte: das seltsame Karussell, das sie heute in Konkurrenz bringt und auf dieselbe Ebene des sozialen Lebens stellt, dreht sich nur, um Verwirrung zu stiften und Manipulationen zu gestatten. Zu allen Zeiten unserer Zivilisation ist Clio eine Tochter der Mneme gewesen, und sie hat nie zum gleichen Gesang inspiriert wie ihre Mutter und ihre Schwestern. Der große Respekt, den wir den Überlebenden des schrecklichsten Kapitels der jüngeren europäischen Geschichte – des Mords an den Juden – schulden (Überlebenden, die für die Historiker wertvolle Zeugen einer Geschichte sind, die in ihrer Zeit und allzu lange darüber hinaus verborgen blieb), sollte nicht vergessen lassen, welchen fragwürdigen Bedeutungswandel der Ausdruck »Pflicht zur Erinnerung« erfahren hat. Journalisten und Kommentatoren verwenden ihn, um von *unserer* Erinnerung – der Erinnerung der Europäer von heute – zu sprechen. So gebraucht ist diese Wendung sinnlos und sogar gefährlich, denn man kann die Erinnerung der anderen nicht in die Pflicht nehmen, ohne sie zu manipulieren. Revisionistische Autoren – die nur selten ausgebildete Historiker sind – tun genau das, um Zeugnisse, die den Status von Beweisen erlangt haben, in Zweifel zu ziehen. Für Primo Levi ist die »Pflicht zur Erinnerung« die Erinnerungspflicht des Überlebenden, seine Pflicht, für die Geschichte Zeugnis abzulegen.⁸ Er selbst widmete sich dieser Pflicht sein ganzes ihm verbleibendes Leben lang. Und in der Tat, es gibt keine, es kann keine andere Pflicht zur Erinnerung geben. Und selbst diese Pflicht kann nicht eingefordert werden: Jeder Zeuge des unsagbaren Schreckens hat ein Recht auf Schweigen, und sei es nur deshalb, um, da er nicht

vergessen kann, auf diese Weise Frieden zu finden – so dies möglich ist. Kein Überlebender eines Todeslagers kann auf das damals Erlebte reduziert werden. Das Vergessen ist für das Leben genauso notwendig wie das Erinnern, und es ist nur die andere Seite ein und derselben psychischen Funktion, die man Gedächtnis nennt.⁹

*

Die Geschichte schlägt einen anderen Umgang mit der Zeit vor, um die Vergangenheit zu rekonstruieren, andere Zugangsweisen zu ihr, eine andere Art, sie zu betrachten. In einer demokratischen Gesellschaft ist sie der einzige Garant gegen das Vergessen. Die Geschichte ist zwar immer Gegenstand von Manipulationen oder Verdunkelungen, doch dagegen bietet der kritische Blick, den die Historiker gegenseitig auf ihre Arbeiten werfen, eine wirksame Waffe. Diese ihre Strenge hat die Geschichte ins Hintertreffen gebracht zugunsten eines ›heißeren‹ Erinnerns, welches das Vergangene lebendiger zum Ausdruck zu bringen vermag. Gleichwohl ist sie gar nicht so kalt und birgt mehr Hoffnungen in sich als dieses Erinnern. Die Geschichte bietet nicht nur einen erschöpfenden Katalog der Schrecken, sondern auch eine von der Vernunft geleitete kritische Bestandsaufnahme der Errungenschaften einer Kultur. Sie verknüpft beides in einer erklärenden Weise, die nicht nur negative Resultate zeitigt. Ein Historiker kann einer Formel wie »Europa wurde in Auschwitz geboren«, nicht zustimmen. Mit ihr wird die ganze – auch glanzvolle – Geschichte Europas vor Auschwitz mit einem Schlag annulliert, während doch das historische Problem gerade darin besteht zu verstehen – und zwar durch möglichst weit ausgreifenden Rückgang in die Vergangenheit –, was aller glanzvollen kulturellen Entwicklung zum Trotz Auschwitz ermöglicht hat. Nur so wird es gelingen, in unserer Geschichte einen neuen Anhalts- und politischen Ausgangspunkt zu finden. Wir haben nur eine Pflicht gegenüber der Vergangenheit, die auch eine Pflicht der Gegenwart gegenüber der Zukunft ist: nämlich eine Pflicht zur Geschichte.

Aus dem Französischen von Markus Sedlaczek

Anmerkungen

- 1 Der französische Begriff *mémoraliste* umfasst mehr als einen bloßen »Memoirenschreiber«. Er bezeichnet grundsätzlich jemanden, der historische Erinnerungen (*mémoires historiques*) aufzeichnet und ist insofern bisweilen auch synonym mit »Chronist« im weiteren Sinne zu verstehen (A.d.Ü.).
- 2 Vgl. Ernest Renan, *Was ist eine Nation?* (Rede vom 11. 3. 1882), hg. von Walter Euchner, Hamburg 1996.
- 3 Henri Bergson, *Matière et Mémoire*, Paris 1896; Dt.: *Materie und Gedächtnis*, Hamburg 1991.
- 4 Théodule Ribot, *Les maladies de la mémoire*, Paris 1881.
- 5 Vgl. Maurice Halbwachs, *Les cadres sociaux de la mémoire*, Paris 1925 (Neuaufgaben 1952 und 1976); Dt.: *Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen*, Frankfurt a.M. 1985.
- 6 Maurice Halbwachs, *La mémoire collective*, Paris 1950; Dt.: *Das kollektive Gedächtnis*, Frankfurt a.M. 1985.
- 7 Pierre Nora (Hg.), *Les Lieux de Mémoire*, 7 Bde., Paris 1984-1992; Vgl. für Deutschland: Etienne François / Hagen Schulze (Hg.), *Deutsche Erinnerungsorte*, München 2001-2002; für Deutschland und Frankreich: Jacques Morizet / Horst Möller (Hg.), *Franzosen und Deutsche. Orte der gemeinsamen Geschichte*, München 1996, sowie für Italien: Mario Isenghi (Hg.), *I Luoghi della Memoria*, Rom 1996.
- 8 Primo Levi, *Le devoir de mémoire* (entretien avec Anna Bravo et Federico Cereja), Paris 1995.
- 9 Vgl. Marc Augé, *Les Formes de l'oubli*, Paris 1998. Vgl. auch Paul Ricoeur, *Gedächtnis, Geschichte, Vergessen*, übersetzt von Hans-Dieter Gondek / Heinz Jatho / Markus Sedlaczek, München 2004.

Peter Demetz
DER PRAGER FILM IN DEN JAHREN
DER OKKUPATION 1939-1945^{*}

I

Die Historiker sind sich seit langem darüber einig, dass der Nationalsozialismus antiquarische Ideen wie die Rassentheorie des 19. Jahrhunderts effizient mit modernster Technologie – Filmindustrie, Flugzeugbau, Autobahnen – zu verbinden imstande war. Die Rollen waren allerdings ungleich verteilt, vor allem im Film. Während Hitler, zumindest bis 1939, ein begeisterter Kinofan war (er liebte Hollywoods *Viva Villa!* aber auch Weiss-Ferdls *Die beiden Seehunde*, beide aus dem Jahr 1934), hatte Goebbels erkannt, welche politische Bedeutung dem Film als Instrument der Manipulation zukam. Bereits am 26. April 1933 kündigte er gegenüber den Berliner UFA-Teams die Gleichschaltung des deutschen Films an, die bald darauf durch das Reichskulturkammergesetz vom 29. September 1933 institutionalisiert wurde. Goebbels war der Überzeugung, dass Deutschland den Ersten Weltkrieg verloren hatte, weil dem verdrossenen, hungrigen Volk in den Jahren 1917-1918 der Wille zum Widerstand fehlte, und er war entschlossen, alles zu tun, damit sich dies nicht wiederholte (48 % aller Nazifilme waren Komödien, nur 14 % reine Propaganda, ganz zu schweigen von Goebbels relativ laxer Einstellung zum Jazz). Das Kriegsgeschehen zwang Goebbels dann, seine Filmpolitik zumindest topographisch zu revidieren. Alliierte Luftangriffe zerstörten die Berliner (und andere deutsche) Produktionsstätten, während die Barrandov-Studios im besetzten Prag auf dem letzten Stand der Technik waren und über ein hochqualifiziertes technisches Personal verfügten. Selbst nach dem

* Auszug aus dem neuen Buch des Autors, das 2007 im Zsolnay-Verlag, Wien, erscheinen wird.

Münchner Abkommen konnten die Tschechen hinsichtlich der Zahl der Kinos und Sitzplätze durchaus mit den Engländern und Italienern mithalten, und während der Besatzungszeit stieg die Anzahl der Prager Kinos und der – tschechischen und deutschen – Kinobesucher deutlich an. Die patriotische Überzeugung, dass das tschechische Publikum deutsche Filme boykottierte, darf nicht wörtlich genommen werden, insbesondere wenn es sich um Musicals mit reichlich Steptanz und Marika Rökk handelte. 1939 gab es im Protektorat 1101 Kinos, 1181 im Jahr 1942 und 1195 im Jahr 1943; alleine in Prag erhöhte sich ihre Zahl von 108 (1939) auf 111 (1944), und jene der Zuschauer verdoppelte sich, genauso wie auch in Deutschland – bis 1944, als zahlreiche Lichtspieltheater durch die schweren Angriffe der Alliierten zerstört wurden. Ob diese Entwicklung vor allem künstlerischem Interesse entsprang, sei dahingestellt. Viele Konsumgüter waren nicht erhältlich, die Wohnungen ungeheizt, die Stadt verdunkelt, die Polizei kontrollierte die Gäste in den Cafés und Restaurants, Tanzen außerhalb der eigenen vier Wände war die meiste Zeit über nicht gestattet – Gründe genug, um am Abend ins Kino oder direkt ins Bett zu gehen (in den Jahren der Besatzung stieg die Zahl der Geburten um 236.000).

II

Zur Entwicklung der Prager Filmindustrie – sei es in der Produktion oder im Vertrieb – trug die Familie Havel mit Abstand am meisten bei. Ein Konflikt zwischen den Havels und den deutschen Besatzern war unvermeidlich. Letztere operierten politisch in Gestalt des Reichsprotektors und ökonomisch durch die Berliner UFA und die Cautio-Treuhand GmbH, die vom Staat beauftragt war, unabhängige Produktionsfirmen inner- und außerhalb Deutschlands aufzukaufen oder zu enteignen. Vaclav Havel (der Vater des späteren Präsidenten), Spross einer konservativen Patrizierfamilie, der sich ursprünglich in der Studentenorganisation der frühen Ersten Republik und dem tschechischen YMCA engagierte, war seiner Zeit weit voraus. 1923 unternahm er eine längere Reise in die USA, von New York nach San Francisco und Hollywood; dabei informierte er sich über die jüngsten Trends am Investment- und Immobilienmarkt sowie im Filmwesen. Nach seiner Rückkehr stürzte er sich in ein Bauvorhaben, welches die architektonischen Grenzen Prags verändern sollte. 1924 be-

gann er auf dem Barrandov-Hügel (benannt nach einem französischen Paläontologen des 19. Jahrhunderts, der dessen Sedimente untersucht hatte), eine Gartenstadt aus Fertigbau-Villen anzulegen, welche rasch von der neuen Finanz- und Künstlerelite bezogen wurden, und 1927 errichtete er ganz oben auf den Barrandov-Terrassen ein ultramodernes, an das »Cliff-House« (das er in San Francisco gesehen hatte) erinnerndes Kaffeehaus und Restaurant. Es wurde zum Zentrum des mondänen Lebens. In der etwas später hinzugebauten Trilobit-Bar spielten R. A. Dvorsky und seine Band ihre eleganten Melodien, und in dem am Fuß der Steilwand angelegten Schwimmbad konnte man all die Starlets der Zeit bewundern. In den Jahren 1932-33 errichteten die Haveln die Barrandov-Filmstudios, das Zentrum der neuen Filmproduktion (die bisher in großen Biergärten oder irgendwelchen Vorortwinkeln dahinvegetiert hatte). Der erste Barrandov-Film, ein tschechischer Thriller, wurde Ende Januar 1933 fertig gestellt, eine Woche vor Hitlers Machtergreifung. Vaclavs Bruder Milos Havel, der seit den frühen 20er Jahren in der Filmbranche tätig war, leitete das Studio: Er brachte den ersten US-Western in die Prager Kinos und gründete die AB-Gesellschaft, die er gemeinsam mit einem Aufsichtsrat leitete. Er war auch Eigentümer des Lucerna-Filmkonzerns und Mitbesitzer des Lucerna-Kinopalasts im Stadtzentrum. Als die Deutschen die Macht übernahmen, stand er auf ihrer Abschussliste an erster Stelle.

Die tschechischen Faschisten teilten die Meinung der Besatzer, dass dem Kino eine wesentliche Rolle bei der Machtausübung zukomme und waren zwanzig Stunden nach dem Einmarsch der Wehrmacht in Prag bereit, die gesamte Filmindustrie zu übernehmen, darunter auch die großen Lichtspieltheater und den Vertrieb. Ihren Anführer, General Gajda, konnte das schwache Aufgebot von 300 Prager Faschisten bei der Versammlung am Kohlmarkt – sie bemühten sich, rasch eine neue Regierung zusammenzuschustern – nicht von der Umsetzung seiner Pläne abhalten. Er beauftragte Josef Kraus, einen Produktionsassistenten, und zwei weitere Faschisten, ins Barrandov-Studio zu eilen, wo Kraus am Vormittag des 16. März 1939 auf der Stelle den Verwaltungsdirektor entließ und Walter Schorsch und Jiri Weiss, zwei Direktoren jüdischer Abstammung, zum Verlassen des Areals aufforderte. Die Belegschaft und das technische Personal protestierten, woraufhin Gajda eine andere Abordnung entsandte, bestehend aus Dr. Zdenek Zastera, einem altgedienten Mitglied der faschistischen Organisation, dem Filmregisseur Vaclav Binovec, und dem Maler Jan

Tulla, um Kraus zu unterstützen und den Widerstand zu brechen. Milos Havel war inzwischen telephonisch über die Vorgänge informiert worden. Er forderte Zastera auf, seine illegalen Bemühungen einzustellen. Verunsichert zogen die Faschisten ab (mit Ausnahme von Binovec, der bis zur Sitzung des Aufsichtsrats am Nachmittag ausharrte, doch vergebens, denn dieser erklärte, er verhandle nicht mit ihm). Milos Havel besaß noch genügend Autorität, um mit den dilettantischen Faschisten fertig zu werden, den Deutschen die Stirn zu bieten, war freilich eine andere Sache.

Schon einen Monat nach der Besetzung von Prag wurde Hermann Glessgen, der erst im Januar 1939 um die Parteimitgliedschaft angesucht hatte, vom Büro des Reichsprotectors zum Sonderbeauftragten für alle das Filmwesen betreffenden Angelegenheiten ernannt. Glessgen stellte in seinem programmatischen Memorandum fest, dass der Film ein populäres Ausdrucksmittel der tschechischen Kultur, die Produktion von 50 Filmen pro Jahr jedoch viel zu hoch sei; im Sinne der deutschen Interessen sei die tschechische Produktion zu reduzieren und zu steuern, um Raum für deutsche Filme zu schaffen. Dazu sei die Mehrheit der Anteile aller Filmunternehmen in den Händen der Deutschen zu konzentrieren. Über ein Jahr lang stand der tapfere Milos Havel unter dem unerbittlichen Druck Glessgens und seiner Verbündeten, darunter auch der Gestapo, die Havel für kurze Zeit festnahm und sein Büro in den Barrandov-Studios durchsuchte, und der staatlich finanzierten Berlin Cautio-Treuhand GmbH unter der Leitung von Max Winkler, der in legalen Enteignungen sehr erfahren war. Laut Glessgen war die AB-Gesellschaft ein jüdisches Unternehmen, da Havels jüdischer Freund Osvald Kosek (dem einige der bedeutendsten Prager Kinos gehörten) Mitglied des Aufsichtsrats war. Doch Havel konnte zeigen, dass Kosek, der in die USA gegangen war, am 16. März von der Liste der Aufsichtsratsmitglieder gestrichen worden war. Glessgens Antwort war, dass man das Inkrafttreten des Gesetzes einfach rückverlegen würde, doch Havel gab nicht nach. Staatssekretär K.H. Frank und Präsident Hacha griffen in die Diskussion darüber ein, ob das Kapital der AB Corporation erhöht werden sollte oder nicht, und schließlich unterzeichneten Havels Anwälte und jene der Cautio-Treuhand am 26. April 1940 einen Vertrag, der festlegte, dass Havel 51 % des Grundkapitals der Cautio übertragen musste. Diese würde ihm ihrerseits 6 886 000 tschechische Kronen in aufeinander folgenden Raten zahlen, die Produktion von mindestens fünf tschechischen Filmen pro Jahr in den Barrandov-

Studios garantieren und Havel freie Hand in seinem kleinen Lucerna-Filmkonzern lassen. (Havel bildete unverzüglich ein Gremium von Dramaturgen, in das er einige der bedeutendsten tschechischen Schriftsteller berief, um sie vor der Wehrpflicht für das Reich zu bewahren.) Zudem würde man ihm weitere Kredite gewähren, falls hohe Produktionskosten anfielen.

Die Situation war – gelinde gesagt – unklar, denn Max Winkler von der Berlin Cautio-Treuhand war damit beschäftigt, politisch und ökonomisch alle deutschen Gesellschaften, darunter auch die UFA, Tobis, Terra, Bavaria und Wien-Film, unter einem Dach zu konzentrieren. Die neue UFA war eine Superorganisation, deren Aktionsradius weit in die besetzten Gebiete reichte und die allein in Berlin über 5000 Angestellte zählte. 1941 benannte der neue, deutsch besetzte AB-Aufsichtsrat den Konzern, der nun auch die kleinen Hostivar-Studios umfasste, in Prag-Film um. Neue Hallen wurden errichtet; die Maschinen und Laboratorien mit denen sie ausgestattet wurden, stammten aus Paris und der Cinecitta, die die Deutschen nach dem Sturz Mussolinis geplündert hatten. Zu diesem Zeitpunkt hatten alliierte Luftangriffe die Berliner Filmateliers zerstört. Bei seinem Pragbesuch im November erklärte Goebbels feierlich, dass Prag die zukünftige Metropole des deutschen Films würde, während im tschechischen Untergrund Schriftsteller und Schauspieler einander regelmäßig trafen und darüber diskutierten, wie die Verstaatlichung der tschechischen Filmindustrie nach dem Untergang des Reiches zu bewerkstelligen wäre.

In den späten zwanziger und frühen dreißiger Jahren hatten Deutsche und Österreicher gemeinsam mit den Tschechen Filme gemacht (oder Versionen desselben Drehbuchs in verschiedenen Sprachen), und ein UFA-Vertrag galt als erster wichtiger Schritt auf dem Weg nach Hollywood. Die in Polen geborene, Komödiantin Anny Ondra und ihr (erster) Ehemann, der Schauspieler und Regisseur Karel Lamac, begannen ihre Zusammenarbeit im Prag der frühen zwanziger Jahre und gründeten 1930 in Berlin eine eigene Produktionsgesellschaft, nachdem die Ondra eine Reihe von britischen Filmen, darunter einen Hitchcock-Thriller, gedreht hatte. Ihre Wege trennten sich jedoch, als sie den deutschen Boxchampion Max Schmeling heiratete (der nach dem Krieg regionaler Coca-Cola Vertreter wurde); Lamac arbeitete während des Zweiten Weltkriegs überwiegend in England. Die Situation änderte sich radikal, als die junge tschechi-

sche Schauspielerin Lida Baarova, die ihre Karriere 1931 in Prag begonnen hatte, Mitte der dreißiger Jahre einen Vertrag mit der UFA schloss, einige Filme mit dem Idol Gustav Fröhlich drehte (sie waren privat und auf der Leinwand ein Liebespaar) und Goebbels so bezauberte, dass er sich von Magda scheiden lassen und seinen Parteiposten aufgeben wollte (im Tausch für einen Botschafterposten in Tokio), bloß um die tschechische Diva heiraten zu können. Doch Hitler intervenierte entschieden und Goebbels beugte sich dem Willen seines Führers, blieb bei Magda und seiner Kinderschar. Lida Baarova aber wurde prompt in ihre Heimat ausgewiesen. In Prag konnte sie noch einige (ihrer besten) Filme drehen. Sie stand zwar unter Milos Havels Schutz, doch musste sie unter dem Druck der Deutschen bald nach Italien gehen, wo sie in der Cinecitta kleinere Rollen bekam, bevor sie nach Hause zurückkehren konnte und einer ungewissen Zukunft entgegenschau, als das Reich zusammenbrach.

Wie Petr Bednariks ausgezeichnete Forschungsarbeiten in den Archiven zeigen, hatten die Besatzungsbehörden mit einigen ihrer Treuhänder und Sonderbeauftragten Probleme. Im Gegensatz zur Prager Theaterwelt zog die Filmindustrie mit ihren komplexen, häufig miteinander überworfenen Organisationen, der Aura berühmter Stars, hohen Gehältern, großzügig gewährten Krediten und – wie trinkfreudige Teilnehmer bezeugen – Partys ohne Ende in der Lucerna-Bar die unterschiedlichsten Menschen an. Nicht alle waren gegen Korruption und den blühenden Prager Schwarzmarkt immun. Hermann Glessgen, der aus dem Saarland und der katholischen Volkspartei kam, war der Prototyp des politischen Abenteurers: In seinem früheren Leben als Lehrer und Journalist hatte er sich einen schlechten Ruf erworben, weil er seine Rechnungen notorisch unbezahlt ließ; in Prag lebte er auf noch größerem Fuße – so orderte er vier Pelzmäntel für den Star Adina Mandlova, ganz zu schweigen von seinen eigenen Anzügen und anderen Artikeln, die er nie bezahlte. Nach dem entscheidenden Vertragsabschluss mit Milos Havel wurde Glessgen unverzüglich vom Vorstand fallen gelassen, und – nach einem längeren Prozess und der Verurteilung durch ein Berliner Gericht zu sieben Monaten Haft – nie mehr im Filmgeschäft gesehen. Gegen seinen Kollegen Karl Schulz, den ersten deutschen Treuhänder der Barrandov-Studios, seit den zwanziger Jahren im Filmbusiness und über die Bavaria AG nach Prag gekommen, wurde aufgrund seiner Geschäfte am Prager Schwarzmarkt ermittelt: Er kaufte rationierte Güter, darunter Cognac, Lebensmittel und

Textilien von tschechischen Angestellten und verkaufte sie zu einem niedrigeren Preis an Personen in Berlin, deren Gunst er gewinnen wollte; die Differenz glich er mit Prager Filmgeldern aus. Ein Berliner Gericht verurteilte ihn zu neun Monaten Gefängnis, gemeinsam mit seinem Kumpel Max Winkler von der Cautio-Treuhand, der nach dem Krieg als Eigentümer der Kultur- und Wirtschaftsfilm AG in Düsseldorf wieder auftauchte.

III

Die Prager Kinobesucher, insbesondere die jüngeren, hatten keinen Grund, über ein mangelndes internationales Filmangebot zu klagen; amerikanische Filme wurden (wie auch in Berlin und anderswo im Reich) bis zu den Tagen von Pearl Harbour (Dezember 1941) gezeigt. Mitte der dreißiger Jahre dominierten amerikanische Importe den tschechischen Markt (54 % im Jahre 1938), und erst in der Zweiten Republik avancierten die deutschen Filme auf den ersten Platz, während die amerikanischen mit 37 % auf den zweiten und die tschechischen mit 17 % auf den dritten fielen, den sie auch Mitte der dreißiger Jahre belegt hatten.

In der Zweiten Republik entstanden starke nationalistische und antisemitische Ressentiments. Bereits im Oktober 1938 wurden Prager Kinos, deren Namen zu international klangen, umbenannt. Das Hollywood wurde zum Maj (Mai), das Alfa zum Ales (nach einem bekannten tschechischen Maler), das Fenix zum Blanik (ein berühmter Hügel in der tschechischen Mythologie), das Adria zum Adrie und das Apollo ironischerweise zum Amerika. Das neueste und modernste Lichtspieltheater im Zentrum, das ursprünglich Broadway hieß, wurde zunächst in Na Prikope (nach seinem Standort) umbenannt und später, auf eindringlichen Wunsch der Deutschen, in Victoria. Nach dem Münchner Abkommen verschwanden Filme mit Hugo Haas, einem Schauspieler jüdischer Herkunft, von der Leinwand (darunter auch Karel Capeks antifaschistischer Film *Die weiße Krankheit*); gezeigt wurden jedoch der pazifistische Streifen *No Greater Glory* (Frank Borzage 1934) und *Aufstand in Sidi Hakim* (Gunga Din, George Stevens 1939), der zunächst verboten war und dann ein großer Publikumserfolg wurde; zu Weihnachten fand die feierliche Premiere von *Alexander's Rag Time Band* statt, und später brillierte Leslie Howard (trotz oder gerade weil er in Budapest geboren war) als Professor Higgins in *Pygmalion*.

Die tschechische Filmproduktion war in den schwierigsten Zeiten der Republik besonders stark (49 Filme im Jahr 1937), hielt dieses Niveau in den Jahren 1938 und 1939 (jeweils 41 Filme), schrumpfte jedoch wegen des politischen Drucks und der Expansion der UFA nach Barrandov, Hostivar und anderswohin sowie durch das Verschwinden kleinerer Produktionsfirmen (mit Ausnahme von Havels Lucerna Film) schnell auf 10 (1942) bzw. 11 (1944) und einen Film im Jahre 1945, der erst nach Kriegsende gezeigt wurde. Nach Heydrichs Ankunft in Prag konnte man kaum mehr von einer »nationalen Autonomie« oder zumindest von einer »Autonomie der nationalen Kultur« sprechen. Die Produzenten, Drehbuchautoren und Schauspieler hatten es schwer, nationale Interessen in einer Art zu vertreten, die nicht den deutschen Nationalismus auf den Kopf gestellt widerspiegelte oder in einem Blut-und-Boden-Machwerk den Antisemitismus der Nazis nachahmte, wie dies bei Veit Harlans *Jud Süß* der Fall war, der teilweise in Prag gedreht und dort Ende November 1940 unverzüglich gezeigt wurde. Die verschiedenen Methoden, die Unabhängigkeit des tschechischen Films zu bewahren, hatten unterschiedlichen Erfolg. »Historische« Filme und solche über das Leben der Bauern waren durch ihre Nähe zu den UFA-Genres stärker gefährdet, während Unterhaltungsfilme dank ihres Witzes, ihrer Ironie und Eleganz zumindest implizit das bessere Argument gegen eine Welt der Aggression waren als das Gros der historischen und rustikalen Kitschproduktion.

Der populärste Film, der je im Protektorat produziert wurde, war die Biographie des Musikers Frantisek Kmoch, der in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg tschechische Volkslieder, interpretiert von seinem eigenen Orchester, in ganz Mittel- und Osteuropa bekannt machte (in Österreich drehte derweil Willy Forst eine Reihe von Filmen über beliebte Wiener Komponisten, in denen er ihr von den Preußen so unterschiedliches Talent feierte). *To byl cesky muzikant: Frantisek Kmoch* (Er war ein tschechischer Musiker: Frantisek Kmoch) wurde von der kleinen Elektra-Filmgesellschaft in den Hostivar-Studios produziert, kam am 9. Februar 1940 in die Kinos und brach alle Besucherrekorde. Das von drei Schriftstellern zusammengestückelte Drehbuch erzählt die Geschichte des jungen Lehrers Kmoch, der sich, sehr zum Bedauern seines Vorgesetzten, lieber mit seiner Musik beschäftigt als seinen pädagogischen Verpflichtungen nachzukommen. Nach der Suspendierung vom Dienst zieht er in die kleine Stadt Kolij, bezaubert das lokale Publikum mit seinem Orchester und reist

alsbald in die Ferne (bis in das – im Film bloß angedeutete – zaristische Nishni Novgorod). Die erste Hälfte des – nicht gerade zu den Meisterwerken des erfahrenen Regisseurs Vladimir Slavinsky zählenden – Films verläuft dramatisch (Kmoch verlässt die Schule und die Tochter des Direktors), die zweite viel weniger – eine Reihe von Orchesteraufführungen, Kmoch kehrt triumphierend zu den ihn bewundernden Eltern zurück, zu seiner Frau und den drei Töchtern – wohl eher eine Apotheose der Mittelklasse als die Feier eines herausragenden Genies.

Die Kritiker waren denn auch von den künstlerischen Qualitäten dieses Films nicht gerade überwältigt, doch vermochten sie die Gründe seines Erfolgs nachzuvollziehen. O. Radl erklärte in der Kinorevue, die Qualität des Films liege einzig in der Musik, nicht aber in der schauspielerischen Leistung; im konservativen Venkov meinte A.M. Brousil, dass einige Darsteller dilettantisch agierten (mit Ausnahme vielleicht von Jana Ebertova als Tochter des Direktors), und die Narodni Listy gaben der berühmten Emilie Novolla (Kmochs weinerliche Mutter) schlechte Zensuren, lobten aber Zita Kabatova (Kmochs Ehefrau) und Jaroslav Vojta (vom Nationaltheater) in der Rolle von Kmochs Vater. Alle waren sich natürlich darin einig, dass es ein netter Film sei, in dem man die alten Melodien mitsummen und das Kino mit dem richtigen Gefühl im Herzen verlassen konnte. Das Publikum empfand sicherlich so, der Film lief monatelang in drei Prager Kinos, und 337.000 Karten wurden allein in der Hauptstadt verkauft. Der nationale Schauspielerpreis für das Jahr 1940 ging dann auch prompt an Jaroslav Vojta, ironischerweise also ausgerechnet an jenen Schauspieler, der laut Drehbuch dem Publikum sagen musste, was es von Kmoch zu halten habe, und nicht an Otomar Korbelař (Kmoch), dessen schauspielerische Leistung als blutleer empfunden wurde.

Die elegante Komödie *Divka v modrem* (Das Mädchen in Blau) hat viel von ihrem ungewöhnlichen Zauber bewahrt, denn die Darsteller hatten sich, obwohl sie von völlig unterschiedlichem Charakter waren, hier zu einem produktiven Ensemble zusammen gefunden. *Divka v modrem* war in Milos Havels AB-Barrandov-Studio für seine *Lucerna*-Film entstanden; die Premiere war am 26. Januar 1940, die Kritiken waren gut, und der Film wurde ein großer Erfolg (noch heute wird er im tschechischen Fernsehen an Samstagnachmittagen in der Reihe Filme für Zeitgenossen ausgestrahlt, das Durchschnittsalter der Zuschauer dürfte bei 80 Jahren liegen). Es handelt sich um eine Art Pygmalion-Stoff, eigentlich um ein altes Bild, das

zum Leben erwacht. Die Geschichte beginnt in einem böhmischen Schloss, dessen antikes Mobiliar versteigert wird, doch niemand bietet für das Gemälde einer jungen Frau aus dem 17. Jahrhundert, denn es geht das Gerücht, dass ein Fluch auf ihm laste. Der junge Anwalt Dr. Karas, der die Auktion leitet, willigt ein, das Bild nach Hause zu nehmen, kann sich dem Reiz der Frau nicht entziehen und küsst eines Nachts ihr Bildnis – worauf die bezaubernde Frau dem Rahmen entsteigt, sich in makellosem Altschechisch als Gräfin Blanka von Blankenburg vorstellt und erklärt, dass sie nicht mehr ins Bild zurückkehren wolle. Der junge Anwalt verliebt sich in sie, gleichzeitig zieht sie die Aufmerksamkeit zahlreicher Bewunderer auf sich (einer von ihnen erscheint gar im passenden historischen Aufzug und umwirbt sie mit seinem Mandolinen-Spiel). Unser Held erzählt ihnen, Blanka sei seine ausländische Cousine, und Blanka gesteht ihrerseits, dass sie die Studentin Vlasta sei (die ein Freund des Anwalts ersucht hatte, einen geistvollen Streich zu spielen), woraufhin die beiden zum Standesamt eilen, sehr zum Bedauern einer jungen Witwe, die ein Auge auf den begehrten Junggesellen geworfen hatte.

Die Mehrzahl der Kritiker zeigte sich davon überrascht, dass der tschechische Film mit seiner Vorliebe für Ernst und Tragik so ein leichtes, luftiges, ja elegantes »zauberhaftes kleines Stück« hervorzubringen vermochte. A.M. Brousil schrieb in Venkov, dass er sich mehr Dialoge gewünscht hätte, nicht bloß Dialogfragmente, die häufig in Sentimentalität abgleiten, doch räumte er ein, dass der Film Geschmack zeige, von den konstruktivistischen Interieurs von Jan Zazvorka bis zu Jan Roths Kamera, die das gedämpfte Licht starken Schwarz-Weiß-Kontrasten vorzieht. Die Kritiker, befangen in ihrer Zeit, erkannten nicht, dass der Film eine geniale Parodie des herrschenden Historizismus mit seinen Geschichten und Kostümen darstellte; dem Publikum bot er die Gelegenheit, die Vergangenheit, gleich ob heroisch oder patriotisch rechtschaffen, aus einer ironischen Distanz zu betrachten. Und jener Kritiker, der in der Kinorevue bemängelte, dass der jazzige Titelsong *Divka v Modrem* des Komponisten E.S. Novacek (Text von K.M. Wallo) zu wenig altmodisch klinge, war sicher auf dem Holzweg, denn das Lied wurde zu einem unverwüstlichen Evergreen. Jeder der Mitwirkenden konnte seine wahren Begabungen zeigen; Oldrich Novy (Anwalt) war der geborene Smokingträger und mit der Selbstironie eines Maurice Chevaliers ausgestattet; Lida Baarova wirkte als dunkeläugige Blanka überzeugender denn als Philologie-Studentin; die

raffinierte Natasa Gollova brillierte als junge, enttäuschte Witwe, Antonie Nedosinska als Haushälterin und der unaufdringlich komische Jindrich Laznicka als Sekretär des Anwalts.

Oldrich Novy, der in der Vorkriegszeit häufig Paris besucht hatte und dort die intime und leichte, von Chansons aufgelockerte Komödie lieben gelernt hatte, besaß nicht Vlasta Burians Gabe, die Massen zu bezaubern. Mit seinem eigenen Theater und in den acht Filmen, die im Protektorat gezeigt wurden, war Burian lange Zeit der unbestrittene »König der Komödianten«. Aus einem Prager Arbeiterviertel stammend, ging er zum populären Varieté. Seine Freunde waren davon überzeugt, dass Burians Farbenblindheit durch sein feines Gehör für die Sprache und seine unheimliche Fähigkeit wettgemacht wurde, unpassende Idiome zu imitieren und die Durchschnittstschechen nachzuahmen. Er drehte seinen ersten Film mit dem Ondra/Lamac-Team bereits 1923, blieb sich stets treu und schuf groteske tschechische Charaktere, die sein Publikum sofort adoptierte: vom Krankenpfleger (wie in *U Pokladny stal*, 1939) über den Straßensänger (*Ulice zpiva*, 1939), den kleinen Bürokraten (*Katakomy*, 1940) bis zu dem Pechvogel, der sein Eisenbahnticket nicht rechtzeitig kaufte (*Prednosta stanice*, 1941). Burian unterhielt Millionen, doch der Einzelgänger und im Privatleben paradoxerweise eher düstere Mensch war bei den Kollegen nicht besonders beliebt; sie fühlten sich von seinem großspurigen Lebensstil (ein weißes Auto, eine große Villa, seine Tennisleidenschaft und eine Jagdhütte) abgestoßen, und nach dem Mai 1945 sollte er dies teuer bezahlen.

Der politisch zweifelhafteste Film des Protektorats war Frantisek Caps *Jan Cimbury*, der für die Lucerna-Filmgesellschaft in den Barrandov-Studios gedreht und am 21. November 1941, gerade rechtzeitig zum Weihnachtsgeschäft, in die Kinos kam. Das Drehbuch basierte auf dem Roman von J.S. Baar, einem katholischen Priester und produktiven Verfasser von Heimatgeschichten. Wie getreulich sich der Film an das Buch anlehnt, war später Gegenstand einer anhaltenden Diskussion. Im Film kehren zwei Freunde nach einem langen Militärdienst in ihr südböhmisches Dorf heim, und während Josef die Erbin eines Bauernhofs, Marjanka, heiratet, muss sich der arme, besitzlose Jan Cimbury als Knecht verdingen. Doch beeindruckt er alle (außer die anderen jungen Männer im Dorf) durch seine Redlichkeit, Intelligenz und Tüchtigkeit. Dem sterbenden Freund gibt Jan Cimbury das Versprechen, für Marjanka und die Kinder zu sorgen, und

nachdem er sie aus einem brennenden Wald gerettet hat, heiraten die beiden zur Freude des Dorfes. Der Film erzählt aber auch die Geschichte eines jüdischen Wirtes, der Geld zu exorbitanten Zinsen an die arglosen Bauernsöhne verleiht, und seiner dunkelhaarigen, drallen Kellnerin. Die aufgebrachtten Dorffrauen tun sich zusammen, misshandeln das Mädchen, stecken das Wirtshaus in Brand und jagen den Juden aus dem Dorf.

Überflüssig, Einwände gegen ein Blut-und-Boden-Machwerk vorzubringen, das sich treu an herkömmliche Klischees hält (egal, ob aus tschechischen oder deutschen Filmen): die Bauern in ihrem Sonntagsstaat, ihre Frauen in stets sauberen, gestärkten Kleidern (als hätten sie nie im Stall zu tun), Jan Cimbura, der den Frühlingsduft der Scholle einsaugt, bevor er sich ans Pflügen macht, die mächtigen Wolken am Himmel. Die Ideologie tritt deutlicher zu Tage, wenn Cimbura auf einem Spaziergang durch Prag den Hradschin, das Innere der Kathedrale oder die Karlsbrücke als patriotische Monumente einer nationalen tschechischen Geschichte bewundert (obwohl dies auch Symbole einer gemeinsamen böhmischen Geschichte sind, geschaffen von den Luxemburgern, den polnischen Jagellonen und den Habsburgern – und ihren Architekten). Der Sturm der Bäuerinnen auf das jüdische Wirtshaus erinnert peinlich an die Revolte der Württembergischen Bürger gegen den Jud Süß (Veit Harlans Film wurde ein Jahr vor Jan Cimbura in Prag gezeigt); die Kamera verweilt liebevoll auf den Gesichtern der Bauersfrauen, während sie mit Brennesseln auf den entblößten Körper der Kellnerin schlagen und das jüdische Wirtshaus anzünden. Unmittelbar nach der Befreiung im Sommer 1945 wurde Frantisek Cap vor die Untersuchungskommission der Filmschaffenden zitiert und ein Jahr später vor die Nationale Sicherheitskommission, deren Mitglieder Genaueres über die »Pogromszene« in Jan Cimbura erfahren wollten. Bemerkenswert sind die tschechischen Anstrengungen, die Umstände gleich zu untersuchen, statt Jahre damit zu warten, wie dies das deutsche Gericht im Falle von Veit Harlan und seinem Jud Süß tat. (Cap und Harlan wurden beide freigesprochen.) Zu seiner Verteidigung verknüpfte Cap zwei Argumente: Zum einen komme die Szene in Baars Roman vor und zum anderen sei sie in den Film erst auf Beharren eines deutschen Treuhänders des Barrandov-Konzerns, Dr. Zankl, aufgenommen worden. J.S. Baar war zwar davon überzeugt, dass die Juden sich »in Blut, Sprache und Religion« (so sein Landpriester im Roman) von den tschechischen Bauern unterschieden, und er zeichnet ein groteskes Portrait von der Frau des

Wirts, die »wie eine Ente watschelt«; keinesfalls ruft er aber zu Gewalt gegen die Juden auf. Im Roman erfreuen sich Solomon Steiners Geschäft und Wirtshaus zunächst einer zahlreichen Kundschaft – es sind dies im Eisenbahnbau beschäftigte Italiener und Deutsche –, und nachdem ihre Arbeit beendet ist, mangelt es Steiner (im Film unter Einsatz der plattesten jüdischen Klischees von Frantisek Roland dargestellt) an Gästen, da die tschechischen Bauern, von ihren engelsgleichen Frauen behütet, sein Etablissement nicht betreten. Als er schließlich aufgibt, geleiten sie ihn freundlich zum Bahnhof, von wo er den Zug nimmt, um anderswo sein Geschäft zu eröffnen. Die Kellnerin (im Film von Stanislava Strobachova vom Nationaltheater dargestellt und viel Bein zeigend), hat sich schon lange vor ihm auf den Weg gemacht, da die tschechischen Bauernburschen gegen ihre Reize immun blieben; die Dorffrauen haben somit keinen Grund, sich an ihr zu vergreifen.

Die öffentliche Diskussion über Jan Cimbura ging weiter, zumindest im linken Wochenblatt *Kulturni Politika*, das Ende Dezember 1945 einen offenen Brief des tschechischen Filmregisseurs Jiri Weiss an den in der wiedererstandenen Republik für das Filmwesen zuständigen surrealistischen Dichter und Kommunisten Vitezslav Nezval publizierte. Weiss, der aus seinem Londoner Exil heimgekehrt war und wieder Filme machte, schrieb, er habe sich vorgenommen, nicht über seine Barrandov-Kollegen zu schreiben, fügte aber hinzu, er müsse eine Ausnahme machen. Zwei Monate nach dem Prager Aufstand vom Mai 1945 habe er eine Vorstellung von Jan Cimbura in einem kleinen Kino am Wenzelsplatz besucht und sei zusammen mit einigen anderen tschechoslowakischen Soldaten jüdischer Herkunft mit der ersten antisemitischen Szene in einem tschechischen Film und mit ebensolchen Bemerkungen des Publikums konfrontiert worden. Er könne nicht umhin, sich zu fragen, wie es überhaupt möglich sei, dass der Regisseur von Jan Cimbura wieder Filme drehen dürfe – nach einem antisemitischen Film zu einer Zeit »da die deutschen Bestien meine Mutter in Auschwitz ermordet haben« und Juden den gelben Stern tragen mussten.

Cap, der zwei Filme über den tschechischen Widerstand gedreht hatte, verließ nach dem kommunistischen Putsch seine Heimat, drehte ein Dutzend Filme in Westdeutschland, darunter die archetypische Bauernschnulze *Die Geierwally*, ging nach Jugoslawien, wo er in einer Reihe von Filmen für Tito Regie führte, und starb 1979 in Portoroz. Jiri Weiss verließ 1968 seine Heimat, lehrte am Hunter College (New York), drehte einen

weiteren Film über die deutsche Besatzung der Tschechoslowakei (eine deutsch-französische Koproduktion) und starb am 9. April 2004 im Alter von 91 Jahren in Santa Barbara, Kalifornien. Es ist, gelinde gesagt, merkwürdig, dass der Film Jan Cimbura heute noch als VHS-Video vertrieben wird. Der Begleittext auf der Kassette verschweigt die antisemitischen Szenen und reiht den Streifen in die »Goldene Schatzkammer des tschechischen Films« ein.

Der letzte im Protektorat entstandene Film war Vaclav Krskas *Reka caruje* (*Enchantments of the River / Der Fluss zaubert*), er wurde aber erst nach der Befreiung gezeigt (einige Innenaufnahmen mussten noch fertig gestellt werden), zunächst in dreißig Provinzkinos und danach, am 25. Januar 1946, in Prag; er stellt das tschechische Pendant zum deutschen Film *Unter den Brücken* dar, der in den letzten Monaten des Dritten Reichs entstand und erst nach dessen Untergang gezeigt wurde. Reka caruje zeigt treffend, dass Krskas Loyalität gegenüber seiner südböhmischen Heimat niemals in Blut-und-Boden-Romantik entgleist, denn die Landschaft, vor allem ihre Flüsse, die Otava und die Sazava, spiegeln das individuelle Schicksal, nicht das der Geschichte oder der Nation wider. Krska begann weit weg von Prag als Romancier und lernte nicht wenig von seinem lebenslangen Mentor Frana Sramek, dem Dichter des Lebens und sinnenfroher Anarchie. Wenn Krska sich in diesem Film überhaupt zu irgendeiner Ideologie bekennt, dann zu einer lyrischen Volksverbundenheit, die mit den am Flussufer lebenden Menschen, all den Vagabunden, Fischern, Landarbeitern und Müllern sympathisiert, nicht mit den Bürgern der Städte. In seinem beständigen Fließen verjüngt sich der Strom in geradezu mystischer Weise, und es kann keine schlechte Entscheidung sein, in der Nähe seiner lebendigen Wasser zu leben. Der Film zeigt die märchenhafte Wende im Leben des alternden Kommerzienrat Kohak, der eines Tages von seinem monotonen Zuhause, seiner tyrannischen Frau und einer sinnlosen Existenz davonläuft, zurück zum südböhmischen Fluss seiner Jugendzeit, wo er die Existenz eines Landstreichers führt. Ein Kritiker, der surrealistische Dichter Frantisek Listopad, schrieb am 30. Januar 1946 in der *Mlada Fronta* ironisch, Krskas Werk sei ein »Film für ältere Herren«. Krska war jedoch kein Realist. Als einer der wenigen symbolistischen Filmemacher im Protektorat liebte er es, mit ungewöhnlichen Kameraeinstellungen und Montagetechniken zu experimentieren, und in wahrhaft lyrischer Weise arbeitete er mit der Stimme des Flusses, die nur einige wenige Glückliche vernehmen konnten.

Krskas späteres Meisterwerk war der 1953 gedrehte Streifen *Mesic nad Rekou* (Mond über dem Fluss), eine Filmversion von Frana Srameks gleichnamigem Stück, mit Dana Medricka in der Rolle der jungen Frau, die (vielleicht als erste Feministin in einem tschechischen Film) ihre Lebensentscheidungen selbst treffen will. Es erstaunt nicht, dass Krška in den späten 50er Jahren ernste Probleme mit den kommunistischen Kritikern bekam, die ihm »Individualismus« und andere Sünden vorwarfen. Er war ein ganz und gar eigenständiger Künstler. Als er 1969 starb, hatte sich die jüngere Generation gerade gegen die Dogmatiker erhoben.

IV

Eine Chronik des tschechischen Films in den Jahren der deutschen Okkupation würde zu kurz greifen, wenn sie die Ereignisse nach dem Mai 1945 ausklammerte, als Vergeltungsmaßnahmen gegen Kollaborateure, Informanten, Faschisten und Beleidiger der nationalen Ehre getroffen wurden – insgesamt gegen vermutlich über eine Million Bürger. Jene, die im Rampenlicht standen, wurden als erste verhaftet. Eine Betroffene schrieb in ihren Memoiren, dass es besser war, im Gefängnis zu sitzen, als vom Mob auf der Straße gelyncht zu werden.

Lida Baarova kehrte 1944 aus Rom nach Prag zurück, und es war Hans Albers, der ihr empfahl, nach Bayern zu gehen, was sie im Frühjahr 1945 auch tat. Der amerikanische militärische Geheimdienst sperrte sie in ein Münchner Gefängnis und schickte sie nach Prag zurück, wo ihr eine Anklage wegen Staatsverrats drohte – ihre Mutter starb während eines Verhörs an einem Herzschlag, und ihre jüngere Schwester Zorka Jana, selbst eine begabte Schauspielerin, beging Selbstmord durch einen Sprung aus dem Fenster. Lida Baarovas weiteres Leben erinnert an einen melancholischen Film. 1947 wurde sie aus der Haft entlassen (wo sie die meiste Zeit über Speisekarten für den Mittagstisch der Polizei tippte), floh mit ihrem neuen Ehemann Jan nach abenteuerlichen Komplikationen nach Österreich, ließ sich in Salzburg nieder, trennte sich von ihrem Mann und heiratete nochmals. Danach drehte sie einige Filme in Italien (u.a. spielte sie in Fellinis *I Vitelloni* mit) und Spanien, kehrte im April 1990 nach Prag zu einem Kurzbesuch zurück, dem weitere folgen sollten. Sie starb allein und verlassen am 26. Oktober 2000 in Salzburg, und nur wenige Menschen wohnten ein paar Monate später der Wiederbestattung ihrer Asche in Prag bei.

Adina Mandlova war die uneheliche Tochter eines Bahninspektors aus der Provinz und hatte sich immer schon vom guten Leben der Prominenten und Reichen angezogen gefühlt. Zwischen 1932 und 1943 drehte sie zusammen mit Hugo Haas und Oldrich Novy fünfundvierzig tschechische Filme, ein harmloses deutsches Lustspiel mit dem Komödianten Heinz Rühmann. 1943 wurde sie mit dem nationalen Filmpreis ausgezeichnet. Sie spielte privat und im Kino den Vamp, ließ sich zu sehr mit den deutschen Barrandov-Treuhändern ein (ganz zu schweigen von ihren tschechischen Liebhabern) und landete im Mai 1945 unter der Anklage, die Mätresse K.H. Franks gewesen zu sein, im Gefängnis. Nach ihrer Entlassung heiratete sie einen Kriegspiloten mit britischem Pass, zog nach England, unternahm ein paar Versuche, auf die Leinwand und ans Theater zurückzukehren, doch als sie 1966 für eine Rolle in Hallo Dolly nach Prag eingeladen wurde, lernte sie ihren Part nicht einmal zu Ende. Nach Prag kehrte sie mit 81 zurück, um dort zu sterben. Ihre geistreichen, ehrlichen Memoiren erschienen dort in ihrem Todesjahr 1991.

Natasa Gollova war die intelligenteste unter den jungen Filmstars der späteren Republik und des Protektorats, besonders in den Rollen als tschechischer Flapper, Garconne oder moderner Teenager. Sie war die Enkelin eines renommierten tschechischen Historikers an der Karlsuniversität und schwankte lange Zeit zwischen einer Karriere auf der Bühne, im modernen Tanz oder beim Film. Sie studierte in Paris, verliebte sich in Tristan Tzara, der sie regelmäßig in Prag besuchte, und später in Dr. Wilhelm Söhnel, einen der deutschen Barrandov-Treuhänder, der aus Nordmähren stammte und in Prag studiert hatte. Im Mai 1945 meldete sie sich freiwillig als Krankenschwester in das befreite Ghetto von Theresienstadt, in dem eine Typhusepidemie wütete, von der auch sie infiziert wurde. Während der Zeit der Vergeltung wurde sie nicht angeklagt. Doch obwohl Söhnel (der später Repräsentant des UFA Konzerns in Wien wurde) kurzzeitig seine tschechische Staatsbürgerschaft zurückbekam, wurde Natasa Gollova in die Provinztheater verbannt und erhielt nur gelegentlich kleine Rollen im Kino und Fernsehen. Sie starb am 29. Oktober 1988 im Alter von 77 Jahren in einem Armenasyl.

Vlasta Burian wurde im Mai 1945 verhaftet und bis September festgehalten, bis der Staatsanwalt die Anklagen prüfte und feststellte, er verdiene keinen Prozess vor einem Volksgericht. Dies war der Beginn, nicht das Ende langwieriger Prozesse, in welche die Geheimpolizei mehrmals inter-

venierte. Burian blieb zwar ein Volksgerichtsprozess erspart, er wurde aber 1946 von einer Strafkommision und 1947 abermals von einer Sonderkommission verurteilt, die Burians frühere Freisprüche aufhoben und ihn zu einer öffentlichen Rüge, einer Geldstrafe in Höhe von einer halben Million Kronen und 3 Monaten Freiheitsentzug ohne Bewährung verurteilte. Vorgeworfen wurden ihm eine gegen Jan Masaryk gerichtete antisemitische Satire und dass seine sozialen Kontakte zu den Deutschen »über das nötige Mindestmaß hinausgingen«. Nach 1953 durfte er gelegentlich auftreten, starb 1962 in Ungnade und wurde erst im April 1994 rehabilitiert. Milos Havel, der frühere Eigentümer und Chef der Barrandov-Studios, wurde am 30. Juni 1945 öffentlich vom kommunistischen Kulturminister Vaclav Kopecky angegriffen; im Oktober desselben Jahres versperrte ihm eine Sonderkommission jeden Zugang zur Filmbranche. Da ihm eine Verurteilung durch ein nationales Gericht bevorstand (im Dezember 1947 wurde das Verfahren gegen ihn allerdings eingestellt), flüchtete er nach Österreich, wurde dort von einer sowjetischen Patrouille festgenommen und nach Prag zurückgebracht, wo er zu zwei Jahren Haft und zusätzlicher Zwangsarbeit verurteilt wurde. 1952 gelang ihm die Flucht in die BRD, er wurde Geschäftsmann und eröffnete in München ein beliebtes Restaurant mit tschechischer Küche, das unter Schauspielern, Intellektuellen und den Mitarbeitern von Radio Free Europe sehr populär war. Obwohl er schließlich den Prozess gegen die ehemalige Treuhand GmbH gewann, prellten ihn seine Partner um seine Entschädigung. Als er am 23. Februar 1968 verstarb, hinterließ er seinem Bruder Vaclav 171,15 DM. Seine Asche wurde Anfang April 1968 in aller Stille in die Prager Familiengruft am Friedhof von Vinohrady überführt. Eine Photographie von der kleinen Trauergemeinde zeigt seinen jungen Neffe, mit Sonnenbrille und langem Haar. Es ist der zukünftige Präsident der tschechischen Republik.

Aus dem Englischen von Andrea Marenzeller

Bibliographische Notiz

Boguslaw Drewniak, Der deutsche Film 1938- 1945, Düsseldorf 1987, S. 632- 635 (Hitlers Film-Vorführungen).

Joseph Goebbels, Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei, München 1934 (auch über seine Film-Ideen).

Joseph Wulf, Theater und Film im Dritten Reich, Gütersloh 1964, S. 265-273 (Dokumente zur Machtübernahme).

- Ladislav Pistora, »Filmovi navstevnici a kina na uzemi ceske republiky«, in: *Iluminace* 8 (1996), S. 35-59 (Kinos und Kino-Besuch: statistische Analyse).
- Vaclav M. Havel, *Me vzpominky*, Praha 1993. (Die Geschichte der Havel (Film-)Familie).
- Petr Bednarik, *Arizace ceske kinematografie*, Praha, 2003 (aus den Archivquellen).
- Lubos Bartosek, *Nas Film 1896 -1945*, Praha 1985 (Chronik des tschechischen Films in der amtlichen Terminologie vor der Wende).
- Jiri Dolezal, *Ceska kultura za Protektoratu: Skolstvi – Pisemnictvi – Kinematografie*, Praha 1996 (sachlicher Überblick).
- Cesky Hrany Film II 1930-1945 / Czech Feature Film II 1930-1945*, Praha 1938 (genaue Beschreibung aller tschechischen Filme der Periode und was die Kritiker sagten (in Tschechisch und Englisch), hg. vom Nationalen Filmarchiv).
- Helena Krejcova, »Jsem nevinen«: Süß, Harlan, Cap, a jini«, in: *Iluminace* 5 (1993), S. 65-97 (Harlan und Cap im politischen Kontext).
- Benjamin Frommer, *National Cleansing: Retribution against Nazi Collaborators in Postwar Czechoslovakia*, Cambridge UP 2005 (auch über Vlasta Burian u.a.)
- Lida Baarova, *Zivota sladke horkosti*, Praha 1991 (Memoiren).
- Adina Mandlova, *Dnes uz se tomu smeju*, Praha 1990 (Memoiren).
- Ales Cibulka, *Natasa Gollova – Zivot tropi hlouposti*, Praha 2002 (Biographie).



Besuchen Sie uns im Netz
www.iwm.at

Jan-Werner Müller
 DIE »OFFENE GESELLSCHAFT
 UND IHRE FEINDE« NEU GELESEN
 Karl Poppers Liberalismus der Furcht
 und die totalitäre Herausforderung

Vor gut sechzig Jahren, im November 1945, erschien *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*. Konzipiert als »Sozialphilosophie für jedermann«, sollte sie Karl Poppers *war effort*, sein Beitrag zum Krieg, werden – doch die Nazis wurden auch ohne das fernab des Geschehens in Neuseeland verfasste Traktat besiegt. Der nächste globale Konflikt warf jedoch schon seine Schatten voraus: Der Kalte Krieg trug sicher zum Erfolg eines Buches bei, dessen Verfasser man später als »heimlichen Philosophen der demokratischen Wende in Osteuropa« bezeichnen sollte. Doch war es auch der Kontext des Kalten Krieges, welcher vielen Kritikern Popper als verstockten Konservativen und rabiaten Antimarxisten erscheinen ließ.

Während Popper zweifelsohne als einer der wichtigsten Wissenschaftstheoretiker des zwanzigsten Jahrhunderts – wenn nicht gar als der wichtigste – gilt, ist der Status seiner politischen Philosophie nach wie vor umstritten. Manche, wie Ralf Dahrendorf, halten Poppers Politik gar für »erstaunlich theorieelos.« Dabei war Popper Teil einer bedeutenden, wenn auch nicht immer theoriegesättigten, Strömung des Liberalismus in der Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts, die man mit der politischen Theoretikerin Judith Shklar als einen »Liberalismus der Furcht« bezeichnen könnte. Es handelte sich um einen primär »negativen Liberalismus«, der sich auf die Vermeidung von Übeln und starke politische Institutionen konzentrierte – und den man doch nicht einfach dem Konservatismus zuschlagen kann.¹

Ich möchte in dieser ideengeschichtlichen Skizze zeigen, dass Popper zu dieser Ideenströmung gehört. Gleichzeitig war Popper unter den »Liberalen der Furcht« in vieler Hinsicht aber der am wenigsten furchtsame – seine politische Philosophie wird *auch* von einem grundsätzlichen Optimismus und einem Vertrauen in den einzelnen Menschen und seine Verantwortungsfähigkeit getragen.

Viele von Poppers Ideen, die sich letztlich aus diesem Optimismus speisen, haben nichts von ihrer Aktualität eingebüßt. Dies gilt vor allem für Poppers Gedanken über den Prozesscharakter von Politik – und hier insbesondere seine Rechtfertigungen der Institutionalisierung von Kritik und Konflikt in der liberalen Demokratie, welche wiederum die *kollektive Selbstverbesserung* ermöglichen sollten. Am Schluss möchte ich noch kurz auf die Frage eingehen, was sich von Popper nicht nur über die offene Gesellschaft, sondern auch über die Öffnung von Gesellschaften lernen lässt. Hier machte Popper viele suggestive Andeutungen – die es immer noch auszuarbeiten gilt.

Poppers Liberalismus der Furcht

Karl Popper nahm sich bekanntlich selber nie primär als politischen Philosophen wahr. Er ließ wiederholt verlauten, dass er »weder aus Neigung noch von der Ausbildung her« ein Beobachter der Gesellschaft und der Politik sei. Ralf Dahrendorf gegenüber sagte er einmal: »Wenn ich über politische Themen schreiben würde, dann genau wie du. Aber du wirst verstehen: ich habe so viele wichtigere Dinge zu tun« – wobei die »wichtigeren Dinge« die wissenschaftstheoretischen, naturwissenschaftlichen und nicht zuletzt metaphysischen Probleme waren, an denen sich Popper zeitlebens abarbeitete. Dahrendorf selber wiederum bestätigt in seinen »Reminiszenzen und Reflexionen« über Popper, dass »dem großen Denker« Gesellschaft und Politik »im Grunde fremd« geblieben seien.²

Da kann es denn nicht weiter wundern, dass *Die offene Gesellschaft* eine Art *unintended consequence*, eine »nicht beabsichtigte Folge«, wenn nicht gar ein Abfallprodukt eines eher grundlegend philosophisch angelegten Werks war, nämlich des *Elends des Historizismus*. Popper wollte eine »Historie des Historizismus« vorlegen – und diese Geschichte wucherte sich dann zur *Offenen Gesellschaft* aus. Der okkasionelle Charakter des Werkes hinderte Popper nicht, die darin enthaltenen Thesen mit der gewohnten Vehemenz zu vertreten – was später zum bösen Wort vom »totalitären Liberalen« führte, oder auch zu dem Bonmot, das Buch hätte eigentlich *Die Offene Gesellschaft, von einem ihrer Feinde* heißen müssen.

Wie viele Liberale in der Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts hatte sich Popper ohne viel Zögern in eine Schlacht um Ideen geworfen, die nicht wenige ihrer Protagonisten als eigentlich kriegsentscheidend ansahen. Die

Lehrbücher der Geschichte der politischen Theorie wissen mit der Zeit von den vierziger bis in die sechziger Jahre kaum etwas anzufangen – dabei hätten viele politische Denker damals dem Diktum Lionel Trillings zugestimmt: »Was die Götter den alten Griechen waren, sind uns die Ideen.«

Philosophen von Isaiah Berlin bis zu Popper teilten die Grundannahme, dass eine Neubewertung der westlichen Ideengeschichte von dringendster politischer Notwendigkeit war. Die richtige Interpretation Platons, Hegels und natürlich vor allem auch von Marx – dies waren keine antiquarischen Fragen. Im Gegenteil: Was Dahrendorf einmal Poppers »Abbruchgeschäft« genannt hat, sollte den Weg freimachen für eine realistische Einschätzung – und offensive Verteidigung – der westlichen Demokratie. Dagegen war Ehrerbietung, der Respekt vor den »großen Namen«, so Popper, für den politisch engagierten Ideengeschichtler die falsche Haltung.³

Was man »Geistesgeschichtspolitik« nennen könnte, war also geradezu Teil der Berufsanforderung eines liberalen Intellektuellen jener Zeit. Gleichzeitig aber wollten Denker wie Popper, Berlin oder beispielsweise auch Raymond Aron nicht eine Ideengeschichte als Verfallsgeschichte schreiben. Hierin unterschieden sie sich von Philosophen wie Leo Strauss, Eric Voegelin oder auch Hannah Arendt, welche den Totalitarismus als Endpunkt einer sich selbst zerstörenden Moderne auffassten.

Auch wollten sie sich anders als Strauss und Voegelin nicht auf eine »Suche nach Sicherheit« begeben, die angesichts der Katastrophen des zwanzigsten Jahrhunderts in der Vergangenheit bei Naturrecht, Religion oder dem »klassischen Rationalismus« der Alten (Strauss) enden sollte. Liberale wie Popper, Berlin, Aron oder auch Hayek und Wilhelm Röpke wollten die liberale Moderne vor ihren Verächtern retten. Insbesondere versuchten sie zu zeigen, dass der Preis der politischen und auch moralischen Unsicherheit, welchen die Modernen – frei nach Benjamin Constant – für den Wert der individuellen Freiheit zahlen mussten, keineswegs zu hoch war.

Doch wollten diese Liberalen ihre Gesellschaftsentwürfe nicht einfach mit einer Art Güterabwägung rechtfertigen – wie beispielsweise Gemeinschaft gegen Gesellschaft, oder Geborgenheit gegen Freiheit. Vielmehr versuchten sie, den Liberalismus auf feste Grundlagen zu stellen mit Hilfe grundlegender erkenntnistheoretischer Argumente. Oder anders und paradox ausgedrückt: Die Grenzen des Wissens oder der Sicherheit – dies war das Einzige, was man mit Sicherheit wissen konnte.

In gewisser Weise wollten diese Liberalen ihre Theorien nicht auf moralische Fundamente bauen – wie später beispielsweise John Rawls – sondern den Liberalismus noch »tiefer legen«, indem sie beispielsweise Vorhersagen über die Richtung und den Sinn der Geschichte, und damit jeglichen politischen Avantgardismus, oder auch eine zentral und effizient gesteuerte Wirtschaft für schlicht unmöglich erklärten. Mit anderen Worten: Für Liberale wie Popper, Hayek und Aron ließ sich der Liberalismus am besten in einem epistemologischen und nicht so sehr einem moralischen Modus rechtfertigen. Nur dass diese Sicherheit eben vor allem eine Sicherheit über Unsicherheit, eine Gewissheit über Ungewissheit war.

Neben diese philosophische »Tieferlegung« des Liberalismus trat aber noch ein anderes, viel emotionaleres Element, welches eben die Bezeichnung »Liberalismus der Furcht« plausibel erscheinen lässt. Dieser skeptische, negative Liberalismus war von der Erinnerung an politische Gewalttaten durchdrungen und wollte sich auf die Vermeidung von Übeln, und vor allem von politisch motivierter Grausamkeit konzentrieren. So sprach denn Popper auch von der Grausamkeit als dem »größten Unwert«, und betonte immer wieder »die unendliche Wichtigkeit des menschlichen und tierischen Leidens.«

Es ist wohl kein Zufall – ohne hier politische Philosophie auf das Persönliche reduzieren zu wollen –, dass sich in den Biographien der »Liberalen der Furcht« Episoden von politischer Gewalt finden, welche, zumindest retrospektiv, als Schlüsselerlebnisse einer politischen *éducation sentimentale* erscheinen. Popper bezog sich immer wieder auf die Erschießung kommunistischer Demonstranten in der Wiener Hörlgasse im Jahre 1919; Isaiah Berlin erzählte immer wieder davon, wie vor seinen Augen eine aufgebrachte Menge einen zu Tode geängstigten zaristischen Polizisten abführte (und dann wohl umbrachte); Raymond Aron erlebte 1933 mit eigenen Augen Hitlers Machtergreifung und die Bücherverbrennung.

Ebenso bekräftigte Popper, dass nicht die »positive« Frage »Wer soll herrschen?«, sondern die »negative« Frage, wie man sich schlechter Herrscher möglichst gewaltfrei entledigen könne, im Mittelpunkt der politischen Philosophie und besonders der Staatstheorie zu stehen habe. Hier trafen sich für Popper Wissenschaftstheorie und politische Philosophie: Die Möglichkeit, auf friedliche Weise Kritik zu üben; die Institutionalisierung der Möglichkeit, auf friedliche Weise Konflikte auszutragen; der

Vorrang der Fehlersuche und Falsifizierung vor der Suche nach absoluter Gewissheit – diese Eigenschaften kennzeichnen in seinen Augen ein normativ akzeptables Regime.

Demokratie wurde denn auch – vor dem Hintergrund geschichtlicher Erfahrung – als effizientestes Mittel zur Verhinderung von Tyrannei gerechtfertigt, nicht als gutes Regime an sich. Sie war für Popper »eine Staatsform des kleinsten Übels«, kein »Staatsideal«; und demokratische Institutionen empfahlen sich als die »bei weitem unschädlichsten, die wir kennen.« Aber Demokratie war auch eine Staatsform, die noch am ehesten die Fähigkeit zum kollektiven Lernen und zur kollektiven Selbstverbesserung sicherstellen konnte.

Es war für die »Liberalen der Furcht« typisch, dass sie an der Demokratie eigentlich nur liberale oder quasi-rechtsstaatliche Aspekte gelten lassen wollten – eine normative Halbierung, wenn nicht gar vollständige Verstümmelung, die wohl hauptsächlich von den Erfahrungen mit dem Scheitern von Demokratien in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts herrührte. »Wir glauben an die Demokratie, aber nicht, weil in der Demokratie das Volk herrscht.«, so Popper. Dabei ist bemerkenswert, dass Popper und andere »Liberalen der Furcht« nicht von dem weit verbreiteten Kulturpessimismus affiziert waren, der in der Demokratie vor allem einen Ausdruck des »Aufstandes der Massen« sah.

Ein weiteres Charakteristikum des »Liberalismus der Furcht«, welches auch für Popper äußerst wichtig werden sollte, war die Idee des Wertepluralismus. Eben weil es eine Reihe inkompatibler und zum Teil auch inkommensurabler Werte gibt, sollte eine Gesellschaft offen sein. Für Popper galt: »Es existieren immer unlösbare Zusammenstöße von Werten: es gibt viele moralische Probleme, die unlösbar sind, weil moralische Prinzipien in einen Gegensatz geraten können.«⁴ An anderer Stelle sagte er noch deutlicher: »Eine vollkommene Gesellschaft ist unmöglich, wie man leicht einsehen kann. Zu fast allen Werten, die eine Gesellschaft verwirklichen sollte, gibt es andere Werte, die mit ihnen kollidieren.«⁵ Aus diesem Wertepluralismus folgt jedoch nicht nur, dass genuin tragische Entscheidungen in der Politik (und im moralischen Leben des Individuums) unvermeidlich sind, wie vor allem Isaiah Berlin immer wieder betont hat. Aus Poppers Sicht *braucht* die menschliche Gesellschaft auch »ernste ideelle Konflikte« – die konfliktfreie Gesellschaft wäre »unmenschlich« (obwohl sie ohnehin unmöglich ist).

Somit erhält der Wertpluralismus hier einen etwas anderen Stellenwert als bei Popper ansonsten geistesverwandten liberalen Denkern: Er ist nicht einfach ein ewiges Problem für die Politik, wie es auch der »politische Liberalismus« von John Rawls nahelegt, sondern sichert den Menschen auch Würde. Das schließt nicht aus, dass dieser zwischen Max Weber und Kant angesiedelte Pluralismus nicht zeitweise auch in eine Art Dezinismus ableiten konnte: Für Popper war beispielsweise die Entscheidung für den Rationalismus selber »irrational.« Hier musste am Ende eine Art Kantischer »Vernunftglaube« einspringen – ganz ähnlich wiederum wie beispielsweise bei Aron und Berlin.

Darüber hinaus brauchte die offene Gesellschaft aber auch ein Maß an *civility*, Bürgersinn, von dem man im Rahmen der Popperschen Theorie nicht ohne weiteres sagen konnte, wie diese Gesellschaft ihn selber hervorbringen oder auch nur erneuern konnte. Als Antwort musste oft ein Idealbild statt eines Arguments herhalten. Denn die offene Gesellschaft hatte einen konkreten Namen: Sie hieß Großbritannien (und das gilt für Hayek und Berlin nicht weniger als für Popper). Beispielsweise schwärmte Popper geradezu von der »charakteristischen *moralischen Empfindsamkeit* der öffentlichen Meinung in England.« Eine Gesellschaft wie die englische stellte Traditionen bereit, ohne die man sich, so Popper in einem Essay über die Möglichkeit »rationaler Traditionen«, gar nicht in der Welt orientieren könne.⁶ Doch wie liberale »Traditionen der Freiheit« oder auch eine Tradition der kritischen Diskussion zu kultivieren oder gar zu schaffen seien – darüber hat Popper zu wenig gesagt.

Ebenso hat Popper relativ wenig über die Entwicklung und Kultivierung der Tugenden gesagt, die für seine liberale Demokratie vonnöten sind. Die rationale Einsicht in seine Wissenschaftstheorie ist *theoretisch* hinreichend, um eine Haltung der Toleranz anzunehmen. Denn wer könnte es noch mit sich vereinbaren, intolerant zu sein, wenn er doch weiß, dass niemand, nicht einmal die Naturwissenschaften mit all ihren offensichtlichen praktischen Erfolgen, die Wahrheit besitzen kann? Doch politische Dispositionen sind selten direkte Folge von philosophischen Demonstrationen. Ebenso bedarf wohl der stets fragende, stets falsifizierende Wissenschaftler wie auch der kritisierende und zur Selbstkritik und zur politischen Umkehr bereite Politiker (und, nicht zuletzt, Bürger) einer gewissen Robustheit oder auch Zähigkeit. Wer fortschreiten will, so könnte man Poppers Ideen zusammenfassen, muss bereit sein hinzufallen – und

schnell wieder aufzustehen. Popper verlangt intellektuelle Bescheidenheit, aber, so ließe sich hinzufügen, auch einen gewissen Kampfgeist.

Terror, Totalitarismus und Psychologismus

Poppers Gedanken über Ursprünge und Entwicklung des totalitären Denkens haben in den vergangenen Jahren eine unerwartete Renaissance erfahren. Man hat den islamisch inspirierten Terror als einen »dritten Totalitarismus« bezeichnet; und manche argumentieren gar, der Islamismus erscheine »wie eine Blaupause der Popperschen Totalitarismusdefinition.«⁷ Ulrich Beck hat direkt gefragt: »Wie würde Karl Popper heute die offene Gesellschaft gegen die Bedrohung des Terrorismus verteidigen?«⁸

Man mag sich streiten, ob der neue Terror wirklich eine Form von Totalitarismus ist;⁹ und eine verbindliche Definition des Totalitarismus hat Popper im Übrigen nie formuliert (einer Definition am nächsten kommt Poppers Diktum, der Totalitarismus sei die Moral der geschlossenen Gesellschaft, eine Art »kollektiver Egoismus«). Doch richtig ist sicher, dass es entscheidend um eine »Öffnung« im Popperschen Sinne von ganzen Gesellschaften und von Diasporagemeinschaften innerhalb des Westens geht. Nun hat Popper keine Handbücher für *policy* und Praxis geschrieben – trotzdem darf man fragen, ob sich bei ihm Hinweise finden lassen, wie sich solche Öffnungen, ganz im Sinne eines *piecemeal engineering*, vielleicht gestalten könnten.

Zu untersuchen wäre hier zuerst, ob Öffnung (oder Liberalisierung) vor allem eine Art mentales oder psychologisches *piecemeal engineering* sein soll. Popper bezeichnete sich stets als Gegner des »Psychologismus« – von Theorien also, die eine Gesellschaft durch die psychischen Zustände und Intentionen ihrer Mitglieder erklären wollen. Popper sprach in diesem Zusammenhang bisweilen auch von einer »Verschwörungstheorie der Gesellschaft.« Diese Lektion wäre vielleicht auch für diejenigen hilfreich, die den neuen Terror auf psychologische oder kulturelle Faktoren reduzieren wollen – anstatt auch über Poppersche Kategorien wie *unintended consequences* oder die »Logik der Situation« nachzudenken.

Dabei war Poppers eigener Antitotalitarismus nicht ganz frei von einem derartigen Psychologismus. Totalitäres Denken, so Popper, erklärt sich nämlich vor allem durch eine Art »Angst vor Veränderung«; gleichzeitig ist es ein Versuch, den Zumutungen der Zivilisation und der Bürde indivi-

dueller Verantwortung zu entfliehen. Moderne, offene Gesellschaften erfüllen, so Popper, Abstraktionsschübe, welche dem Einzelnen Sicherheit und Geborgenheit nehmen. Und Totalitarismus, ob derjenige Platons oder die Ideologie von Nazis und Stalinisten, antwortete auf ein reales Bedürfnis, ein echtes Problem, das sich vor allem in Zeiten rapiden sozialen Wandels verschärft.

So einleuchtend diese psychologisch fundierten Argumente, und was man oft die »Vakuum-Theorie des Totalitarismus« nennt, einem auch erscheinen mögen – sie geben keine Handreichungen, wie man den Versuchungen des totalitären Denkens begegnen sollte, wenn man nicht bereits das Glück hat, in einer liberalen und auch moralisch empfindsamen politischen Kultur zuhause zu sein. Vielleicht ist hier der allerletzte Satz der *Offenen Gesellschaft* von besonderer Bedeutung. Popper schrieb: »Wir müssen ins Unbekannte, ins Ungewisse, ins Unsichere weiter schreiten und die Vernunft, die uns gegeben ist, darauf verwenden, so gut es eben geht für beides zu planen: nicht nur für Sicherheit, sondern zugleich auch für die Freiheit.«¹⁰

Mit anderen Worten: in der Popperschen politischen Welt brauchte es Freiheit *und* Sicherheit. Jedes Freiheitsangebot, jede Einladung, sich in das Abenteuer des kritischen Fragens (und der kritischen, wohl auch potentiell schmerzhaften Selbstbefragung) zu begeben, sollte offenbar mit flankierenden Sicherheitsangeboten selber wieder abgesichert werden.

Gleichzeitig insistierte Popper in der *Offenen Gesellschaft* darauf, dass alle langfristige Politik institutionell sei – und nicht so sehr eine Frage des politischen Personals oder der Psychologie. Der »unpolitische« Popper, dem andere Fragen wichtiger waren, hat solche institutionellen Antworten nicht im Einzelnen ausgearbeitet – und, wie Dahrendorf zu Recht gesagt hat, die *Offene Gesellschaft* ist letztlich nur das »Skelett einer Idee« gewesen. Aber wer Popper ernst nehmen will – und das sollte man nach wie vor –, der darf sich nicht nur das Schlagwort vom Totalitarismus aneignen, sondern muss sich an den institutionellen (und den psychologischen) Lösungen versuchen, welche Karl Popper uns leider schuldig geblieben ist.

Anmerkungen

- 1 Judith Shklar, »The Liberalism of Fear«, in: Nancy L. Rosenblum (Hg.), *Liberalism and the Moral Life*, Harvard UP 1989. Ich gebrauche den Ausdruck »Liberalismus der Furcht« hier

- für eine stark stilisierte Denkrichtung – Popper hat Furcht nicht als politisch nützlich betrachtet und im Gegenteil in der *Offenen Gesellschaft* argumentiert, dass man das Gefühl der Furcht, das sich oft hinter der Anbetung der Macht verberge, zu Recht verachte.
- 2 Ralf Dahrendorf, »Popper und die ›offene Gesellschaft‹«, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 27. Juli 2002.
 - 3 Popper schrieb in einem Brief über die *Offene Gesellschaft*: »I consider the destruction of the awe of the Great Names, the Great Intellectual Authorities, one of the necessary prerequisites of a recuperation of mankind.« Zitiert bei Malachi Haim Hacoen, *Karl Popper – The Formative Years 1902-1945: Politics and Philosophy in Interwar Vienna*, Cambridge UP 2000, S. 454 f.
 - 4 Karl R. Popper, *Unended Quest: An Intellectual Autobiography*, Fontana 1978, S. 116.
 - 5 Karl R. Popper, *Auf der Suche nach einer besseren Welt*, Piper 1989, S. 129.
 - 6 Vgl. Karl Popper, »Towards a Rational Theory of Tradition«, in: *Conjectures and Refutations: The Growth of Scientific Knowledge*, London 2002.
 - 7 Mehmet Daimagüler, »Der Islamismus ist die totalitäre Herausforderung unserer Zeit: Es geht darum, ihm das soziale Umfeld und den potenziellen Nachwuchs zu entziehen«, in: *die tageszeitung* vom 27. November 2004.
 - 8 Ulrich Beck, »Politik der Angst. Die offene Gesellschaft und die Terroristen«, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 25. Juli 2005.
 - 9 Vgl. auch Jan-Werner Müller, »Mobilisierende Gewalt: In der Verständnisfalle – Terrorismus als ›dritter Totalitarismus‹«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 21. September 2005.
 - 10 Karl R. Popper, *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*, Bd. 1, Bern 1957, S. 268.

Charles Taylor
PAUL RICOEUR, 1913-2005

Paul Ricoeur war ein außergewöhnlicher Philosoph. Ich würde sagen, er war einzigartig im 20. Jahrhundert, vor allen Dingen im Hinblick auf seinen weiten Horizont. Damit meine ich nicht nur die Anzahl an Gegenständen und Fragen, denen er sich gewidmet hat, obwohl die Themenliste ziemlich Respekt einflößend ist: Metapher, Sprache, Erzählen, Erinnerung und Anerkennung sind nur eine kleine Auswahl, nicht zu vergessen seine Arbeiten zu Religion und Wissenschaft. Auch andere Philosophen haben sich mit einer Themenvielfalt befasst, aber sie neigten dazu, sie allesamt aus einem Blickwinkel, von ihrem spezifischen Ansatz ausgehend zu behandeln, sei es die Dekonstruktion oder die Diskursethik, der Verifikationismus oder der *linguistic turn*. Bei Ricoeur war das anders. Er war bereit, mit jeder Frage von neuem zu beginnen und sie vor dem Hintergrund der historischen Debatte aufzunehmen, die sich um diese Frage herum entwickelt hatte. Sein Zugang bestand darin, jede Frage in ihrer jeweils eigenen Logik zu begreifen, statt sie als Mahlgut für die eigene Mühle zu verwerten.

Um das zu erreichen, las Ricoeur unersättlich. Er las, was die verschiedensten Denkschulen zu einem Thema gesagt hatten. Bevor er selbst die Bühne betreten und seine eigene Meinung äußern würde, wollte er die Frage aus allen möglichen Blickwinkeln erfassen. Und er las geduldig, sorgfältig und mit großem hermeneutischen Einfühlungsvermögen – auch die Arbeiten von Menschen, die seiner eigenen Sichtweise sehr fern standen.

Deshalb ist es so schwierig, sein Werk zu resümieren. Andere bekannte Philosophen unserer Zeit sind Denker, die einen Leitgedanken verfolgten. Dieser Leitgedanke ist ihr Markenzeichen und erscheint im Licht des historisch gewachsenen *common sense* oft paradox und sehr gewagt: So wird behauptet, dass wir auf die Wahrheit verzichten könnten, dass die sprachliche Bedeutung stets unbestimmbar bleibe, dass die Gültigkeit ethischer Werte nicht in der Natur der Sache liege, sondern auf einer Art von Konsens beruhe, dass alle Aussagen außer den empirischen bedeutungslos seien. Man hat den Verdacht, dass sich der Ruhm dieser Schulen nicht

zuletzt ihren verblüffenden Paradoxien verdankt, ebenso wie der unermüdlichen Anwendung ihrer Schlüsselideen auf ein Feld nach dem anderen.

Diese Art des Ruhms ward Ricoeur nicht zuteil. Jahrzehntelang wurde er in seinem eigenen Land von anderen Denkern mit mehr Aufsehen erregender Kost aus dem Zentrum der Aufmerksamkeit verdrängt. Unspektakulär und unbeirrt lieferte Ricoeur Zug um Zug neue Einsichten. Er berücksichtigte die Vielseitigkeit der anstehenden Frage und zog die partielle Gültigkeit der verschiedenen Standpunkte ebenso in Betracht wie die ständige Versuchung, sich bei bestimmten Grundfragen wie Freiheit und Determinismus, Monismus und Dualismus auf eine der beiden Seiten zu schlagen.

Was bleibt, ist ein philosophisches Werk, das Bestand haben wird. Auch wenn Ricoeurs Bücher in einer Hinsicht eines Tages vielleicht überholt sein werden: Er las mit einer solchen Gründlichkeit alles, was es zu einem bestimmten Thema gab, dass seine Untersuchungen dazu in, sagen wir 50 Jahren, den Leser mit einem Berg von Verweisen auf unbekannte Autoren und vergessene Werke konfrontieren werden. In diesem Sinne altern alle Bücher. In den Arbeiten der großen Philosophen finden sich Fußnoten, die uns verraten, wer jene merkwürdigen Personen sind, die ihren Zorn einst erregten. So setzte sich Hegel mit einem heute weithin unbekanntem Herrn Krug auseinander, während Engels einen gewissen Dühring verriss.

Auf einer anderen Ebene aber hat Ricoeur Einsichten und Schlüsselideen hinterlassen, auf die jede ernst zu nehmende Diskussion Bezug nehmen muss. So formuliert Ricoeur etwa in *Soi-même comme un autre*¹ die grundlegende Unterscheidung zwischen zwei Arten von Identität, die er mit den lateinischen Wörtern »ipse« und »idem« bezeichnet. Viele philosophische Entwürfe seit Locke haben Verwirrung gestiftet und sind schließlich gescheitert, weil sie nicht in der Lage waren, diese Unterscheidung zu treffen. *Iipse* bezieht sich auf einen Handlungsträger, dessen Identität sich durch das Leben, das er führt, definiert. *Idem* bezeichnet eher die Identität eines kontinuierlich existierenden Objekts. Solche Schlüsselbegriffe finden sich in allen Büchern Ricoeurs.

Sie werden vielleicht nicht immer angewendet, weil Philosophen oft den alten Fragen und Kämpfen eng verhaftet bleiben. Sie ziehen es vor, sie mit immer spitzfindigeren Argumenten wieder und wieder durchzufechten. Die Unterscheidung zwischen »ipse« und »idem« wird manchen nicht

davon abhalten, einen neuen Anlauf zu nehmen, die Frage der personalen Identität nach der Art Lockes anzupacken, also in einer ausschließlichen *idem*-Version, wie es Parfit in *Reasons and Persons*² getan hat. In ähnlicher Weise wurden die zentralen Einsichten Heideggers, Merleau-Pontys oder Wittgensteins von vielen Philosophen, die nach ihnen schrieben, ignoriert oder trivialisiert.

Aber genauso wie es diesen großen Figuren des 20. Jahrhunderts gelungen ist, so wird auch Ricoeurs Werk einige Denker in die Lage versetzen, ihre Themen weiter zu entwickeln und über die sterilen Polarisierungen hinauszugelangen, in die so viele wesentliche Fragestellungen abgeglitten sind. Dieser große Philosoph, der sich selbst niemals in Szene gesetzt hat, hinterlässt uns ein reiches Erbe. Wir stehen alle tief in seiner Schuld.

Aus dem Englischen von Florian Korczak

Anmerkungen

- 1 Paul Ricoeur, *Soi-même comme un autre*, Paris 1990. Dt.: *Das Selbst als ein Anderer*. Aus dem Französischen von Jean Greisch, München 1996.
- 2 Derek Parfit, *Reasons and Persons*, Oxford UP 1984.

Zu den Autorinnen und Autoren

Muriel Blaive ist Historikerin und Mitglied des CEFRES (Centre français de recherche en sciences sociales) in Prag. 2003 arbeitete sie am IWM als Körber Junior Fellow zum Thema *Coming to Terms with the Nation's Past: The Czechs and their Archives of Communism*. Dokumentarfilm: *1956 - The Show-Down of History in Czechoslovakia, or The Return of Santa Claus* (1996). Publikationen: *Une déstalinisation manquée. Tchécoslovaquie 1956*, Brüssel 2005; »Einige Etappen der Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in der Tschechischen Republik seit 1989«, in: *Die Überlieferung der Diktaturen. Beiträge zum Umgang mit Archiven der Geheimpolizei in Polen und Deutschland nach 1989*, Essen 2004; Muriel Blaive / Georges Mink (Hg.), *Benesovy dekrety. Budoucnost Evropy a vyrovnávání se s minulostí* (Die Benes-Dekrete. Die Zukunft Europas und der Umgang mit der Vergangenheit), Prag 2003.

Marc Crépon ist Directeur de recherche am Centre National de la Recherche Scientifique, Paris, und lehrt Philosophie an der École Normale Supérieure, Paris. *L'Imposition du Choc des Civilisations*, Nantes 2002; *Terreur et poésie*, Paris 2004; *Langues sans demeure*, Paris 2005.

Peter Demetz, Sterling Professor em. für deutsche und vergleichende Literaturwissenschaft an der Yale University. Studium an der Karls-Universität Prag, 1948 Emigration. Arbeitet derzeit an einem halbautographischen Buch über die Zeit der deutschen Okkupation in Prag. *Die Flugschau von Brescia. Kafka, d'Annunzio und die Männer, die vom Himmel fielen*, Wien 2002; *Prag in Schwarz und Gold*, München/Zürich 1998; *Böhmische Sonne, mährischer Mond. Essays und Erinnerungen*, Wien 1996.

Alain Guéry ist Directeur de recherche am Centre de Recherches Historiques, EHESS / CNRS, Paris. *Histoire de la France. La longue durée de l'Etat* (mit Robert Descimon und Jacques Le Goff), Paris 2000; »The State: The Tool of the Common Good«, in: Pierre Nora (ed.), *Rethinking France: Les Lieux de memoire*, vol. 1: *The State*, Chicago UP 2001; *Naissance de l'Etat moderne: France, XVI^e-XVIII^e siècle*, La documentation française (n° 6069), Paris 1984.

Eva Kovacs ist Soziologin und Ökonomin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Teleki-Laszlo-Stiftung für Mitteleuropäische Studien in Budapest und Gastprofessorin an der Universität Pecs. 2005 Research Fellow am Wiener IFK (Internationales Forschungszentrum Kulturwissenschaften) zum Thema *Brauchen Staaten ein Gedächtnis?* Auf deutsch erschien u.a. *Mythen und Rituale des ungarischen Systemwechsels*, in: *ÖZG* 2 (1999); »Wie wird Europa in Ungarn kommuniziert?«, in: *Europabilder*, 2005.

Ivan Krastev leitet das Centre for Liberal Strategies in Sofia und ist Executive Director der Internationalen Balkan-Kommission (vgl. deren Bericht *The Balkans in Europe's Future*, 2005, www.balkan-commission.org). *Nationalism After Communism: Lessons Learned* (gem. mit A. Mungiu-Pippidi), Central European UP 2004.

Hubert Lobnig lebt und arbeitet in Wien und Mödling (Niederösterreich). Studium an der Universität für angewandte Kunst in Wien, seit 1987 zahlreiche Ausstellungen im In- und Ausland, Arbeiten und Projekte im öffentlichen Raum. Gründung der Gruppe »Stördienst« und Mitarbeit an mehreren Kunstvermittlungsprojekten. Gründung von TIGERPARK (gemeinsam mit Iris Andraschek). Ausstellungen und Beteiligungen aus der letzten Zeit: HÄUSER UND GÄRTEN, Nördl. Waldviertel/Südtschechien 2002; PRIVATE PROPERTY, Durham Art Gallery, Durham, Kanada; CEMENT GARDENS, Kunsthalle Exnergasse, Wien 2004 (alle gem. mit Iris Andraschek); INTERIEUR, Galerie Magnet, Völkermarkt; OÖ REALITÄTEN, Fotogalerie Wien 2005.

Charles S. Maier lehrt Geschichte des Zwanzigsten Jahrhunderts an der Harvard University. In Kürze erscheint sein neues Buch *Among Empires: American Ascendancy and its Predecessors*. »Doing History, Doing Justice: The Historian and the Truth Commission«, in: *Truth v. Justice*, Princeton UP 2000; »Consigning the Twentieth Century to History: Alternative Narratives for the Modern Era«, in: *American Historical Review* 105 (2000). Auf deutsch erschien u.a. *Unbegrenzte Möglichkeiten. Europa und die Vereinigten Staaten*, Erfurt 2004; *Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus*, Frankfurt a.M. 1999.

Jan-Werner Müller lehrt Politische Theorie und Ideengeschichte an der Universität Princeton. *A Dangerous Mind: Carl Schmitt in Post-War European Thought*, Yale UP 2003.

Norman Naimark ist Robert and Florence McDonnell Professor of East European Studies an der Stanford University und Senior Fellow an der Hoover Institution, Stanford. 2005 arbeitete er als Körber Fellow am IWM zum Thema *Stalin and Europe, 1945-53*. Auf deutsch erschien u.a. *Flammender Hass. Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert*, München 2004; *Die Russen in Deutschland*, Berlin 2001.

Jacques Rupnik, Politologe und Historiker, ist Directeur de recherche am Centre d'Etudes et de Recherches Internationales (CERI), Paris, und Gastprofessor am Collège d'Europe in Brügge. *International Perspectives on the Balkans*, Pearson Peacekeeping Centre, 2003; *The Road to the European Union: The Czech and Slovak Republics* (Hg.), Manchester UP 2003; *Kosovo Report: Conflict, International Response, Lessons Learned* (Mitautor), Oxford UP 2000.

Charles Taylor ist Professor em. für Politikwissenschaft und Philosophie an der McGill University, Montreal, und Professor für Recht und Philosophie an der Northwestern University; Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des IWM.

Auf deutsch erschienen u.a.: *Die Formen des Religiösen in der Gegenwart* (IWM-Vorlesungen zu den Wissenschaften vom Menschen), Frankfurt a.M. 2002; *Wieviel Gemeinschaft braucht die Demokratie? Politische Aufsätze*, Frankfurt a.M. 2002; *Quellen des Selbst. Die Entstehung der neuzeitlichen Identität*, Frankfurt a.M. 1994.

Philipp Ther lehrt Neuere Geschichte an der Freien Universität Berlin, ist Juniorprofessor für Polen- und Ukrainestudien an der Europa-Universität Viadrina und forschte 2005 am IWM als Körber Fellow zum Thema *The History and Legacy of 20th Century Ethnic Cleansing in Europe*. Neuere Publikationen: *Regionale Bewegungen und Regionalismen in europäischen Zwischenräumen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts* (mit H. Sundhaussen), Marburg 2003; »Vertriebenenpolitik in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR 1945 bis 1953«, in: *Vertreibung, Neuanfang, Integration. Erfahrungen in Brandenburg*, Potsdam 2001; *Nationalitätenkonflikte im 20. Jahrhundert* (hg. mit H. Sundhaussen), Wiesbaden 2001; *Nationen und ihre Grenzen. Identitätenwandel in Oberschlesien in der Neuzeit* (hg. mit K. Struve), Marburg 2002; *Deutsche und polnische Vertriebene*, Göttingen 1998.



Besuchen Sie uns im Netz
www.iwm.at

